

Universität der Bundeswehr München
Fakultät für Staats- und Sozialwissenschaften

Identitätswandel in Post-Konflikt-Gesellschaften
—
Zwischen antagonistischen und agonalen Formen der
Konfliktaustragung in Kambodscha

Lisa Katrin Kammermeier

Vollständiger Abdruck der von der Fakultät für Staats- und Sozialwissenschaften der Universität der Bundeswehr München zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Staats- und Sozialwissenschaften (Dr. rer. pol) angenommenen Dissertation.

Erstgutachter: Prof. Dr. Stephan Stetter
Zweitgutachter: Prof. Dr. Thorsten Bonacker

Die Dissertation wurde am 6. Juni 2023 bei der Universität der Bundeswehr München eingereicht und durch die Fakultät für Staats- und Sozialwissenschaften am 29. August 2023 angenommen. Die mündliche Prüfung fand am 02. Oktober 2023 statt.

Danksagung

Mein ganz besonderer Dank gilt meinem Doktorvater Prof. Dr. Stephan Stetter, der das Dissertationsprojekt nicht nur von Anfang an begleitet und mich in jeglicher Hinsicht exzellent betreut hat, sondern sich auch immer für alle Fragen und Anliegen Zeit genommen hat. Auch möchte ich meinem Zweitgutachter Prof. Dr. Thorsten Bonacker für sein großes Interesse, seine fachliche Unterstützung sowie die Einladung zum Forschungskolloquium in Marburg, von dem ich sehr profitieren konnte, herzlichen danken.

Ein großer Dank geht auch an die Hanns-Seidel-Stiftung für die finanzielle und ideelle Förderung meiner Promotion. Im Promotionskolleg „Konturen einer neuen Weltordnung“, das die Hanns-Seidel-Stiftung in Kooperation mit der Universität der Bundeswehr (Prof. Dr. Carlo Masala) und der Universität St. Gallen (Prof. James W. Davis Ph.D) abgehalten hat, habe ich viel fachlichen Beistand und organisatorische Hilfe nicht nur von professoraler Seite, sondern auch durch meine Mitkollegiatinnen und Mitkollegiaten erfahren. Prof. Dr. Carlo Masala gebührt an dieser Stelle besonderer Dank.

Auch bei meinen Mitpromovierenden an der Professur für Internationale Politik und Konfliktforschung sowie bei meinen Kolleginnen und Kollegen an der Fakultät für Staats- und Sozialwissenschaften, insbesondere bei Dr. Jan Busse, möchte ich mich herzlich bedanken, sei es für das Interesse an meiner Arbeit, die vielen inhaltlichen Diskussionen, den Beistand bei technischen und anderen organisatorischen Fragen, oder für ihren Zuspruch und ihre Ermutigung, wenn die Tage am Schreibtisch mal wieder lang waren. Prof. Dr. Oliver Hidalgo möchte ich sowohl für seine Ermutigung, das Dissertationsprojekt zu beginnen, als auch für den wissenschaftlichen Austausch danken.

Bei PD Dr. Daniel Bultmann möchte ich mich ganz herzlich für seine fachlichen Anregungen, seine Unterstützung und für den gewinnbringenden wissenschaftlichen Austausch zu Kambodscha bedanken. Ebenso gebührt Herrn Denis Schrey mein großer Dank. Durch seine umfassenden regionalen Kenntnisse und seine Hilfsbereitschaft hat er zum Gelingen der Arbeit nicht unerheblich beigetragen.

Während meines Aufenthaltes in Kambodscha habe ich auf verschiedensten Ebenen viel Unterstützung und Freundlichkeit erfahren, für die ich sehr dankbar bin. Mein Dank gilt ganz besonders all denjenigen Personen, die sich die Zeit genommen haben, ihre Perspektiven und Erfahrungen in Interviews oder bei Gesprächen mit mir zu teilen, die mir bei logistischen Herausforderungen geholfen und mich dabei unterstützt haben, neue Kontakte zu knüpfen, oder mich zu Veranstaltungen oder Aktivitäten eingeladen haben.

Last but not least möchte ich meiner Familie von Herzen für ihren Rückhalt, ihren Zuspruch und für ihre große Unterstützung danken. Ohne sie wäre es nicht möglich gewesen, die Arbeit so anzufertigen. Insbesondere bei meiner Mutter möchte ich mich ganz herzlich für ihre redaktionelle Arbeit bedanken. Ein großer Dank gebührt auch

Herrn Ingmar Kreher, der immer großes Verständnis dafür hatte, wenn ich die Wochenenden mal wieder am Schreibtisch verbracht habe, und mich stets in meinem Ziel bestärkt hat. Ebenso danken möchte ich all meinen Freundinnen und Freunden, die immer hinter mir standen, mich ermutigt und auf diesem Weg begleitet haben.

Abstract

Die vorliegende Dissertation untersucht am Beispiel Kambodschas den Einfluss von sozialen und identitären Prozessen auf die Art der Konfliktaustragung nach Bürgerkriegen. Theoretisch verortet sie sich in der „Agonistic Peace“-Forschung und basiert auf der insbesondere von Chantal Mouffe vertretenen These, dass Konflikte für das Politische als genuin positiv zu betrachten seien. Dies, so auch die Perspektive der vorliegenden Arbeit, setzt eine Lenkung in agonale, also friedliche Bahnen voraus, was wiederum in Zusammenhang mit der identitären Perzeption des Gegenübers steht. Die Dissertation diskutiert das Potential eines theoretischen und ursprünglich für liberale Demokratien entwickelten Konzeptes für die Friedens- und Konfliktforschung und entwickelt dieses weiter, indem sie es mit Theorien der soziologischen Konfliktforschung verknüpft. Basierend auf diesem theoretischen Framing entwirft sie ein Operationalisierungsschema, anhand dessen der Wandel von antagonistischen zu agonalen Formen der Konfliktaustragung und die damit einhergehende Transformation von Identitätsperzeptionen über einen längeren Zeitraum in verschiedenen Kontexten von Herrschaft sichtbar und empirisch greifbar gemacht werden kann. Dies dient zur Untersuchung der kambodschanischen Post-Konflikt-Situation seit Ende des Bürgerkrieges. Anhand der in der Operationalisierung herausgearbeiteten Parameter werden die drei den politischen Diskurs bestimmenden Akteursgruppen „Politische Parteien“, „Internationale Akteure“ und „Zivilgesellschaft“ näher analysiert. Im Fokus der Untersuchung stehen dabei sowohl die den Deutungsdiskurs determinierenden politischen Momente als auch der zeitliche Verlauf selbst, da so Veränderungen der Konfliktaustragung und identitären Perzeption besonders deutlich gemacht werden können. Die Dissertation identifiziert dabei nicht nur verschiedene empirische Ausprägungen agonaler Konfliktaustragung, sondern analysiert auch das Wechselspiel zwischen Identität und Konflikt und dessen Einfluss auf gewaltsame Konflikteskalation oder friedlichen Konfliktwandel. Durch die theoretische Weiterentwicklung des Konzeptes des agonalen Friedens, seine spezifische Operationalisierung, sowie die darauf basierende breite Analyse des kambodschanischen Friedensprozesses entwickelt die Dissertation ein tragfähiges Modell, das nicht nur zur umfassenden Analyse von Konfliktstrukturen geeignet ist, sondern auch in verschiedenen Post-Konflikt-Kontexten eingesetzt werden kann.

Abstract

This dissertation examines the nexus between identity perception and conflict transformation after civil wars, with reference to the case of Cambodia. It is based upon the theoretical assumption, advocated in particular by Chantal Mouffe and further developed and adapted by agonistic peace research, that conflicts are necessary within the political realm and can influence politics in a genuinely positive way. However, also according to the perspective of the present work, this necessitates an agonistic i.e. peaceful way of dealing with conflict, a requirement that is deeply interconnected with identity perceptions towards oneself and the opponent. This dissertation not only illustrates the potential of a theoretical framework, originally developed for liberal democracies, for the application in peace and conflict studies, but also advances it further by linking it to sociological conflict theories. Based upon these theoretical assumptions, an analytical framework for empirical use is designed that allows to illustrate changes from antagonistic to agonal forms of conflict resolution and associated transformations of identity perception over time and within different political contexts. Empirically, the thesis analyses the post-conflict-situation in Cambodia after the end of the civil war. The three groups “political parties”, “international actors” and “civil society” which are most influential regarding the framing of political discourses in Cambodia, will be analysed in depth by using the parameters of the methodological framework. A special focus hereby lies on political events that significantly influence hegemonic discourses and on development over time. That way, changes in identity perceptions and conflict resolution can be made visible. By doing so the dissertation identifies various forms of agonistic conflict resolution, and also addresses the complex interplay between identity and conflict and its significance for antagonistic i.e violent conflict escalation or peaceful conflict resolution. Through further developing the concept of agonistic peace, its specific operationalization and through the analysis of the Cambodian peace process, the dissertation develops a viable model that is suitable for the comprehensive analysis of conflict structures, and can be used in various post-conflict contexts.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	9
1. Agonales Peacebuilding im kambodschanischen Kontext	10
2. Politik in Kambodscha – alte Muster und neue Perspektiven.....	23
2.1 Geschichte eines Konfliktes – zwischen Bürgerkrieg und Totalitarismus	23
2.2 Erster Bürgerkrieg (1970-1975)	26
2.3 Terrorherrschaft unter den Roten Khmer	28
2.4 Zweiter Bürgerkrieg (1979-1991/1998) und Nachkriegszeit	28
2.5 Kambodscha nach UNTAC.....	30
3. Friede als politischer Prozess – theoretische Reflexionen	34
3.1 Der Friedensbegriff des Peacebuilding	34
3.2 Agonales Peacebuilding und Chantal Mouffe.....	43
3.3 Der Konflikt als Wesen des Politischen.....	46
3.4 Macht und Hegemonie als Chance des Demokratischen	49
3.5 Der leere „Ort der Macht“	52
3.6 Identität und Konflikt – Feindbilder und Identitätskonstruktion	54
4. Zur empirischen Anwendung eines theoretischen Konzepts.....	65
4.1 Perspektiven des agonalen Peacebuilding	65
4.2 Agonale Konfliktaustragung und die politikwissenschaftliche Rezeption.....	68
4.3 Die Anwendung der mouffschen Theorie in Kontexten des Globalen Südens	70
4.4 Mouffe und der Post-Konflikt-Kontext	77
4.5 Staat und Herrschaft im Globalen Süden	90
4.6 Post-Konflikt-Gesellschaft: Der Versuch einer Definition.....	100
4.7 Kambodscha heute – eine Post-Konflikt-Gesellschaft?	108

5. Messbarkeit eines agonalen Wandels	115
5.1 Die Transformation von Antagonismus zu Agonismus	115
5.2 Subfelder des politisch-gesellschaftlichen Feldes	121
5.3 Empirische Zugangswege zur Beschreibung eines Wandels	127
5.4 Methodisches Vorgehen	133
5.5 Datenerhebung	135
6. Politische Parteien	142
6.1 The Kingdom of Wonder	142
6.2 Zeitlicher Wandel	144
6.3 Konflikt- und Selbstverständnis kambodschanischer Parteien	151
6.4 Demokratische Verfahren und die Opposition	168
6.5 Antagonistische und agonale Formen der Konfliktaustragung	174
6.6 Identität und Konflikt – Kontinuität und Wandel	187
7. Internationale Akteure und Beziehungen	191
7.1 Demokratieentwicklung im regionalen Kontext	191
7.2 Thailand und Kambodscha im Disput um kulturelle Deutungshoheiten	194
7.3 Vietnam, der größere Nachbar – Fluch und Segen zugleich?	200
7.4 Kambodscha im Zwiespalt zwischen Ost und West	207
7.5 NGO-Kultur als Merkmal des kambodschanischen Konfliktdiskurses	211
7.6 Kambodscha und der Einfluss der internationalen Akteure	217
8. Kambodschas Zivilgesellschaft im Wandel	219
8.1 Im Zwiespalt zwischen tradierten Mustern und sozialem Umbruch	219
8.2 Hierarchie- und Eliteebenen der kambodschanischen Gesellschaft	223
8.3 Der Konfliktdiskurs im Generationenwandel	226
8.4 Korruption und struktureller Wandel	228

8.5 Informationspolitik und neue Medien.....	231
8.6 Kambodschas Zivilgesellschaft als Herausforderung für politische Strukturen ..	235
9. Quo Vadis? – Agonistic Peace und Kambodscha.....	238
9.1 Peacebuilding in Kambodscha – Erfolg oder Misserfolg?.....	238
9.2 Perspektiven für die Friedens- und Konfliktforschung	253
Literaturverzeichnis	264
Anhang.....	298

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzungen im Text

CGDK	Coalition Government of Democratic Kampuchea
CNRP	Cambodia National Rescue Party
CPP	Cambodian People's Party
ECCC	Extraordinary Chambers in the Courts of Cambodia
FANK	Khmer National Armed Forces Forces Armées Nationales Khmères
FUNCINPEC	Front Uni National pour un Cambodge Indépendant, Neutre, Pacifique, et Coopératif National United Front for an Independent, Neutral, Peaceful and Cooperative Cambodia
GDP	Grassroots Democratic Party
HRP	Human Rights Party
KPRP	Kampuchean People's Revolutionary Party
LDP	League for Democracy Party
PRK	People's Republic of Kampuchea (1979-1989)
SOC	State of Cambodia (1989-1991)
SRP	Sam Rainsy Party
UNAMIC	United Nations Advance Mission in Cambodia
UNTAC	United Nations Transitional Authority in Cambodia

Abkürzung der Interviewkodierungen

P	Politische Parteien
Z	Zivilgesellschaft
I	Internationale Ebene

1. Agonales Peacebuilding im kambodschanischen Kontext

„Cambodia is now a fully integrated country, without rebels or separatists and without internal strife or conflict for the first time in many decades“ (Hun Sen, zitiert nach The New York Times 21.09.1999).

Nach mehr als 30 Jahren, die geprägt waren von Umstürzen, Aufständen, politischen Machtkämpfen, Bürgerkriegen, einem totalitären kommunistischen Regime und der Besetzung des Landes durch vietnamesische Truppen, kann Kambodscha ab 1998 erstmals auf eine Episode relativer Stabilität blicken.¹ Der Weg dorthin forderte unzählige zivile Opfer – mehr als 20% der Bevölkerung verlor allein während der Terrorherrschaft der Roten Khmer ihr Leben, sei es durch politische Verfolgung, Hungersnöte, parteiinterne Säuberungen, Zwangsarbeit, Widerstandskämpfe oder Grenzkonflikte (Yale University 2022).² Eine dauerhafte Lösung des Konfliktes konnte überhaupt erst durch das Ende des Kalten Krieges, die damit entstandene Möglichkeit zur Entsendung einer UN-Mission und durch ein 1991 international ausgehandeltes Friedensabkommen, die Comprehensive Cambodian Peace Agreements, oder kurz Paris Peace Agreement, angestrebt werden. Selbst nach diesen Maßnahmen und der Etablierung einer neuen Regierung durch die Gründungswahlen von 1993 sollte es noch etwa fünf Jahre dauern, bis die letzten Kämpfergruppen im Land ihre Waffen niederlegten. Auch die Machtverhältnisse innerhalb der durch die UN-Gründungswahlen legitimierte Koalitionsregierung waren so instabil, dass es noch 1997 zu einer Auseinandersetzung kam, bei der sich die beiden Koalitionspartner der Regierung mit schweren Kriegswaffen in der Hauptstadt Phnom Penh über Tage

¹ Das in dieser Arbeit gewählte generische Maskulinum bezieht sich ausdrücklich zugleich auf männliche, weibliche und andere Geschlechteridentitäten.

² Die genauen Opferzahlen sind bis heute Gegenstand des Forschungsdiskurses und nicht abschließend geklärt. Verantwortlich hierfür sind mehrere Faktoren, wie mangelnde Ausgangsdaten, die Problematik der „Opferdefinition“ (rechnet man auch Personen mit, die nicht unmittelbar durch die Roten Khmer, sondern auch an Hunger oder Krankheit starben) sowie die Frage nach der Ausgangslage nach dem ersten Bürgerkrieg. Eine detaillierte Übersicht über den Forschungsdiskurs sowie über den Widerstand gegen die Roten Khmer findet sich bei Bultmann (2017). Die Zahl von etwa 1,7 Millionen, die vom Genozidprogramm der Yale University und auch von den Extraordinary Chambers in the Courts of Cambodia mit dem Zusatz „at least“ übernommen wurde (ECCC 2022), entspricht dabei der konservativen Schätzung der Übersterblichkeit bzw. der „excess deaths“ und bezieht alle unmittelbaren und mittelbaren Toten des Khmer Rouge Regimes mit ein. Sie findet in dieser Arbeit Anwendung. Eine ausführliche Aufstellung und Bewertung der verschiedenen, in der Forschung verwendeten Opferzahlen können in einem für die Extraordinary Chambers in the Courts of Cambodia (ECCC) geschriebenen Gutachten nachgelesen werden (Tabeau/Kheam 2009).

bekämpften. Erst 1998, mit den zweiten Wahlen, konnte sich die Cambodian People's Party (CPP), die aus diesem Konflikt als Sieger hervorgegangen war, den alleinigen Regierungsanspruch sichern. Erst ab diesem Zeitpunkt gelang dem Land, auch durch das endgültige Ende der Roten Khmer, die bis zu diesem Zeitpunkt noch im Dschungel weitergekämpft hatten, Stabilität zu gewinnen und dauerhaften Frieden zu etablieren. Premierminister Hun Sen ist nunmehr seit mehr als 35 Jahren ununterbrochen an der Macht und hat es geschafft, seine Position durch ein enges Netzwerk an Familienmitgliedern und ihm verpflichteten Eliten nicht nur auf politischer, sondern auch auf wirtschaftlicher, militärischer und sozialer Ebene zu festigen und immer stärker auszubauen. Durch den Tod seines Parteikollegen und innerparteilichen Widersachers Chea Sim im Jahre 2015 verfügt er heute auch innerhalb der Partei kaum mehr über starke Konkurrenten (Sutton 2018). Kambodscha wurde in diesen letzten 30 Jahren so sehr wie kaum ein anderes Land dieser Welt durch die Internationale Gemeinschaft in seinen Friedensbemühungen unterstützt. Sowohl die Vereinten Nationen und die Europäische Union als auch einzelne Staaten, wie die USA, China, Japan, Großbritannien und Deutschland, um nur einige zu nennen, sind seit Jahrzehnten im Land aktiv und leisten auf struktureller, gesellschaftlicher und politischer Ebene massive Unterstützung und Aufbauhilfe. Die Weltbank hat zahlreiche Konjunkturprogramme ins Leben gerufen und fördert auf wirtschaftlicher und fiskalpolitischer Ebene. Trotz der hohen Dichte an ausländischen Staaten, NGOs – Kambodscha hat eine der höchsten NGO-Dichten der Welt – und internationalen Beratern, die sowohl Senat als auch Parlament unterstützen, sind die Ergebnisse und Erfolge des internationalen Engagements bezüglich der Implementierung von Rechtsstaatlichkeit und politischer Chancengleichheit sehr überschaubar (z.B. St John 2005; Peou 2018, 2019; Simangan 2018).³ Korruption, fehlende Gewaltentrennung, Unterdrückung des politischen Gegners sowie „Landgrabbing“ – die Inbesitznahme ganzer Landstriche durch Firmen und einflussreiche Personen – sind die zentralen Themen, die in Forschung und Gesellschaft kritisch hinterfragt und angeprangert werden (z.B. Oehm 2015; Loughlin 2020, 2021). Das

³ Über die tatsächliche Menge an NGOs im Land gibt es unterschiedliche Angaben. Während das Außenministerium eine Liste mit Internationalen NGOs – Ende des Jahres 2021 waren es 343 – veröffentlicht hat, ist dies bei lokalen NGOs nicht der Fall. Bonacker (2010: 203) spricht von der höchsten NGO-Dichte, andere Quellen von mindestens 5000 Organisationen (Khmer Times 25.05.2021).

politische Klima zwischen den Parteien ist geprägt von Konflikten, Verhaftungen, feindlichen Identitätszuschreibungen und Ausbrüchen von Gewalt (Morgenbesser 2019; Croissant 2019; Interview Z-15; P-10).⁴ Gleichzeitig, und hier konstituiert sich ein gewisser Widerspruch, ist der gesellschaftliche und politische Wandel im Land durchaus spürbar. Die infrastrukturelle Lage hat sich in den letzten 15 Jahren deutlich verbessert, langsam bildet sich eine Mittelschicht heraus, die Möglichkeiten, im Ausland zu studieren oder zu arbeiten, steigen, die Dichte der Universitäten wird größer, der Lebensstandard im Land verbessert sich, Krankheiten wie Malaria nehmen durch weitreichende Programme stark ab (WHO 01.04.2021; World Bank 2022; The Phnom Penh Post 10.10.2017; Un/Sok 2020). Auch wenn die politische Sphäre von Antagonismen, also von feindlichen Identitätszuschreibungen, starker Gegnerschaft und massiven Konflikten geprägt ist, kann Kambodscha dennoch seit 1998 auf eine fast 30-jährige Zeitspanne zurückblicken, die gekennzeichnet ist von relativer Stabilität und Frieden.

Allerdings wurde während dieser Zeit das Land durchgehend von einer Partei und gleichbleibend vom selben Premierminister regiert. Nur einmal, und das erst im Jahr 2013, gelang es der Oppositionspartei, der Cambodia National Rescue Party (CNRP), den Herrschaftsanspruch Hun Sens und seiner Cambodian People's Party im Zuge der Parlamentswahlen auf demokratischer Ebene empfindlich herauszufordern. Bis heute ist der Ausgang dieser Wahl umstritten (Um 2014: 100-101), erst nach monatelangen Protesten und Vermittlungsversuchen der internationalen Ebene konnte der Konflikt beigelegt werden und das Parlament seine Arbeit wieder aufnehmen. Unterstützung bekam die Oppositionspartei nicht nur von ihren Anhängern, sondern auch von den Arbeitenden aus der Textilindustrie – einem der wichtigsten Wirtschaftszweige des Landes –, die für einen höheren Mindestlohn und bessere Arbeitsbedingungen demonstrierten (Um 2014: 102; BCC News 03.01.2014). Nach nur kurz andauernder politischer Einigung zwischen den Parteien, die auf massiven internationalen Druck hin

⁴ Für die Anfertigung der Arbeit wurden insgesamt 51 qualitative Interviews geführt. Die Gespräche erfolgten anonym und die einzelnen Interviewpartner wurden entsprechend in drei Gruppen eingeteilt: Mitglieder politischer Parteien (**P**), internationale Ebene, also Berater oder internationale NGOs (**I**), und Zivilgesellschaft (**Z**), worunter lokale NGOs, Zivilpersonen oder die kambodschanischen Wissenschaftler fallen. Zur Kategorisierung der Interviews und zur detaillierten Zuordnung einzelner Interviewpartner sei auf das fünfte Kapitel verwiesen, in dem das methodische Vorgehen erläutert wird.

geschah, ist die Cambodia National Rescue Party heute verboten. Sie wurde zur Auflösung gezwungen und die gesellschaftlichen Gruppierungen, die die Opposition unterstützt haben, also freie Presse, die NGOs und die Zivilgesellschaft, sind durch Repressionen und weitreichende, neu erlassene Gesetze ebenfalls stark beschnitten worden. Allerdings – und das ist das Bemerkenswerte – haben sich Teile der ehemaligen Opposition in neuen Parteien formiert und können sich wieder aktiv am politischen Prozess beteiligen.

Trotz der oben skizzierten, massiven internationalen Bemühungen gelang es über Jahrzehnte bis heute nicht, die politische und gesellschaftliche Konfliktaustragung konstant auf eine inhaltsbezogene, sachliche Ebene zu setzen und demokratische Prozesse dauerhaft zu etablieren. Der politische Gegner wird in weiten Teilen nicht als Konkurrent und damit als legitimer Opponent, sondern als zu bekämpfender Feind begriffen. Das politische Feld, das von Regierungspartei, Oppositionsparteien und internationalen Kräften bespielt wird, ist geprägt von stereotypen Zuordnungen und antagonistischen Identitätszuschreibungen, die inhaltliche Konflikte sehr schnell zu Macht- und Beziehungskonflikten mit oftmals nicht absehbaren Konsequenzen eskalieren lassen. Gleichzeitig werden diese Konflikte aber abgelöst von Zyklen relativer Stabilität und Annäherung zwischen Oppositionsbewegung, Regierung und Zivilgesellschaft. Auch lässt sich im Verlauf der letzten Jahre ein leichter Wandel im Wechselspiel der Konfliktaustragungsmodi, in der Art der antagonistischen Eskalation des Politischen sowie in der Funktionsweise der staatlichen Strukturen verzeichnen. Die Art der Konfliktaustragung selbst hat sich insoweit verändert, als heute eher Gerichte und Institutionen benutzt und von der Regierung instrumentalisiert werden, während vor einigen Jahrzehnten noch offene Waffengewalt angewandt wurde, um den politischen Gegner unschädlich zu machen.⁵

⁵ Eine offizielle Statistik zu dieser Beobachtung ist nicht vorhanden, allerdings lässt sich dieser Wandel durch einen Vergleich mit der Situation in den 90er Jahren, in denen mit Waffengewalt gekämpft wurde und politische Gegner eliminiert und auch gefoltert wurden (z.B. Gewalteskalation zwischen den verschiedenen Regierungsparteien 1997, Granatenattacke auf Oppositionspolitiker Sam Rainsy), nachzeichnen (Strangio 2014: 62-89; Chandler 2008: 285-300). Gegenwärtig kann man hingegen beobachten, wie politische Gegner reihenweise mit Gerichtsurteilen überzogen werden (siehe Kap. 6). Auch im gesellschaftlichen Diskurs, sowohl bei Parteien als auch bei NGOs, ist die Meinung vorherrschend, dass die physische Gewalt zurückgegangen sei (z.B. Interview I-1; P-10; diverse Hintergrundgespräche in Phnom Penh). Auch Öjendal/Ou (2015: 931) konstatieren einen Rückgang von Gewalt.

Die Forschungsliteratur zum politischen System Kambodschas liefert wichtige Hinweise für dieses Phänomen, indem sie beispielsweise den Einfluss der Internationalen Gemeinschaft oder einzelner Staaten (Ear 2009, 2013; Morgenbesser 2019; Strangio 2014; Um 2014; Un 2020; Un/Luo 2020; Heng 2012; Hinton 2006; Hughes/Pupavac 2005; Whalan 2012; Rattanasengchanh 2017), sozialen, gesellschaftlichen und politischen Wandel (Hughes/Eng 2019; Karbaum 2015; Norén-Nilsson 2015, 2019, 2021), Identitätsbildung im Bürgerkrieg (Norén-Nilsson 2016; Bultmann 2017), Genderfragen (Lilja 2007; Khourn 2016) oder das politische System Hun Sens analysiert (Hughes 2001, 2002, 2009; Sutton 2018; Un 2009). Es gibt aber keine umfassende Arbeit darüber, was der Grund für das Bestehen und den zeitgleichen Austragungswandel politischer Konflikte ist.

Das Phänomen, dass ehemalige Bürgerkriegsgebiete auch Jahrzehnte nach Beendigung der eigentlichen kriegerischen Auseinandersetzung immer noch von erneuten Ausbrüchen der Gewalt, feindlichem Umgang zwischen den einzelnen Konfliktparteien, mangelnder Akzeptanz demokratischer Strukturen oder Staatszerfall betroffen sind, lässt sich in verschiedenen Ausprägungen und abhängig von den Konfliktrealitäten vor Ort auch in anderen Ländern aufzeigen. Der Kongo, der Sudan, Ost-Timor oder El Salvador sind hier nur einige wenige bekannte Beispiele, obwohl die Bemühungen der Internationalen Gemeinschaft und insbesondere der UN sowie der regionalen Partnerorganisationen massiv zugenommen haben.⁶ Afghanistan ist dabei wohl das prominenteste und zugleich auch aktuellste Beispiel, das ein Scheitern der Internationalen Gemeinschaft attestiert. Nicht nur auf praktischer Ebene hat man aus fehlgeschlagenen Peacekeeping-Missionen, wie in Srebrenica oder Somalia, gelernt und hat versucht, die darauffolgenden Einsätze möglichst zielgerichtet und nachhaltig zu gestalten, vielmehr sorgte man auch nach Ende der kriegerischen Auseinandersetzungen für Reintegrationsprogramme und Transitional Justice-Maßnahmen, die zur Stabilisierung des neu gewonnenen Friedens beitragen sollten.

⁶ Ein sehr guter Überblick über den Forschungsstand und die Differenzierung von Post-Konflikt-Gewaltsituationen und erneutem Bürgerkrieg findet sich bei Bara/Deglow/van Baalen (2021). Zur prozentualen Zahl von erneuten kriegerischen Auseinandersetzungen nach Friedensschlüssen gibt es in der Literatur unterschiedliche Angaben, die abhängig von Zeiträumen und Definitionen sind. Ein prägnanter Überblick zu erneut aufbrechenden Konflikten, basierend auf den Daten des Upsalla Conflict Data Program (UCDP), findet sich bei Gates/Nygård/Trappeniers (2016). Die Autoren sprechen davon, dass etwa 60 % aller beigelegten Konflikte erneut aufbrechen.

Dennoch erzielen Statebuilding- und Peacebuilding-Maßnahmen häufig nicht den gewünschten „outcome“, obwohl sie sowohl auf praktischer und auch auf theoretischer Ebene überprüft, weiterentwickelt und verfeinert wurden. Während sich der ursprüngliche Peacebuilding-Diskurs mit der Stärkung liberaler Institutionen, Wahlen und freier Marktwirtschaft auseinandersetzt, diskutiert das „critical“ Peacebuilding lokale Formen der Friedensschaffung und den Einfluss des Alltäglichen sowie das Zusammenspiel lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Eliten.⁷ So unterschiedlich, vielfältig und berechtigt diese Modelle aber auch sein mögen und auch wenn diese sich in den letzten Jahren weiterentwickelt haben, weisen sie doch einen blinden Fleck auf. Sie gehen von einem Friedensschluss bzw. einer Einigung innerhalb des politischen Rahmens aus, der im Folgenden nur noch verstetigt werden müsse. Die normative Grundlage hierfür ist die Idee eines Konsenses über die Bereitschaft, mit anderen Parteien zusammenzuarbeiten und wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Macht zu teilen, die auf verschiedenen Wegen, wie durch die institutionelle und soziale Inklusion verschiedener Gruppen, erreicht werden kann (Albert/Kessler/Stetter 2008: 49-50). Diese Annahme ist aber auf mehreren Ebenen problematisch: Erstens stellt sich die grundsätzliche Frage, wann ein Konflikt überhaupt beendet ist. Zweitens werden Friedensschlüsse nach Bürgerkriegen fast nie konsensual von allen Parteien gefällt, vielmehr müssen sich Kämpfergruppen häufig externem Druck oder strukturellen Gegebenheiten, nämlich dem Mangel an Ressourcen zur Fortführung des Konfliktes oder einer politischen Drohung der Internationalen Gemeinschaft, beugen und sind damit begleitet von Zwang, aber nicht von Konsens. Drittens bleiben Konflikte eines Bürgerkrieges bestehen oder treten wieder erneut auf. Thematisiert wird in diesem Kontext auch selten, dass nicht genuin Konflikte für den Ausbruch von Kriegen und Gewalt ursächlich sind, sondern die Art der Konfliktaustragung selbst, welche wiederum, so die Grundannahme dieser Arbeit, von Identitätszuschreibungen beeinflusst wird (Laclau/Mouffe 2012; Mouffe 2007, 2014).

Ein prominentes Beispiel hierfür ist der kambodschanische Friedensschluss 1991, der nicht konsensual und auf Bestreben der einzelnen Konfliktparteien geschlossen wurde, sondern weitestgehend darin begründet war, dass mit dem Ende des Kalten Krieges und

⁷ Für eine detaillierte Ausdifferenzierung siehe Kapitel 3.1.

der damit wegfallenden Unterstützung externer Konfliktakteure einerseits die Ressourcen für die Weiterführung des Konfliktes zu großen Teilen erschöpft waren, und andererseits Druck durch die Internationale Gemeinschaft aufgebaut wurde (Whalan 2012; Brown/Timberman 1998: 17; Chandler 2016a: xiii; Bultmann 2017: 191-193; Doyle 1999: 191-196). Starke politische Konflikte sind insbesondere einer Gesellschaft inhärent, die auf eine längere gewaltvolle Vergangenheit zurückblicken kann.

Auf diesen Überlegungen Chantal Mouffes baut die noch relativ junge Strömung des „Agonistic Peace“ auf, die sich in Abgrenzung zu den bisherigen Peacebuilding-Ansätzen entwickelt hat und sich gegenwärtig auch zunehmend ausdifferenziert. Sie begreift Konflikte als eine Grundlage für die Entwicklung des gesellschaftlichen und politischen Zusammenlebens und argumentiert, dass eben jene Räume des Dissenses sowohl bei Friedensschlüssen und strukturellem Aufbau als auch in Transitional Justice-Prozessen notwendig sind und entsprechend gestaltet sein sollten, um antagonistische Diskurse in agonale, also friedliche Bahnen, umzulenken, um so dahinterliegende identitäre Zuschreibungen und die perspektivische Wahrnehmung des Gegenübers zu wandeln (z.B. Aggestam/Cristiano/Strömbom 2015; Murphy/Walsh 2022; Shinko 2008, 2022; Maddison 2015, 2022; Strömbom 2020; Strömbom/Bramsen 2022; Göker/Çelik 2022). Wird das Gegenüber als zu bekämpfender Feind betrachtet, treten vermehrt antagonistische, gewaltvolle Austragungsmuster des Politischen in den Vordergrund, wird der politisch Andere aber als legitimer politischer Gegner verstanden, können agonale, also friedliche Konfliktaustragungsmechanismen, angestrebt werden, so die zentrale These Chantal Mouffes und Ernesto Laclaus (Laclau/Mouffe 2012; Mouffe 2007). Diesen unterstellten Zusammenhang von Politik und Identität skizzieren die Autoren in ihrem Werk „Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus“ und entwickeln dieses theoretische, auf liberale Demokratien zugeschnittene Modell in den Folgejahren weiter. Die Konstruktion und der Ursprung von Identitäten selbst, so Slocum-Bradley, seien bis jetzt wenig erforscht (Slocum-Bradley 2008a: 1). Sie werden in der Friedens- und Konfliktforschung und auch in der „Agonistic Peace“-Forschung meistens im Kontext ethnischer oder religiöser Kontexte diskutiert (z.B. Rumelili/Strömbom 2022; Maddison 2022; Lehti/Romashov 2022; Göker/Çelik 2022; Çelik 2021; Nagle 2014; Hall 2009). Religion und Ethnie als Konfliktursache sind aber beides Motive, die in Kambodscha für den Konfliktdiskurs

nicht ursächlich sind. Obwohl die „Agonistic Peace“-Forschung wertvolle Beiträge hinsichtlich der Sichtbarmachung von agonalen Momenten, der Diskussion um die Anwendungsmöglichkeiten im Globalen Süden sowie der Konzeption von friedensfördernden Maßnahmen geleistet hat, gibt es keine größere Studie, die sich mit der Anwendung des Konzeptes auf den gesamten Konfliktkontext eines Landes und nicht nur auf einzelne Momente oder Situationen bezieht und sich basierend auf diesem theoretischen Hintergrund mit Ursachen und Wandel von Konfliktperzeptionen beschäftigt. Dies hängt einerseits mit der Problematik des methodischen Zugriffes zusammen – lediglich Strömbom (2020) entwickelt eine erste Operationalisierungsidee, die aber einen Wandel zu agonalen Formen und der Anerkennung von Institutionen schon implizit voraussetzt (siehe Kapitel 4.2) –, andererseits aber auch mit der normativen Komponente innerhalb der „Agonistic Peace“-Forschung, den Ansatz eher für Friedensarbeit, also für die Schaffung geeigneter Institutionen und Prozesse, zu nutzen als für die Analyse von hegemonialen Deutungsdiskursen und Konfliktstrukturen. Vor allem für die Analyse des kambodschanischen Konfliktes, dessen Intensität nicht ausreichend durch ethnische oder religiöse Zuschreibungen erklärt werden kann⁸, ist der mouffsche Ansatz, nach entsprechender Operationalisierung, zielführend, da er unterliegende Identifikationsmuster und Austragungsmechanismen aufzeigen und analysieren kann.

Dementsprechend stellt die Arbeit die zentrale Frage: Inwiefern und auf Grundlage welcher identitären und sozialen Prozesse und Muster hat sich die politische Konfliktaustragung in Kambodscha von antagonistischen zu agonalen Formen gewandelt?

Die Eingrenzung der Fragestellung auf einen bestimmten Zeitpunkt innerhalb der letzten Jahre ist problematisch und erscheint wenig zielführend, da Wandlungsprozesse sich nicht punktuell nachverfolgen lassen, sondern erst über den zeitlichen Verlauf hinweg sichtbar werden. Daher bezieht sich die Untersuchung auf den eher weit gefassten

⁸ Obwohl der kambodschanische Konflikt primär kein ethnischer Konflikt ist, ergibt sich an einige Stellen eine indirekte ethnische Komponente aus der Feindzuschreibung der Konfliktparteien selbst, die den politischen Gegner teilweise als „Vietnamesen“ bezeichnen oder Vietnamesen für die innerstaatlichen Konflikte verantwortlich machen. Dies ist aber bedingt durch das schwierige historische Verhältnis zwischen Kambodscha und Vietnam und durch die vietnamesische „Besatzung“ Kambodschas und genuin kein Konflikt zwischen zwei Ethnien. Siehe hierzu insb. Kapitel 7.3.

Zeitraum von 1991 bis 2022, also die Zeit nach dem formalen Friedensschluss der Konfliktparteien und dem Beginn der Friedensmission der United Nations, d.h. also nachdem Kambodscha, zumindest formal, zum Post-Konflikt-Staat geworden ist. Gleichzeitig legt die Untersuchung den Schwerpunkt aber auf einzelne politische und gesellschaftliche Ereignisse, bei denen eben jene Transformationsmechanismen und Konfliktaustragungsformen sichtbar werden. Da diese aber ohne den politischen Gesamtkontext nicht zu verstehen sind, werden sie deshalb entsprechend rückgebunden an die Entwicklung Kambodschas in oben genanntem Zeitrahmen. Der Fokus der Untersuchung ergibt sich dabei aus den den Deutungsdiskurs determinierenden Kräften, nämlich Zivilgesellschaft bzw. NGOs, Internationale Kräfte und politische Parteien.⁹ Auf Grund der starken Hierarchisierung des gesellschaftlichen und politischen Systems in Kambodscha, die in den empirischen Kapiteln vertieft dargestellt wird, bezieht sich die Untersuchung weitestgehend auf die Elitenebene der drei aufgezeigten Subfelder, die den kambodschanischen Konfliktdiskurs maßgeblich beeinflusst und formt. Dieser Elitendiskurs ist aber sowohl in einen größeren internationalen Kontext eingebettet als auch von sozialen Veränderungen in Kambodscha (Herausbildung einer neuen Mittelschicht, jungen Akademikern und der Klasse der „working poor“) beeinflusst, so dass diese Prozesse ebenfalls Berücksichtigung bei der Diskussion finden. Für die Beantwortung der Fragestellung folgt die Arbeit der Logik einer theoriegeleiteten empirischen Untersuchung. Dieses Vorgehen ermöglicht eine zielgerichtete Analyse des empirischen Feldes, basierend auf den Grundlagen des agonalen Demokratiekonzeptes Chantal Mouffes und Ernesto Laclaus und den Weiterentwicklungen durch die „Agonistic Peace“-Forschung, die konzeptionell fruchtbar und für den methodischen Zugriff angepasst werden.

Die Arbeit ist hierfür in acht Kapitel untergliedert, die einer inneren Logik folgen, sachlich aufeinander abgestimmt sind und auch innerhalb der einzelnen Kapitel immer wieder Theorie und Empirie miteinander verzahnen. Der theoretischen Diskussion des agonalen Friedensansatzes ist zunächst als zweites Kapitel ein kurzer Überblick über die Konfliktgeschichte Kambodschas vorangestellt, der gleichsam in die Thematik einführt, ein

⁹ Auch Bonacker (2010: 189-190) konstatiert die Bedeutung eben jener Trias und unterstreicht, dass ohne die Analyse jenes Zusammenspiels die Entwicklung des politischen Systems in Kambodscha nicht hinreichend verstanden werden könne.

tieferes Verständnis der geschichtlichen Zusammenhänge ermöglicht und die bis heute relevanten politischen und gesellschaftlichen Konfliktlinien aufzeigt, die in den späteren Kapiteln intensiv diskutiert werden. Das sich anschließende dritte Kapitel skizziert die Theorie Chantal Mouffes und Ernesto Laclaus auf theoretischer Ebene im Hinblick auf eine konzeptionelle Anwendung. Es wird hier die Herleitung des theoretischen Framings aus dem Forschungskontext der agonalen Demokratietheorie vorgenommen. Zur Erstellung eines empirisch tragfähigen Konzeptes, das für die Analyse von Konflikten angewendet werden kann, ergänzt die Arbeit die demokratietheoretischen Grundlagen der agonalen Konflikttheorie einerseits mit einer Diskussion um die systemische Strukturalität und Entstehung von Konflikten, wie sie sich bei Heinz Messmer, Georg Simmel und, in Bezug auf die Frage nach direkten und indirekten Konflikten, auch bei Tobias Werron finden lässt, und zeigt auf, wie diese sich verändern oder aufgebrochen werden können. Andererseits wird der Ansatz aber auch um die theoretische Frage ergänzt, wie sich die identitäre Perspektivierung des Gegenübers ändern und welche Rolle das Konzept multipler Identitäten für den agonalen Wandel spielen kann.

Nach Schaffung einer tragfähigen theoretischen Basis skizziert die Arbeit im folgenden vierten Kapitel, in dem die Anwendungsdiskussion im Vordergrund steht, welche Beachtung das Konzept der agonalen Demokratie bereits in der Friedens- und Konfliktforschung erfahren hat und welche theoretischen Besonderheiten sich bei der empirischen Anwendung eines Konzeptes, das für konsolidierte Demokratien liberaler Prägung entwickelt wurde, in anderen Herrschaftskontexten ergeben. Der Fokus liegt einerseits auf der Diskussion eines bisher hauptsächlich theoretisch oder, wenn empirisch, dann meist auf einzelne Phänomene beschränkt, angewandten Konzeptes und den damit verbundenen Herausforderungen und Perspektiven für eine umfassende und systematische Nutzung. Andererseits umreißt die Argumentation, basierend auf dem Konzept von Klaus Schlichte (2005), kurz, welche Parameter, Ordnungsvorstellungen und Regelungsmechanismen des Gesellschaftlichen und Politischen in verschiedenen Kontexten staatlicher Herrschaft vorzufinden sind, und welchen Einfluss jene strukturellen Besonderheiten auf die Analyse und Sichtbarmachung agonaler Wandlungsprozesse haben können. Einen Teil des Kapitels wird hierbei auch die Diskussion der speziellen Rahmenbedingungen in Post-Konflikt-Gesellschaften einnehmen sowie die Bedeutung, die sich aus der Einordnung

Kambodschas als Post-Konflikt-Gesellschaft und postkolonialem Staat für die Anwendung des „Agonistic Peace“-Konzeptes ergibt. Das folgende Methodenkapitel stellt die Verbindung zwischen theoretischer Konzeption und empirischer Anwendung dar, indem theoretische Überlegungen systematisch aufbereitet und für eine empirische Anwendung fruchtbar gemacht werden. In diesem fünften Abschnitt, der also zugleich als Verbindungsglied zwischen Theorie und Praxis fungiert, stehen die Operationalisierung und methodische Anwendung des Konzepts auf den kambodschanischen Kontext im Vordergrund. Dies geschieht anhand der Darstellung des empirischen Forschungsdesigns sowie einer Begründung der verwendeten Analysemethoden. Basierend auf diesen Prämissen ergibt sich auch die Struktur der drei folgenden empirischen Kapitel.

Das politische Feld in Kambodscha wird im Wesentlichen von drei großen Akteuren determiniert, die miteinander, aber auch gegeneinander arbeiten und die soziale und politische Struktur maßgeblich steuern, strukturieren und bestimmen: den politischen Parteien, der internationalen Ebene und der Zivilgesellschaft (Bonacker 2010: 189-190). Die drei empirischen Abschnitte der Arbeit, also Kapitel sechs, sieben und acht, werden sich in dieser Reihenfolge den einzelnen Gruppierungen und der Frage, inwieweit innerhalb und zwischen diesen Gruppen ein Wandel in der Konfliktaustragung stattgefunden hat und welche Rolle die Perzeption des politischen Gegenübers dabei spielt, widmen. Teile der internationalen Ebene und Zivilgesellschaft sind eng miteinander verzahnt und bilden zugleich ein Gegengewicht zur politischen Elite, aber auch einen Ressourcenpool, aus dem die einzelnen Parteien schöpfen. Kapitel sechs beschäftigt sich mit der Identität und dem Verhältnis der politischen Parteien zueinander, während Kapitel sieben den Einfluss internationaler Akteure und benachbarter Länder auf den Konfliktdiskurs untersucht. Beide Kapitel analysieren somit horizontale Deutungsstrukturen – zwischen Eliten, zwischen Staaten und zwischen Kambodscha und der Internationalen Gemeinschaft. Kapitel acht hingegen legt den Einfluss der kambodschanischen Zivilgesellschaft auf den Elitendiskurs und vice versa die Auswirkungen der politischen Elitenstruktur auf den Diskurs innerhalb der Bevölkerung dar und diskutiert somit horizontale Strukturen. Die drei genannten Kapitel beschäftigen sich mit der Analyse der empirischen Beobachtungen und koppeln diese zeitgleich an das Forschungsparadigma zurück.

Die notwendigen Daten wurden dabei mit Hilfe von Interviews, vertraulichen Gesprächen, Workshops, teilnehmender Beobachtung sowie Zeitungsberichten, Abhandlungen zu Wahlen, Parlaments- und Regierungsarbeit und Forschungsliteratur erhoben. Ein solcher Methodenmix bietet sich auf Grund der Forschungssituation vor Ort an. Informationen bzw. Statistiken zu einzelnen politischen Themen sind, wenn vorhanden, sehr schwer zugänglich und bilden auch nicht die eigentliche Problematik der politischen Sphäre ab. Inhaltlich sind sie häufig stark divergierend und teilweise wenig objektiv, je nachdem wer der Verfasser der Statistik oder der Information ist. Das fängt bei der Definition des Staatsgebietes an (siehe Kapitel 7.3), geht weiter zur Frage nach der realen Zahl von registrierten Wählern (Um 2014; Comfrel 2013) und endet bei der Einschätzung der Arbeit der NGOs vor Ort – alle drei aufgeführten Punkte sind dabei übrigens Teil des politischen Konfliktdiskurses und damit stark subjektiv konnotiert (Interviews und Hintergrundgespräche in Phnom Penh 2015). Diese drei empirischen Kapitel über Parteien, Zivilgesellschaft und internationale Ebene, also Abschnitt sechs, sieben und acht, folgen grob derselben inneren Ordnung und basieren auf vier Unterpunkten bzw. Fragestellungen, die die zeitliche Entwicklung, die Konfliktaustragungsmodi, demokratische Verfahren sowie identitäre Selbstwahrnehmung und Perzeptionen des Gegenübers erörtern und näher beleuchten. In einem abschließenden Fazit werden die Ergebnisse der drei empirischen Kapitel noch einmal zusammenfassend diskutiert und an die Theorie des „Agonistic“ Peacebuilding rückgebunden. Hierbei wird einerseits aufgezeigt, welchen Beitrag die vorliegende Arbeit für das Verständnis der politischen Konfliktaustragung in Kambodscha leisten kann, andererseits bettet das abschließende Kapitel die Ergebnisse der Arbeit in den größeren Kontext der agonalen Demokratietheorie ein und perspektiviert deren Bedeutung für den Gesamtkontext der Friedens- und Konfliktforschung.

Durch die Entwicklung eines tragfähigen Modells, anhand dessen Konflikttransformationen und damit einhergehende identitäre Zuschreibungen in verschiedenen demokratischen oder anderen politischen Settings empirisch gefasst und über einen längeren Zeitraum analysiert werden können, gelingt es der Arbeit, den kambodschanischen Friedensprozess und den damit einhergehenden Wandel von antagonistischer zu agonaler Konfliktaustragung sowie die dahinter liegenden Mechanismen innerhalb einzelner Gruppierungen und auf gesamtgesellschaftlicher

Ebene abzubilden. So zeigt die Arbeit wichtige Transformationspunkte und Zusammenhänge zwischen Identität und Konflikt auf, wie etwa den Einfluss von Identität auf den Konfliktverlauf oder das Wechselspiel zwischen Zivilgesellschaft und politischer Elite, sowie die Rolle, die die Internationale Gemeinschaft im Konfliktdiskurs spielt. Der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und politischer Macht ebenso wie Perzeptionen des Bürgerkrieges und daraus resultierende identitäre Abgrenzungen einzelner Parteien spielen als intervenierende Faktoren in den Konfliktdiskurs hinein. Die Arbeit zeigt somit analytisch nicht nur auf, dass und wie Identitätszuschreibung und Konfliktaustragung in Wechselwirkung zueinanderstehen, sondern auch, dass Identitätsperzeptionen wesentlich von Machtverschiebungen und der Durchlässigkeit des sozialen Systems beeinflusst werden. Der Wandel von antagonistischen zu agonalen Formen der Konfliktaustragung verläuft dabei nicht linear und ist von Parallelitäten und Rückschritten geprägt und steht in engem Zusammenhang mit identitären Deutungsdiskursen und den Selbstzuschreibungen der einzelnen Akteure.

Die aus der Analyse gewonnenen Erkenntnisse sind nicht nur für das Fallbeispiel Kambodscha signifikant, vielmehr trägt die empirische Untersuchung auch zur Weiterentwicklung des „Agonistic Peace“-Ansatzes in der Friedens- und Konfliktforschung bei, indem sie durch die Operationalisierung der mouffschen Theorie eine Methode zur Untersuchung von Post-Konflikt-Kontexten schafft, die sowohl auf demokratische Staaten als auch auf Länder mit anderen Herrschaftslegitimationen angewandt werden kann. Die Methode ist also nicht nur für die Untersuchung einzelner gesellschaftlicher Phänomene (z.B. González Martín/Lauge Hansen/Parra Grondona 2022; Lehti/Romashov 2022), sondern auch für die Analyse verschiedener Einflussgruppen und gesellschaftlicher Akteure geeignet und auf breiter Basis tragfähig. Sie kann einen Wandel der Konfliktaustragung nicht nur an singulären Ereignissen festmachen, sondern im zeitlichen Verlauf abbilden und Einflussfaktoren auf diesen Prozess herausarbeiten. Erst die Betrachtung des Wechselspiels zwischen Antagonismus und Agonismus im zeitlichen Verlauf ermöglicht eine breite Analyse des Konfliktkontextes und der dahinter liegenden Perzeptionen, wie sich auch im folgenden Kapitel zeigen wird.

2. Politik in Kambodscha – alte Muster und neue Perspektiven

2.1 Geschichte eines Konfliktes – zwischen Bürgerkrieg und Totalitarismus

„Senior Khmer people like to use the word ‚Cham Srok San Tran‘, meaning to wait until the nation become [sic!] peaceful and tranquil. This sounded like an impossible dream for them as they have experienced endless wars. Many of them had witnessed as many as five different political systems and ideologies in their life span and most of the political transition always involved bloodshed. Cambodia is the real-life university of political ideology experiments, in their hardest and cruelest forms“ (Khmer Times 27.10.2021).¹⁰

In Kambodscha gibt es kaum eine Herrschaftsform, die bis heute keine Anwendung gefunden hätte. Eine konsolidierte, liberale Demokratie hat es bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt allerdings noch nie gegeben. 1954 erlangte Kambodscha als Staat die volle Souveränität, die ihm seit dem 15. Jahrhundert zunächst als Vasallenstaat Thailands und Vietnams, später dann als Teil des französischen Indochinas verwehrt worden war. Nach Erlangung der Unabhängigkeit folgten verschiedene Herrschaftsepisoden – die konstitutionelle Monarchie unter König Norodom Sihanouk wurde schließlich von der pro-westlich orientierten Militärregierung unter Non Lol abgesetzt, während die Kommunisten mit Hilfe der Bruderstaaten Vietnam und China die Regierungsübernahme vorbereiteten. Das Neben-, Mit- und Gegeneinander verschiedener Einflussgruppen und deren Herrschaftsansprüche sowie der massive Eingriff von Drittstaaten in den politischen Prozess Kambodschas führten schließlich zu einer starken Eskalation und einem ersten Bürgerkrieg in den 60er/70er Jahren. Die Interessen und ideologischen Ausrichtungen der einzelnen Gruppierungen waren dabei sowohl von dem Zwiespalt zwischen Tradition und Moderne als auch von dem Aufeinandertreffen zweier Gesellschaftssysteme, also des Kommunismus und des Kapitalismus, geprägt. Die Fronten des Kalten Krieges spiegelten sich auch in der kambodschanischen Führungselite wider (Corfield 2009: 60-82). Die kommunistische Fraktion, also die Roten Khmer, ging schließlich als Sieger aus dem Bürgerkrieg hervor und übernahm im Januar 1975 die Macht im Staat – mit verheerenden Folgen für die Bevölkerung. Diese Episode wurde durch den Einmarsch des kommunistischen Vietnams beendet. Daraufhin kam es zu einem zweiten Bürgerkrieg, der mit einem 1991 von der UN vermittelten

¹⁰ Zur besseren Unterscheidung und Lesbarkeit werden für Zitate in Zitaten einfache französische Anführungszeichen verwendet, wohingegen einzelne Begriffe, die im Original durch Anführungszeichen hervorgehoben wurden, in einfache deutsche Anführungszeichen gesetzt werden.

Friedensvertrag formal endete. Unter Leitung der United Nations Transitional Authority in Cambodia (UNTAC) wurde in Kambodscha eine Übergangsregierung gebildet und mit den Gründungswahlen 1993 schließlich ein parlamentarisches Regierungssystem eingerichtet, das nach massiven Streitigkeiten unter den Parteien schließlich von zwei gleichberechtigten Premierministern gesteuert wurde. Dieses vermeintlich demokratische System mit Sonderlösung wurde durch Kämpfe zwischen beiden Regierungsparteien bzw., je nach Lesart und Interpretation, 1997 durch einen Coup d'Etat oder einen „Zwischenfall“ seitens der CPP beendet, aus denen Hun Sen und seine Anhänger als Sieger hervorgingen (siehe Kapitel 6.3). Seit nunmehr fast 30 Jahren hat dieses, formal gesehen, demokratische, faktisch aber eher autoritäre System in seiner jetzigen Form Bestand und wurde seitdem nur einmal ernsthaft herausgefordert, nämlich während der Parlamentswahlen 2013. Die Parlamentswahlen 2018 hingegen, in deren Vorfeld es zu massiven Repressionen gegenüber Zivilbevölkerung, Presse und politischen Gegnern kam und die international scharf kritisiert wurden, revidierten die Lockerung des Systems auch formal, festigten die Macht der herrschenden Elite erneut und machten Kambodscha faktisch zu einem Ein-Parteien-Staat mit empfindlich geschwächter Opposition (siehe Kapitel 6). Eine Situation, die seit den Gründungswahlen von 1993 bis dato nicht gegeben war.

Betrachtet man die Geschichte Kambodschas, werden vier spezifische Charakteristika des politischen Ablaufes deutlich, die sich zu wiederholen scheinen: Erstens – und das ist wohl das auffallendste Charakteristikum – zeichnen sich Systemwechsel grundsätzlich durch eine Eskalation der Gewalt aus. Außerdem – und dies ist der zweite Punkt – werden Machtwechsel fast immer von einem Transformationsprozess des gesamten politischen Systems begleitet. Ein genuines Merkmal, das politische Prozesse in Kambodscha auszeichnet, ist zudem, dass kein Macht- bzw. Systemwechsel seit Erlangung der Unabhängigkeit ohne die Einflussnahme externer, also nicht kambodschanischer, Akteure zustande gekommen ist. Eine vierte Eigenart, die sich in Kambodscha finden lässt, ist die starke Elitenfokussierung – und diese ist systemübergreifend –, sei es während des kommunistischen Systems maoistischer Prägung, während der konstitutionellen Monarchie, der Militärregierung oder während des formal demokratischen Systems. Eine kleine Gruppe von Personen, deren Familiengeschichten sich teilweise über mehrere Generationen hinweg verfolgen

lassen, determinieren das politische Geschick einer Nation. Eine Ausnahme bildet hier die herrschende Elite um den gegenwärtigen Premierminister Hun Sen, die sich in den 80er Jahren neu konstituiert und ebenfalls auf dem Spielfeld der Macht konsolidiert hat (Bultmann 2020: 140-145). Aber auch er und seine Familie haben das System der Netzwerke für sich nutzbar gemacht und bis heute fast zur Perfektion verfeinert.¹¹ Erst in den letzten Jahren scheint diese Determinante, die sich, mit wenigen Ausnahmen, durch die gesamte politische Geschichte Kambodschas zieht, langsam aufzuweichen, auch wenn der Prozess immer wieder von massiven Rückschlägen geprägt ist. Dies bedingt vor allem der starke Einfluss der Internationalen Gemeinschaft sowie die Herausbildung einer von internationalen Kräften geschulten, akademisch gut ausgebildeten jungen Opposition.

Gleichwohl wird die starke internationale Präsenz, vor allem die große Zahl an NGOs, aber auch sehr kritisch gesehen (z.B. Ear 2009, 2013), nicht zuletzt weil die Unterstützung sich streckenweise stark in ihrer Zielsetzung widerspricht (siehe insbesondere Kapitel 7.5).¹² Die Ergebnisse des demokratischen Prozesses sind trotz mehr als 30 Jahren Unterstützung zwiespältig und werden durch den massiven Einfluss Chinas und dessen starkes finanzielles Engagement vermehrt in Frage gestellt und teilweise wirkungslos gemacht (siehe Kapitel 7.4). Obwohl Kambodscha ein solides Wirtschaftswachstum und eine sehr starke strukturelle Entwicklung vorweisen kann, ist die politische Sphäre bis heute geprägt von persönlichen und parteilichen Auseinandersetzungen, Korruption, Klientelismus und Repressionen und von den Feindzuschreibungen des Gegenübers. Dieser Umstand ist ohne eine genauere Kenntnis des Bürgerkriegs (bzw. je nach Definition der zwei Bürgerkriege) und dessen Bedeutung für das politische, gesellschaftliche und soziale Leben nicht zu analysieren. Auch das antagonistische Moment des Politischen sowie damit einhergehende Fremd- und Feindzuschreibungen finden ihren Ursprung und ihr Kernelement im Bürgerkrieg als Ausgangspunkt des Deutungsdiskurses (Norén-Nilsson 2016: 1-17; Cock 2010: 241). Ein

¹¹ Für einen ausführlichen Bericht über die Verflechtungen zwischen Wirtschaft und Eliten siehe: Global Witness (2016) oder zur Konsolidierung der Macht Hun Sens innerhalb der CPP auch Sutton (2018).

¹² Während chinesische Entwicklungshilfe beispielsweise nicht an Konditionalitäten wie Rechtsstaatlichkeit oder Demokratieförderung gebunden ist, ist dies jedoch bei Entwicklungshilfe liberaler Demokratien oder der EU der Fall. Problematisch ist allerdings, dass die Arbeit der mehr als 300 internationalen NGOs, vor allem zwischen Organisationen verschiedener Länder, nicht koordiniert abläuft, so dass es keinen Gesamtüberblick darüber gibt, wer welche Projekte fördert.

kurzer Überblick erscheint damit unerlässlich, insbesondere weil der Bürgerkrieg in seiner Komplexität und Tiefe sowohl die lokalen, regionalen und nationalen Beziehungen bis heute beeinflusst, aber auch, weil er die Strukturen und Prozesse Kambodschas innerhalb der Internationalen Gemeinschaft lenkt und immer noch bestimmt. Der Konfliktverlauf in Kambodscha ist nicht nur in Bezug auf seine zeitliche Dimension äußerst komplex – er erstreckt sich über mehrere Jahrzehnte –, vielmehr zeichnet sich diese Mehrschichtigkeit auch durch die verschiedenen Ebenen des Konfliktes – global, regional, national, lokal – sowie durch die große Anzahl an Konfliktgruppen aus. Es wird daher zu Beginn der Arbeit ein kurzer Konfliktabriss zur Verfügung gestellt, der für das Verständnis der weiteren Ausführungen grundlegend ist und die wichtigsten politischen Wendepunkte des Prozesses skizziert. Die Geschichte Kambodschas ist bis heute für die Perzeption des Gegenübers und die daraus resultierenden identitären Zuschreibungsmuster unverzichtbar. Die Positionen, die die einzelnen Parteien in eben jenem Konflikt bzw. jenen Konflikten einnahmen, sind Schlüssel zum Verständnis der heutigen politischen Situation oder, wie Norén-Nilsson es formuliert, „claims transplanted from the past into the arena of multiparty liberal democracy“ (Norén-Nilsson 2016: 17). Umso wichtiger erscheint es deshalb, den Bürgerkrieg bzw. die Bürgerkriege nochmals etwas detaillierter, sowohl in ihrer gesellschaftlichen, aber auch in ihrer politischen und internationalen Dimension, zu betrachten, da sie als Ausgangspunkt für den gegenwärtigen Herrschaftsdiskurs fungieren.

2.2 Erster Bürgerkrieg (1970-1975)

Nach der endgültigen Bestätigung der Unabhängigkeit Kambodschas von der Kolonialmacht Frankreich durch die Indo-China-Konferenz 1954 und nach der Ausrufung einer konstitutionellen Monarchie verfolgt König Norodom Sihanouk eine Außenpolitik der strikten Neutralität (Chandler 1998: 39). Diese politische Linie wird durch die Entwicklungen im Vietnamkrieg zum Problem: Guerillas des Vietcongs nutzen den Dschungel Kambodschas zunehmend als Rückzugsort und Waffenlager (Corfield 2009: 57). Die Folge ist eine Missachtung der Souveränität der kambodschanischen Grenzen durch südvietnamesische und amerikanische Soldaten (Corfield 2009: 62-63, 72-80). Nachdem die USA sich weigern, die Neutralität Kambodschas anzuerkennen, und die

diplomatischen Verbindungen sich zunehmend verschlechtern, wendet sich Sihanouk China und Nordvietnam, also den kommunistischen Staaten, zu (Tully 2005: 132-134). Diese Zerrissenheit ist auch innenpolitisch in Kambodscha erkennbar: Die kommunistischen Vorläufer der Khmer Rouge forcieren einen Wandel der Gesellschaft, die pro-westliche Elite verspricht sich von einer Kooperation mit dem westlichen Block wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt, während Teile der Landbevölkerung die traditionsreiche Politik Sihanouks und dessen Handeln idealisieren. Bereits hier lässt sich die Herausbildung dreier verschiedener kollektiver Identitäten verorten (Chandler 1998: 34-44). Diese Fragmentierung der Gesellschaft hat, trotz des totalitären Intermezzos der Khmer Rouge, bis zum Ende des zweiten Bürgerkriegs Bestand. Sie spiegelt in leicht veränderter Form sowohl Formation als auch Ausrichtung der Bürgerkriegsparteien während beider Kriege wider.

1970 wird König Sihanouk in einem Staatsstreich vom Parlament abgewählt und durch General und Premierminister Lon Nol, der mit dem westlichen Block sympathisiert, ersetzt. Lon Nol erklärt Nordvietnam den Krieg (Corfield 2009: 67-73). Sihanouk und die Roten Khmer gehen daraufhin ein Zweckbündnis unter der Mediation Chinas ein. Bereits hier wird der massive Einfluss von Drittstaaten auf Kambodscha deutlich. Kommunisten und Royalisten bilden eine Exilregierung und bereiten ihre Kämpfer, insbesondere die Guerillas der Khmer Rouge, mit Hilfe Chinas und Nordvietnams auf die Zurückeroberung Kambodschas vor (Corfield 2009: 71-74). Es kommt dann zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Regierungsgegnern und -befürwortern sowie zu Massakern an vietnamesisch stämmigen Bevölkerungsschichten (Corfield 2009: 72-73; Tully 2005: 156-158). Zudem erfolgen massive, flächendeckende Bombardierungen der östlichen Grenzgebiete Kambodschas durch amerikanische Truppen, um die Nachschubwege für Nordvietnam und den Vietcong zu zerstören (Corfield 2009: 78-80; Kao 1998: 187). Die zunächst von Nordvietnam mit Unterstützung der Khmer Rouge und der Royalisten geführten Kämpfe gegen die Forces Armées Nationales Khmères (FANK), also das kambodschanische Staatsmilitär, entwickeln sich zum intensiven Versuch der Khmer Rouge, den Staat in ihre Gewalt zu bringen. Obwohl Nordvietnam seine Unterstützung entzieht und die gegnerische Partei einen Waffenstillstand unterbreitet, kämpfen die Khmer Rouge weiter (Chandler 1998: 40-42). Es kommt zu ersten Säuberungen nicht parteikonformer oder königstreuer Kader. Gleichzeitig spielt das

flächendeckende Bombardement der Amerikaner den Khmer Rouge in die Hände, die immer mehr Unterstützung durch die Bevölkerung erfahren (Corfield 2009: 77-78; Chandler 1998: 44). Nach viermonatiger Belagerung der Hauptstadt Phnom Penh rufen die Roten Khmer am 17. April 1975 das „Demokratische Kamputschea“ aus (Tully 2005: 169-170; Corfield 2009: 82-86).

2.3 Terrorherrschaft unter den Roten Khmer

Während der folgenden vierjährigen totalitären Herrschaft der Khmer Rouge verringert sich die Gesamtbevölkerung um etwa 21%, also um circa 1,7 Millionen Menschen (Yale University 2022). Neben Personen, die durch kollektive Säuberungen, Folter und Internierungslager ums Leben kommen, sterben viele Menschen an Erschöpfung, Krankheit und Hunger. Das ist eine Folge der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und des Ziels, die Gesellschaft innerhalb nur einer Generation in eine Agrargesellschaft umzuwandeln. Dies geht zugleich mit der Zwangsumsiedlung der städtischen Bevölkerung einher. Bei diesem Vorgehen werden annähernd die gesamte intellektuelle Elite des Landes sowie deren Familienangehörige ausgelöscht (Tully 2005: 171- 185; Corfield 2009: 88-97). Anders als von Teilen der Forschung postuliert, handelte es sich bei den Roten Khmer nicht um einen barbarischen Zusammenschluss einiger Personen, die wahllos töteten, sondern vielmehr um ein hochkomplexes strategisches System totalitärer Herrschaft, das, gesteuert durch einen für die Bevölkerung fast unbekanntem inneren Kreis, ein engmaschiges, stringentes System absoluter Kontrolle errichtete.¹³

2.4 Zweiter Bürgerkrieg (1979-1991/1998) und Nachkriegszeit

Ende 1978 marschieren nordvietnamesische Truppen in Kambodscha ein und setzen der Herrschaft der Khmer Rouge ein Ende. Der 7. Januar 1979 wird in Kambodscha noch heute als Befreiungstag von den Khmer Rouge gefeiert, kurz darauf wird die People's Republic of Kampuchea (PRK) – 1989 umbenannt in State of Cambodia (SOC) – ausgerufen. Daraufhin kommt es zu Kämpfen zwischen der von Nordvietnam eingesetzten Regierung und ihren Anhängern, im Diskurs auch SOC genannt, und verschiedenen Guerillagruppen, von denen drei das politische Feld determinieren. Die

¹³ Für eine ausführliche Erklärung der Systemlogik der Roten Khmer sei an dieser Stelle auf Bultmann (2017) verwiesen, der eine tiefgreifende Analyse dieser Organisation vornimmt, deren Wandel im Laufe der Zeit darstellt und die unterschiedlichen Forschungspositionen zu der Frage des „Steinzeitkommunismus“ differenziert aufarbeitet.

ideologischen Fraktionen, die sich bereits vor der Herrschaft der Khmer Rouge gebildet haben, finden sich auch im zweiten Bürgerkrieg wieder. Der monarchistische Block, die National United Front for an Independent, Neutral, Peaceful und Cooperative Cambodia (FUNCINPEC), steht unter der Leitung Sihanouks. Die Khmer People's National Liberation Front (KPNLF), unter der Leitung von Son Sann, spricht sich für eine westliche Integration aus, während sich die alten Kader der Khmer Rouge in der Party of Democratic Kampuchea (PDK) vereinen (Peou 2002: 501-504; Doyle 1999: 191-196). 1982 gründen diese drei Parteien auf Drängen Chinas und der ASEAN Staaten das Coalition Government of Democratic Kampuchea (CGDK) (Doyle 1999: 191). Der kambodschanische Bürgerkrieg verfügt nicht nur über eine nationale, sondern ebenfalls über eine sehr problematische internationale Ebene. Während die UdSSR das von Vietnam eingesetzte Regime mit Premierminister Heng Samrin und später Hun Sen als Befreiungsmacht begreifen und unterstützen, verstehen die USA, ASEAN und die UN die Befreiung Kambodschas als internationale Aggression und Verletzung der nationalen Souveränität (Doyle 1999: 191; Peou 2002: 501). Mehr als 80% des Staatsterritoriums werden in dieser Zeit vom State of Cambodia, also von dem von Vietnam unterstützten Regime, kontrolliert, während die CGDK, die von der UN unterstützte Koalitionsregierung, nur die restlichen 20% unter ihrer Herrschaft hat. Dennoch wird die CGDK von der UN als rechtmäßige Regierung angesehen (Doyle 1999: 191).

Gleichzeitig kämpft Thailand mit der Versorgung von etwa 370.000 Flüchtlingen, die versucht haben, dem Bürgerkrieg zu entkommen (Peou 2002: 507), während die einzelnen Konfliktparteien über die politische Vormachtstellung innerhalb der einzelnen Lager kämpfen bzw. diese Orte zum Teil auch direkt kontrollieren. Die UdSSR beliefert den SOC mit Waffen, wohingegen China, die USA und andere westliche Mächte die Khmer Rouge und die Oppositionsparteien unterstützen (Doyle 1999: 192). Nach zehnjährigen Kämpfen kommt es, einhergehend mit der Annäherung zwischen China, der UdSSR und den USA, zu einer leichten Entspannung im Bürgerkrieg. Gleichzeitig besetzen die Khmer Rouge, gestärkt durch den Abzug der vietnamesischen Armee, die strategisch wichtigen Orte an der thailändischen Grenze (Peou 2002: 512-517). Am 10. September 1990 nehmen Vertreter der kambodschanischen Parteien den von der UN ausgehandelten Entwurf des Friedensplans an (Doyle 1999: 194). 1991 wird die United Nations Advance Mission in Cambodia (UNAMIC) entsandt, um den Waffenstillstand zu

überwachen. Diese wird von der United Nations Transitional Authority in Cambodia (UNTAC) abgelöst, die mit der Aufgabe betraut ist, Wahlen vorzubereiten, die Bürgerkriegsparteien zu entwaffnen, Polizei- und Justizwesen zu übernehmen und das Ende ausländischer Waffenlieferungen zu überwachen (Whalan 2012; Peou 2002: 505). Dennoch kontrollieren die Milizen der Khmer Rouge, die sich in den Nordosten des Landes zurückgezogen haben und trotz Friedensvertrag weiterkämpfen, immer noch das wirtschaftlich gewinnbringende Grenzgebiet zu Thailand (Beusch 1993: 23). 1993 kommt es zu ersten freien Wahlen, an denen die Khmer Rouge als Partei nicht teilnehmen (Peou 2002: 510). Nach Verabschiedung einer neuen Verfassung und Wahlen beendet die UNTAC im Jahre 1993 ihre Mission. Ende 1998 kapitulieren auch die durch interne Streitigkeiten geschwächten Kampfverbände der Khmer Rouge (Corfield 2009: 126). Der Bürgerkrieg gilt damit offiziell als beendet.

2.5 Kambodscha nach UNTAC

Seit dem Ende der Khmer Rouge-Herrschaft 1979 ist Hun Sen zunächst als Außenminister, dann 1985 als Premierminister unter der vietnamesischen Besatzung, nach den Gründungswahlen 1993 als zweiter Premierminister in einer Koalitionsregierung und ab 1998 wieder als erster Premierminister des Königreichs Kambodscha ununterbrochen an der Macht. Im Juli 1997 kommt es erneut zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen FUNCINPEC und der CPP, die letztere gewinnt (Peou 2002: 522). Der Cambodian People's Party (CPP) unter Hun Sen gelingt es, zum einen durch Oppression der politischen Gegner, zum anderen wegen ihrer Beliebtheit bei der ländlichen Bevölkerung (Hughes 2009: 65) die politische Macht über Jahre hinweg zu erhalten. Die Aufarbeitung des Bürgerkrieges und der Khmer Rouge-Herrschaft wird nur teilweise angegangen (Kammermeier 2013: 157-161).

Gegenwärtig sind starke Transformationsprozesse im Land zu beobachten. Die Opposition gegen Hun Sen nahm in den letzten Jahren sehr zu, die CPP hat trotz größerer Wahlunregelmäßigkeiten bei den Parlamentswahlen 2013 ein Viertel ihrer Sitze verloren (The Economist 03.08.2013). Die kambodschanische Oppositionspartei The Cambodia National Rescue Party (CNRP) – ein 2012 erfolgter Zusammenschluss zwischen der Sam Rainsy Party (SRP) und der Human Rights Party (HRP) – erkannte das offizielle Ergebnis der Wahlen auf Grund von Wahlunregelmäßigkeiten zunächst nicht

an (The Diplomat 30.07.2013). Das Wahlergebnis ist denkbar knapp gewesen, das Ergebnis beider Parteien unterscheidet sich nur um etwa vier Prozentpunkte.¹⁴ Andere Parteien haben den Einzug ins Parlament verpasst. 2017 wurden die beiden führenden Vertreter der CNRP – auf Grund des Zusammenschlusses verfügte die Partei über eine Doppelspitze – vor Gericht angeklagt und in mehreren Anklagepunkten schuldig gesprochen. Sam Rainsy befindet sich im Ausland im Exil, Kem Sokha saß zunächst im Gefängnis in Kambodscha, dann wurde er unter Hausarrest gestellt, aus dem er mittlerweile wieder entlassen wurde, er steht aber weiterhin vor Gericht. Die CNRP wurde schließlich 2017 offiziell als Partei verboten, ihr wird Hochverrat vorgeworfen. 118 Politiker wurden in diesem Zusammenhang für fünf Jahre aus der Politik verbannt. Sie dürfen sich nicht mehr politisch betätigen, da ihnen sonst langjährige Haftstrafen drohen, teilweise ist dieser Bann aber wieder revidiert worden und es bilden sich, mit Billigung der Regierung, einzelne Splitterparteien, die wieder am politischen Leben partizipieren (Khmer Times 19.08.2021; Khmer Times 01.11.2021). Auch die Maßnahmen gegenüber NGOs, Zivilbevölkerung und Internetusern haben sich stark verschärft, da diese maßgeblich am Wahlerfolg der CNRP 2013 beteiligt waren und die CPP um ihren Wahlerfolg in 2018 fürchtete. Die gegenwärtige Situation in Kambodscha ist geprägt durch den Einfluss mehrerer Faktoren, die wesentlich durch jene Ereignisse von 2013 bestimmt sind. Kambodscha wurde seit 1998 faktisch von der CPP alleine regiert und musste keine ernsthafte Konkurrenz anderer Parteien erfahren, was sich aber mit den genannten Parlamentswahlen änderte.

Erst nach monatelangen Protesten nicht nur der Oppositionspartei, sondern auch von Teilen der Bevölkerung und der Textilindustrie bestand 2014 die Möglichkeit, sich auf eine Regierungsbildung zu einigen. Bereits nach etwas mehr als einem Jahr führte die Anwesenheit der CNRP im Parlament und deren konstante Infragestellung des politischen Diskurses zu massiven Problemen. Ein Maßnahmenpaket zur Verabschiedung neuer Gesetze, die den Einfluss von Zivilgesellschaft, Parteien und Medien minimieren sollten, wurde erlassen und umgesetzt (siehe Kapitel 7 und 8). Nach

¹⁴ Für eine detaillierte Wahlanalyse siehe: The Electoral Reform Alliance (2013). Ein großes Problem im Kontext der Wahlen stellt insbesondere die Registrierung der Stimmberechtigten dar, die in manchen Wahlbezirken höher ist als die eigentliche Einwohnerzahl, sowie eine doppelte Registrierung von Wählern in unterschiedlichen Bezirken (The Phnom Penh Post 24.07.2013).

den ersten Verhaftungen diverser Oppositioneller 2015, die, ebenso wie Teile der regierenden Partei, Politik auf sehr emotionaler Ebene betrieben und die gegnerische Seite sowie deren Familien auf persönlicher Ebene angriffen und beleidigten, kam es zu weiteren Einschüchterungsversuchen, Verhaftungen und Verurteilungen, die bis heute anhalten (Licadho 14.06.2022; The Cambodia Daily 13.05.2016; The Phnom Penh Post 28.12.2021). Nach einer Diffamierungskampagne gegenüber den beiden Co-Präsidenten der Oppositionspartei kehrte deren 1. Präsident Sam Rainsy nach einer Auslandsreise 2016 nicht nach Kambodscha zurück, um seiner drohenden Verhaftung zu entgehen. Nach einer weiteren politisch inszenierten Kampagne gegen den 2. Präsidenten Kem Sokha zog dieser sich 2016 monatelang in die Parteizentrale der CNRP zurück, um einer drohenden Verhaftung zu entgehen (The Cambodia Daily 30.06.2016). Die Verurteilung Sam Rainsys in absentia führte zunächst dazu, dass die Partei sich einen neuen Namen geben, sämtliche Wahlplakate abnehmen oder übermalen musste, weil es gerichtlich verboten wurde, verurteilte Straffällige öffentlich darzustellen. Nach weiteren Verhaftungen diverser Oppositioneller und Studierender, die sich auf Facebook äußerten oder anders aufgefallen waren, wurde Kem Sokha schließlich verhaftet und vor Gericht angeklagt, weil er in einem Interview 2013 erklärt hatte, er würde sich beim Aufbau demokratischer Strukturen in Kambodscha von Akademikern und den USA beraten lassen (The Phnom Penh Post 04.09.2017; The Phnom Penh Post 11.09.2017). Die USA mit ihrer Organisation USAID sind einer der größten Geldgeber Kambodschas, die sich vor allem um den Peacebuilding-Prozess, aber auch um den Aufbau von Infrastruktur im Lande bemühen. Die Regierung warf ihm daraufhin Hochverrat vor und verglich die Situation mit dem Umsturz vor Beginn des ersten Bürgerkrieges, der von den USA unterstützt wurde und die Militärregierung um Non Lol an die Macht brachte.

„The prime minister accused the US – whom he often referred to as ›the third hand‹ – of plotting a coup, evoking the US-backed Lon Nol regime, which ousted the late King Norodom Sihanouk in 1970 before being toppled by the Khmer Rouge five years later. ›The third hand used to use Lon Nol to conduct a coup, now the same problem happened,‹ he said. ›The Americans used to do it, this problem, with Lon Nol and now the American does this problem with Kem Sokha‹“ (The Phnom Penh Post 04.09.2017).

Nach dem Verbot der CNRP 2017 werden die Parlamentssitze auf andere, nicht im Parlament vertretene Parteien aufgeteilt, die zugleich neue Posten und finanzielle Unterstützung bekommen. Einige Monate später wird das Supreme Council for

Consultations and Recommendations (SCCR) gegründet, das kleineren Parteien einen Austausch mit der Regierung ermöglichen soll, faktisch aber auch dazu dient, diese Parteien zu kontrollieren (VOA 16.04.2020). Seit den Wahlen 2018 ist keine andere Partei mehr im Parlament vertreten. Die Internationale Gemeinschaft hat durch die Aufkündigung diverser Abkommen und Vergünstigungen massiven Druck ausgeübt, der aber durch den vermehrten Einfluss Chinas nur bedingt Wirkung zeigt. Mittlerweile deutet sich also eine leichte Entspannung der Situation an. Einzelne Mitglieder der CNRP haben sich in neuen Parteien organisiert und sind zurück im Land, erste Treffen zwischen dem ehemaligen Oppositionsführer Kem Sokha und internationalen Kräften finden medienwirksam wieder statt (Khmer Times 06.12.2021).

3. Friede als politischer Prozess – theoretische Reflexionen

3.1 Der Friedensbegriff des Peacebuilding

„It's said that I rely on prisons, handcuffs, the military and police. So, after taking power, if we do not rely on these things, what can we rely on?« the [Cambodian] premier said. [...] »It has never been that we rely on candles and incense sticks when we take power«“ (eigene Einfügung, The Cambodia Daily 27.10.2015).

Mit der sich verändernden Weltordnung innerhalb der 90er Jahre stieg zugleich das Interesse der Weltgemeinschaft, sich mit moralischen Determinanten des Politischen auseinanderzusetzen. Die Schaffung Internationaler Strafgerichte, das Einschreiten bei Menschenrechtsverletzungen durch dritte Staaten – wenn auch oftmals unbeholfen oder zu spät – , die Beendigung bzw. Lenkung von Bürgerkriegen und die Versuche, Staaten nach demokratischen Mustern aufzubauen, um hier nur einige Beispiele zu nennen, führten zu einem vermehrten Engagement der UN im Bereich humanitärer Einsätze sowie zu einer norm- und wert geprägten Außenpolitik verschiedener Staaten, die das Prinzip der „Nichteinmischung“ in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten der Wahrung des Friedens und der Durchsetzung von Menschenrechten, zumindest streckenweise, unterordneten. Zeitgleich zu diesen neuen Formen der Intervention, wie Peacekeeping-Missionen mit robustem Mandat, Peacebuilding-Einsätzen, Nation Building-Maßnahmen sowie Transitional Justice-Bestrebungen, entstand eine sehr umfassende Forschungsliteratur (z.B. Autesserre 2006, 2007, 2009, 2010; Avruch 2012; Bellamy/Williams/Griffin 2010; Buckley-Zistel 2008; Buckley-Zistel/Kater 2011; Paris 1997, 2002; Chandler 2016, 2017; Richmond 2005, 2011; Newman/Paris/Richmond 2009; Richmond/Mitchell 2012). Diese Entwicklung verlief meist parallel zu ersten empirischen Erfahrungen, wie der UN-Mission in Kambodscha oder dem Nato-Einsatz im Kosovo, der Aufbaumission in Osttimor oder dem Eingreifen in Ruanda oder Sierra Leone. Dabei finden sich diverse Aufsätze zu konkreten Konfliktsituationen, in denen auch immer ein Abschnitt zu „lessons learned“ zu finden ist (z.B. Benner/Rotmann 2008; Rakner/Menocal Rocha/Fritz 2007; Scheffer 2004). Auch bauen die einzelnen Strömungen innerhalb der Friedens- und Konfliktforschung aufeinander auf.¹⁵

¹⁵ Der „critical Peacebuilding turn“ entstand in Abgrenzung zum „liberalen Peacebuilding“, „agonales Peacebuilding“ in Abgrenzung zu und in Weiterentwicklung von vorherigen Theorien, insbesondere Inklusionstheorien wie dem „local peace turn“ oder Formen des „everyday peace“.

Der von der Internationalen Gemeinschaft getragene Gedanke des „liberalen Friedens“ basiert auf der Annahme, durch den Aufbau einer demokratischen, rechtsstaatlichen Ordnung und wirtschaftlicher Liberalisierung dauerhaft stabile Strukturen schaffen zu können. Betrachtet man dabei die Mandate einzelner UN-Missionen, wird dabei vor allem bei den UNAMIC- und UNTAC-Mission in Kambodscha deutlich, dass Konfliktsprünge und Konfliktaustragung keine dominante Rolle für die Implementierung bestimmter Strukturen spielen, sondern bestimmte festgelegte Ziele, wie die „Entwaffnung von Kämpfergruppen“, die „Repatriierung von Flüchtlingen“ und „Wahlen“, im Vordergrund stehen. Soziale und gesellschaftlichen Ursachen des Konfliktes selbst und deren Transformation hin zu friedlichen Austragungsformen finden kaum Beachtung (siehe z.B. United Nations S/RES/717, S/RES/745).

Ein Wissenschaftler, der die Zielsetzung von Liberalisierung, Demokratisierung und Institutionalisierung kritisch analysiert und trotzdem deren Notwendigkeit unterstreicht, ist beispielsweise Roland Paris (Paris 1997, 2002, 2010): Er argumentiert, „that there is no realistic alternative to *some form* of liberal peacebuilding strategy“ (Hervorheb. i. O., Paris 2010: 340).¹⁶ Die Vertreter dieses „liberal Peacebuilding Approach“ betonen die Notwendigkeit liberal-demokratischer Strukturen, wie Gerichten, einer stabilen Parteienlandschaft, individueller Freiheits- und Bürgerrechte, einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung und einer Einbindung des Staates in internationale westlich-geprägte Strukturen (Richmond/Mitchell 2012a: 8-9; Rakner/Menocal Rocha/Fritz 2007: 28-43; Richmond 2011: 44-65). 1992 definierte der damalige UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali mit seiner „Agenda für den Frieden“, die einen großen Einfluss auf die wissenschaftliche Debatte ausgeübt hat (z.B. Selby 2013; Roberts 2002; Panke/Petersohn 2011), im Wesentlichen vier Aspekte friedenschaffender Maßnahmen: präventive Diplomatie, Friedenserzwingung, Friedenssicherung und Friedenserhaltung (Boutros-Ghali 1992). Diese Maßnahmen fallen sowohl unter Kapitel VI als auch unter Kapitel VII der UN-Charta. Zeitgleich ruft er die einzelnen UN-Mitgliedsstaaten dazu auf, die Jurisdiktion des Internationalen Gerichtshofes anzuerkennen und diesen als Instanz zu akzeptieren. Auch wenn hier nur

¹⁶ Für eine ausführliche Übersicht über die „liberal“ Peacebuilding-Debatten sei an dieser Stelle auf den Sammelband „New Perspectives on Liberal Peacebuilding“ von Newman, Paris und Richmond (2009) verwiesen.

Staaten als Parteien auftreten können und damit seine Jurisdiktion eine andere ist als die des Internationalen Strafgerichtshofes, der 1998 rechtlich beschlossen wurde, 2002 seine Arbeit aufnahm und sich mit Völkerrechtsverletzungen beschäftigt, zeigt sich bereits hier ein Bestreben, international verbindliches Recht zu stärken, um so den Machtmissbrauch auch innerhalb der Nationalstaaten einzuschränken. Betont wird im wissenschaftlichen Diskurs dabei der Einfluss verschiedener Strömungen des Liberalismus auf „liberal“ Peacebuilding-Konzepte (Newman/Paris/Richmond 2009a: 3-25). Theoretische und normative Grundlage bildet der „liberal democratic peace“, auch „western peace“ genannt (Mac Ginty 2008: 143), der basierend auf der kantschen Theorie des demokratischen Friedens argumentiert, dass Demokratien keine Kriege miteinander führen.¹⁷ Gleichzeitig wird in der Forschung nicht trennscharf zwischen „liberal peace“ und „liberal“ Peacebuilding unterschieden, vielmehr wird der Begriff „liberal peace“ oft als Synonym für „liberal“ Peacebuilding verwendet, obwohl „liberal peace“ ein weit größeres Forschungsfeld umfasst.¹⁸ Das führte zu einer starken Fokussierung auf den Aufbau demokratischer Strukturen und auf wirtschaftlichen Aufschwung.¹⁹

¹⁷ Der Terminus „western“ wird in der Peacebuilding-Debatte nicht nur im Kontext des „liberal peace“ verwendet, vielmehr finden sich auch Begriffe, wie „western norms of humanitarianism“ (Richmond 2004: 146), „Western actors“ (Autesserre 2010: 217), „Western understandings“ (Chandler 2014: 12), „Western World“ (Öjendal/Ou 2015: 932) oder „Western democracies“ (Newman/Paris/Richmond 2009a: 12) in prominenten Publikationen wieder, ohne diese Termini näher zu spezifizieren oder zu präzisieren, was unter dem Begriff „western“ eigentlich gemeint ist. Auch wird weder klar abgegrenzt, welche Länder bzw. Akteure darunter zu zählen sind, noch definiert, welche begrifflichen Vorstellungen damit gemeint sind, auch wenn der Terminus „western“ implizit mit liberalen und demokratischen Ordnungsvorstellungen gleichgesetzt wird. So befinden sich beispielsweise Japan oder Australien schon geographisch gesehen nicht in der westlichen Hemisphäre, sind aber konsolidierte Demokratien liberaler Prägungen. Daher versucht die Arbeit, diese Begriffe, sofern möglich, zu vermeiden, und spricht z.B. von liberal-demokratischen Werten.

¹⁸ Für eine kritische Debatte über den Zusammenhang zwischen „liberal peace“ und „liberal“ Peacebuilding sei auf Newman/Paris/Richmond (2009a: 3-25) verwiesen. Während das Forschungsfeld des „liberal peace“ bzw. des demokratischen Friedens sehr breit ist und sich mit verschiedenen Grundannahmen auseinandersetzt, wie den Fragen, ob Demokratien tatsächlich friedlicher sind als andere Staatsformen, welches Verhalten Demokratien gegenüber anderen Staatsformen zeigen, oder wann und wie Demokratien militärische Einsätze rechtfertigen und welche Parameter für ein friedliches Miteinander gegeben sein müssen, bezieht sich das „liberal“ Peacebuilding nur auf ein Teilgebiet eben jener Theorie. Es übernimmt die Grundidee des demokratischen Friedens, dass Demokratien friedlicher sind als andere Staatsformen, und versucht „liberale“ Strukturen in Post-Konflikt-Staaten zu errichten. Gleichwohl werden diese liberalen Grundsätze aber häufig mit Hilfe von nicht demokratisch agierenden Akteuren, teilweise mit Zwang oder Konditionalitäten, durchgesetzt und widersprechen somit eigentlich der ursprünglichen liberalen Idee (Richmond 2009: 56).

¹⁹ Allerdings setzen sich auch Vertreter des liberalen Peacebuilding kritisch mit der Annahme auseinander, wirtschaftliche Liberalisierung hätte keine negativen Auswirkungen auf Post-Konflikt-Gesellschaften. Siehe hierzu Paris (1997: 57).

Kritiker argumentieren, dass eben diese Liberalisierung zum Aufbau klientelistischer Strukturen beitrage und nur einzelnen Personengruppen nütze (Pugh 2016: 175-187, insb. 185-186). Vertreter des „critical“ Peacebuilding, die sich mit den Grunddeterminanten des liberalen Friedens oder detaillierter mit dem „liberal“ Peacebuilding auseinandersetzen, kritisieren weiterhin die mangelnde Kommunikation zwischen lokalen und internationalen Akteuren sowie die Vernachlässigung der lokalen und regionalen Konfliktebenen (Autesserre 2006, 2007, 2009). Die Diskurse zwischen den internationalen Eliten – verstanden als UN, internationale NGOs, think tanks etc. – reproduzieren sich nach deren Meinung auf Grund verschiedener Faktoren, wie beispielsweise Sprachbarrieren, mangelndem kulturellen Verständnis, der Nichtbereitschaft, vor Ort zu arbeiten, normativ-ideologischen Prämissen und mangelnder Planung selbst.²⁰ Sie gehen an der einheimischen Bevölkerung vorbei und nehmen nach derer Meinung lokale Diskurse nicht wahr. David Chandler stellt drei Grundcharakteristika des „liberal“ Peacebuilding heraus (Chandler 2016). Zum ersten diskutiert er dessen Universalität.

„Intervening states and international institutions were understood to have the power, resources and objective scientific knowledge necessary to solve the problems of conflict and human rights abuses. [...] In this framework, problems were seen in terms of a universalist and linear understanding. It was believed that peacebuilding interventions could be successful on the basis that a specific set of policy solutions could solve a specific set of policy problems. [...] This set up a universalist understanding of good policy making – the idea that certain solutions were timeless and could be exported or imposed – like the rule of law, democracy and markets“ (Chandler 2016: 43).

Ein weiterer Punkt, so Chandler, sei die mechanische Dogmatik, d.h. die Annahme, dass es ausreichend sei, einzelne Personen- oder Elitengruppen zu entfernen, was einen ganzheitlichen Ansatz vermissen lasse (Chandler 2016: 44). Dies zeigt sich tatsächlich auch empirisch bei verschiedenen Interventionen. Der Versuch, einzelne Probleme zu lösen und Institutionen zu etablieren, um sich dann aus dem Land direkt zurückzuziehen, führt häufig zu Fehlschlägen, wie in Kambodscha geschehen. Aktueller ist diese Entwicklung im Irak, in Afghanistan oder Libyen zu beobachten. In Kambodscha wird dieses Phänomen vor allem durch eine einseitige Unterstützung der Opposition sichtbar, deren offensichtliche Schwachpunkte, wie mangelnde demokratische innerparteiliche

²⁰ Für eine ausführliche Beschreibung des „local“ Peacebuilding und dessen Vorstellungen sei an dieser Stelle auf Paffenholz (2016) verwiesen.

Regelungsmechanismen oder rassistische Ausschreitungen, von der internationalen Geberseite häufig nicht thematisiert werden.²¹ Diese Schwächen sind aber Ausdruck der dortigen politischen Kultur, die in einer Perspektivierung des Gegenübers ihren Ausdruck findet und die sich in unterschiedlichen Realisierungsebenen in der gesamten politischen Sphäre und damit sowohl bei Regierungs- als auch bei Oppositionsparteien gleichermaßen erkennen lässt. Ein dritte Grunddeterminante sei, so Chandler, der Reduktionismus des Ansatzes:

„[...] the idea that peacebuilding was somehow a discrete policy area or that the barriers to sustainable peace could somehow enable a discrete set of policy-interventions, somehow separate from economic, social and political processes, was deeply reductionist and problematic“ (Chandler 2016: 45).

Die Debatte, die sich in den letzten Jahren in der Friedensforschung entwickelt hat, konstituiert sich insbesondere um den Vorwurf des Paternalismus, das Spannungsfeld zwischen „lokal“ und „international“ sowie um Ansätze und Formen der Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen. „Critical“ Peacebuilding-Ansätze diskutieren die Bedeutung lokaler Bräuche und kultureller Besonderheiten, die nicht hinreichend berücksichtigt würden, so dass, wie bereits dargelegt, ein liberales Gesellschaftsmodell auf Post-Konflikt-Gesellschaften übertragen werde, das auf Grund divergierender ökonomischer und sozialer Grundvoraussetzungen zu weiteren Spannungen führen könne (Newman/Paris/Richmond 2009a).²²

„The tenets of liberal peacebuilding – liberal democracy, liberal human rights, market values, the integration of societies into globalization and the centralized secular state – are not necessarily universal (or universally applicable) values. Moreover, the liberal peace and its neo-liberal economic dimensions, which have displaced older liberal ideas about welfare, are not necessarily appropriate for conflicted or divided societies. Indeed, democracy and the market are arguably adversarial or even conflictual forces – taken for granted in stable Western democracies but not necessarily suitable for volatile societies that do not enjoy stable institutions“ (Newman/Paris/Richmond 2009a: 12).

Eine solche Aufbauhilfe gehe aber an den eigentlichen Problemen der Bevölkerungen vorbei und führe langfristig zu Widerstand, was dem Friedensprozess abträglich sei

²¹ Ergebnis aus der 2015 in Kambodscha durchgeführten Feldforschung, siehe hierzu vor allem Kapitel 7.

²² Für einen umfassenden Überblick über die verschiedenen und wichtigen Strömungen des Peacebuilding sei an dieser Stelle auf den von Tobias Debiel, Thomas Held und Ulrich Schneckener herausgegebenen Sammelband „Peacebuilding in Crisis: Rethinking Paradigms and Practices of Transnational Cooperation“ verwiesen.

(Richmond/Mitchell 2012a: 1-8; Richmond 2011: 151-185). Deshalb favorisieren Teile der Friedens- und Konfliktforschung „grass root“-Ansätze, die sich mit Peacebuilding-Prozessen auf lokaler Ebene beschäftigen und deren Bedeutung für den Friedensprozess unterstreichen. Wenn der Diskurs zwischen lokalen Akteuren nicht berücksichtigt werde, so der Argumentationsgang, könnten internationale Kräfte als Besatzungsmacht begriffen werden. Séverine Autesserre, eine Vertreterin des „grass root“-Ansatzes, argumentiert hierbei sogar, dass die Nichtbeachtung lokaler Formen von Gewalt und Konflikten zu einer weiteren Entstehung von Konflikten führen könne, die sich wiederum überregional ausbreiten könnten (Autesserre 2006, 2007, 2009).

Ein weiterer Ansatz ist die Verknüpfung des „liberal“ Peacebuilding-Konzeptes mit „grass root“-Ansätzen. Hier werden einerseits kulturelle Besonderheiten berücksichtigt und andererseits die Implementierung demokratischer internationaler Normen als wichtig erachtet. Der Fokus liegt besonders auf dem Zusammenspiel zwischen den verschiedenen Ebenen innerhalb des Peacebuilding-Prozesses (Richmond 2005, 2011; Richmond/Mitchell 2012). Oliver Richmond spricht sich als Vertreter des hybriden Ansatzes für eine Stärkung der lokalen Ebene des Peacebuilding aus, verdeutlicht aber zugleich, dass Peacebuilding auf allen Ebenen, also lokal, regional, national und international, stattfinden müsse.²³ Während Richmond in „A Post-Liberal Peace“ ein Modell entwickelt, das sowohl die lokale als auch die nationale/internationale Ebene des Friedensprozesses berücksichtigt und so eine Synthese der verschiedenen Elemente vorschlägt, betonen Susanne Buckley-Zistel sowie andere Autoren die Notwendigkeit, Minderheiten bzw. sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen am Transitional Justice-Prozess zu beteiligen und die besonderen Arten von Gewalt, die z.B. an Frauen oder Homosexuellen verübt werden, zu thematisieren (Buckley-Zistel/Stanley 2012; Buckley-Zistel/Kater 2011). Das Konzept der Transitional Justice beschreibt verschiedene, vor allem juristische Maßnahmen, wie Kriegsverbrechertribunale, aber auch Wahrheitskommissionen oder die Einrichtung von Minderheitenvertretungen, die Opfern der erlittenen Menschenrechtsverletzungen Gerechtigkeit widerfahren lassen und zugleich auf die Aussöhnung innerhalb der Bevölkerung abzielen sollen (Buckley-Zistel 2008: 6-7; Olsen/Payne/Reiter 2010: 1-7; Elster 2006: 1-2). In der Empirie hingegen

²³ Zur Unterscheidung von „positivem und negativem hybriden Frieden“ am Beispiel des „negativen hybriden Friedens“ in Kambodschas siehe Simangan (2018).

sind diese Ansätze des Peacebuilding oft nicht klar abzugrenzen, und sie werden durch verschiedene NGOs und Interessensgruppen auf mehreren Ebenen parallel realisiert. Es setzen aber sowohl liberale Modelle der Friedenskonsolidierung als auch hybride und lokale Ansätze des Peacebuilding einen Konsens auf verschiedenen horizontalen und vertikalen Ebenen, zwischen einzelnen Bevölkerungs- bzw. Kämpfergruppen und zwischen nationalen, internationalen und lokalen Eliten voraus (Richmond 2005: 111-115). Einen ausdifferenzierten, aber auch recht spezifischen Überblick über die Grunddeterminanten des „liberal peace approach“ und seine Gemeinsamkeiten mit und die Unterschiede zu dem „critical“ Peacebuilding liefert auch Jan Selby in seinem Aufsatz „The Myth of Liberal Peace-Building“, in dem er die Positionen zweier prominenter Vertreter des jeweiligen Ansatzes, Roland Paris und Oliver Richmond, gegenüberstellt (Selby 2013). Er argumentiert, beide Ansätze würden auf der unterschiedlichen Interpretation fast deckungsgleicher Grundannahmen, welche jedoch geopolitische Implikationen und den Einfluss internationaler Eliten und Akteure auf den Friedensschluss und den gesamten Nachkriegsprozess massiv vernachlässigen, beruhen, was er vor allem am Beispiel Kambodschas verdeutlicht (Selby 2013: 75).

„Neither discrete nor dominant, post-conflict peace-building is, to the contrary, always subordinate to and structured by the specificities of war-ending processes and the strategies and power dynamics that accompany them. ‚Liberal peace-building‘ doctrines and practices are as a result everywhere unevenly applied, and are often instrumentalised, subverted or plain ignored—including by international actors“ (Selby 2013: 78).

Beide Ansätze greifen in seinen Augen zu kurz und fokussieren zu sehr auf die oben aufgezeigte Debatte, so dass sie wesentliche Aspekte der „contemporary war-endings“ vernachlässigten (Selby 2013: 81). Der Diskurs reproduziere sich hier selbst, außerdem würden wesentliche politische Aspekte außer Acht gelassen (Selby 2013: 81). Die Diskussion innerhalb der Peacebuilding-Forschung fokussiert häufig darauf, ob, inwieweit und mit welchen Mitteln Normen implementiert werden sollen und wie es zu konsensueller Politik durch „power-sharing“ kommen kann (Mehler 2016: 92-93). Dies bezieht sich nicht nur auf den politischen, sondern auch auf den ökonomischen und militärischen Bereich. Auch Formen des territorialen „power-sharing“, wie etwa Dezentralisierungsprozesse, die Stärkung föderaler Systeme oder die Gewährung von territorialer Autonomie, werden angewandt (Mehler 2016: 93). Dabei können lokale

Akteure auf vier verschiedene Weisen auf diese Art der Normendiffusion reagieren, nämlich mit „ignorance“, „resistance“, „adaptation“ und „adoption“ (Mehler 2016: 95), die zu anderen Ausgängen führen können, als dies beabsichtigt sei.²⁴ Diese Arten der Reaktion auf den Versuch des „political power-sharings“ können dabei einerseits abhängig von dominanten kulturellen Ausprägungen des Politischen bei Eliten, aber auch von unterschiedlichen zeitlichen Phasen sein (Mehler 2016: 105). Auch Oliver Richmond greift diese Gedanken auf, indem er argumentiert:

„The peacebuilding consensus presupposes the fact that there is a universally agreed normative and cultural basis for the liberal peace, and that interventionary practices derived from this will be properly supported by all actors with the requisite resources. In contrast, while approaches to ending conflict have become more interventionary in many cases, they generally still operate on the basis of consent and a contested set of assumptions associated with the liberal peace on its universality“ (Richmond 2005: 112).

Diese Ansätze – bei aller Notwendigkeit, friedensschaffende Maßnahmen an lokale Begebenheiten anzupassen und sie, soweit wie möglich, von den normativ geprägten liberal demokratischen Vorstellungen des Staatsaufbaus zumindest in Ansätzen zu lösen – bilden die Komplexität der Beendigung kriegerischer Auseinandersetzungen nur bedingt ab. Gleichzeitig ergibt sich hieraus auch ein Legitimitätsproblem für das Peacebuilding, dessen politische Dimension einerseits nicht ausreichend verstanden und berücksichtigt wird, sich andererseits aber durch das Bestreben, sich vom liberal-demokratischen Diskursen zu emanzipieren, selbst ein Stück weit dekonstruiert. „In depoliticising discourses of peacebuilding as empowerment there is no assumption that the peacebuilding intervener is any way [sic!] limiting the freedom of the autonomy of the state or society intervened upon [...]“ (Chandler 2016: 51). Durch diese Entpolitisierung des Peacebuilding und die damit verbundene mangelnde Verantwortung stellt sich die Frage nach dessen Bedeutung für den politischen Prozess (Chandler 2016: 52). Können friedensschaffende Maßnahmen überhaupt unpolitisch sein? Frieden ist per se schon ein normatives Gut. Auch die Diskussion um „everyday“ und „local“ – ein sehr schwierig zu fassender Begriff, da das Lokale unterschiedlichen Konnotationen unterliegt (Mac Ginty 2016) –, „liberal“ oder „post-liberal“ ist

²⁴ Der von Bonacker et al. (2010) herausgegebene Sammelband „Interventionskultur. Zur Soziologie von Interventionsgesellschaften“ widmet sich eben jenen Dynamiken zwischen internationalen Akteuren und Bevölkerung und deren Konsequenzen aus soziologischer Perspektive.

letztendlich kritisch zu betrachten. Peacebuilding findet in der Empirie immer auf verschiedenen Ebenen statt, die sich gegenseitig bedingen, überlappen oder in Beziehung zueinander treten, so dass eine trennscharfe Grenzziehung nicht möglich ist. Vielmehr ist es von einem Zusammenspiel zwischen lokal und international geprägt (Richmond/Mitchell 2012a: 1-38; Debiel/Rinck 2016). Diese Ausgestaltung kann aber Teil des Diskurses sein. Selby geht so weit, zu konstatieren, dass die Implementierung liberaler oder post-liberaler Ordnungen nur ein sekundärer Faktor und nicht primärer Beweggrund der einzelnen Staaten sei, bei Konflikten zu intervenieren (Selby 2013: 58-60). Sonst wäre nicht zu erklären, wie Interventionen ausgewählt werden oder wieso Friedensschlüsse an bestimmten Punkten zu Stande kommen oder aber nicht. Der Bürgerkrieg in Kambodscha wurde vor dem Abschluss des Paris Peace Agreements 1991 bereits seit mehr als zehn Jahren geführt, hier allerdings noch mit internationaler Unterstützung, so dass dieser eigentlich neben innenpolitischen Implikationen als Stellvertreterkrieg zwischen der UdSSR, China, den USA und Teilen Europas angesehen werden konnte (Hughes 2003: 92; Doyle 1999: 192). Ang Cheng Guan bezeichnet diesen sogar als eine der „key episodes of the Cold War in Southeast Asia“ (2013: 159). Auch der Friedensschluss selbst und die damit verbundenen Bedingungen basierten nicht auf Konsens oder einem „power-sharing agreement“ – dies war eher Mittel zum Zweck –, sondern auf Zwang und machtpolitischen Interessen von Drittstaaten, die sich durch den Fall der Sowjetunion massiv geändert hatten und neue Prioritäten setzten (Brown/Timberman 1998: 16-17; Selby 2013: 66-70). Konsens, implementiert als „power-sharing“, ist nach Friedensverträgen oder bei der Erreichung von Friedensverträgen häufig nicht möglich. Mag dieser Konsens teilweise noch bei Verträgen oder bestimmten Strukturen implementierbar sein, kann das spätestens im Alltag, bedingt durch von Bürgerkriegen oder von kriegerischen Auseinandersetzungen fragmentierten Gesellschaften, nicht mehr erreichbar sein. Alternative Ansätze der Friedensforschung verstehen sich daher eher als „Konfliktmediatoren“ (Chandler 2016: 49-51); für sie steht das Ziel im Mittelpunkt, Konflikte zu verstehen und mit ihnen umzugehen. „One of the central shifts in understanding conflict as something that needs to be coped with and managed rather than something that can be solved or prevented is the view that state-level interventions are of limited use“ (Chandler 2016: 50). Peacebuilding wird damit mehr im gesellschaftlichen Kontext begriffen, um so die Kluft

zwischen formalisierten Vorstellungen und der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu überbrücken: Stichwort ist hier „empowerment“, also Hilfe zur Selbsthilfe (Chandler 2016: 50).

3.2 Agonales Peacebuilding und Chantal Mouffe

Die Auffassung, dass es notwendig sei, Konfliktdynamiken besser zu verstehen und Konflikte als einem System inhärent zu begreifen, vertreten auch Anhänger des agonalen Peacebuilding, auch „Agonistic Peace“ genannt. Diese Forschung ist eine relativ neue Strömung der Friedens- und Konfliktforschung, die sich sowohl auf die Demokratietheorie Chantal Mouffes als auch auf die Hegemonietheorie Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes bezieht (z.B. Nagle 2014; Renner/Spencer 2013; Aggestam/Cristiano/Strömbom 2015; Shinko 2008, 2022). Mouffe und Laclau diskutieren in ihrem Standardwerk „Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus“ die Notwendigkeit hegemonialer Deutungsdiskurse für das Politische, dabei besonders die Chancen einer heterogenen politisierten Gesellschaft. In den von Chantal Mouffe verfassten Folgewerken, vor allem in ihrem Werk „Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion“, thematisiert sie die Notwendigkeit des Konfliktes für den demokratischen Prozess.²⁵ Ziel ist hierbei nicht die konsensuale Auflösung des Konfliktes, vielmehr seine Überführung von antagonistischen, also gewaltsamen, in agonale, also friedliche Bahnen. Der Konflikt wird hier als zentrales Element des Politischen begriffen, den es zu „zähmen“ und in „politische Strukturen“ zu überführen gilt (Mouffe 2007: 29-30). Erste Journalartikel der Friedensforschung wenden diesen zunehmend beliebter werdenden Ansatz zur Untersuchung verschiedener Friedensprozesse und Phänomene, wie den Friedensprozess im Mittleren Osten, die Identitätskonstruktionen über die Taliban, die Zusammenarbeit in der nordirischen Nationalversammlung, die Gestaltung von Friedensabkommen oder auf die Symbolkonstruktionen in gespaltenen Gesellschaften, an (Rumelili/Strömbom 2022; Aggestam/Cristiano/Strömbom 2015; Renner/Spencer 2013; Nagle 2014; Murphy/Walsh 2022) oder diskutieren, wie Friedensprozesse und

²⁵ Für eine umfassende Problematisierung des Zusammenhangs zwischen Konflikt und Kommunikation und die hierüber geführten Debatten in der IB und der FUK sei auf Albert/Kessler/Stetter (2008) verwiesen.

Institutionen gestaltet werden sollten, um agonistische Elemente gewinnbringend zu implementieren (Göker/Çelik 2022; Shinko 2022; Strömbom/Bramsen 2022).

„We argue that the focus on consensus-making in contemporary peacebuilding practices reflects a lacuna in the understanding of conflict dynamics. By advancing the notion of agonistic peacebuilding, the article adopts a process-oriented approach to conflict analysis, which underlines the political transformation from war to peace as well as how peace politics may be both conciliatory and conflictual in its fluctuation between destructive and constructive dynamics“ (Aggestam/Cristiano/Strömbom 2015: 1737).

Mouffes Ansatz ist allerdings weder in der politischen Theorie noch in seiner Anwendung auf die Friedens- und Konfliktforschung unumstritten. Bereits 2002 analysiert Ilan Kapoor, indem er Habermas und Mouffe gegenüberstellt, inwieweit beide Ansätze für eine Übertragung auf nicht liberal-demokratische Kontexte geeignet sind (Kapoor 2002). Auch Shinko (2008) diskutiert diese Problematik.

„Agonistic politics in the service of an agonistic peace, however, cannot afford to replicate the same structural, cultural, liberal western facets of domination, exclusion, and marginalisation within the terms of its own contestational discourses“ (Shinko 2008: 473-474).

Gleichzeitig wird eine umfassende Problematisierung respektive Ausdifferenzierung des Ansatzes auch hinsichtlich einer möglichen umfassenden Operationalisierung in der Strömung des agonalen Peacebuilding nur bedingt vorgenommen. Dies mag auch daran liegen, dass die Zahl der zum Thema publizierten Essays – prominente Monographien sind bis jetzt nicht erschienen – noch überschaubar und eine umfassende Konzeptualisierung der mouffschen Theorie innerhalb eines Essays kaum abschließend möglich ist. Zur Erklärung des Konfliktwandels in Kambodscha ist der mouffsche Ansatz dennoch notwendig, da er Aspekte des Konfliktes hervorhebt, für deren Analyse die Erklärungskraft anderer Ansätze weniger tragfähig ist. Dieses Aufzeigen kann aber nur über eine kritische und vertiefte Auseinandersetzung mit der Theorie geschehen. Die problematischsten Aspekte ihrer Theorie bilden aber auch gleichzeitig ihre größte Stärke.

Dabei ergeben sich zwei Felder, die weitere Diskussion benötigen: Chantal Mouffe entwickelte ihre Demokratietheorie und als Teil dieser auch ihre Konflikttheorie, also den für die Friedensforschung eigentlich interessanten Aspekt, der im Folgenden noch eingehender beleuchtet werden wird, innerhalb des politischen Settings konsolidierter

liberaler Demokratien. Mouffe beklagt hier eine gewisse Politikverdrossenheit respektive eine De-politisierung der Gesellschaft, die es umzukehren gilt (Mouffe 2007: 7-14). In Post-Konflikt-Gesellschaften lässt sich, bedingt durch die vorhergegangenen kriegerischen Auseinandersetzungen, hingegen eine massive Politisierung der Gesellschaft finden, so dass Mouffes Konflikttheorie vom Ende her gedacht werden muss. Hieraus leitet sich auch der zweite Aspekt ab: Mouffe arbeitet nicht empirisch, sie ist politische Theoretikerin. Insofern bleibt unklar, wie Antagonismen und Agonismen in der Empirie begriffen werden können und wie eine agonale Ausgestaltung des Politischen überhaupt aussehen kann. Wenn auch in der „Agonistic Peace“-Debatte bisher nicht umfassend diskutiert, argumentiert Mouffe nicht im luftleeren Raum, vielmehr finden sich verschiedene Aspekte ihres Ansatzes, wie auch die Prozesshaftigkeit des Konfliktes, bereits in der soziologischen Konflikttheorie bei prominenten Vertretern wie Georg Simmel, aber auch bei Friedensforschern wie Ernst-Otto Czempiel wieder.²⁶ Sie baut auf dieser Tradition auf, stellt hierbei aber den Aspekt relationaler Identitäten, die emotionale Komponente des Konfliktes und die Bedingungen seiner Wandelbarkeit in den Vordergrund. Die Stärke des mouffschen Ansatzes liegt so in der Chance, die Eskalation des Politischen zu begreifen und den Prozess der Konflikttransformation anhand seiner emotionalen und identitären Komponente zu verstehen.²⁷ Zur Klärung dieser Punkte und zur Beantwortung der Frage, welchen Mehrwert die mouffsche Konflikttheorie für den kambodschanischen Post-Konflikt-Kontext hat, ist es zunächst nötig, den mouffschen Konfliktansatz darzustellen und in gebotener Kürze in ihre Demokratietheorie einzubetten. Nur so kann eine dezidierte Perspektivierung vorgenommen und diese in einem zweiten Schritt empirisch auf den Konfliktkontext in Kambodscha angewendet werden.

²⁶ Für einen Überblick über die verschiedenen Konflikttheorien sei auf Thomas Ley und Frank Meyhöfer (2016) „Soziologie des Konflikts“ sowie auf Bonacker, Thorsten (Hrsg.) (2008): „Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien“ verwiesen.

²⁷ Ein anderer Autor, der ebenfalls ein Konzept des Agonismus entwirft, ist William Connolly (1991). Seine theoretische Konzeption beruht allerdings auf einer stark normativ geprägten Vorstellung über liberal-demokratische Austragungsformen und ethische Voraussetzungen für eine agonale Austragung. Wie auch Shinko argumentiert, ist die Anwendung auf Post-Konflikt-Situationen daher problematisch, da er anders als Mouffe den antagonistischen Konflikt reduziert und die Notwendigkeit von Respekt und Akzeptanz hervorhebt und damit einem liberalen Friedensverständnis folgt (Shinko: 2008: 473-485).

3.3 Der Konflikt als Wesen des Politischen

Chantal Mouffe begreift Konflikte als ein in einer Gesellschaft inhärentes und sie konstituierendes Element. Dabei unterscheidet sie zwischen Konflikten, die auf politischer Ebene ausgetragen werden, und solchen, die im „*moralischen Register*“ geführt werden (Hervorheb. i. O., Mouffe 2007: 11). Werden Konflikte auf moralischen Grundlagen (Gut-Böse- Unterscheidung) ausgetragen, führt die Wir/Sie-Unterscheidung zwischen den einzelnen Konfliktparteien dazu, dass der jeweilige Gegner, so Mouffe, als illegitimer Feind begriffen wird, den es zu vernichten gilt (Mouffe 2007: 12). Werden Konflikte aber auf einer politischen Ebene ausgetragen, kann der politische Feind als legitimer Gegner im Kampf um eine hegemoniale Vormachtstellung begriffen werden (Mouffe 2014: 28-29). Mouffe trifft dabei die grundlegende Unterscheidung zwischen dem Politischen und tatsächlicher Politik (Mouffe 2007: 15-16).

„Mit dem ‚Politischen‘ meine ich die Dimension des Antagonismus, die ich als für menschliche Gesellschaften konstitutiv betrachte, während ich mit ‚Politik‘ die Gesamtheit der Verfahrensweisen und Institutionen meine, durch die eine Ordnung geschaffen wird, die das Miteinander der Menschen im Kontext seiner ihm vom Politischen auferlegten Konflikthaftigkeit organisiert“ (Mouffe 2007: 16).

Hieraus ergeben sich zwei Grundannahmen, nämlich dass Konflikte ein notwendiger und bedeutsamer Teil der menschlichen Gesellschaft sind und dass Politik für die Art der Konfliktaustragung verantwortlich ist und den entsprechenden Platz hierfür bieten muss, indem sie Identitäten an sich bindet (Mouffe 2014: 26-27). Mouffe unterscheidet dabei zwischen antagonistischen Formen der Konfliktaustragung, also solchen Formen, in denen der Opponent als illegitimer Feind begriffen und gewaltsam bekämpft wird, und agonalen, also friedlichen Formen, die sich durch eine Akzeptanz des Opponenten auszeichnen, in denen dieser dann als legitimer politischer Gegner in der Auseinandersetzung um politische Vormachtstellung akzeptiert wird. Der Konflikt wird also auf friedlichem, durch staatliche Regelungsinstanzen vorgegebenen Weg ausgetragen (Mouffe 2007: 11-12, 29-31).

Die These der Notwendigkeit des Konfliktes für den gesellschaftlichen Zusammenschluss findet sich bereits bei Georg Simmel, der Konflikte als Teil der Vergesellschaftung begreift, die je nach Ausgestaltung ebenso zerstörerische wie integrative Momente aufweisen können (Simmel 1908: 186-255). Entscheidend ist für Simmel dabei, ähnlich wie für Mouffe und wie auch für Heinz Messmer, der Konflikte als selbstreferentielle

soziale Systeme begreift, nicht das Warum eines Konfliktes, sondern das Wie, also die Austragungsform selbst (Messmer 2003: 73; Ley/Meyhöfer 2016: 19). Für Mouffe und an dieser Stelle auch für Laclau sind hierbei mehrere Grundüberlegungen konstitutiv: Erstens werden politische Beziehungen grundsätzlich in Wir/Sie-Kategorien gedacht, die durch relationale Identitätszuschreibungen beeinflusst werden. Zweitens sind Konflikte konstitutiv für das menschliche Zusammenleben. Drittens muss die politische Sphäre den Ort ihrer Austragung bilden. Ihr viertes und wichtigstes Argument ist aber, dass Politik dabei nie aus rein rationalen Akten bestehen kann, vielmehr verfügt sie immer über eine „affektive“, emotionale Komponente (Mouffe 2007: 12, 19). Mouffe baut auf dem Freund-Feind-Verständnis Carl Schmitts auf, der von einer Wir/Sie-Beziehung des Politischen ausgeht (Mouffe 2007: 18-19). Diese Unterscheidung zwischen Freund und Feind würde Schmitt als das „Kriterium des Politischen“ ansehen, also als dessen Substanz, wie Mouffe argumentiert (Mouffe 2007: 18). Eigene Identitäten entwickelten sich für Schmitt immer in Abgrenzung zum Gegenüber (Mouffe 2007: 18-20). Mouffe interpretiert Schmitts Theorie in folgender Weise:

„Ein entscheidender Punkt in Schmitts Ansatz ist der Nachweis, daß jeder Konsens auf Akten der Ausschließung basiert und demnach ein ganz und gar einschließender, ‚rationaler‘ Konsens unmöglich wird. Der rationalistische Glaube an die Möglichkeit eines auf Vernunft basierenden universellen Konsenses stellt aber – neben dem Individualismus – das andere zentrale Merkmal der meisten Formen liberalen Denkens dar“ (Mouffe 2007: 19).

Dies bedeute gleichwohl für Schmitt die Negierung des Pluralismus innerhalb der Demokratie, da er zum Zerfall der Gemeinschaft führen könne (Mouffe 2007: 24). Mouffe geht in ihrer Theorie aber über das schmittsche Politikverständnis hinaus. Sie baut, wie Schmitt, auf der Theorie auf, dass das Politische in Wir/Sie-Beziehungen gedacht werden müsse, zieht daraus aber andere Schlüsse (Mouffe 2007: 22). Während dieser Umstand für Schmitt die Notwendigkeit einer homogenen Gesellschaft und folglich die Negierung des Pluralismus innerhalb einer Gesellschaft bedeute, ist dies für Mouffe nicht der Fall (Mouffe 2007: 22). Wir/Sie-Beziehungen können zu Freund-Feind-Beziehungen werden, müssen das aber nicht (Mouffe 2007: 21-24; Mouffe 2014: 26). Für Mouffe sind im Gegensatz zu Carl Schmitt auch „andere politische Formen des Wir/Sie konstruierbar, ohne die immer gegenwärtige Möglichkeit des Antagonismus zu leugnen“ (Mouffe 2007: 24). An diesem Punkt setzen Mouffes Demokratie- und

Politikbegriff an, sie tritt aber für eine pluralistische Gesellschaftsordnung ein, weil sie eine Transformation der Konfliktaustragung für möglich hält (Mouffe 2007: 22-25), und geht so über Schmitts Konfliktverständnis hinaus.

„Jeder konsistente Rationalismus muß die Irreduzibilität des Antagonismus negieren, der das unumgängliche Moment der Entscheidung zutage bringt. Im strengen Sinne heißt das: Man muß auf einem Gebiet entscheiden, auf dem nicht entschieden werden kann – und dies offenbart die Grenze jedes rationalen Konsenses, den der Liberalismus erstrebt, dabei aber unüberbrückbare Antagonismen mißachtet. Soweit liberales Denken am Individualismus und am Rationalismus hängt, ist seine Blindheit für das Politische in seiner antagonistischen Dimension daher keine bloß kontingente, sondern eine konstitutive Leerstelle“ (Mouffe 2007: 19).

Durch die relationale Identitätskonstituierung des Individuums und durch die Möglichkeit der Ausweitung des Konflikts in seiner antagonistischen Form ergibt sich zugleich seine Prozesshaftigkeit. Ebenso definieren Diez, Stetter und Albert Konflikte in Relation zu Identitätskonstruktionen:

„[...] we observe the existence of a conflict when an actor constructs his or her identity or interests in such a way that these cannot be made compatible with the identity or interests of another actor. Conflict is therefore discursively constructed“ (Diez/Stetter/Albert 2006: 565).

Auch Friede respektive Agonismus skizziert sich durch seine Wandelbarkeit. Schon Ernst-Otto Czempiel streicht, anders als Teile der der Peacebuilding-Forschung, die Prozesshaftigkeit des Friedens heraus. Mouffes Vorstellung agonaler Konfliktaustragung ist fast deckungsgleich mit der von Czempiel benutzten Definition von Frieden.

„Der Friede ist nicht gleichbedeutend mit der Vermeidung des Krieges, und zwar nicht etwa wegen des bekannten (aber bedeutungslosen) Unterschiedes zwischen dem sogenannten negativen und dem positiven Frieden. Wer den Krieg durch den Frieden ersetzen will, muß ihn und nicht die Verhinderung des Kriegs erforschen. Es müssen Konfliktaustragungsmodi konzipiert und eingeübt werden, die keine oder nur geringe Grade von Gewalt aufweisen“ (Czempiel 1998: 20).

Auch wenn Czempiel dies vor allem auf internationale Konflikte bezieht und Mouffe hauptsächlich von der politischen Sphäre innerhalb eines Landes spricht, bleiben die Grundannahmen beider Autoren doch ähnlich. Ziel ist die Ausgestaltung der Konfliktaustragungsmodi, das Lenken des Konfliktes in konstruktive Bahnen, nicht die Verhinderung des Konfliktes als solches. Auch definieren beide Autoren, wie schon Georg Simmel, Konflikte nicht per se als negativ, sondern als notwendig und einer

Gesellschaft inhärent. Konflikte sind nicht nur Teil des gesellschaftlichen Zusammenlebens: „[...] society, in general, and individual social settings, in particular, need conflicts in order to ensure their evolution“ (Stetter 2008: 149).

3.4 Macht und Hegemonie als Chance des Demokratischen

Mouffe und Laclau begreifen die Tatsache, dass das Politische von Antagonismen und damit von Konflikten konstituiert ist, als genuin positiv. Sie betrachten die ständige Auseinandersetzung als produktiv für eine pluralistische Demokratie (Laclau/Mouffe 2012; Mouffe 2007), sofern die widerstrebenden Meinungen und Machtansprüche der einzelnen Gruppen und Subjekte Bedingungen für die Artikulation und die Herausforderung hegemonialer Deutungshoheiten finden (Mouffe 2007: 30). Politik ist somit verstanden als ein dauernder Kampf um hegemoniale Vormachtstellungen. Die Hoffnung einer „versöhnten Gesellschaft“ (Mouffe 2007: 10), die laut Mouffe sowohl marxistische als auch liberale Theoretiker auf anderen Ebenen forcieren, sei nicht realisierbar, da eine Gesellschaft nie frei von Machtstrukturen sein kann (Mouffe 2007: 9-12). Politische Entscheidungen gehen immer mit einer „Form von Ausschließung“ einher, da ein Konsens immer zugleich auch mit Aufgabe verbunden ist (Mouffe 2007: 27). Die beiden Autoren verstehen, wie bereits erläutert, Macht als Grundlage für die Konstitution von Identitäten (Mouffe 2007: 27). Ist der Konflikt bzw. die Wir/Sie-Unterscheidung die Ordnung, die einer Identitätskonstituierung zu Grunde liegt, ist Macht ihr Ursprung und ihre Quelle. Wörtlich schreiben Mouffe und Laclau dazu: „[...] die hegemoniale Anordnung kann keine andere Quelle der Gültigkeit für sich in Anspruch nehmen als die Machtbasis, auf der sie gegründet ist“ (Laclau/Mouffe 2012: 27). Mouffe begreift jede gesellschaftliche Ordnung als Ordnung politischer Natur, da sie immer auf Formen von Ausschließung beruhe (Mouffe 2007: 27). Durch die Festlegung auf eine bestimmte konstitutive Ordnung, die aber immer das Merkmal des Kontingenten trägt – ihre Quelle sind bestimmte Machtverhältnisse, die allerdings nicht determiniert, sondern reversibel und veränderbar sind –, werden immer auch andere Möglichkeiten der gesellschaftlichen Ordnung ausgeschlossen (Mouffe 2007: 27).²⁸ Selbst wenn ein Konsens zwischen einzelnen Parteien geschlossen wird – dieser ist bei

²⁸ Zur Diskussion des kontingenten Elements in Gesellschaften und die Bedeutung von Wir/Sie-Konstruktionen siehe auch Stetter (2005), der diese am Beispiel der Euro-Mediterranen Beziehungen analysiert.

Mouffe nicht als rein rationaler Konsens zu verstehen, der den Konflikt dauerhaft auflöst –, werden hierdurch andere Formen möglicher Herrschaft zugleich ausgeschlossen (Mouffe 2007: 10, 27, 31).

Das Element des Kontingenten ist hierbei entscheidend, impliziert es doch eine Wandelbarkeit des politischen Systems, einen Wandel, der wiederum durch Konflikte vonstattengeht. Hegemonie bedeutet für Mouffe und Laclau damit eine Form der Artikulation, die „durch Konfrontation mit antagonistischen artikulatorischen Praxen erfolgt – mit anderen Worten, daß Hegemonie auf einem kreuz und quer von Antagonismen durchzogenen Feld auftaucht und deshalb Äquivalenzprobleme und trennende Grenzeffekte voraussetzt“ (Laclau/Mouffe 2012: 177). Jede Form hegemonialer Herrschaft kann durch andere Artikulationsformen, die „unterdrückte Möglichkeiten“ reaktivieren, abgelöst werden, und es kann so eine andere Form von Herrschaft, die ihrerseits „hegemoniale Verfahrensweisen“ hervorbringt, etabliert werden (Mouffe 2007: 27). Die Idee einer hegemonialen, vom Kapitalismus durchdrungenen Welt- und Sozialordnung, die von einer pluralistischen Menge immer wieder aufs Neue herausgefordert wird, findet sich, wenn auch in anderer Ausprägung, bei Hardt und Negri als Vordenker der linken Intellektuellen wieder, mit denen sich Mouffe sehr kritisch auseinandersetzt (Mouffe 2007: 140-151). Für die Herausforderung „hegemonialer Verfahrensweisen“ (Mouffe 2007: 27) müssen diese so durchlässig sein, dass sie keine vollkommene Ausschließung und Unterordnung bestimmter Rechte zur Folge haben, da dies zu einer Beschränkung des Pluralismus führen könne. Damit ergeben sich verschiedene Merkmale hegemonialer Artikulation: Sie setzt einerseits die Anwesenheit „antagonistischer Kräfte“ voraus und andererseits eine „Instabilität der sie trennenden Grenzen“, da diese Bedingungen einen Diskurs überhaupt erst ermöglichen (Laclau/Mouffe 2012: 177). Konkret bedeutet das, dass Hegemonien einen offenen und unvollständigen Charakter des sozialen Raumes als Grundlage haben müssen, da sonst keine Veränderung erfolgen kann. „Ein vollkommen erfolgreiches System von Differenzen [...] würde keine Artikulation ermöglichen [...]“ (Laclau/Mouffe 2012: 175). Diese Artikulation ist aber wiederum notwendig, um dominante Positionen überhaupt erst entstehen zu lassen und für divergierende Meinungen, wie sie für ein pluralistisches demokratisches System konstituierend sind, Platz zu schaffen. Die Dominanz bestimmter hegemonialer Strukturen darf andererseits aber nicht zugleich zur

absoluten Unterordnung und Unterdrückung anderer sozialer und politischer Formen dienen, da sich der hegemoniale Diskurs so selbst ad absurdum führen würde (Laclau/Mouffe 2012: 175-187).

„Das heißt, daß der Ausdehnung des Pluralismus Grenzen gesetzt sind, was von der Tatsache herrührt, daß einige existierende Rechte durch die völlige Ausschließung oder Unterordnung der Rechte anderer Kategorien konstituiert worden sind. Damit ein wirklicher Pluralismus möglich wird, müssen diese Unterordnungsformen zerstört werden, was die Bildung einer Äquivalenzkette zwischen den verschiedenen demokratischen Forderungen voraussetzt“ (Laclau/Mouffe 2012: 24).

Der Aspekt der Durchlässigkeit des sozialen Feldes stellt gerade in Post-Konflikt-Gesellschaften ein großes Problem dar. Die Forderung, illegitime Diskurse von legitimen Diskursen anhand eines demokratischen Minimalkonsenses zu unterscheiden, stößt hier an seine Grenzen, was zugleich die größte Schwäche und die größte Stärke des Ansatzes ausmacht. Mouffe schreibt hierzu sinngemäß, dass eine demokratische Gesellschaft eine „Bindung an gemeinsame ethisch-politische Prinzipien“ (Mouffe 2007: 160) sowie ein Bekenntnis zu Verfassung und Rechtstaatlichkeit erfordert (Mouffe 2007: 158-160).²⁹ „Sie kann keine Koexistenz widerstreitender Legitimitätsprinzipien in ihrer Mitte zulassen“ (Mouffe 2007: 160). In Post-Konflikt-Gesellschaften ist dieser Konsens aber häufig nicht gegeben, ein gemeinsames Verständnis über demokratische Austragungsformen von Konflikten ist nicht existent. Vielmehr ist das soziale Feld geprägt von unvereinbaren Antagonismen, die es erst in agonale Formen zu überführen gilt, ein „konfliktualer Konsens“ (Mouffe 2007: 158) muss also erst gefunden werden. Dies setzt aber wiederum einen prozesshaften Wandel im Wesen des Konfliktes voraus. Die Erforschung der konfliktiven Ausgestaltung und Regelmäßigkeit des antagonistischen Transformationsprozesses macht sowohl eine tiefere empirische Untersuchung von Konflikten als auch relationaler Identitätskonstituierung notwendig, um einerseits zu verstehen, was eine agonale Konfliktaustragung ist, und andererseits, wie diese entstehen kann und wie antagonistische Konflikte damit aufgebrochen werden können.

²⁹ Manon Westphal führt aus, dass der mouffsche „konfliktuale Konsens“ nicht als Minimalkonsens anzusehen wäre, da er nicht auf Einigkeit darüber beruhe, welche Werte auszuschließen seien (2013: 27-28). Dieses Argument ist aber insofern nicht valide, als dass Mouffe klar konstatiert, Forderungen müssen ausgeschlossen werden, die die demokratische Ordnung in Frage stellen (Mouffe 2007: 158) und genau dies setzt einen Minimalkonsens bzw. ein Bekenntnis zur Demokratie voraus.

3.5 Der leere „Ort der Macht“

Bedeutend für die Erreichung eines demokratischen Minimalkonsenses ist Claude Leforts Konstruktion von Macht. Für Lefort ist der Raum der Macht im demokratischen System leerstehend und nicht greifbar (Lefort 1990: 291-297). Dieses Verständnis, denkt man Leforts Konstruktion weiter, bedingt wiederum die Art der Konfliktaustragung. Machtverständnis und Konfliktaustragung stehen damit auf systemischer Ebene in unmittelbarer Wechselwirkung zueinander. Während Macht in autokratischen Systemen durch eine bestimmte Person oder Personengruppe verkörpert wird – sie verfügt meist über politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Macht – und damit fest mit einem Individuum, einem Gremium, einer Führungsspitze oder einer bestimmten Partei verknüpft ist, ist der Raum der Macht in demokratischen Systemen nur symbolisch besetzt. Auch Mouffe und Laclau rekurren in ihren Ausführungen über hegemoniale Deutungsdiskurse und demokratische Felder auf Laclaus Verständnis von Macht (Laclau/Mouffe 2012: 230-235).

„Der Ort der Macht wird zu einer *Leerstelle*. Überflüssig, hier auf die Details der institutionellen Vorkehrungen einzugehen; wesentlich ist, daß sie den Regierenden die Aneignung und Einverleibung der Macht untersagen. Die Machtausübung ist nun einem Verfahren unterworfen, das sie in regelmäßigen Abständen erneut ins Spiel bringt. Sie geht am Ende aus einem geregelten Wettstreit hervor, dessen Bedingungen dauerhaft festgeschrieben sind. Dieses Phänomen schließt eine Institutionalisierung des Konflikts ein. Leer und unbesetzbar, so daß kein Individuum, keine Gruppe ihm konsubstantiell zu sein vermag, erweist sich der Ort der Macht zugleich als nichtdarstellbar. Einzig sichtbar sind ihre Ausübungsmechanismen oder aber die Menschen, einfache Sterbliche, die die politische Autorität innehaben“ (Hervorheb. i. O., Lefort 1990: 293).

Macht ist für ihn, anders als in autokratischen oder totalitären Systemen, nicht mehr fest mit einer Person zu verknüpfen, da die Macht selbst durch das Volk repräsentiert und damit nicht greifbar wird. Der Raum der Macht wird durch gewählte Volksvertreter nur noch symbolisch besetzt. Es herrscht eine Übereinkunft zwischen den politischen Akteuren darüber, dass die Macht nicht mehr fest an einzelne Personen gebunden sein kann und ist, dass sie eigentlich nur Repräsentanten auf Zeit sind und der Raum somit eigentlich dauerhaft leer steht beziehungsweise nicht mehr greifbar existent ist. Herrscht ein solches Verständnis vor, impliziert dies zugleich eine legitime Veränderung von Machtstrukturen, die durch „hegemoniale Artikulationen“ konzipiert werden (Laclau/Mouffe 2012: 176), deren Wandelbarkeit selbst aber nicht zum Thema der

Diskussion wird. Der Machtanspruch des politischen Gegners wird zwar bekämpft, ein Verlust des Hegemonieanspruches gleichwohl aber eingestanden und akzeptiert. Dies impliziert zugleich eine Legitimierung des Gegenübers und der Austragungsform des politischen Konfliktes selbst, der nicht mehr bis zur Eliminierung des Opponenten geführt wird.

Eine Tatsache, die in Post-Konflikt-Gesellschaften nicht notwendigerweise gegeben ist, denkt man in Kambodscha, insbesondere an die zahlreichen körperlichen Attacken auf politische Gegner und diverse ungeklärte Todesfälle (The Phnom Penh Post 17.06.2016/1; The New York Times 23.03.2017). Gleichwohl fehlt im demokratischen System dem Raum der Macht, also dem so definierten demokratischen Raum, eine gewisse „Grundlosigkeit“ respektive Letztbegründung, die durch seine Nichtbesetzung evoziert wird (Nonhoff 2007a: 11). Er zeichnet sich durch das Fehlen an Inhalt, durch diese Leere aus, die erst von miteinander streitenden Kräften besetzt bzw. gefüllt werden muss, wie Nonhoff für die Theorie Laclaus und Mouffes treffend zusammenfasst (Nonhoff 2007a: 10-11).

„Denn in ihrem Zentrum befindet sich ein leerer Ort: der leere Ort der Macht, um dessen Besetzung legitimerweise gestritten wird. Damit kommt es einerseits zu einer Instituierung des Antagonismus, andererseits werden die Optionen der politischen Neugründung oder Neuorientierung verfügbar und legitim“ (Nonhoff 2007a: 11).

Dieser Ansatz stellt eine Grundvoraussetzung für einen legitimen Diskurs über sich wandelnde Machtverhältnisse in Demokratien dar. Die Besetzung des „Raumes der Macht“ wird als nur temporär akzeptiert und der Kampf um seine Besetzung wird zum Wesen des Demokratischen und damit legitim und wünschenswert (Lefort 1990: 293). Die Vorstellung des Demokratischen als leerem Ort der Macht wirft aber zugleich wieder die Frage nach dem von Mouffe geforderten Minimalkonsens des „Demokratischen“ auf. Mit welchen Inhalten darf dieser Raum besetzt werden? Mouffe bezieht zu dem Problem Stellung, indem sie feststellt: Demokratie muss über gemeinsame Werte verfügen (Mouffe 2007: 158). Es kann und muss zwar darüber diskutiert werden, wie dieser Raum auszugestalten sei, aber er selbst muss akzeptiert werden.

„Bestimmte Forderungen werden nicht deshalb ausgeschlossen, weil sie für ‚böse‘ erklärt werden, sondern weil sie die für die demokratische Gemeinschaft konstitutiven Institutionen in Frage stellen. Natürlich ist auch die Verfassung dieser Institutionen Teil der agonistischen Diskussion; aber damit diese Diskussion überhaupt stattfinden kann, ist das Bestehen eines gemeinsamen symbolischen Raumes notwendig“ (Mouffe 2007: 158).

Mouffe weitet den Begriff des Raumes aus, sie spricht nicht nur vom leeren Raum der Macht, der allein repräsentativ besetzt werden kann, sondern zugleich auch von „einem symbolischen Raum“ – an dieser Stelle eher verstanden als Rahmen, der das Demokratische zusammenhält und zugleich die Basis für einen Minimalkonsens liefert. Sie macht deutlich: „Daher sollte eine Trennlinie gezogen werden zwischen denen, die diese Werte offen ablehnen, und denen, die sie akzeptieren, aber für widerstreitende Interpretationen kämpfen“ (Mouffe 2007: 158). Auch hier stoßen wir an die Grenzen des demokratischen Ansatzes, finden die Lösung dieser Grenzen aber zugleich bedingt durch den Vorschlag der Konfliktaustragung selbst. Agonale Formen der Konfliktaustragung, grob definiert also solche Formen, die eine friedliche Austragung von Konflikten forcieren (wie diese agonalen Formen in der Praxis zu finden oder wie diese ausgestaltet sein können, wird innerhalb des methodologischen Teils der Arbeit ausführlich diskutiert werden müssen), implizieren zugleich eine Akzeptanz des politischen Gegenübers, die wiederum in Relation zur identitären Wahrnehmung des Gegenübers steht. Die Frage, wie und auf welche Art genau diese Wahrnehmung sich aber wandeln kann, wird von Mouffe nicht direkt beantwortet. Wir erhalten bloß indirekt Auskunft über den Ort der Konfliktaustragung – Konflikte müssen im Politischen, nicht im Moralischen ausgetragen werden, um die Identitätswahrnehmung des Gegenübers hin von einem illegitimen Feind zu einem legitimen politischen Konkurrenten zu ermöglichen. Konkret unterscheidet Mouffe zwischen Konflikten, die auf politischer Ebene ausgetragen, und solchen, die in „moralischen Registern“ geführt werden (Mouffe 2007: 11-12).

3.6 Identität und Konflikt – Feindbilder und Identitätskonstruktion

Zwei Grunddeterminanten sind für einen Wandel in der Wahrnehmung des Gegenübers vorauszusetzen: Identitätswandel impliziert einen Wandel der Konfliktperzeption. Ein solcher Wandel kann nur stattfinden, wenn die Möglichkeit einer hegemonialen Artikulationspraxis gegeben ist, das soziale Feld also so durchlässig ist, dass sich kollektive Identitäten verändern können, was insbesondere in Post-Konflikt-Kontexten von zentraler Bedeutung ist, da der Wandel der identitären Wahrnehmung des Gegenübers von einem zu bekämpfenden Feind zu einem legitimen politischen Gegner eine Grundvoraussetzung für die Transformation von antagonistischen hin zu agonalen

Formen der Konfliktaustragung ist. Laclau und Mouffe postulieren: „[P]olitische Praxis besteht in einer demokratischen Gesellschaft nicht darin, die Rechte prä-konstituierter Identitäten zu verteidigen, sondern vielmehr jene Identitäten selbst in einem prekären und jederzeit anfechtbaren Terrain zu konstituieren“ (Laclau/Mouffe 2012: 25-26). Dies verlangt wiederum ein bestimmtes demokratisches Verständnis von Macht, das für Mouffe und Laclau Macht die Grundlage hegemonialer Diskurse ist, die ihrerseits für die Herausbildung kollektiver Identitäten verantwortlich sind. Machtbeziehungen sind aber einer Demokratie inhärent, da sich eine Gesellschaft ohne Macht auch der Freiheit der Entscheidung für oder gegen etwas berauben und so den Pluralismus dekonstruieren würde (Laclau 1999: 121-123). Die Frage nach dem Ort der Konfliktaustragung wird auch von Heinz Messmer thematisiert, welcher ebenso wie Laclau und Mouffe argumentiert, dass das gewaltsame Hervorbrechen von Konflikten nur durch eine Einbettung in die politische Sphäre und in demokratische Strukturen reguliert werden könne (Messmer 2003: 314; Mouffe 2007: 16; Laclau/Mouffe 2012: 23-29).

„Das politische System bindet auf diese Weise die sozialen Interaktionen an eine Erwartungsstruktur, die Macht und Einflussnahme unterschiedlicher Gruppen in der Gesellschaft spezifisch konditioniert. [...] In grober Vereinfachung könnte man sagen, dass die primäre Aufgabe der Politik in der *Versachlichung und Konditionierung von Machtkonflikten* besteht, soweit sie diese an eigens dafür ausdifferenzierte, demokratisch legitimierte Verfahren der Entscheidungsherstellung bindet“ (Hervorheb. i. O., Messmer 2003: 314).

Ebenso wie Mouffe und Laclau streicht Messmer dabei die Bedeutung des identitären Elements von Konflikten heraus und betont, dass bestimmte Formen von Konflikten zu einer identitären Abwertung des Gegenübers führen können. Er teilt Konflikte in vier verschiedene Ebenen ein: in Konfliktepisoden, Sachkonflikte, Beziehungskonflikte und Machtkonflikte (Messmer 2003: 91-95). Für die Sphäre des Politischen sind Machtkonflikte, bedingt auch Beziehungskonflikte, relevant, innerhalb derer das Gegenüber in seiner Identität angegriffen und sein Existenzrecht in Abrede gestellt wird (Messmer 2003: 285-290). Die Generierung von Konflikten erfolgt hierbei durch Kommunikationsdiskurse, welche sich dann aber selbstständig und selbstreferentiell auf einer systemischen Ebene verfestigen (Messmer 2003: 277-279).³⁰ Ähnlich wie für

³⁰ Zum Konzept der Widerspruchskommunikation und dessen Bedeutung für politische Konflikte siehe auch Stetter (2014).

Simmel und auch für Mouffe und Laclau ist für Messmer also nicht das Warum von Konflikten relevant, sondern das Wie der Konfliktaustragung selbst. Daher sucht Messmer nicht nach von außen herangetragenen Konfliktursachen, wie in der Konfliktforschung auch üblich (z.B. Hanf 1999; Avruch 2012; Ashmore/Jussim/Wilder 2001), sondern bezieht sich in seiner Analyse auf das Konfliktsystem selbst und dessen Transformationsprozesse: „Konflikte sind demnach äußerst *anspruchsarme*, ad hoc leicht zu realisierende Gebilde der Kommunikation, die weitgehend unabhängig von besonderen Ressourcen ihrer Umwelt auftreten können“ (Hervorheb. i. O., Messmer 2003: 73). Auch Albert, Kessler und Stetter (2008: 62) betonen die besondere Bedeutung von Kommunikation für den Konflikt und dessen Emergenz aus kommunikativen, nicht aus von außen determinierten Einflüssen.

„[...] conflicts are neither a pathological state nor a breakdown of social relations. Instead, conflicts are a specific type of social order which adheres to the same dynamics regarding its inception and maintenance as all other social orders. [...] a conflict is a distinct social system which is constituted and sustained by communication between Alter and Ego and which therefore ought to be studied as a social order in its own right“ (Albert/Kessler/Stetter 2008: 62).

Ausgehend von den Überlegungen, dass Konflikte ein fester Bestandteil des politischen und gesellschaftlichen Systems sind (Mouffe 2007: 10-12) und sich auf einer systemischen Ebene selbst reproduzieren und transformieren (Messmer 2003: 73-96), stellt sich die Frage, wie sich Konfliktidentitäten ändern und welchen Einfluss dieser identitäre Wandel auf die Austragungsart von Konflikten hat. Der Einfluss von Identität auf den Konfliktverlauf ist abhängig von der Beantwortung zweier Fragestellungen: Wie ist Identität zu definieren und wie wird sie im Hinblick auf Konflikte perspektiviert? Die Frage nach der Entstehung von Identitäten gruppiert sich um zwei antagonistische Standpunkte, die Ausdruck einer übergeordneten sozialwissenschaftlichen Diskussion über Struktur und Akteur sind und zugleich die Extrempositionen der Identitätsdebatte bilden. Die strukturelle Position vertritt den Ansatz, Identitäten seien determiniert und somit nicht wandelbar, während die entgegengesetzte Position argumentiert, Identitäten würden von den Akteuren selbst in diskursiven Praktiken konstruiert und seien so weitestgehend beliebig veränderbar (Slocum-Bradley 2008a: 2-9, insb. 3). Mouffe und Laclau nehmen eine relationale Identitätskonstituierung vor: Gruppenidentitäten werden durch eine Wir/Sie-Konstituierung, die bereits im

vorangegangenen Teil ausführlich erläutert wurde, konstituiert, welche im Politischen, bedingt durch dessen hegemoniale Ausgestaltung, wandelbar sind. Auch Messmer, obwohl dieser hierzu nicht explizit referiert, baut auf einem relationalen Identitätsverständnis auf, anderenfalls könnte sich die identitäre Perspektivierung des Gegenübers nicht äquivalent zur Konfliktform verändern. Identitäten sind Konflikten nicht per se vorgelagert, wie auch Stetter argumentiert:

„[...] the identities and subject positions of conflict parties [...] become shaped and stabilized through conflicts. They are emergent phenomena, rather than preceding conflicts in a primordial manner“ (Stetter 2014: 49).

Der Grundgedanke dieser Arbeit ist es, dass Akteure und soziale Strukturen in Wechselwirkung zueinander stehen. Während die soziale Struktur den Rahmen der Identitätskonstituierung festlegt, bestimmt der Akteur die individuelle Ausgestaltung, die wiederum den Referenzrahmen beeinflusst (Sen 2012: 20-25). Die bereits vorgegebene Struktur des sozialen Umfeldes beeinflusst also das Identitätsverständnis des Akteurs und die Wertigkeit, die er der Identität beimisst. Umgekehrt kann aber auch die Haltung von Akteuren die Struktur des Systems beeinflussen und so Identitätsvorstellungen neu konstituieren. Wären relationale Identitäten dauerhaft nicht wandelbar, wäre der Wandel eines politischen oder sozialen Systems nicht möglich. Die Transformierbarkeit von Identität ist auf die sozialpsychologische Grundlagenarbeit Tajfels und Turners zurückzuführen. Die Autoren begreifen Identitäten als kontingente Prozesse, die sich sowohl festigen als auch wandeln können (Tajfel/Turner 1979: 33-47). Nikki Slocum-Bradley definiert Identität in einer Arbeitsdefinition als „meanings – labels, categories, symbols, and so forth – applied to persons or other narrated actors in specific contexts“ (Slocum-Bradley 2008a: 5). Dabei – und hier unterscheidet sich Mouffe von liberalen Theoretikern – spielt das Element des Emotionalen, des Nicht-Rationalen, des Affektiven eine ausgesprochen wichtige Rolle. Handeln ist eben nicht durch rationale Überlegungen zu erklären, vielmehr ist Politik immer gebunden an ein „Wir/Sie“, an eine Konstituierung des Gegenübers, die nie frei sein kann von Emotion, von Antagonismus, der jederzeit hervorbrechen kann. „Jede Identität ist relational und jede Identität erfordert zwangsläufig die Bestätigung einer Differenz, d.h. die Wahrnehmung von etwas ‚anderem‘, das sein ‚Außerhalb‘ konstituiert“ (Mouffe 2007: 23). Auch Messmer zieht die Parallele zwischen Arten der

Konfliktaustragung und identitärer Perspektivierung des Gegenübers. Diese Perspektivierung ändert sich aber innerhalb eines Konfliktes, der hier verstanden wird als Widerspruchskommunikation in einem selbstreferentiellen Feld (Messmer 2003: 109-274).

Hierbei bedingen sich Identität und Konfliktform gegenseitig. Nur wenn ich mein Gegenüber als Feind begreife, habe ich gleichsam das Recht zu seiner existentiellen Auslöschung (Mouffe 2007: 12). Der Antagonismus ist dabei so stark, dass die „soziale Kooperation“ (Messmer 2003: 288) zum Erliegen kommt, die Kommunikation auf „Zwangs- und Gewaltanwendung“ reduziert wird und die Selbstreferenzialität steigt (Messmer 2003: 287 und 246-247, 282-289). Die inhärente Logik ist die eines „Nullsummenkalküls“, entweder das Gegenüber oder ich (Messmer 2003: 288 und 272-274). Die Form und die Konsequenzen einer solchen Zugehörigkeit seien aber wandelbar und abhängig davon, ob sich diese Identitäten auf moralischer oder politischer Ebene konstituierten (Mouffe 2007: 12). Diese Zuschreibungen entscheiden für sie darüber, ob Identitätsabgrenzungen zu Konflikten führen (Mouffe 2007: 12-14, 22-31).

Während in einer konsolidierten Gesellschaft eine Zuspitzung des Konflikts meist durch einen geeigneten Austragungsort mit Verfahrensregeln geordnet wird, ist die Eskalation des Konfliktes ein genuines Merkmal von Post-Konflikt-Gesellschaften, innerhalb derer einzelne Gruppen oft jahrelang um politische Vormachtstellung gekämpft haben, antagonistische Wir/Sie-Unterscheidungen also immer noch präsent sind. Die Frage, die sich entsprechend vice versa stellt, ist, wie relationale Identitäten sich wandeln können, so dass sich auch die Art der Konfliktaustragung ändert.

Amaryta Sen geht von einer pluralistischen Identitätskonzeption aus und erläutert, dass einzelne Identitäten, bedingt durch Zuschreibungen von außen und situationsabhängig, bestimmte Wertigkeiten erfahren könnten, welche wiederum entscheidend für ein Wechselspiel zwischen Konflikt und Identität seien (Sen 2012: 7-10). Diese Ansätze zu der Frage nach dem Zusammenhang von Identität und Gewalt, so unterschiedlich sie auch sein mögen, gehen sowohl von einer Wandelbarkeit der identitären Perspektivierung als auch von der Bedeutung der identitären Wahrnehmung des Gegenübers für den Verlauf des Konfliktes aus. Slocum-Bradley argumentiert an dieser Stelle, dass durch die Transformation des westfälischen Modells der Nationalstaaten hin zu einer globalisierten Ordnung bestehende nationalstaatliche Identitätsmuster

herausgefordert würden, was zu einer stärkeren Orientierung an einzelnen Identitätskonstituierungen führe (Slocum-Bradley 2008a: 1-2): „Taking advantage of this fear and uncertainty, these identity concepts have been the tool of those who would foment violent conflict, with the intention to turn one group of people against another“ (Slocum-Bradley 2008a: 1). Ein Ansatz, der zwar die Bedeutung der Identität für den Konflikt hervorhebt, aber weder erklärt, wieso Identitäten sich wandeln, noch wie genau sie mit der Art der Konfliktaustragung zusammenhängen. Zugleich attestiert die Autorin, dass Identitäten als „root cause“ für Konflikte in der Forschung bis jetzt zu wenig Beachtung erfahren hätten (Slocum-Bradley 2008a: 1).

Korostelina hingegen legt dar, dass Identitäten weder für Konflikte ursprünglich seien noch aus diesen hervorgingen (Korostelina 2007: 146-147). Obwohl diese Annahmen auf den ersten Blick widersprüchlich zu der herausgearbeiteten Theorie sind, unterstreichen sie doch zwei wesentliche Punkte. Erstens können Identitäten nicht als ursächlich für Konflikte angesehen werden, wohl aber für deren Ausgestaltung: „Strong social identities, or feelings of belonging to a specific group (ethnic, national, religious, regional), have existed for centuries, yet have rarely resulted in conflict“ (Korostelina 2007: 147). Zweitens gehen auch Identitäten nur bedingt aus Konflikten hervor, es ändert sich vielmehr ihre Wahrnehmung und die Bedeutung, die ihnen zugeschrieben wird. Die Fokussierung auf eine bestimmte Identität – jeder Mensch verfügt über mehrere Identitäten, die situationsabhängig verschiedene Wertigkeiten, Zuschreibungen und Fokussierungen erfahren – verstärkt oder diminuiert sich erst in Folge schon vorhandener Konfliktsituationen und ist für diese nicht ursprünglich (Sen 2012: 7-24). Korostelina führt aus, dass Identitätskonflikten Interessens- oder Territorialkonflikte vorgelagert seien, die sich wiederum zu „deep rooted“-Konflikten entwickeln könnten (Korostelina 2007: 146). Sie übersieht dabei allerdings, dass jeder gewaltsame Konflikt zwischen einzelnen Gruppen grundsätzlich über eine identitäre Komponente verfügt. Während die Ausführung eines Mordes durch einen Auftragskiller wohl eher interessens- als identitätsgeleitet ist, ist ein identitärer Bezug in klassischen Konfliktsituationen – damit ist wohlgerne nicht Alltagsgewalt oder Bandenkriminalität gemeint –, in denen einzelne bewaffnete, paramilitärische oder militärische Gruppen gegeneinander um die Staatsmacht oder ein eigenes Staatsgebiet kämpfen, immer gegeben. Mit der gewaltsamen Bekämpfung einer anderen sozialen

Gruppe wird diese in einem Konflikt zugleich auch identitär abgewertet, da nur so eine Rechtfertigung für die Gewalteskalation möglich ist (Mouffe 2007: 12-14; Messmer 2003: 225-274). Diese identitäre Perzeption des Gegenübers ist aber zugleich einem Wandel unterworfen, folglich ist der Umgang mit Identitäten also sozial konstruiert.

Obwohl Identität und Identitätskonstituierung bereits einige Beachtung erfahren haben, bezieht sich ihre Anwendung fast ausschließlich auf ethnische Konflikte und vernachlässigt dabei, wie die identitäre Komponente aller Konflikte für Lösungsansätze generell gewinnbringend sein könnte. Auch die empirische Anwendung des mouffschen Konzeptes ist bis jetzt hauptsächlich auf ethnisch oder religiös motivierte Konflikte beschränkt worden (z.B. Nagle 2014; Renner/Spencer 2013). Identitäre Konflikte werden häufig anhand von ethnischen Konflikten, die oft eine zusätzliche religiöse Dimension aufweisen, thematisiert.³¹ Meist ist diesen zwar eine allgemeine Diskussion über Identität vorangestellt, die Fallauswahl bezieht sich dann aber wiederum fast ausschließlich auf diese Konflikte.³²

Für den kambodschanischen Konflikt hingegen, der nicht genuin als ethnischer Konflikt begriffen wird, gibt es keine bekannte Publikation, die sich explizit mit dem Wandel von Konfliktaustragungsformen basierend auf dem Hintergrund von Identitätszuschreibungen befasst.³³ Insofern scheint eine systematische Analyse darüber, welchen Einfluss die identitäre Perzeption des Gegenübers auf die Transformation antagonistischer hin zu agonalen Formen der Konfliktaustragung

³¹ Jay Rothman und Marie Olsen unterscheiden beispielsweise in ihrem Aufsatz „From Interests to Identities: Towards a New Emphasis in Interactive Conflict Resolution“ zwischen ethnisch bzw. identitär motivierten, wirtschaftlichen, religiösen oder politischen Konflikten (2001: 289-291). Diese Fokussierung auf ethnische Konflikte findet sich auch in dem von Erik Gartzke und Skrede Gleditsch geschriebenen Aufsatz „Identity and Conflict: Ties That Bind and Differences That Divide“, in der von Donald Horowitz verfassten Monographie „Ethnic Groups in Conflict“ sowie bei Herbert Kelmans Aufsatz „The Role of National Identity in Conflict Resolution: Experiences from Israeli-Palestinian Problem-Solving Workshops“ oder Anthony Oberschalls Monographie „Conflict and Peace Building in Divided Societies: Responses to Ethnic Violence“, deren Titel bereits den ethnischen Aspekt betont.

³² Siehe beispielsweise Theodor Hanf (Hrsg.) „Dealing with Difference: Religion, Ethnicity, and Politics: Comparing Cases and Concepts“ sowie Nikki Slocum-Bradley (Hrsg.) „Promoting Conflict or Peace through Identity“ oder auch Paige Arthur (Hrsg.) „Identities in Transition: Challenges for Transitional Justice in Divided Societies“.

³³ Ein sehr guter Überblick über die Entstehung von Identitätsdiskursen und ihren Ursprung im kambodschanischen Bürgerkrieg findet sich allerdings bei Norén-Nilsson (2016).

ausübt, angezeigt.³⁴ Durch welche Zuschreibungen werden also friedliche Formen der Konfliktaustragung überhaupt erst ermöglicht? Wie wandelt sich die identitäre Wahrnehmung des Gegenübers innerhalb eines Konfliktes? Zunächst stellt sich die Frage, wie ein antagonistischer Machtkonflikt, in dem das Gegenüber als zu vernichtender Feind begriffen wird, überhaupt aufgelöst werden kann.

Die Konfliktkommunikation ist in dieser Situation weitestgehend zum Erliegen gekommen, es wird mit Waffengewalt gekämpft, die Erreichung eines Perzeptionswandels scheint aus offensichtlichen Gründen problematisch zu sein. Entweder, so Messmer, wird die Auseinandersetzung durch eine dritte Partei von außen aufgehoben, das Konfliktsystem also strukturell aufgebrochen, oder aber der Konflikt beendet sich aus sich selbst, da ihm die Möglichkeit für seine strukturelle Fortsetzung fehlt (Messmer 2003: 137-139, 310-312). Eine dritte Partei, wie z.B. internationale Einsatztruppen, kann die systemische Reproduktion durch restriktive Suppressionen und Regelungsmechanismen unterbrechen und so zu einer Deeskalation des Gewaltzyklus beitragen.³⁵ Diese Maßnahmen inkludieren etwa Friedensvereinbarungen, Entwaffnungen, Rüstungskontrollen, aber auch zugleich die Überwachung extern gegebener Sicherheitsgarantien, die den Kreislauf negativer Affirmation, Widerspruchskommunikation und Drohkommunikation (Messmer 2003: 286-289) durchbricht und einen Wandel und eine Öffnung in der identitären Wahrnehmung des Gegenübers erst möglich macht. Die zweite, wenn auch im Bürgerkriegskontext eher unwahrscheinliche Möglichkeit wäre die Auflösung von Machtkonflikten aus sich selbst heraus.

³⁴ So diskutiert etwa Sorpong Peou (2002) den Einfluss ideologischer und kultureller Komponenten auf die Umsetzung des kambodschanischen Friedensabkommens, legt seinen Schwerpunkt aber auf die Analyse der UN-Mission. Auch Michael Doyle nimmt in seinen Sammelbandbeiträgen „War and Peace in Cambodia“ und „Peacebuilding in Cambodia: The Continuing Quest for Power and Legitimacy“ immer wieder Bezug auf die ideologische Ausrichtung der Khmer Rouge und implizit auch auf die sich hierdurch ergebenden identitären Probleme für die einzelnen Bürgerkriegsparteien, konkretisiert und systematisiert dies aber nicht weiter (Doyle 1998, 1999).

³⁵ Messmer illustriert sein Beispiel für eine erfolgreiche Konfliktintervention an einem Familienkonflikt, weist aber darauf hin, dass sie derselben Funktionslogik wie „Third Party Intervention“ in Großkonflikten folge. Siehe Messmer (2003: 138-139).

„Je mehr der Konflikt die Beteiligten in seine Entwicklungsdynamik einbinden kann, umso unhaltbarer wird die soziale Beziehung. Diejenigen Strukturen, die den Konflikt am Leben erhalten, die ihn ausweiten und/ oder vertiefen, unterminieren zugleich die soziale Beziehung und damit die Bedingungen seiner Fortsetzbarkeit. Folglich wird früher oder später ein Punkt erreicht, an dem es notwendig wird, entweder vom Konflikt oder von der Beziehung zu lassen“ (Messmer 2003: 310).

Die Möglichkeit einer systemisch bedingten Auflösung mag zwar bestehen, sie erscheint indes, ist ein politischer Konflikt erst eskaliert, sehr unwahrscheinlich. Konfliktparteien innerhalb eines Landes haben nur schwerlich die Möglichkeit, die soziale Beziehung dauerhaft abubrechen. Andererseits können die Ressourcen der einzelnen Konfliktparteien so erschöpft sein, dass, selbst wenn diese immer weitere Schichten ihrer Umwelt mit einbeziehen und damit ihren Ressourcenzugriff erweitern, die Bedingungen für die Fortsetzung des Konfliktes verloren gehen (Messmer 2003: 310-311). Dies könnte beispielsweise nach jahrzehntelangen kriegerischen Auseinandersetzungen der Fall sein. Es ist fraglich, ob diese letzte Variante, also die Zerstörung des Konfliktes aus sich selbst heraus, für die Beendigung von Konflikten allein ausreichend ist. Sie mag aber eine wertvolle Hilfestellung für den Aufbruch des systemischen Ganzen des Konflikts leisten und zu einem Punkt führen, an dem wiederum die Bereitschaft für Deeskalation und den Eingriff Dritter ungleich größer ist. Ein solcher Wandel erfolgt nicht ad hoc, sondern ist immer geprägt von Rückschlägen und sukzessiven Veränderungen. Ein Aufbruch der Konfliktstruktur, sei diese durch das System selbst oder durch externe Akteure verursacht, ist zugleich aber Basis für die Möglichkeiten eines Wandels in der Identitätsperspektivierung. Erst so können sich Konflikte auf politischen Ebenen institutionalisieren und in agonalen Bahnen ausgetragen werden. Diese Transformationsprozesse, also der Wandel von antagonistischen zu agonalen Austragungsmodi, sind nicht als linear zu begreifen und können auf verschiedenen Ebenen unterschiedlich ausgeprägt sein oder konträr verlaufen. Obwohl der Zusammenhang zwischen Konflikt und Identität, die Prozesshaftigkeit des Konfliktes sowie die Möglichkeiten zur Beendigung von Konflikten aufgezeigt wurden, bleibt die Frage bestehen, wie sich Identitätskonzeptionen des Gegenübers ändern können. Die Relationalität des Identitätsbegriffes ist bis jetzt noch nicht umfassend definiert worden. Sen, der sich mit Identität und Kultur auseinandersetzt, argumentiert, dass Individuen grundsätzlich über zahlreiche

Identitäten verfügten, die in verschiedenen Kontexten unterschiedlich gebraucht würden und an Bedeutung sowohl zu- als auch abnehmen könnten (Sen 2012: 33-35). Identitäten können durch feststehende bzw. von außen zugeschriebenen Determinanten (Geschlecht, Hautfarbe, religiöse Zugehörigkeit) oder durch selbstgewählte Konstituierungen (Parteimitgliedschaft, Vereinszugehörigkeit) entstehen, wobei sich Akteur und Struktur wieder gegenseitig bedingen. Sowohl die Art der individuellen als auch die der äußeren Wahrnehmung ist dabei einem Wandel unterworfen; sie bedingt die Wertigkeit, die einzelnen Identitäten von seinem Gegenüber zugeschrieben wird. In kriegerischen Auseinandersetzungen werden bestimmte Identitätskonstituierungen, wie bereits umfassend erläutert, in den Vordergrund gerückt – es kommt zu einer Kategorisierung des Gegenübers anhand einer singulären Identität, die eine Entweder-Oder-Unterscheidung zwischen Freund und Feind impliziert (Sen 2012: 9, 19-32). Anders als in pluralistischen Gesellschaftsordnungen können Individuen damit nicht verschiedenen Parteien angehören, sich so als politische Konkurrenten im Kampf um hegemoniale Deutungsmacht verstehen, und zugleich auf anderen Ebenen zusammenarbeiten oder befreundet sein, weil andere Identitätskonstituierungen ebenfalls an Bedeutung gewinnen würden. Damit spielt auch der Unterschied zwischen Konflikt und Konkurrenz eine entscheidende Rolle, wie Tobias Werron in Anlehnung an Georg Simmel argumentiert, also die Art der Auseinandersetzung selbst. Während im Konflikt die bilaterale Auseinandersetzung im Vordergrund steht, impliziert die Konkurrenz eine Auseinandersetzung in Bezug auf ein drittes, knappes, sozial erstrebenswertes Gut (Werron 2010). Beide Konfliktparteien verknüpfen ihren Konflikt also mit einem bestimmten Gut, es geht entsprechend nicht mehr nur um die Zerstörung des Gegners, sondern um das Erreichen eines Ziels, das beide anstreben. Ein Beispiel hierfür wäre die Gunst der Wähler.

Der Reiz dieses Ansatzes liegt dabei nicht darin, dass Konflikte vermieden werden können, „sondern darin, dass sich die *Qualität des politischen Streits* infolge der Orientierung an Erwartungen Dritter wandeln und von der Stufe des Identitäts- oder Machtkonflikts auf die Stufe des Sachkonflikts zurückbewegen kann: Der Konflikt kann fortgesetzt und muss lediglich anders – sachlicher, kompromissbereiter, auch sensibler und geschickter – geführt werden“ (Hervorheb. i. O., Werron 2010: 315). Aber auch die

Transformierung des antagonistischen Machtkonfliktes hin zu einem agonal geführten Konkurrenzkampf kann nicht ohne einen Wandel in der Identitätsperspektivierung stattfinden. Es gilt dabei zu diskutieren, in welcher Verbindung Konflikt und Identität stehen und wie ein solcher Transformationsprozess in Post-Konflikt-Gesellschaften überhaupt aussehen kann. Was ist als agonal zu begreifen? Woran lassen sich der Wandel des hegemonialen Diskurses, des Konfliktaustragungsmodus sowie der identitären Perspektivierung festmachen? Die Übertragung des theoretischen Modells auf einen empirischen Kontext, der zudem nach anderen Systemlogiken funktioniert, als liberal-demokratische Systeme dies tun, erfordert sowohl eine Diskussion über die spezifischen Eigenheiten des Ortes als auch über die methodische Anwendung des Modells in Rückbindung an schon erfolgte Analysen zur Konfliktaustragung in Kambodscha sowie in Rückkoppelung an bereits auf Grundlage des agonalen Peacebuilding-Konzepts getätigte Untersuchungen zu anderen Ländern.

4. Zur empirischen Anwendung eines theoretischen Konzepts

4.1 Perspektiven des agonalen Peacebuilding

Der mouffsche Ansatz ist für die Situation in Post-Konflikt-Gesellschaften von großer Relevanz, da er sich besonders eignet, das Wechselspiel zwischen agonalen und antagonistischen Formen der Konfliktaustragung zu erklären und die Frage nach damit verbundenen emotionalen Zuschreibungen des Politischen zu untersuchen. Die Fokussierung auf das konfligierende Element des politischen und sozialen Diskurses und die gleichzeitige Betonung von dessen Notwendigkeit – Politik wird verstanden als Kampf um die Hoheit über hegemoniale Deutungsdiskurse (Mouffe 2007: 25-28) – führt zu einem besseren Verständnis gesellschaftlicher Strukturen und zu einem Begreifen tiefergehender identitärer Wandlungsprozesse, die nach kriegerischen Auseinandersetzungen entscheidend für eine mögliche Friedenskonsolidierung sind. Wie bereits im vorhergegangenen Kapitel kurz erläutert, hat das Konzept des „agonalen“ Peacebuilding, auch „Agonistic Peace“ genannt, in der Friedens- und Konfliktforschung vereinzelt Anwendung erfahren und nimmt kontinuierlich an Bedeutung zu. Ein erster Zeitschriftenband mit dem Schwerpunkt „Agonistic Peace“ ist 2022 erschienen (Third World Quarterly 2022, 43: 6), allerdings ist eine größere Abhandlung, z.B. eine Monografie, noch nicht verfasst worden. Zur Weiterentwicklung des Ansatzes ist es daher notwendig, sowohl die Adaption des Modells für die Friedens- und Konfliktforschung als auch den Anwendungskontext ausführlich zu diskutieren, um so eine Methode zur empirischen Nutzbarmachung eines demokratietheoretischen, abstrakten Konzeptes nicht nur für einzelne Phänomene, sondern für breitere Analysen in verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Kontexten über einen längeren Zeitraum hin zu entwickeln. Dabei ist eine vertiefte Auseinandersetzung mit folgenden drei Punkten notwendig, die in der Sekundärliteratur noch nicht hinreichend thematisiert wurden.

Erstens stellt sich die ganz grundsätzliche Frage, inwiefern ein theoretisches Konzept nicht nur für eine punktuelle Analyse einzelner Phänomene, sondern für eine breite empirische Untersuchung fruchtbar gemacht werden kann, und zweitens bedarf es einer weiteren Diskussion, inwieweit sich der agonale Ansatz Mouffes, der für liberale Demokratien geschrieben wurde, auf andere politische Settings und auf Post-Konflikt-

Situationen, insbesondere der in Kambodscha, übertragen lässt. Wie kann das Konzept individuell angepasst werden, welche Charakteristika des politischen Systems sind hierbei zu berücksichtigen?

Eine dritte Herausforderung, die sich aus dem skizzierten Anwendungskontext ergibt und bereits theoretisch diskutiert wurde, ist der Grundsatz des demokratischen Minimalkonsenses, auf dem Mouffes Theorie aufbaut und der zugleich Grundlage des agonalen Demokratiekonzepts ist (Mouffe 2007: 158-159). Letztlich ist dieser Minimalkonsens Sinnbild eines Spannungsfeldes. Wie Hidalgo argumentiert, sind Konsens und Konflikt sowie Homogenität und Pluralität Antinomien in jeder demokratischen Gesellschaft und können nie vollständig aufgelöst werden (Hidalgo 2014: 198-238). Das macht aber die Frage nach der Ausgestaltung eines Konsenses umso dringlicher und notwendiger. Dieser ist in Post-Konflikt-Situationen nur bedingt gegeben und stellt in diesem Umfeld eher Ziel als Voraussetzung dar. Vielmehr ist hier der Konflikt das definierende Element des Politischen, was sich auch in Kambodscha daran zeigt, dass kein Regierungswechsel seit der kolonialen Unabhängigkeit ohne antagonistisch ausgetragene Konflikte vonstattengegangen ist (Chandler 2016a: xiii; Khmer Times 27.10.2021). Anders als in Staaten liberal-demokratischer Prägung, denen Mouffe eine gewisse Politikverdrossenheit attestiert (Mouffe 2007: 17; Mouffe 2007a: 46), ist in Staaten, die aus einer Kriegssituation hervorgegangen sind und häufig zuvor noch nie über ein dauerhaftes demokratisches System verfügt haben, eben dieser Minimalkonsens über eine agonale Form der Konfliktaustragung auf demokratischer Grundlage nicht gegeben. Auch andere Legitimationsquellen wie Tradition oder rechtliche Ordnungen sind, wenn überhaupt vorhanden, meist nicht tragfähig genug, um eine konstante und stabile Einigung über Verfahrensregelungen im politischen Raum zu erzielen.

Die entscheidende Frage ist daher in Post-Konflikt-Gesellschaften, anders als in liberalen Demokratien, zunächst nicht, wie ein solcher Minimalkonsens demokratisch ausgestaltet sein kann, sondern wie und auf welcher Legitimationsgrundlage er überhaupt zu Stande kommen kann. Er ist aber Ausgangspunkt und Basis für jede Form agonaler Konfliktaustragung, was die Notwendigkeit und den Nutzen des mouffschen Ansatzes für verschiedene politische Settings unterstreicht.

In der Friedens- und Konfliktforschung gibt es keine einheitliche Definition von Agonismus bzw. agonaler Konfliktaustragung.³⁶ Rosemary Shinko beispielsweise spricht sich für einen „more open-ended, unbounded agonism that is capacious enough to admit/engage those who would question the very values upon which political, social, economic and cultural structures rest“ (Shinko 2022: 1404) aus und geht mit dieser Forderung über Mouffe hinaus, die einen auf liberalen Werten basierenden Minimalkonsens für notwendig hält, um legitime und illegitime Forderungen zu unterscheiden (Mouffe 2007: 158-159). Allerdings diskutiert Shinko nicht weiter, wie es dann überhaupt zu einer Form von Einigung ohne Konsens kommen kann. Rumelili und Strömbom hingegen verstehen „Agonistic Peace“ als eine „alternative vision of peace marked by the peaceful and pluralistic coexistence of multiple, contesting narratives“ (Rumelili/Strömbom 2022: 1365), gehen damit aber über Mouffes Vorstellung eines Konsenses hinaus, die den politischen Raum einerseits als konflikthaft begreift und andererseits deutlich macht, dass „jede Ordnung auf dem Ausschluß anderer Möglichkeiten“ beruht (Mouffe 2007: 27, 26-31). Ähnlich wie Mouffe betont Strömbom auch in Post-Konflikt-Gesellschaften die Notwendigkeit von Institutionen, die den Rahmen für eine Konfliktaustragung vorgeben (Mouffe 2007: 30-31). „Here, the ultimate goal is to construct an understanding of peace constituted in such a way that society will not experience constant relapses to violence, but in which conflict can be mitigated and channelled through institutions which can keep violence from erupting“ (Strömbom 2020: 951). Strömbom baut auf dem Mouffschen Verständnis über institutionelle Regelungsmechanismen auf, die antagonistische Austragungsformen verhindern, indem sie „legitime agonistische Artikulationsmöglichkeiten“ schaffen (Mouffe 2007: 30; Strömbom 2020), ohne aber zu hinterfragen, wie man zu einer Akzeptanz dieser Mechanismen kommt. Umso wichtiger erscheint die Analyse, wie und auf welcher Legitimationsgrundlage ein Wandel von antagonistischen hin zu agonalen Formen der Konfliktaustragung überhaupt stattfinden kann.

Die nachfolgenden Ausführungen gliedern sich entsprechend in sechs Teile. In Kapitel 4.2 gibt die Arbeit zunächst einen kurzen Überblick über die wissenschaftliche Rezeption des Ansatzes, sofern diese für die Fragestellung der Arbeit von Bedeutung ist. Hier kann

³⁶ Ein sehr guter Überblick über die verschiedenen Betrachtungsweisen von „Agonistic Peace“ und den damit verbundenen Herausforderungen findet sich bei Rosemary Shinko (2022).

auf Grundlagen der bereits getätigten Forschung zurückgegriffen werden. Der dritte, vierte und fünfte Abschnitt hingegen beschäftigen sich mit den Besonderheiten des empirischen Anwendungskontextes, die für die Auswahl der Methode und den Gang der Untersuchung entscheidend sind. Es werden Unterschiede zwischen Staaten des Globalen Nordens, für die Mouffes Theorie ursprünglich entwickelt wurde, und solchen des Globalen Südens skizziert. Der vierte Unterpunkt befasst sich außerdem mit der Anwendung der Theorie in Post-Konflikt-Kontexten und den sich daraus ergebenden empirischen Implikationen. Diese Diskussion erlaubt, zu Unterkapitel sechs und sieben überzugehen, welche die Einordnung Kambodschas als Post-Konflikt-Gesellschaft vornehmen und sich mit der Frage nach den spezifischen Eigenheiten des kambodschanischen Systems auseinandersetzen.

4.2 Agonale Konfliktaustragung und die politikwissenschaftliche Rezeption

Obwohl die radikale Demokratietheorie Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes in den letzten Jahren einige Beachtung in der politikwissenschaftlichen Debatte erfahren hat (z.B. Nonhoff 2007; Knops 2007), ist die Zahl an Aufsätzen, die sich mit der Anwendung in Kontexten des Globalen Südens und Post-Konflikt-Gesellschaften auseinandersetzen, doch überschaubar. Die wissenschaftliche Schwerpunktsetzung konzentriert sich in der Rezeption des mouffschen und laclauschen Werkes hauptsächlich auf die Bedeutung von Diskurs und Hegemonie und deren Auswirkungen auf die politische Sphäre; der Ansatz wird meist im Kontext eines größeren Diskurses über demokratietheoretische Fragen, wie Staatsbürgerschaft, Gesellschaftstheorie oder im Kontext des Poststrukturalismus, rezipiert (Wöhl 2007; Demirović 2007; Roskamm 2015; Rummens 2009).³⁷ Das geschieht insbesondere aus der Perspektive der politischen Theorie und findet kaum Anwendung in empirischen Bereichen. In der Diskursforschung der Internationalen Beziehungen hat das laclausche und mouffsche Werk zwar vermehrt Beachtung gefunden, allerdings stehen hier die Untersuchung diskursiver

³⁷ Eine interessante Zusammenstellung verschiedener Denkansätze, wie etwa die bereits erwähnten Aufsätze von Wöhl oder Demirović zu „Die Subjekte der radikalen Demokratie: Institutionalisierte Differenzen und Barrieren gegenhegemonialer Artikulation“ und zu „Hegemonie und die diskursive Konstruktion der Gesellschaft“ liefert Martin Nonhoff (2007). In dem von ihm herausgegebenen Sammelband „Diskurs, radikale Demokratie und Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe“ finden sich unter anderem Beiträge zu Themen wie „Hegemoniale Artikulation“, „Politische Diskursanalyse als Hegemonieanalyse“ oder „Politik und ontologische Differenz“.

Kommunikationspraktiken oder der Einfluss von Diskursen auf das soziale Feld und dessen Transformationsmöglichkeiten im Vordergrund (z.B. Herschinger/Renner 2014). Ein weiterer Teilbereich, in dem die Verknüpfung zwischen Diskurs und Emotion einen großen Raum einnimmt, ist die Emotionsforschung in den Internationalen Beziehungen. Diskutiert wird hier aber vor allem, inwieweit Emotionen durch Diskurse sozial konstruiert oder auch unabhängig von sozialer Wirklichkeit existent sein können, welche Rolle sie für die Außen- und Sicherheitspolitik spielen, welche Bedeutung sie für kritische Sicherheitsstudien haben, wie sie entstehen oder wie sich Emotionen überhaupt definieren lassen.³⁸ Der Interessensschwerpunkt liegt hier eher auf der Messbarkeit dieser Phänomene, ferner auf der Frage nach der methodischen Übertragbarkeit individueller emotionaler Dynamiken auf kollektive Ebenen und den sich daraus ergebenden Anknüpfungspunkten (Koschut 2015, 2020). Wenngleich sowohl die Diskurs- als auch die Emotionsdebatte für das Themenfeld relevante Aspekte wie die emotionale Dimension von Konflikten oder Wissensgenerierung in einem sozialen Feld liefern, gehen sie doch an der Frage nach agonaler Konfliktaustragung selbst vorbei. Die Debatten grenzen sich deutlich von der Frage des Einflusses kontingenter Identitäten auf Konfliktaustragungsmodi ab, welche, wie eingangs erwähnt, bis jetzt zwar in der „Agonistic Peace“-Forschung einige Beachtung erfahren haben, aber nicht hinreichend konzeptualisiert oder für eine methodische Anwendung ausdifferenziert wurden. Hinsichtlich der Diskussion über die empirische Anwendbarkeit des mouffschen Konzepts in verschiedenen Kontexten, wie in denen des Globalen Südens³⁹ oder in Post-Konflikt-Situationen lassen sich grob drei verschiedene Forschungsrichtungen herausarbeiten.

Eine Gruppe beschäftigt sich mit der ganz grundsätzlichen Frage, inwieweit die Anwendung des mouffschen Ansatzes, der für liberal-demokratische Staatsformen entworfen wurde, für andere Herrschaftskontexte geeignet ist und welche Probleme

³⁸ Ein hervorragender Überblick über den Forschungsstand findet sich bei Koschut (2020), der die einzelnen Ausdifferenzierungen und die fachlichen Debatten diskutiert.

³⁹ Auch wenn einige der hier diskutierten Autoren den Begriff „Dritte Welt“ oder „Entwicklungsländer“ verwenden, benutzt diese Arbeit doch durchgehend den Begriff „Globaler Süden“, da dieser stärker auf soziale Aspekte des Gesellschaftlichen rekurriert, einen größeren Fokus auf die divergierenden Herrschaftslogiken einzelner staatlicher Systeme legt, pejorative Konnotationen vermeidet und nicht zuletzt die Kolonialgeschichte eben jener Länder besser betont. Gleichzeitig definiert er sich nicht ausschließlich über geographische Zuweisungen, sondern legt auch andere Raumkonzepte zu Grunde (z.B. Mahler 2017).

sich aus jener Nutzung ergeben. Eine weitere Forschungsrichtung diskutiert den theoretischen Nutzen, den dieses Modell für das Verständnis von Post-Konflikt-Kontexten erzielt und welche Bedeutung das für Transitional Justice-Prozesse oder friedensfördernde Maßnahmen hat, während eine dritte Gruppe von Wissenschaftlern den mouffschen Ansatz verwendet, um empirische Phänomene innerhalb bestimmter Länder zu untersuchen, und auch versucht, diesen für die Anwendung zu konzeptualisieren. Die zweite und dritte Gruppe sind dabei nicht immer trennscharf zu unterscheiden, steht doch jeder empirischen Forschung auch eine theoriegeleitete Einleitung voran. Eine Ausnahme bildet hier Strömbom (2020), die in ihrem Artikel „Exploring Analytical Avenues for Agonistic Peace“ eine grundsätzliche und fallspezifisch unabhängige Konzeptionalisierungsidee für Untersuchungen einzelner Länder vorlegt.

4.3 Die Anwendung der mouffschen Theorie in Kontexten des Globalen Südens

Die empirischen Anwendungsmöglichkeiten des „agonalen Demokratiekonzeptes“ werden auf ganz grundsätzlicher Ebene bei Ilan Kapoor diskutiert, der bereits 2002 in seinem Essay „Deliberative Democracy or Agonistic Pluralism? The Relevance of the Habermas-Mouffe Debate for Third World Politics“ hinterfragt, inwieweit sich der mouffsche Ansatz, welchen er in Kontrast zum habermasschen Theoriekonzept darstellt, für eine Anwendung auf den „Globalen Süden“ überhaupt nutzen lässt (Kapoor 2002).

„There are limitations in applying First World theories to Third World actualities. In particular, Habermas’s and Mouffe’s democratic politics do not adequately address issues of particular significance to Third World politics: the West’s hegemony in current global politics, the pivotal role of the (Third World) state, and the impact of material conditions and socioeconomic (in)equality on democratic politics“ (Kapoor 2002: 461).

Auch wenn es kritisch zu hinterfragen gilt, was unter dem normativen und höchst problematischen Begriff „First World Theories“ überhaupt zu verstehen ist und inwiefern eben jene Probleme, wie beispielsweise der Einfluss sozioökonomischer Faktoren auf die Politik, nicht auch für den Globalen Norden relevant sind, zeigt Kapoor doch die Schwierigkeiten auf, die sich beispielsweise durch postkoloniale Strukturen und nicht liberal-demokratische Ordnungsstrukturen bei der empirischen Anwendung des Ansatzes ergeben. Der Autor kritisiert neben den drei grundsätzlichen im Zitat erwähnten Problemen auch Mouffes mangelnde Reflexion des Dezentralismus. Es bleibt, so Kapoor, unklar, wieso insbesondere kleinere Widerstandsgruppen oder

Milizen auf einer demokratischen Legitimationsgrundlage agieren sollten. „She appears satisfied that social movements and protest groups will by themselves discover and practice democratic citizenship“, ohne eine Erklärung für diese Annahme zu geben oder die daraus folgenden Implikationen hinreichend zu thematisieren (Kapoor 2002: 473). Ein berechtigter Vorwurf, der möglicherweise auch aus der marxistischen Denktradition resultiert, in welcher sich Mouffes Werke verorten lassen.⁴⁰ Gerade in Laclaus und Mouffes Arbeit „Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus“ spielt die Überwindung der in der marxistischen Denktradition postulierten Homogenität der Gesellschaft – die Überwindung des Kapitalismus und die Etablierung einer klassenlosen, in sich geeinten Gesellschaft als Ziel und Utopie – eine entscheidende Rolle, die auch die intensive Diskussion um hegemoniale Deutungsdiskurse, die, wie die Autoren mehrfach betonen, zugleich immer mit „Akten der Ausschließung“ (Mouffe 2007: 19) einhergehen, erklären und rechtfertigen. Mouffe reflektiert hier aber nicht hinreichend die Implikationen, die sich aus dem Verhalten einzelner revolutionärer Gruppen für das radikaldemokratische Projekt ergeben könnten.⁴¹

Ein weiterer, bereits erörterter Kritikpunkt, den auch Kapoor anführt, ist jene Problematik des „Minimalkonsenses“ des Demokratischen und die daraus resultierende Frage nach verbindlichen Regelungsmechanismen (Kapoor 2002: 473). Auch der Einfluss des westlichen Imperialismus und des Neokolonialismus bleibe unzureichend thematisiert, so Kapoor, da eine im Kontext des Globalen Nordes entworfene Theorie ungefiltert auf andere Anwendungskontexte angewandt werde (Kapoor 2002: 478). Conway und Singh betonen in ihrem Essay „Radical Democracy in Global Perspective: Notes from the Pluriverse“ ebenfalls die Problematik des mouffschen Projekts, welches es sich zur Aufgabe mache, marxistische Normen zu dekonstruieren „while re-conceptualising democracy as a contingent, conflictual, constructive and always open-

⁴⁰ Auch Hardt und Negri beispielsweise, die vor allem in der post-marxistischen Theoriedebatte große Beachtung erfahren haben, postulieren in ihrem Werk „Empire. Die neue Weltordnung“ und der darauf aufbauenden Schrift „Multitude. Krieg und Demokratie im Empire“ die Bedeutung der Differenz. Kleinere Gruppen könnten die hegemonialen weltumfassenden Diskurse, die das Leben der Menschen in ihrer Gesamtheit durchdringen, von innen heraus aufweichen und durchdringen. Entscheidend ist hier jener Widerstand gegen das globale System, das durch das Kapital gesteuert wird (Hardt/Negri 2002, 2004).

⁴¹ Diese Kritik findet sich auch bei Conway/Singh (2011: 693-694).

ended project among diverse and ever-shifting identities“, sich aber zugleich aus westlicher Tradition speise (Conway/Singh 2011: 692).

„[...] Mouffe and Laclau’s history of the democratic revolution and project for radical democracy is situated squarely within a history of Western modernity, and its dominant political tradition of liberal democracy. ‚Radical democracy‘ actually means ‚radical liberal democracy‘; that is, a radicalisation, democratisation and deepening of the type of political regime already characteristic of the modern West [...]“ (Conway/Singh 2011: 692).

Ihre Analyse, die auf der Gegenüberstellung und dem Zusammenhang von „Moderne“ und „Kolonialismus“ basiert, zeigt einmal mehr die Notwendigkeit auf, die Charakteristika des liberal-demokratischen Staates herauszuarbeiten. „The role of colonialism in co-producing the European contexts and subjects who become the unmarked, and thus universal, subjects of radical democracy is not recognised and so cannot be problematised“ (Conway/Singh 2011: 692). Eben jene mangelnde Reflexion bei Mouffe und Laclau sei nicht zuletzt einer Trennung des wirtschaftlichen und politischen Liberalismus geschuldet, der den Einfluss wirtschaftlicher Faktoren auf hegemoniale Deutungsdiskurse und die damit verbundenen Machtpositionen nicht berücksichtige (Conway/Singh 2011: 692). Im Zusammenhang mit der Anwendbarkeit ihrer Theorie ergibt sich so ein Problem, das nicht nur für die Anwendung im postkolonialen Kontexten relevant ist: die mangelnde Auseinandersetzung mit dem Einfluss wirtschaftlicher Faktoren auf den politischen Prozess. Dieses Problem ist auf zwei Ebenen existent: Es stellt sich zum einen die Frage, welchen Einfluss ökonomische Faktoren grundsätzlich auf den hegemonialen Deutungsdiskurs haben, zum anderen ob die Auswirkung auf liberale Demokratien verschieden ist von der auf andere Herrschaftsformen. In neopatrimonialen Staaten, dies gilt auch für Kambodscha, ist die Trennung politischer und wirtschaftlicher Macht häufig nicht gegeben (Schlichte 2005: 124). Ökonomischer Einfluss bietet überhaupt erst die Möglichkeit, politische Deutungshoheit zu erlangen. Konkret bedeutet das, dass der mouffsche Ansatz, möchte man diesen für eine empirische Untersuchung fruchtbar machen, um die Dimension des Ökonomischen erweitert werden muss. In Conway und Singhs Lesart der mouffschen und laclauschen Theorie ist der westliche Staat das Modell des Radikal-Politischen, nur in seinem Rahmen können hegemoniale Diskurse geführt werden. Solche, die das „westliche“ demokratische Projekt in Frage stellen, werden gleichsam als illegitim

begriffen (Conway/Singh 2011: 692-695). Neben der kolonialistischen Implikation, die diese Art von Staatsverständnis mit sich bringt, spiegelt es ebenso wenig die Komplexität parallel existierender, unterschiedlicher Identitäts- und Staatskonstruktionen wider. Auch wenn Mouffe die Verbreitung des Regionalismus vorschlägt – die Etablierung verschiedener regionaler hegemonialer Zentren statt der globalen Verbreitung des westlichen Imperialismus (Mouffe 2008: 466) –, plädiert sie doch wieder für einen universellen Consensus über die Einhaltung bestimmter Wertvorstellungen und Paradigmen, der sich wiederum aus den Ideen des Westens, in diesem Kontext verstanden als demokratische Ordnungsstrukturen liberaler Prägung, speist (Conway/Singh 2011: 692-694). Eine zweite Implikation, die sich hiermit für eine methodische Anwendung ergibt, ist die Entkoppelung von Vorstellungen des „Liberal-Demokratischen“ und agonaler Form der Konfliktaustragung. Die Vorwürfe des westlichen Imperialismus versucht Mouffe in einem ihrer jüngsten Werke, das den Titel „Agonistik: Die Welt politisch denken“ trägt, wenigstens in Teilen zu entkräften, indem sie sich – wenn auch nur sehr knapp – mit der Anwendung ihres Konzeptes auf den Globalen Süden auseinandersetzt (Mouffe 2014: 57-75). Allerdings bleibt Mouffe dabei theoretisch und liefert weder eine hinreichende Erklärung, wie ihr „erweiterter“ Ansatz konkret aussehen sollte, noch ob eine empirische Anwendung überhaupt möglich sei. Vielmehr merkt sie an, dass es nicht ihr Ziel sei, zu einer abschließenden Lösung zu kommen, sondern den „Anspruch des Westens zu kritisieren, [dass] die einzig legitime Form von Demokratie [...] die liberale Demokratie [wäre]“ (eigene Einfügung, Mouffe 2014: 71).

„Meiner festen Überzeugung nach wird es für linksgerichtete Intellektuelle höchste Zeit, sich eines pluralistischen Ansatzes zu bedienen und jene Spielart des Universalismus zurückzuweisen, die die rationale und moralische Überlegenheit der westlichen Moderne postuliert. Gerade jetzt, da der Arabische Frühling in mehreren Ländern des Nahen Ostens die Frage auf die politische Tagesordnung gesetzt hat, wie der Aufbau einer Demokratie vonstattengehen kann, kommt diesem Punkt aus meiner Sicht größte Bedeutung zu“ (Mouffe 2014: 16-17).

Obwohl Mouffe wie auch die Friedens- und Konfliktforschung (z.B. Barnett 2016) – hier insbesondere die Vertreter lokaler Friedensansätze innerhalb der „critical“ Peacebuilding-Debatte (z.B. Autesserre 2009, 2010) – die Problematik des westlichen Interventionismus ansprechen und innerhalb ihrer eigenen Theorie kritisch reflektieren,

bleibt doch unklar, welche konkreten, empirisch belastbaren Konsequenzen sich aus diesen Erkenntnissen ergeben. Vielmehr postuliert Mouffe, dass es keinen Grund gebe, „die Institutionen der liberalen Demokratie mit ihrem speziellen menschenrechtlichen Vokabular und ihrer Form des Säkularismus“ überhaupt als Vorbedingung für eine Demokratie zu sehen (Mouffe 2014: 66). Für agonale Formen der Konfliktaustragung scheinen diese in der Tat abdingbar. Ein demokratisches Bekenntnis ist hier nicht notwendigerweise als Grundlage zu betrachten. Für die Implementierung eines demokratischen Raumes hingegen scheint der Verzicht auf Menschenrechte und Säkularismus eher problematisch. Mouffe argumentiert ferner, dass auch beispielsweise demokratische Modelle denkbar seien, die Religion und Demokratie miteinander verbinden, Demokratie also auch auf anderen als den liberalen Ordnungsvorstellungen basieren könne (Mouffe 2014: 66-71). Für Asien würde dies bedeuten, „das demokratische Prinzip der Volkssouveränität mit dem Konfuzianismus und Taoismus zu versöhnen“ (Mouffe 2014: 69), für den arabischen Raum, Scharia und Demokratie in Einklang zu bringen (Mouffe 2014: 66-73). Dies seien kontroverse Themen, die, wie Mouffe auch selbst eingesteht, eine tiefergehende Auseinandersetzung mit dem Gegenstand erfordern würden (Mouffe 2014: 70-71). Grundsätzlich stellt sich an dieser Stelle nämlich die Frage, was noch als Essenz des Demokratischen begriffen werden kann, wenn zentrale Werte wie Menschen- oder Freiheitsrechte nicht mehr als notwendige Voraussetzung des Demokratischen verstanden werden.

Ein weiterer Aspekt, den es zu bedenken gilt, ist, ob durch eine Verschmelzung von Staat und Religion die Forderung nach der Durchlässigkeit des politischen Systems, die ja eine Grundbedingung für die Herausbildung hegemonialer Diskurse ist, noch vorhanden ist. Selbst wenn diese Durchlässigkeit noch gegeben ist und bestimmte Diskurse nicht per se verboten werden, ist dann die Durchsetzung eines hegemonialen Deutungsdiskurses, der auf Abstimmungsverhältnissen beruht, also die bloße Durchsetzung des Volkswillens, bereits als Demokratie zu begreifen? Auch deutet Mouffes Aussage über Konfuzianismus und Daoismus auf eine Generalisierung des asiatischen Raums hin, die zeigt, dass ihre Vorschläge zur Anwendung in anderen als europäischen Kontexten nicht hinreichend durchdacht sind. So gehört beispielsweise ein Großteil der Bevölkerung in Kambodscha wie auch in anderen Ländern Südostasiens (Thailand, Laos, Myanmar) dem Buddhismus und nicht dem Daoismus an. In Kambodscha sind über 95% der Bevölkerung

Buddhisten (World Population Review 2022). Ferner wird der Buddhismus als Religion in den Ländern Asiens verschieden interpretiert und gelebt oder auch mit lokalen religiösen Glaubensrichtungen kombiniert. Der Einfluss der Religion auf die Gesellschaft hat entsprechend in den einzelnen Staaten unterschiedliche Auswirkungen, was eine stärkere Differenzierung und vertiefte Betrachtung notwendig machen würde. Sogenannte Wats, grob zu vergleichen mit Klöstern, nehmen in der kambodschanischen Gesellschaft eine besondere Stellung ein, Kinder wurden dort bis vor wenigen Jahren noch traditionell von Mönchen unterrichtet, außerdem besitzen sie größere Bibliotheken und sind seit jeher Zentren der Wissensvermittlung (Haynes 2009: 68). Sie spielen auch für den politischen Diskurs eine Rolle. „Although the degree of religious freedom has been generally high, Buddhism remains the state religion and the CPP has sought to maintain control over the institution. The CPP has employed various tactics to keep the institution deeply politicized and pro-government“ (Peou 2018: 91). Die Rolle, die Mönche in der Politik spielen sollen, ist auch in den Klöstern umstritten, die traditionelle Auffassung besagt, dass Mönche sich nicht politisch engagieren sollten (Heng 2008: 242), auch wenn oft enge Kontakte zu Regierung gepflegt werden (The Interpreter 29.09.2014). Es gibt aber auch einige Mönche, die dieser Auffassung widersprechen und sich z.B. für die Opposition einsetzen und deshalb unter Druck gesetzt werden (Peou 2018; 91-92; Karbaum 2015: 235-237; The Phnom Penh Post 18.12.2014). Die Frage, welche gesellschaftliche Stellung Klöster in Kambodscha einnehmen sollten, ist damit an sich schon politisiert.⁴² Zudem kann das Leben als Mönch auch zeitlich begrenzt sein, es kann vorkommen, dass junge Mönche studieren und nur einige Zeit im Kloster verbringen, um dann ein weltliches Leben zu führen. Wie sich hier deutlich zeigt, müssen Religion und Demokratie in Kambodscha nicht erst vereint werden, vielmehr sind Klöster Teil des politischen Diskurses. In Myanmar beispielsweise sind Mönche ebenfalls politisch involviert (The New York Times 28.08.2021).

Die von Kapoor und Conway und Singh herausgearbeiteten Kritikpunkte, also das mangelnde Verständnis der Rolle des Staates, das Verschwimmen von Grenzen nationaler und internationaler Deutungsmacht über staatliche Strukturen

⁴² Für eine ausführliche Betrachtung dieses Spannungsfeldes siehe Heng (2008).

(Conway/Singh 2011: 692-694), die schwindenden Grenzen staatlicher Souveränität (Kapoor 2002: 476-481; Conway/Singh 2011: 695), die mangelnde Reflexion in der Anwendung des Ansatzes auf divergierende politische Kontexte (Kapoor 2002: 472, 474-475), der implizite Vorwurf des Neokolonialismus (Conway/Singh 2011: 692) und das schwierige Verhältnis zu kleineren politisch aktiven Gruppen (Kapoor 2002: 472) machen die Schwierigkeiten, einen theoretischen Ansatz, der auf konsolidierte Demokratien liberaler Prägung zugeschnitten ist, auf Post-Konflikt-Kontexte zu übertragen, deutlich.

Allerdings erfolgt diese Kritik, und dies ist entscheidend, aus einer demokratiethoretischen Lesart des mouffschen Ansatzes heraus. Die grundsätzliche Frage für die Friedens- und Konfliktforschung ist weder, inwiefern es Mouffe gelingt, das Spannungsfeld zwischen Demokratie und Religion zu lösen, noch, inwieweit die Theorie für liberale Demokratien verfasst wurde und in ihrer Gesamtheit übertragen werden kann oder wie sie in anderen Ländern ausgestaltet sein sollte, sondern ob und wie die Art der Konfliktaustragung mit den jeweiligen Identitätszuschreibungen zusammenhängt und wie und warum sich antagonistische zu agonaler Konfliktaustragung hin wandelt. Legt man eben diese Kernaussage der Theorie – also die Notwendigkeit von Konflikten für die Weiterentwicklung der Gesellschaft – zu Grunde, ist es möglich, Post-Konflikt-Situationen in verschiedenen politischen Kontexten auch jenseits liberaler Ordnungsvorstellungen und den damit verbundenen Prämissen zu analysieren und somit Konfliktwandel und dahinter liegende Identitätsperzeptionen sichtbar zu machen und zur Analyse heranzuziehen.

Um eine tragfähige Methodik auf Grundlage der laclauschen und mouffschen Theorie zu entwickeln, sind zwei grundlegende Voraussetzungen notwendig. Erstens gilt es die Post-Konflikt-Gesellschaften näher zu beleuchten und zweitens herauszuarbeiten, welche Eigenheiten nicht liberal-demokratisch legitimierte Staaten, auch hinsichtlich des Einflusses der ökonomischen Sphäre auf den Konfliktdiskurs, aufweisen, um die Theorie entsprechend adaptieren und weiterentwickeln zu können. Werden antagonistische Konfliktmuster durch wirtschaftliche Faktoren beeinflusst und wenn ja, wie? Insbesondere die Rolle von Korruption und Klientelismus, die nicht nur in den kambodschanischen Strukturen tief verankert sind und den Staatsaufbau strukturell

beeinflussen, sondern auch ein konstituierendes Merkmal weiterer Länder Südostasiens und des Globalen Südens sind, wird nicht thematisiert.

4.4 Mouffe und der Post-Konflikt-Kontext

Im Unterscheid zu Kapoor, Conway und Singh konzentrieren sich andere Veröffentlichungen nicht auf die Anwendung des Ansatzes auf den Globalen Süden, vielmehr diskutieren diese direkt die Einsetzbarkeit in Post-Konflikt-Kontexten sowohl auf theoretischer als auch auf praktischer Ebene. Das prominenteste und auch erste Beispiel findet sich bei Rosemary Shinko (2008), die in ihrem für den fachlichen Diskurs wegweisenden Aufsatz „Agonistic Peace: A Postmodern Reading“ die Probleme des Ansatzes für eine Nutzung in Post-Konflikt-Gesellschaften thematisiert und dabei vor allem dessen Schwachpunkte, die sich aus der Konzeption für einen liberalen Demokratiekontext ergeben, analysiert, ohne dabei aber einen Operationalisierungsvorschlag zu machen. Auch weitere theoretische Arbeiten zur Frage, wie radikale Demokratiemodelle den Peacebuilding-Prozess in „divided societies“ fördern können, stellen keine konzeptionellen Modelle vor, anhand derer sich der Friedensprozess als ganzer untersuchen ließe, sondern konzentrieren sich auf einzelne Phänomene. Während Maddison in „Relational Transformation und Agonistic Dialogue in Divided Societies“ beispielsweise analysiert, welchen Einfluss Dialoge, besonders „agonistische Dialoge“, auf den Prozess des „Nation Building“ haben können und wie mit speziellen Lernprogrammen Dialogkultur zwischen einzelnen Konfliktparteien initiiert werden kann, erörtert Hall in „Wikination: On Peace and Conflict in the Middle East“ sehr knapp, inwieweit sich der mouffsche Ansatz überhaupt von liberalen Demokratieansätzen wie den Modellen von Rawls und Habermas abgrenze. Auch Mouffe rekurriert auf einen Minimalkonsens, schließt Forderungen, die den liberalen Konsens bedrohen, aus und unterstreicht die universelle Notwendigkeit von Demokratie, unabhängig von ihrer Ausgestaltungsform (Hall 2009: 14-15). Gleichzeitig entwickelt er ein stark normativ geprägtes Sechs-Punkte-Programm, um die einzelnen Konfliktparteien zu einem Umdenken hinsichtlich der Wahrnehmung des „Feindes“ zu bewegen. Der Fokus liegt hier auf der Vermittlung des Verständnisses für das Andere: „[...] for at the same time as it rejects and condemns those others, it also needs them and their difference to establish and maintain its own identity“ (Hall 2009: 7). Seine Idee

ist, dass diese Perspektivierung des Gegenübers zu einem Wandel im Nahen Osten führen könnte. Die Grundlage dafür bilde eine Art „Hyperpolitik“, die das Politische anders denke und einen bedingungslosen Raum, jenseits legitimer und nicht legitimer Forderungen, eröffne, Politik zu begreifen, und so über die klassische Analyse hinausgehe (Hall 2009: 19-20). Eine Möglichkeit stellen, so Hall, „performative media“-Projekte dar. Ein Modellprojekt hierfür ist ein elektronisches Wiki, das als konstruktive Austauschmöglichkeit im Internet gedacht ist und das sowohl die Einwohner Zyperns als auch andere interessierte Personen gleichzeitig nutzen können, um ihre Eindrücke zu schildern und sich zu informieren (Hall 2009: 21-23), und das außerdem exemplarischen Charakter haben könnte (Hall 2009: 12). Beide Autoren sind hierbei in ihrer Zielsetzung von stark normativen Prämissen geprägt. Weder ist es Ziel, Konfliktstrukturen zu erklären und die Herausbildung agonaler Formen des Politischen zu untersuchen – der Post-Konflikt-/Konflikt-Kontext und dessen Besonderheiten finden so gut wie keine Beachtung –, noch wird der Frage nachgegangen, welche faktischen Bedingungen in diesen Situationen überhaupt vorzufinden sind, vielmehr richtet sich der Fokus auf Friedensprojekte und gesellschaftliche Versöhnung. So mag das Vorhaben, Friedensvermittler in Krisengebiete zu schicken, welche in Workshops die Dialogkultur fördern, wie Maddison (2015) vorschlägt, zwar ein spannender Ansatz sein, er erweist sich aber in der Realität auf Ebenen jenseits des „grass root“-Peacebuilding doch als sehr schwierig. Es ist vielleicht eine reizvolle Idee, junge Friedensaktivisten nach Kambodscha zu schicken, die hochrangige Politiker und die Bevölkerung über ein friedliches Miteinander belehren sollen, die Ausgestaltung dieses Verfahrens könnte aber, allein schon wegen der sprachlichen Barrieren, äußerst schwierig sein.

Auch Halls Vorschlag, durch Wikieinträge Konfliktstrukturen aufzulösen, verkennt Realitäten in Konfliktgebieten. Faktoren wie Machtkonstellationen, Fraktionen und politische, ethnische oder ökonomische Interessen werden kaum berücksichtigt. Anders verhält es sich hingegen bei Briony Jones, die in ihrem Essay „Ensuring a Political Space for Conflict by Applying Chantal Mouffe to Post-War Reconstruction and Development“ einen sehr akkuraten Überblick über Post-Konflikt-Situationen und die entsprechende Literatur gibt, den mouffschen Ansatz allerdings sehr eigenwillig interpretiert, indem sie immer wieder die Notwendigkeit des Konfliktes betont, zugleich aber außer Acht lässt, dass dieser in Post-Konflikt-Gesellschaften bereits einen determinierenden Platz

einnimmt. Gleichzeitig erklärt sie nicht, wie antagonistische Formen des Politischen transformiert werden können. Vielmehr begnügt sie sich mit der theoretischen Forderung, Konflikte als für das Politische konstitutiv zu begreifen (Jones 2014: 255-257).

„In contrast to consociational democracy based on elite consensus, and deliberative democracy based on rational deliberation, agonistic pluralism sees the potentially positive aspects of certain forms of political conflict. It is based on a deep respect and concern for the other, and questions the assumptions and ideals of harmony and consensus seeking. According to Mouffe, the stuff of democratic politics is conflict with a respectful, and respected, other“ (Jones 2014: 253).

Zudem verkennt Jones hier die Grundbedingungen agonaler Konfliktaustragung, nämlich, dass diese immer mit Akten hegemonialer Ausschließung und vorhergehenden Machtkämpfen verbunden sind und jederzeit wieder antagonistisch eskalieren können. Ebenso greift die Annahme, agonale Konfliktaustragung zeichne sich durch ein respektvolles Miteinander aus, zu kurz.⁴³

Ein weiterer Ansatz, der die Notwendigkeit von Konflikten für das Politische diskutiert, findet sich bei Doyle und Meirovich, die untersuchen, inwieweit hegemoniale Auseinandersetzungen und gesellschaftliche Ungleichheit soziale Bewegungen und politische Gruppierungen in Lateinamerika beeinflussen und so zu revolutionären Momenten beitragen können (Doyle/Meirovich 2013: 68-69). Ihr Hinweis auf das mouffsche Verständnis von Staatsbürgerschaft, nämlich als Identifikationsmoment politischer Gruppierungen im Kampf um Demokratisierung, gibt wertvolle Hinweise auf demokratische Ausgestaltungsformen agonaler Demokratietheorie (Doyle/Meirovich 2013: 63). Es bleibt aber unklar, wie agonale Konfliktaustragungsformen in der Praxis zu verstehen sind. Ebenso verhält es sich bei Jones, die in ihrem Essay zu dem Ergebnis kommt, dass Konflikte notwendig seien, ohne dabei auf konkrete Formen der Ausgestaltung einzugehen (Jones 2014). Eine legitime und notwendige Forderung, die aber nicht die Problematik reflektiert, die sich aus einer solchen Anwendung ergibt. Auch bleibt die Frage unbeantwortet, was empirisch unter agonalen Formen der Konfliktaustragung zu verstehen ist. Zugleich fehlt eine intensive Auseinandersetzung

⁴³ Agonale Konfliktaustragung ist eben genau nicht durch ein konsensuales Miteinander bestimmt; vielmehr charakterisiert sich agonale Konfliktaustragung durch die Durchsetzung hegemonialer Deutungsdiskurse. Einigkeit muss lediglich in der Art der Durchsetzung und der Legitimität bestimmter Forderungen bestehen, die aber wiederum auch Debatte des Diskurses sind (Mouffe 2007: 156-160).

mit den Gegebenheiten vor Ort, so dass die Frage der Umsetzbarkeit und Nachvollziehbarkeit letztlich offen bleibt.

Eine Ausnahme bildet hier Schaap, der, indem er die Positionen mehrerer politischer Theoretiker aus dem deliberativen und dem agonistischen Spektrum kontrastiert, kritisch reflektiert, welche Stärken und Schwächen das mouffsche Konzept hat, um dieses dann im Kontext „gespaltener Gesellschaften“ weiter auszudifferenzieren. Dabei spricht er sowohl kurz die Umsetzung agonistischer Prozesse in Institutionen, z.B. Wahrheitskommissionen (Schaap 2006: 255-256), als auch die Frage nach legitimen und illegitimen Forderungen innerhalb des Post-Konflikt-Kontextes an (Schaap 2006: 268-271). Zudem arbeitet er heraus, welche Konsequenzen die Förderung identitärer Positionen auf den „reconciliation“-Prozess haben könnte (Schaap 2006: 269-271). Auch Schaap erwähnt empirische Beispiele nur am Rande. Die Erkenntnis, dass Konflikte der Gesellschaft inhärent sind, dass antagonistische Austragungsmodi sich wandeln oder Konflikte eskalieren können, und die daran anknüpfende Forderung, dies im Politischen zu berücksichtigen, sind per se allerdings nicht neu, aber für die Diskussion essentiell. Zwar bietet die Gegenüberstellung deliberativer und agonistischer Ansätze einen guten Überblick über das Forschungsfeld sowie über einzelne Stärken und Schwächen der Ansätze, ist aber für die Frage nach der methodischen Ausgestaltung der Analyse nur bedingt relevant. Für die Diskussion des einenden Moments hingegen liefert Schaap einen interessanten Ansatz.

„Agonistic democracy provides a valuable framework in terms of which to conceptualize political reconciliation precisely because it distinguishes between polity/the political (the ‚we‘ that provides the background against which social conflict becomes meaningful) and ordinary politics (the conflicting values and interests that are the basis of public disagreement and conflict). When understood in these terms political reconciliation is predicated on an awareness of the fragility of polity: whereas anticipation of the utopian Arendtian moment of the political establishes a space for a reconciliatory politics that does not over-determine the terms in which it might be enacted, anticipation of the realist Schmittian moment draws attention to the risk of politics (the fact that conflict may turn out to be irreconcilable) and so keeps us attuned to what is politically at stake in the representation of conflict and, hence, to the ongoing contestability of the identity of a *demos*, which is always not yet“ (Hervorheb. i. O., Schaap 2006: 272).

Schaap argumentiert hier in Anlehnung an Hannah Arendt und Chantal Mouffe, die beide in ihren Werken zwischen dem Politischen und der Politik unterscheiden. Allerdings spricht Mouffe sich gegen Arendts politisches Verständnis aus, die „das

Politische als Ort der Freiheit und öffentlicher Diskussion“ verstehe (Mouffe 2007: 16), vielmehr begreift Mouffe das Politische als auf ontologischer Ebene konflikthaft (Mouffe 2007: 15-16). Während der politische Alltag von Macht- und Verteilungskämpfen geprägt sei, so Schaap, und Antagonismen immer wieder aufbrechen lasse, kann das Politische bei Arendt doch als die Utopie eines Momentes begriffen werden, der die Gesellschaft eint und zusammenhält (Schaap 2006: 272). Dies verdeutlicht das Potential des Politischen, das einende Elemente hervorbringen kann und dessen empirischer Anknüpfungspunkt möglicherweise gemeinschaftliche Interessen oder ein „Wir“-Gefühl sind (Schaap 2006: 272).⁴⁴ In der empirischen Umsetzung ergibt sich hieraus die Frage, welche sozialen und politischen Momente des „Wir“ es geben kann, um die Konfliktlinien kurzzeitig zu durchbrechen oder eine größere Vision des Politischen zu erkennen. Diese „Utopie“ kann möglicherweise jenseits eines demokratischen Konsenses auf gesellschaftlicher, nicht staatlicher Ebene zu finden sein (Schaap 2006: 272), was es im empirischen Teil zu analysieren gilt.

Einen interessanteren Ansatz zur Integration von agonalen Momenten in Transitional Justice-Prozessen, basierend auf der standardisierten Analyse einer Untersuchung von Friedensabkommen, liefern Murphy and Walsh (2022). Sie untersuchen anhand der Parameter: „No Consensus“, „Spaces for Agonistic Encounters“, „Multiple Narratives“, „Intersectionality“ und „Institutionalisation of Dissent“, inwiefern den einzelnen Gruppierungen Möglichkeiten zu agonaler Austragung gegeben werden (Murphy/Walsh 2022: 1386-1389). Strömbom und Bramsen (2022) diskutieren in ihrem Einführungsartikel „Agonistic Peace: Advancing Knowledge on Institutional Dynamics and Relational Transformation“ des gleichnamigen Zeitschriftensonderbandes die acht verschiedenen Topoi, mit denen sich die „Agonistic Peace“-Forschung auseinandersetzt: „Institutional Dynamics“, verstanden als die Einrichtung und Ausgestaltung von Institutionen und Räumen von gewaltfreier Konfliktaustragung; „Inclusion“, also die Prinzipien, die die Teilhabe und Interaktion verschiedener konfligierender Parteien in Friedensprozessen ermöglichen, ohne, dass sich Parteien unverstanden oder vereinnahmt fühlen; „Dialogue“, verstanden als die Lenkung von Konflikten in agonistische Dialoge, die je nach Ansatz entweder zur intensiven Konfliktaustragung auf

⁴⁴ Arendt lehnt sich in ihrer Konzeption des Politischen stark an die aristotelische Dreiteilung innerhalb der Polis an (2007: 33-98).

verbaler Ebene oder zum besseren Verständnis des Gegenübers, zur Auflösung von Konfliktdyaden oder im Fall des „Agonistic Listening“ zur Integration emotionaler und genderspezifischer Aspekte beitragen können. Der Punkt „Counter-hegemony“ befasst sich mit der Frage, wie sich Widerstand gegen hegemoniale Praktiken und entsprechende Diskurse konstituiert und welchen Raum diese einnehmen können. „Relational Transformation“ hingegen bezieht sich auf den Wandel der Identitätsperzeption des Gegenübers. Hierfür, so Strömbom und Bramsen, seien insbesondere drei Aspekte notwendig: „Identity“, also die Frage, welche Rolle Identitäten im Friedensprozess spielen und welche Räume geschaffen werden, um diese zu hinterfragen und zu diskutieren, wie etwa Wahrheitskommissionen oder andere Transitional Justice-Maßnahmen; „Recognition“, also die Anerkennung verschiedener Narrative durch die einzelnen Konfliktgruppen; und schließlich „Reconciliation“, verstanden als den Wandel von Feinden hin zu politischen Gegnern und damit einhergehende Implikationen (Strömbom/Bramsen 2022: 1241-1246). Obwohl diese knappen Betrachtungen zu den aufgeführten acht Punkten sehr wertvolle Hinweise hinsichtlich der „Agonistic Peace“-Debatte geben, erfolgen die Betrachtungen aber eher aus der normativen Frage heraus, „how peace could be generated, as a constructive response to many years of criticism of the theory and practices of liberal peacebuilding“ (Strömbom/Bramsen 2022: 1246), und sie zeigen auf, welche Parameter hierfür vorhanden sein sollten.

Auf ein besonders schwieriges und wichtiges Moment des agonalen Wandels, das sich auch in der empirischen Analyse des kambodschanischen Konfliktkontextes zeigt, nämlich das Problem der „ontologischen Unsicherheit“, weisen Rumelili und Strömbom (2022) hin und erörtern die sich daraus ergebenden Implikationen für den Friedensprozess anhand israelisch-palästinensischer und griechisch-türkischer Beziehungen und die möglichen Lösungsansätze für jenes Problem, nämlich „Non-finalism“ als Akzeptanz verschiedener sich ständig transformierender Narrative of „Self and Other“, „Pluralist Multilogue“ als aktive Förderung der Anerkennung verschiedener Formen des Identitätspluralismus im Friedensprozess und „Disaggregation“, verstanden als agonale Anerkennung der Identitätskonstruktion des Gegenübers, ohne dessen Differenz zu dekonstruieren (Rumelili/Strömbom 2022: 1365-1367).

„[...] narratives of recognition of the Other introduced in peace processes potentially trigger ontological insecurity and dissonance by challenging key aspects of self-narratives of conflict parties. Ontological insecurity and dissonance, in turn, may drive identity backlash in the form of a return towards established antagonistic identity narratives“ (Rumelili/Strömbom 2022: 1362).

Eine Anwendung des empirischen Kontextes findet sich bei einer dritten Gruppe von Autoren, die einzelne Phänomene herausgreifen und auf theoretischer Grundlage analysieren und die Teile des mouffschen Ansatzes systematisch auf ein empirisches Untersuchungsfeld anwenden. Ein prominentes Beispiel liefern hier Spencer und Renner (2013), die in ihrem Aufsatz „De-antagonising the Other: Changing Constructions of the Taliban and the Possibility of Reconciliation“ einen wichtigen Anknüpfungspunkt aufzeigen. Sie untersuchen anhand von Sprechakttheorie, inwieweit die Kopplung von Sprache und Feindbildkonstruktionen eine Zusammenarbeit zwischen Taliban, Al Quaida und internationalen Kräften zunächst unmöglich macht, wie diese sich aber bezüglich der Taliban dann langsam wandelt. Der Fokus der Arbeit liegt dabei eher auf der laclauschen und mouffschen Diskurstheorie und Wirklichkeitskonstruktion durch Sprache. Aber auch sie zeigen nicht explizit auf, warum sich diese Identitätszuschreibungen ändern und welche Charakteristika für Post-Konflikt-Gesellschaften besonders sind, liefern aber wichtige Hinweise für die Bedeutung von Sprache im politischen Prozess. Vielmehr betrachten sie die Wahrnehmung der Taliban durch internationale Kräfte, also internationale Konfliktlinien.

Ein anderer Anwendungsschwerpunkt der mouffschen Theorie, der sich auf ethnisch und religiös gesplante Gesellschaften und damit auf genuin identitäre Konflikte bezieht, findet sich bei John Nagle in „From The Politics of Antagonistic Recognition to Agonistic Peace Building: An Exploration of Symbols and Rituals in Divided Societies“. Er untersucht den Einfluss von Symbolen und Ritualen auf „divided societies“ anhand des Nordirlandkonfliktes (Nagle 2014: 484). Dabei diskutiert er den theoretischen Hintergrund allerdings nur insoweit, als dass er die Notwendigkeit von Emotionen im Konflikt kurz betont, ohne dies weiter zu hinterfragen oder zu differenzieren. Erst im letzten Abschnitt liefert er eine kurze Zusammenfassung der mouffschen Theorie (Nagle 2014: 484-487), die er benutzt, um seine eigenen Ideen zur Konfliktaustragung zu untermauern. Er betont, wie wichtig es sei, Konflikte in positive soziale Bahnen zu lenken (Nagle 2014: 487). Gleichzeitig aber verdeutlicht er die Bedeutung, die Symbole für den

Konfliktverlauf haben können. Dies ist relevant für die empirische Ausgestaltung der Untersuchung, da Symbole einen hohen Stellenwert im politischen Prozess haben – wie gerade die Diskussion um die vietnamesisch-kambodschanische Grenze in Kambodscha zeigt – und sowohl einigend als auch spaltend wirken können. Auch Isabel Bramsen beschäftigt sich mit dem Nordirlandkonflikt und mit „agonaler Dialog- und Verhaltenskultur“ in der Auftaktsitzung der nordirischen Nationalversammlung nach dreijähriger Pause. Diese untersucht sie anhand der Parameter: „Mode of Interaction“, „Dissensus“, „Hegemony und Counter-hegemony“ und „Identity“ (Bramsen 2022: 1330-1337). Obwohl diese Parameter für ein singuläres Ereignis sehr gut gewählt sind, vernachlässigen sie die temporäre Dimension eines Wandels von Konfliktaustragungsmodi und sind auch schwer auf nicht institutionalisierte Settings zu übertragen, bei denen per se kein Verständnis über einen „demokratischen Minimalkonsens“, also die Bereitschaft, Konflikte in den dafür vorhergesehen Institutionen auszutragen, vorhanden ist. Gleichzeitig betont sie die Grenzen der theoretischen Idee des „Antagonistic dialogue“ (Maddison 2015; Maddison/Diprose 2018; Strömbom 2020), der einen institutionalisierten streitbaren Austausch im Sinne Mouffes vorschlägt.

„[...] the interaction in the Assembly is [being] far from as vibrant, pluralistic, and intense as Mouffe’s vision of agonism. Contestation about past atrocities and the future status of Northern Ireland are set aside in the name of seeking ‚common ground‘ on everyday political issues [...]“ (eigene Einfügung, Bramsen 2022: 1337).

Dies verdeutlicht einmal mehr die Notwendigkeit, den mouffschen Ansatz „andersherum“ zu denken, nämlich nicht Platz für antagonistische Austragungen zu schaffen, sondern vielmehr Identitätszuschreibungen von antagonistischen zu agonalen zu wandeln, was durch eine Transformation auf sachbezogene Inhalte geschehen kann (Werron 2010).

Einen anderen Untersuchungsschwerpunkt legen Aggestam, Cristiano & Strömbom in „Towards Agonistic Peacebuilding? Exploring the Antagonism-Agonism Nexus in the Middle East Peace Process“ vor: Die Autoren zeigen anhand des Friedensprozesses im Mittleren Osten die Notwendigkeit auf, Friedensprozesse neu zu denken und Konflikte neu zu bewerten:

„This article seeks to critically assess contemporary practices of building peace and to suggest new ways of rethinking peacebuilding theory and practice [...]. We do not strive to prescribe a specific set of politics to be implemented, nor to advance democratic theory *per se*, but rather to account for alternative ways to analyse and understand peace politics and peacebuilding“ (Hervorheb. i. O., Aggestam/Cristiano/Strömbom 2015: 1737).

Nicht nur diskutieren sie die Theorie prägnant und schlüssig, sondern zeigen auch auf, inwiefern ein solches Verständnis von Konflikten dem Friedensprozess helfen könnte.

„Envisioning agonistic peacebuilding is not about moving beyond specific or obsolete politics and institutions, but rather a way of understanding how these institutions might function differently by allowing for intrinsic conflicts to exist non-violently“ (Aggestam/Cristiano/Strömbom 2015: 1739).

Auch wenn die Legitimität dieser Forderung unbestritten ist und die Autoren argumentieren, dass es eben nicht ihr Ziel sei, entsprechende Ratschläge zu geben, bleibt die Frage nach der Umsetzung bestehen. Die Autoren sprechen sich dafür aus, Akteurshandlungen von räumlichen oder zeitlichen Überlegungen des „critical“ Peacebuilding wie „everyday“, „local“, „local-local“ zu trennen, da dies zu einer singulären Betrachtung einzelner Akteure führen würde, wie es auch im „liberalen“ Peacebuilding-Diskurs der Fall ist (Aggestam/Cristiano/Strömbom 2015: 1739). Dennoch ist aber auch diese Herangehensweise für die methodische Ausgestaltung nur bedingt nützlich, weil die Autoren zwar erklären, Konflikte würden anhand bestimmter Konfliktachsen geführt, aber doch immer wieder die Notwendigkeit von Institutionen und Regelungsmechanismen, die eine breite Partizipation ermöglichen, für den Friedensprozess betonen (Aggestam/Cristiano/Strömbom 2015: 1740). Erstens konstituieren sich sowohl Identitäten als auch hegemoniale Diskurse über Akte der Abgrenzung und Ausschließung (Mouffe 2007: 8-14, 19), was eine Partizipation aller Konfliktparteien sehr schwierig macht, zweitens rekurrieren auch hier die Autoren auf ein liberales Demokratieverständnis, das breite Partizipation, Institutionalisierung und nicht zuletzt gesellschaftlichen Konsens über jene Austragungsform sowie damit einhergehende Machtverschiebungen impliziert (Aggestam/Cristiano/Strömbom 2015: 1738-1740). „Thus, peacebuilding and relationships within society must take place within certain institutional boundaries according to principles of inclusiveness, equality and the rule of law“ (Aggestam/Cristiano/Strömbom 2015: 1742). In Post-Konflikt-Gesellschaften ist dieser Konsens über Institutionen, innerhalb derer eben jene Diskurse

geführt werden könnten, häufig nicht vorhanden, insbesondere wenn es sich um Staaten handelt, die nach anderen Gesetzmäßigkeiten aufgebaut sind, als dies bei liberalen Demokratien der Fall ist, und anderen Herrschaftslogiken folgen. Auch ist die Bewertung des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses und die Frage, inwieweit Möglichkeiten agonistischen Dialoges durch NGOs beeinflusst werden (Aggestam/Cristiano/Strömbom 2015: 1745, 1747-1748), nur bedingt von Nutzen, sind doch im kambodschanischen Konfliktkontext andere Voraussetzungen gegeben, als dies im Israel-Palästina Konflikt der Fall ist. Allerdings spielen NGOs auch in Kambodscha eine große Rolle, die Art des Einflusses ist aber eine andere, da NGOs nicht an ethnischen Konfliktlinien ausgerichtet sind. In eine ähnliche Richtung geht das von Marko Lehti vorgestellte Conference Paper „From Antagonism to Agonistic Peace: Rethinking Identities and Dialogic Transformation“, in dem der Autor die Wichtigkeit des agonalen Friedensansatzes und damit die Notwendigkeit, Konflikt und Identität anders zu fassen und Identitäten als den Konflikten unterliegenden Grund zu begreifen, betont (Lehti 2016). Sein Kernargument lautet: „[...] the major obstacle to conflict transformation is not antagonism as such, but *antagonism without dialogue*“ (Hervorheb. i. O., Lehti 2016: 17). Aber auch er liefert keinen praktischen Ansatz, wie zugleich Konfliktrealitäten berücksichtigt und die Forderung nach Dialogen umgesetzt werden könnten. Ayşe Çelik (2021) diskutiert in ihrem Aufsatz „Agonistic Peace and Confronting the Past: An Analysis of a Failed Peace Process and the Role of Narratives“ den Friedensprozess in der Türkei. Sie betont ebenfalls, rekurrierend auf Maddison (2015) und Maddison/Diprose (2018), die Notwendigkeit des Dialoges. Kritisch zu hinterfragen ist an dieser Stelle auch, inwiefern eine Konfliktaustragung, innerhalb derer es zu Dialogen kommt, Konfliktparteien sich also zusammensetzen und reden und nicht mehr Gewalt zur Durchsetzung ihrer Interessen nutzen, nicht bereits als agonal angesehen werden kann. Eine erste generalisierte Operationalisierungsidee für die Untersuchung, die sich nicht spezifisch auf einzelne Konfliktmomente bezieht, findet sich bei Strömbom. Sie entwirft in ihrem Essay „Exploring Analytical Avenues for Agonistic Peace“ ein Konzept zur empirischen Analyse des „Agonalen Friedens“ und betont dabei die Notwendigkeit, die beiden Forschungsstränge zu „institutioneller Inklusion“ und „Identitätswandel“ zu verknüpfen (Strömbom 2020: 948-949).

„The analytical framework carved out here thus distills two main lines of enquiry from the hitherto quite abstract literature on agonistic peace: the first is a focus on *identity change* in general and processes of recognition in particular, whereas the other emphasises *change in institutions*“ (Hervorheb. i. O., Strömbom 2020: 948).

Strömbom argumentiert, dass „processes of recognition“ und „change in institutions“ in der „Agonistic Peace“-Forschung bisher nicht zusammengebracht worden seien. Agonistische Austragungsformen sollten durch entsprechende Institutionen gelenkt werden (Strömbom 2020: 955). Sie schlägt dabei eine Drei-Ebenen-Analyse (Elite bzw. Staatsebene, Mid-Range, also NGOs und ethnische Gruppen, und „grass root“ level, also lokale Institutionen und Beziehungen) zur Untersuchung von „Agonistic Peace“ vor. Dabei unterscheidet sie zwischen „thin and thick recognition“. „Thin recognition“ beschreibt die formale Anerkennung des Gegenübers, während „thick recognition“ eine Anerkennung und tieferes emotionales Verständnis des Anderen voraussetzt (Strömbom 2020: 954). „Agonistic Peace“ auf verschiedenen Ebenen zu analysieren, ist sinnvoll, da die Konfliktaustragung hier stark variieren kann. Die Einbindung in politische Strukturen, wie Mouffe sie bereits fordert (Mouffe 2007: 30), ist auch für die Lenkung des Diskurses notwendig, aber sie ist zugleich das Kernproblem agonaler Konfliktaustragung in Post-Konflikt-Gesellschaften, in denen ein demokratischer „konfliktualer Konsens“ (Mouffe 2007: 158) häufig nicht vorhanden ist. Der Ansatz greift aber auch an anderen Punkten zu kurz: Zum einen unterscheidet er sich nur geringfügig von der Forderung des „liberal“ Peacebuilding, Institutionen zu stärken, zum anderen auch kaum von der Forderung des „critical“ Peacebuilding, Minderheiten zu integrieren. „This means aiming towards an inclusive society, in which all parties have the possibility to make their claims heard, and where all individuals feel that their interests are represented“ (Strömbom 2020: 955). Mouffe hingegen stellt klar heraus, dass Diskurse immer von „Akten der Ausschließung“ begleitet sind und sein müssen (Mouffe 2007: 19, 25-31; Laclau/Mouffe 2012: 175-177). Damit sind sie nie vollständig inklusiv und können folglich nicht alle Konfliktparteien und deren Ansprüche berücksichtigen. Strömbom schlägt weiterhin vor, Orte zu schaffen, an denen antagonistische Positionen im Dialog ausgesprochen werden können (Strömbom 2020: 961), verkennt aber, dass Antagonismus, gerade in einem Post-Konflikt-Kontext, auch mit identitärer Abwertung und dem Abbruch bzw. Wandel der Konfliktkommunikation einhergeht. Weiterhin kann

es sein, dass in Post-Konflikt-Gesellschaften, im kambodschanischen Kontext ist dies besonders gut zu beobachten, Institutionen nicht das eigentliche „Zentrum der Deutungsmacht“ bilden, vielmehr zeigen sich Parallelstrukturen zwischen Institutionen und dem eigentlichen Machtzentrum. Das Vorhandensein von „Agonistic Peace“ anhand der Kriterien Inklusion und Institutionalisierung zu bemessen, erscheint erst dann sinnvoll, wenn Institutionen bereits von den Konfliktparteien angenommen wurden und das tatsächliche Zentrum der Machtausübung sind, und auch erst, wenn schließlich Parteien zu konstruktiven Dialogen bereit sind, eine Agonalisierung des Konflikts also bereits stattgefunden hat. Strömbom verdeutlicht ihre Operationalisierungstheorie mit Hilfe der drei Konfliktbeispiele Bosnien-Herzegowina, Israel-Palästina und Nordirland. Hier handelt es sich um ethnische bzw. religiöse Konflikte, die anderen Konfliktlogiken folgen als politische oder ideologische Konflikte und in ein Setting einzuordnen sind, in dem demokratischen Institutionen eine andere Bedeutung zukommt als in Kambodscha (siehe Kapitel 4.3).

Die Auseinandersetzung mit der Literatur zeigt also folgendes Ergebnis: Der Teil der Forschung, der sich mit der grundsätzlichen Diskussion über die Anwendung der Theorie auf Strukturen des Globalen Südens beschäftigt, liefert wertvolle Hinweise bezüglich struktureller Merkmale, die eine solche Anwendung problematisch machen. Diese Merkmale sind im Verlauf der Arbeit zu diskutieren. Die zweite Gruppe von Autoren, die sich im Kreis des Peacebuilding-Diskurses verorten lassen, unterstreichen und begründen zwar die legitime Forderung, den mouffschen Ansatz auf Post-Konflikt-Situationen anzuwenden, tun dies aber im Kontext der Entwicklung eines tragbaren und dauerhaften Friedens. Die Lücken des mouffschen Ansatzes werden dabei häufig nicht hinreichend thematisiert. Es bleibt unklar, was unter agonaler Konfliktaustragung im Fall Kambodschas empirisch zu verstehen ist und wie diese sich gestalten könnte. Die Verknüpfung von Theorie und Empirie wird nur bedingt vorgenommen.

Die dritte Forschungsrichtung, die einzelne Momente des mouffschen Ansatzes auf bestimmte Konflikthaspekte anwendet und deren empirische Möglichkeiten aufzeigt, liefert erste Indizien dafür, in welchen Teilen der politischen Sphäre ein Wandel hin zu agonalen Formen der Konfliktaustragung zu finden sein könnte, sei es in Symbolen, Sprache, NGOs oder Institutionen. Eine erste Operationalisierung zur Untersuchung von „Agonistic Peace“ bietet spannende Hinweise, lässt aber wesentliche Probleme des

moufftschen Ansatzes unbeachtet. Auch liegt in keinem der vorgestellten Fälle der Schwerpunkt auf der Analyse eines kompletten gesellschaftlichen Wandels des Konfliktaustragungsmodus in einem Post-Konflikt-Staat, so dass sich auch hier eine Forschungslücke abzeichnet. Renner und Spencer diskutieren die diskursive Wahrnehmungsverschiebung internationaler Eliten bezüglich der Taliban, Nagle untersucht Symbole als Bedeutungsträger für gesplante Gesellschaften und Aggestam, Cristiano und Strömbom erörtern die Möglichkeiten zur Schaffung agonaler Kommunikation durch NGOs, hier allerdings bei einem ethnisch motivierten Konflikt, nämlich dem zwischen Israelis und Palästinensern.

Alle drei Forschungsrichtungen zeigen sowohl die Notwendigkeit auf, sich mit dem moufftschen Ansatz weiter auseinanderzusetzen und die skizzierten Forschungslücken zu schließen, als auch das vielfältige Anwendungspotenzial, das sich aus dem agonalen Demokratiekonzept ergibt. Vor allem die Peacebuilding-Forschung, die in den letzten Jahren mit konzeptionellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte – Debiel, Chandler, Held und Schneckener als die den Diskurs mitbestimmenden Wissenschaftler gehen sogar soweit, dem Peacebuilding eine Krise zu attestieren (z.B. Debiel/Held/Schneckener 2016; Chandler 2017), die dringend neuer Ideen und Lösungsansätze bedürfe –, kann von einer Vertiefung dieses Ansatzes profitieren. Eine umfassende Konzeptualisierung sowohl auf theoretischer als auch empirischer Ebene steht damit noch aus. Im Vordergrund muss hierbei die Frage stehen, was unter agonalen Formen der Konfliktaustragung überhaupt verstanden werden kann und wie diese sich in der Empirie abzeichnen. Antagonistische und agonale Formen der Konfliktaustragung sind in der Praxis nicht trennscharf zu unterscheiden und abzugrenzen, sie bilden sich in Post-Konflikt-Gesellschaften erst heraus. Auch liefert die Forschung bisher keine zufriedenstellende Antwort darauf, inwiefern das moufftsche Konzept dazu dienen kann, Konfliktstrukturen besser zu verstehen. Hierfür ist es allerdings unbedingt notwendig, wie die bereits getätigte Forschung zum Thema deutlich zeigt, herauszuarbeiten, welcher Systemlogik erstens Staaten mit anderen als liberal-demokratischen Herrschaftsformen folgen, um so den Ansatz entsprechend methodisch auszurichten, und zweitens was unter Post-Konflikt-Gesellschaften zu verstehen ist, da innerhalb dieser Konfliktkommunikation vielleicht anders verlaufen kann, als das in Staaten des Globalen Nordens der Fall ist. Auf Grundlage dieser Erkenntnisse wird dann schließlich

die Methode zur Anwendung auf einen empirischen Kontext vorgestellt werden, die, wie zu Beginn erörtert, Kambodscha als Gegenstand hat. Diese Auswahl erfolgt nicht zuletzt deshalb, weil Kambodscha trotz nicht primär ethnischen oder religiösen Ursachen auf eine mehr als 40-jährige Konfliktgeschichte zurückblicken kann, deren Auswirkungen bis heute sowohl in der Gesellschaft als auch in der Politik deutlich greifbar sind. Zunächst gilt es aber, die Charakteristika des kambodschanischen Staatssystems herauszustellen, um so Empirie und Theorie verknüpfen zu können.

4.5 Staat und Herrschaft im Globalen Süden

„Globaler Süden“ ist ein Begriff „to refer to economically disadvantaged nation-states and [is used] as a post-Cold War alternative to ‚Third World‘“ (eigene Einfügung, Mahler 2017). Gleichzeitig handelt es sich hier aber um keinen einheitlich definierten Begriff, da dieser sich aus verschiedenen Aspekten speist und mit leicht unterschiedlichen Konnotationen verwendet wird (Mahler 2017; Wolvers et al. 2015: 1-2; Amorim Jardim 2015; Haug/Braveboy-Wagner/Maihold 2021). Die verschiedenen Definitionen lassen sich allerdings insoweit auf einen Nenner bringen, als dass sich der Terminus „Globaler Süden“ auf eine Gruppe von Staaten bezieht, die international sowohl wirtschaftlich als auch politisch marginalisiert werden, über weniger monetäre Ressourcen verfügen als Staaten des „Globalen Nordens“ sowie großteils, aber nicht ausschließlich, in Regionen der südlichen Hemisphäre zu finden sind (Dados/Connell 2012: 12-13). Gleichzeitig beschreibt der Terminus „Globaler Süden“ aber auch deutlich besser als der Begriff „Dritte Welt“ oder „Entwicklungsländer“ die geopolitischen Implikationen von Macht und Herrschaft und den Einfluss hegemonialer dominanter Diskurse des „Globalen Nordens“ auf den Rest der Welt (Dados/Connell 2012: 12), deren Verbreitung bereits und insbesondere auf Kolonialisierungsprozesse zurückzuführen sind. Viele Länder des Globalen Südens waren Kolonien, die Auswirkungen der kolonialen Herrschaft sind bis heute häufig in Staatsaufbau, Gesellschaft und politischer Struktur spürbar. Vereinfacht dargestellt steht der „moderne Norden“ so dem „post-kolonialen Süden“ gegenüber.

„North-South terminology, then, like core-periphery, arose from an allegorical application of categories to name patterns of wealth, privilege, and development across broad regions. The term Global South functions as more than a metaphor for underdevelopment. It references an entire history of colonialism, neo-imperialism, and differential economic and social change through which large inequalities in living standards, life expectancy, and access to resources are maintained“ (Dados/Connell 2012: 13).

Dies ist nicht zuletzt auf Normendiffusion zurückzuführen, die durch kulturelle und assoziative Prozesse vorangetrieben wird. Wie Meyer et al. anführen, ist das Modell des Nationalstaates, das sich über Jahrhunderte im Westen herausgebildet und auch angepasst hat, als hegemoniale Vorstellung des sozialen Zusammenlebens zu sehen (Meyer et al. 1997: 158), das unabhängig von kulturellen oder sozialen Kontexten auch bei Staatsneugründungen standardisiert angewandt wird (Meyer et al. 1997: 153-154). „With the anticolonial and self-determination movements of the 20th century, all sorts of collectivities have learned to organize their claims around nation-state identity [...]“ (Meyer et al. 1997: 158). Trotz unterschiedlicher Gegebenheiten in den einzelnen Ländern werden Institutionen, Verfassungen, individuelle Rechte als auch staatliche Ordnungsinstanzen, normierte Schulsysteme, Umweltschutzmaßnahmen, Datensysteme, etc. eingeführt und global einheitlich angewandt, um nur einige der von Meyer et al. aufgeführten Punkte zu nennen (Meyer et al. 1997: 152-153).

„More than 130 new nation-state entities have formed since 1945. They consistently proclaim, both internally and externally, their conformity to worldwide models of national identity and state structure“ (Meyer et al. 1997: 158).

Es folgt eine Implementierung kultureller Normen und Vorstellungen von außen, die durch ein weltgesellschaftliches System transportiert werden (Meyer et al. 1997: 154). „Obviously, much of this reflects the main dimensions of world stratification – the poor and weak and peripheral copy the rich and strong and central“ (Meyer et al. 1997: 164). Gleichzeitig, und dies ist ein globales Phänomen, kommt es zu so genannten Decoupling Prozessen innerhalb der Staaten, das heißt, dass Staaten Regeln und Normen aufstellen, diese aber nicht in anwendbare Praktiken überführt werden, so dass sich zwischen normativem Anspruch und Wirklichkeit eine gewisse Diskrepanz ergibt.

„Decoupling is endemic because nation-states are modeled on an external culture that cannot simply be imported wholesale as a fully functioning system (Meyer and Rowan 1977; Riggs 1964). World culture contains a good many variants of the dominant models, which leads to the eclectic adoption of conflicting principles. Diffusion processes work at several levels and through a variety of linkages, yielding incoherence. Some external elements are easier to copy than others, and many external elements are inconsistent with local practices, requirements, and cost structures. Even more problematic, world cultural models are highly idealized and internally inconsistent [...]“ (Meyer et al. 1997: 154).

Die Problematik, die sich aus jenem „Export“ ergibt, ist nicht zuletzt in dem, wie oben angesprochen, inkonsistentem Wesen dieser Modelle, wenn nicht im „Sein“ des

Demokratischen selbst begründet. Demokratische Konzepte sind von Antinomien, wie denen von Freiheit und Gleichheit, Volkssouveränität und Repräsentation oder dem Gegensatz von Individuum und Kollektiv geprägt (Hidalgo 2014), die letztlich nie ganz gelöst werden können und immer hegemonialen Aushandlungsdiskursen unterliegen, die über Jahrhunderte ausdifferenziert wurden. Dies wiederum kann zu Spannungen zwischen lokalen Ausprägungen und Vorstellungen des Zusammenlebens und weltgesellschaftlichen Vorstellungen führen (Meyer et al. 1997: 173-175).

Auch Schlichte argumentiert in „Der Staat in der Weltgesellschaft“, Staaten würden unterschiedlichen Regelungsmechanismen von Herrschaft folgen, die sich aus individuellen gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen herausgebildet hätten und überhaupt nur im Kontext einer Einbettung in globale Strukturen umfassend verstanden werden könnten (Schlichte 2005: 111). Hierbei untersucht er insbesondere Herrschaftsformen, die sich in Asien, Afrika und Lateinamerika nach dem Ende der kolonialen Herrschaft entwickelt haben. Ausgangspunkt seiner Überlegungen allerdings ist die Frage nach Kriterien moderner Staatlichkeit, die sich mit der Entwicklung des westfälischen Staatensystems herauskristallisiert haben. Ebenso begreift er den Nationalstaat als determinierende Regelungseinheit des sozialen Zusammenlebens. Das Ideal des demokratisch-liberalen Staates ist dabei von einigen zentralen Begriffsvorstellungen geprägt, wie Schlichte argumentiert:

„Vier Vorstellungen prägen fortan das Ideal des Staates, das sich aus den Selbstbeschreibungen dieser politischen Herrschaft und den konkreten Erfahrungen ergibt. Der Staat als *Gewaltmonopolist*, als *überlegene Instanz*, der Staat als *räumliche politische Einheit* und der Staat als *Apparat* sind jene Merkmale, die sich im global verallgemeinerten Staatsideal wieder finden lassen“ (Hervorheb. i. O., Schlichte 2005: 94).

Diese konstituierenden Elemente moderner Staatlichkeit bedürfen im Kontext Kambodschas als postkolonialem Staat einer kritischen Diskussion. Es ist fraglich, ob sie in ihrer Gesamtheit überhaupt vollständig implementiert wurden. Die Stellung des Staates als Gewaltmonopolist, die mit einer Entpolitisierung der Sicherheitsagenturen (Schlichte 2005: 96) einhergeht, ist in Kambodscha nur bedingt gegeben. Die Judikative ist stark von politischen Interessen dominiert und gelenkt und wird auf staatlicher Ebene zur Durchsetzung parteilicher Interessen instrumentalisiert.⁴⁵ Auch die Vorstellung vom

⁴⁵ Ein Beispiel hierfür sind die zahlreichenden Klagen, mit denen politische Gegner überzogen werden und die häufig zu langen Gefängnisstrafen führen. Siehe insbesondere Kapitel 6 und 7.

Staat als überlegener Instanz, von Schlichte als Begriff für staatliche Souveränität verwendet, ist problematisch. Sie leitet sich, so der Autor, aus den Vorstellungen der bürgerlichen, marktwirtschaftlich-liberal geprägten Gesellschaft, nämlich der Zentralität von individuellem „Eigentum und Vertrag“ (Schlichte 2005: 97), her, und charakterisiert damit zugleich auch das Verhältnis zwischen Staat und Bürger. Der Staat steht so als Garant für ziviles Recht und für die Sicherung des persönlichen Besitzes (Schlichte 2005: 97-100).

„Überall vermengten sich Bruchstücke und Abwandlungen der Idee moderner Staatlichkeit mit den einzelnen Interessen der konkreten Personen, die staatliche Herrschaft gegen Widerstände durchzusetzen versuchen. Karriereabsichten, der Antriebe, militärisches Charisma zu erlangen, die Verbesserung der Ressourcenlage für den eigenen verwandtschaftlichen Verband oder das technokratische Ethos, als ‚Modernisierer‘ zur Verbesserung der Verhältnisse beizutragen, sind solche Motive, mit denen sich der allgemeine Glaube an die Idee der Staatlichkeit auch in Afrika, Asien und Lateinamerika verknüpft hat“ (Schlichte 2005: 128).

Das staatliche Machtmonopol wird nicht nur eng mit den Interessen einzelner Akteure verknüpft, es wird auch immer wieder von externen Akteuren bedroht. Die staatliche Souveränität wurde im Verlauf der kambodschanischen Geschichte, auch in der jüngeren Vergangenheit, immer wieder herausgefordert oder aus politischen Gründen, teilweise auch mit Zustimmung der Regierenden, missachtet. Sei es während des Vietnamkrieges, als die USA die territoriale Integrität Kambodschas missachteten und das Land großflächig bombardierten (Bultmann 2017: 49-69), oder nach dem Ende der Roten Khmer, als Kambodscha von Vietnam regiert wurde, nachdem Vietnam in Kambodscha einmarschiert war und eine Regierung errichtet hatte, oder während der Verhandlungen zum Friedensabkommen, das durch massiven externen Druck herbeigeführt wurde, oder durch die Fremdbestimmung der Regierungsgeschäfte während der UNTAC-Mission (Chandler 2008: 211-338; Whalan 2012; Bultmann 2017: 191-211). Bis heute ist der internationale Einfluss in Kambodscha sehr groß, der Staat von westlicher und chinesischer Einflussnahme stark geprägt und finanziell auch von diesen Akteuren abhängig. Innerstaatliche Verhaltensweisen und Konflikte führen zu internationalen Sanktionen, die vornehmlich liberal-demokratische Werte wie die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und politische Versammlungsfreiheit zur Grundlage haben. China hingegen fordert, obwohl Zuwendungen nicht an bestimmte Auflagen geknüpft sind, Loyalität, insbesondere bei

Fragen territorialer Grenzziehungen (z.B. im Südchinesischen Meer).⁴⁶ Auch hofft China, so seinen Einfluss in der Region auszubauen. Gegenwärtig sind in Kambodscha zudem mehrere tausend – Domashneva (The Diplomat 03.12.2013) spricht von 3500, die Phnom Penh Post (02.11.2017) von 5199 – Nichtregierungsorganisationen vertreten. An dieser Stelle wird bereits die Problematik deutlich, den dritten Aspekt globaler Staatlichkeit auf Kambodscha zu übertragen. Schlichte argumentiert, moderne Staaten würden als „geschlossene Gebiete, deren Grenzen eine Unterscheidung zwischen Intern und Extern bilden und damit politische Herrschaft voneinander trennen“, gedacht (Schlichte 2005: 98). Diese Annahme wird in Kambodscha, wie bereits zum Teil dargelegt, durch verschiedene Aspekte in Frage gestellt. Räumlichkeit spielt im kambodschanischen Staatsdiskurs eine umstrittene eigene Rolle (The Diplomat 07.10.2021). Bedingt durch die politische Geschichte des Landes verfügen weite Teile der Elite über doppelte Staatsbürgerschaften. Eskaliert der politische Konflikt in Kambodscha, gehen viele Oppositionspolitiker ins Ausland, um politischer Verfolgung oder Haftstrafen zu entgehen, und führen den Diskurs aus dem Exil heraus, was den Diskurs innerhalb des Landes wiederum sehr stark beeinflusst. Auch die kambodschanische Diaspora in den USA prägt den Diskurs maßgeblich mit. Politische Parteien bemühen sich in ganz besonderem Maße, diesen Personenkreis für sich zu gewinnen und ihre Netzwerke im Ausland aufzubauen (VOA 18.08.2016; Hintergrundgespräche Phnom Penh 2015). Die Frage nach souveräner Staatlichkeit bestimmt ebenfalls maßgeblich den politischen Diskurs. Tatsächlich entsteht häufig der Eindruck, der Wahlkampf würde mehr außerhalb als innerhalb des Landes geführt werden. Während die Opposition der Regierung vorwirft, sie würde das Staatsterritorium an Vietnam verkaufen (für eine detaillierte Analyse siehe Kapitel 7.3), bezichtigt die Regierung die Opposition des Hochverrates, weil sie eine „feindliche“ Übernahme durch westliche Mächte vorbereite (siehe Kapitel 6); ein wichtiger Teil des politischen Diskurses ist also bestimmt von der Frage nach territorialer Souveränität. Bonacker, der hierbei auf Hughes rekurriert, beschreibt diesen Einfluss sehr anschaulich:

⁴⁶ Zur ausführlichen Diskussion der Problematik des Südchinesischen Meers siehe Kapitel 7.4.

„Wer die Entwicklung Kambodschas in den letzten zwanzig Jahren verstehen möchte, der wird vor allem auch die Präsenz, Diskurse und Praktiken der internationalen Akteure in und rund um Kambodscha und die Interaktionen zwischen internationalen Akteuren, nationalen Eliten und der Zivilgesellschaft analysieren müssen (vgl. Hughes 2003: 85 ff.)“ (Bonacker 2010: 189-190).

Auch die Grenzen des eigentlich staatlichen Territoriums sind aufgrund der Kolonialgeschichte Kambodschas, Thailands, Vietnams und Laos nicht ganz eindeutig festzulegen. Sowohl mit Thailand als auch mit Vietnam und Laos – alle drei sind Nachbarn Kambodschas – gibt es Konflikte hinsichtlich der Grenzen. Der letzte Grenzkonflikt mit Thailand führte zu einer militärischen Auseinandersetzung beider Staaten im Nord-Osten des Landes an der bedeutenden Tempelanlage Preah Vihear, auf deren Besitz beide Länder Anspruch erhoben (siehe Kapitel 7.2). Die territoriale Frage konnte erst durch eine Entscheidung der UN geklärt werden. Die Grenzziehung zwischen Vietnam und Kambodscha ist ebenfalls sehr problematisch und nimmt einen prominenten Platz innerhalb der politischen Agenda ein. Aber nicht nur durch die Kolonialgeschichte Kambodschas, sondern auch durch den Bürgerkrieg selbst und die Konfliktsproblematik in Vietnam gab es immer wieder Grenzverschiebungen, Karten, die in zu großem Maßstab gezeichnet wurden oder solche, die verschwunden sind (z.B. Hoang 2007; The Phnom Penh Post 10.08.2015; VOA 07.11.2016).⁴⁷ Die Implikationen, die sich daraus für die kambodschanische Identität ergeben, werden noch eingehend besprochen werden. Es zeigt sich aber, dass die Forderung nach territorialer Integrität als Grundbedingung des modernen Staates bis heute nicht in Gänze erfüllt, sondern immer wieder Teil des politischen Diskurses ist.

„Die Geschichte des neuzeitlichen Staates, die Verstaatlichung der Gesellschaften, verdichtet Territorialität zu einer immer feiner differenzierteren [sic!] Ordnung in unterschiedliche Gebietskörperschaften und in eine immer genauere Erfassung des Raumes. Grundbücher und Kataster sichern Eigentumstitel und sind zugleich staatliches Wissen über den Raum, seine Nutzung und die ihn bevölkernden Menschen“ (Schlichte 2005: 100).

So ist der Aspekt der Ausprägung des territorialen Raumes im modernen Staat in Kambodscha ebenso wie in vielen anderen Teilen der Welt nicht gegeben. „Land Grabbing“ durch Politiker oder staatsnahe Firmen ist nach wie vor eines der größten Probleme der kambodschanischen Bevölkerung. Enteignungen, mangelnde

⁴⁷ Für eine genaue Darstellung der Grenzproblematik siehe auch Kapitel 7.3.

Kompensationen, Zerstörung von Lebensräumen und der Verkauf ganzer Gebiete an ausländische Investoren sind kein singuläres, sondern ein tiefverwurzeltes Problem (Oehm 2015; Loughlin/Milne 2020). Zu diesem Problemkomplex gehören ebenfalls die Abholzung des Regenwalds durch internationale Firmen und die konstante Einschüchterung, Bedrohung, Verhaftung oder physische Verfolgung jener Aktivisten, die sich für Landrechte oder gegen illegale Abholzungen einsetzen (Licadho 12.11.2021). Der Staat tritt hier nicht als Garant für die Sicherheit der Bürger auf, er fungiert nicht als überlegene Instanz und Regelungsinstrument, der die Einhaltung von Rechten und Verträgen garantiert (Schlichte 2005: 97).

Auch die vierte Vorstellung von moderner Staatlichkeit ist im kambodschanischen Kontext problematisch: Die Vorstellung vom Staat als Apparat, der regelgeleitet agiert und gewisse soziale Aufgaben erfüllen muss, z.B. als Sicherungssystem oder Medium für den sozialen Aufstieg, ist auf Kambodscha nur bedingt anzuwenden (Schlichte 2005: 100).

„Das Ideal des Staates verdankt seine Verbreitung also nicht einer abstrakten geistigen Bewegung, sondern es ist in Europa durch Erfahrungen und Lebenslagen tief in den sozialen Habitus der Beherrschten wie der Herrschergruppen eingesenkt. Vorstellungen über den Charakter politischer Herrschaft sind nicht kontingent, sondern in der Entwicklung der Vorstellungen von Staatlichkeit überlagern sich hergebrachte Vorstellungen aus anderen Zusammenhängen mit Ideen und symbolischen Formen, die aus neuen sozialen Konstellationen und Konflikten herrühren“ (Schlichte 2005: 101).

An dieser Stelle ergibt sich zunächst ein vermeintlicher Widerspruch zu dem von Laclau und Mouffe aufgestellten Paradigma der Kontingenz des Politischen, die sich aus der Ausbreitung hegemonialer Deutungsdiskurse ergibt (Laclau/Mouffe 2012: 24, 177). In weiterer Konsequenz aber untermauern die Implikationen Schlichtes das laclausche und mouffsche Theorem. Beide Autoren postulieren zwar das kontingente Element des Politischen, diskutieren aber nur bedingt, wie ein solcher Wandel vonstattengehen könne. Schlichte knüpft hier das dringend benötigte Band zwischen Identitätskonstruktion, Konfliktaustragung und jenen Einflussfaktoren, die diese beiden Faktoren determinieren. Insbesondere in Kambodscha spielen Symbole als Zeichen des politischen Diskurses, die verschiedene Ideen und deren gesellschaftliche Ausprägungen verdeutlichen, eine starke Rolle. Der Autor unterstreicht damit nochmals die Unterschiede zwischen Staaten des Globalen Nordens und solchen des Globalen Südens.

Auf Grund von divergierenden geschichtlichen Entwicklungen und abweichenden Vorstellungen von Herrschaft unterscheiden sich auch die Formen von Staatlichkeit, so dass „das Ideal moderner Staatlichkeit trotz seiner Verbreitung und seiner Geltungsansprüche in scharfem Kontrast zu sozialen Praktiken, die anderen Normen gehorchen und anderen Loyalitäten folgen“, stehen (Schlichte 2005: 101). Auch in Kambodscha ist ein Nebeneinander verschiedener Strukturen zu beobachten, die einerseits den modernen Staat, andererseits aber auch tradierte Herrschafts- und Machtbeziehungen widerspiegeln, die parallel zueinander existieren und bereits vor der Kolonialisierung, verstanden als aufgezwungene Modernisierung, existierten (Schlichte 2005: 115-116).

Schlichte unterscheidet hier zwischen drei Staatstypen, die sich aus dem postkolonialistischen Staat entwickelt haben: dem „großen Entwicklungsstaat“, der sich durch eine fortschreitende Institutionalisierung des Staates auszeichnet, dem „neopatrimonialen Staat“, in dem der Staat gleichsam Eigentum des Herrschenden geworden ist, und dem „peripheren sozialistischen Staat“, der vor allem durch die Parallelität verschiedener Institutionen gekennzeichnet ist (Schlichte 2005: 123-125). Kambodscha weist sowohl Züge der zweiten als auch der dritten Kategorie auf. Dies mag wohl auch den Umstand erklären, wieso die Ergebnisse des seit fast 30 Jahren anhaltenden Peacebuilding-Prozesses trotz massiver finanzieller, logistischer und personeller Unterstützung aus demokratischer Perspektive betrachtet mehr als zwiespältig bzw. fragwürdig sind (St John 2005; Morgenbesser 2019). Vor allem der zweite Staatstypus des „neopatrimonialen Staates“ (Schlichte 2005: 124) ist für Kambodscha bedeutend:

„Auch bei diesem Typ ist der öffentliche Sektor von großer ökonomischer Bedeutung. Nur ist hier alles dem Präsidenten untergeordnet. Der nachkoloniale Staat ist zum Patrimonium seines Inhabers geworden. Der Präsident macht keinen Unterschied zwischen seinem Privatkonto und dem Staatshaushalt, er entscheidet über die großen öffentlichen Investitionen, und – typisch für diese Staatsform – auch über die geringsten Details. Politik wird über klientelistische Netzwerke betrieben, und die Hauptaufgabe des Präsidenten besteht darin, den Ressourcenfluss des Staates so zu lenken, dass er die konkurrierenden Netzwerke ausbalancieren kann“ (Schlichte 2005: 124).

Der Einfluss wirtschaftlicher Komponenten, deren Wichtigkeit Schlichte für neopatrimoniale Staaten generell konstatiert und unterstreicht (Schlichte 2005: 124), ist gerade in Kambodscha, das sich durch ein starkes soziales und ökonomisches

Ungleichgewicht auszeichnet, nicht zu unterschätzen, da diese Komponenten hegemoniale Deutungsdiskurse wesentlich beeinflussen oder sogar determinieren können, wie sich in der folgenden Analyse noch zeigen wird. Obwohl Kambodscha über keinen Präsidenten, sondern über einen Premierminister verfügt, sind die genannten Kriterien mit Abstrichen zutreffend. Einhergehend mit der eher geringen Reflexion über Strukturen des Globalen Südens, die bei der Anwendung des agonalen Peacebuilding in der Friedens- und Konfliktforschung vorherrscht (siehe Kapitel 4.2 und 4.3), wird die Bedeutung des Staates unterschätzt, der eine andere, eine omnipotente Position einnehmen kann. Sei es bei der Verteilung von Hilfsgütern, der Elitenreproduktion, der Ausgestaltung des bürokratischen Apparates oder der Division von „foreign direct investment“. Vor allem in Kambodscha ist dabei die Trennung von Staat und Regierungspartei in weiten Teilen nicht gegeben, was Schlichte schon als Merkmal des neopatrimonialen Staates versteht (Schlichte 2005: 124).

Die Anwendung des mouffschen Konzepts auf Länder mit nicht liberal-demokratisch geprägten Herrschaftsformen wirft also, wie bereits Kapoor thematisiert hat und Schlichte verdeutlicht, einige Fragen auf. Eine Vergleichbarkeit mit konsolidierten Demokratien ist problematisch, weil staatliche Strukturen anderen Systemlogiken folgen bzw. die Voraussetzungen moderner Staatlichkeit nicht oder nur eingeschränkt erfüllen. Unterschiede werden sowohl in politischen und sozialen als auch in wirtschaftlichen Bereichen deutlich. Andererseits aber können Staaten des Globalen Südens nicht arbiträr miteinander verglichen werden. Wie Schlichte aufzeigt, sollen diese wiederum in verschiedene Subtypen unterteilt werden, denen unterschiedliche Systemlogiken zu Grunde liegen (Schlichte 2005: 111-125). Vergleiche zwischen verschiedenen Staaten des Globalen Südens, wie sie häufig in politikwissenschaftlich-komparatistischen Arbeiten oder Werken der Friedens- und Konfliktforschung zu finden sind, können geschichtliche Prozesse und kulturelle Eigenheiten nur bedingt berücksichtigen, und Konfliktverlauf oder Konfliktstrukturen werden häufig nur schematisch betrachtet. Abgesehen von den bereits aufgeführten Kriterien, lassen sich auch im politischen und sozialen Spektrum Strukturen beobachten, die Länder des Globalen Südens von solchen des Globalen Nordens unterscheiden. In den Ländern mit niedrigem Human Development Index – ein Maßindex, welcher neben dem Bruttonationaleinkommen auch Lebenserwartung und Schulbildung berücksichtigt –

sind auf sozialer Ebene neben besonders hohen Analphabetismus-Raten, Geschlechterungleichheit und schlechter gesundheitlicher Versorgung auch andere Strukturen des sozialen Zusammenlebens zu verzeichnen. Die Stellung der Familie bzw. der Großfamilie oder die von größeren Sippen, Clans oder des Dorfverbandes ist auch wegen der mangelnden wirtschaftlichen Versorgung durch den Staat oftmals von ungleich größerer Bedeutung, als dies in westlichen Ländern der Fall ist. In ländlichen Gebieten Kambodschas kommt beispielsweise dem Dorfvorsteher eine sehr große Bedeutung zu. Er regelt die Angelegenheiten des Dorfes, schlichtet soziale und familiäre Probleme, sorgt für den Zusammenhalt innerhalb der Gemeinschaft, ist aber zugleich auch politisches Kontrollorgan (Hintergrundgespräche in Phnom Penh 2015). Er stellt die unmittelbare Verbindung zwischen Partei und Dorf dar. Durch die zunehmende Industrialisierung Kambodschas beginnen sich diese Strukturen langsam aufzulösen. Es entsteht eine Parallelität zwischen traditionellen und modernen Strukturen, die häufig miteinander in Konflikt geraten und deren Spannungsverhältnis nicht gelöst werden kann (siehe insbesondere Kapitel 8). Dennoch bleibt die Großfamilie zentraler Referenzpunkt des sozialen Lebens, was sich unmittelbar auf das Verhalten der einzelnen Personen sowohl im wirtschaftlichen als auch im politischen Sektor auswirkt. So gibt es in Kambodscha nur für einen sehr kleinen Personenkreis eine Rentenversorgung. Meist muss die jüngere Generation die ältere finanziell versorgen und für deren Lebensunterhalt aufkommen. In Kambodscha waren 2012 noch fast 70% der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig (FAO 2014). Das sind nur einige der Faktoren, die Staaten des Globalen Nordens von solchen des Globalen Südens unterscheiden können. Hinzu kommt, dass Kambodscha von einem mehrere Jahrzehnte anhaltenden Konflikt geprägt ist und sich in einer Post-Konflikt-Situation befindet, die sowohl in der Bevölkerung als auch in der Politik bis heute deutlich spürbar ist. Ein Umstand, der den Staat Kambodscha ebenfalls von konsolidierten Demokratien unterscheidet und sich besonders auf Konfliktlogiken und Identitätszuschreibungen auswirkt.

Zur Diskussion darüber, wie eine solche Situation von einem agonalen Konfliktverständnis profitieren kann, ist es notwendig, den Post-Konflikt-Kontext näher zu definieren. Zentrale Frage ist es, welche Implikationen sich aus jenem Zustand für die Anwendung des mouffschen Konzepts ergeben, um hieraus in der Methodendiskussion

abzuleiten, wie sich Räume des Agonalen in einer von Konflikt und Antagonismen geprägten Gesellschaft überhaupt zeigen und welche sozialen, gesellschaftlichen oder politischen Momente als agonal verstanden werden können. Trotz all dieser Konfliktpunkte und Dynamiken darf man aber nicht vergessen, die politischen Geschehnisse in Kambodscha im kulturellen und regionalen Kontext zu sehen. Im Vergleich zu seinen Nachbarstaaten ist die politische Entwicklung in Kambodscha relativ stabil und auch der Raum für die Zivilgesellschaft, zumindest in Ansätzen, noch vorhanden. Vietnam ist ein sozialistisches Ein-Parteien-System, das kaum Einmischung von außen oder politische Opposition zulässt (Human Rights Watch 2020), Thailand hat in den letzten Jahren mehrere Staatsumstürze miterlebt (European Parliamentary Research Service 2020), in Myanmar ist die politische Situation höchst problematisch, seit 2021 hat das Militär wieder die Macht übernommen (Hein 2022), Singapur ist zwar wirtschaftlich hoch entwickelt, aber autoritär geführt, und Laos Entwicklung steckt hinsichtlich Staatsaufbau und Regierungssystem noch in den Kinderschuhen (Gespräche mit internationalen Beratern, Phnom Penh 2015). Es erscheint also sinnvoll, den regionalen Kontext Kambodschas einzubeziehen, anstatt, wie bereits oben diskutiert, nur Maßstäbe liberaler Demokratien anzulegen; zugleich gilt es auch, Kambodschas Situation als Post-Konflikt-Gesellschaft besonders zu berücksichtigen.

4.6 Post-Konflikt-Gesellschaft: Der Versuch einer Definition

Betrachtet man den bereits dargestellten Konfliktverlauf in Kambodscha, ist besonders zu betonen, dass der Friedensschluss nicht wirklich freiwillig, sondern eher auf Druck der Internationalen Gemeinschaft, vor allem der externen Konfliktparteien, hin passierte (Whalan 2012; Brown/Timberman 1998: 17; Chandler 2016a: xiii). Ein Grund ist ebenfalls im Mangel an Ressourcen zur Weiterführung des Konfliktes zu sehen, weniger in einem grundlegenden Wandel der Konfliktperspektive. Eine Post-Konflikt-Gesellschaft wird eben oft als solche bezeichnet, wenn offene Kämpfe bereits abgeschlossen sind und ein Friedensabkommen unterzeichnet wurde, aber die Auswirkungen des Konflikts, der totalitären oder autoritären Episode oder des Bürgerkriegs noch deutlich zu spüren sind (Cunningham 2017: 1), sei es im sozialen, politischen oder wirtschaftlichen Bereich. Auch kann ihnen eine besondere Anfälligkeit für das Wiederaufflammen bewaffneter Konflikte attestiert werden

(Gates/Nygård/Trappeniers 2016). Oft wird der Beginn einer Post-Konflikt-Situation mit einem abgeschlossenen Friedensprozess gleichgesetzt:

„Demnach schließen ‚Sieger‘ und ‚Besiegte‘ einen Vertrag, der die völkerrechtlich verankerte Garantie auf das Ende von Gewalthandlungen beinhaltet. Die Folie für diese ideellen Grundlagen von Friedensverträgen liefert ein begrenzter Friedensbegriff, der Frieden als Resultat bzw. Produkt betrachtet, in der Regel sogar als ausgehandeltes ‚Endprodukt‘. Eine solche Auffassung unterschlägt den Prozesscharakter des Friedens, denn nur das Verständnis von Frieden als Prozess kann erklären, dass entgegen der tradierten Prämissen Friedensprozesse erfahrungsgemäß nicht das Ende von Gewalt sind. Meist werden sie von den Protagonisten als politische Fortführung des Konfliktes betrachtet. [...] Friedensprozesse laufen in der Regel nicht geradlinig auf einen dauerhaften Frieden zu, sondern sind krisenanfällig und von gewaltsamen Rückschlägen geprägt, d.h. es tritt eine Vielzahl krankhafter Symptome auf. Das ‚Alte‘, d.h. der Krieg, wurde zwar durch ein Abkommen beendet, doch das ‚Neue‘, der dauerhafte Frieden, konnte noch nicht erreicht werden“ (Baumann 2008: 13-14).

Diese Kategorisierung wird in der Forschung allerdings weder einheitlich verwendet noch ist sie unumstritten. Neben Baumann, der in seinem Werk „Zwischenwelten: Weder Krieg noch Frieden. Über den konstruktiven Umgang mit Gewaltphänomenen im Prozess der Konflikttransformation“ nicht nur eine ausführliche Analyse des Forschungsstandes hinsichtlich der Frage nach der Definition von Krieg und Frieden tätigt, sondern sich auch intensiv mit der Prozesshaftigkeit von Frieden auseinandersetzt, indem er diesen als „dynamisches soziales Konstrukt“ begriff (Baumann 2008: 75), thematisiert auch Séverine Autesserre die Problematik eines statischen „Friedensbegriffes“ (Autesserre 2010: 65-68). Sie beschreibt das mangelnde Verständnis für Friedensprozesse anhand der Aussagen führender UN-Diplomaten sehr anschaulich:

„A UN official later explained to me that it was a simple matter of definition. Postconflict countries are countries that have undergone wars. The Congo had undergone a civil and international war, so when regional and national peace agreements ended these wars, the Congo became a postconflict environment“ (Autesserre 2010: 66).

Damit zeigt sie die Problematik auf, die eine solche Anwendung mit sich bringt. Diese Kategorisierung hat unmittelbare Konsequenzen auf das Verhalten der Internationalen Gemeinschaft: Die Art der Förderung und Aufbauhilfe wandelt sich stark. Der Fokus in Post-Konflikt-Gesellschaften liegt auf finanziellem, institutionellem und wirtschaftlichem Wiederaufbau und klassischem Peacekeeping, während Peaceenforcement in tatsächlichen Konfliktsituationen eine viel stärkere militärische

Komponente hat.⁴⁸ Mitunter führt dies zu starken Spannungen zwischen der Realität im Land und den Vorstellungen der Gebergemeinschaft (Autesserre 2010: 66). Kritisch diskutiert wird sowohl die Anwendung eines einzelnen Begriffs auf alle Länder, deren Konflikte und kulturelle und soziale Ausgangslagen häufig stark divergieren, als auch die mangelnde Flexibilität des Begriffs, der einen bestimmten Zeitpunkt des Konfliktendes „willkürlich“ definiert (Brown/Langer/Stewart 2011: 4). Eine klare Abgrenzung ist nicht oder nur bedingt möglich.

„The ‚post-conflict‘ situation is not as easy to define as it sounds. In big international wars, a formal surrender, a negotiated cessation of hostilities, and/or peace talks followed by a peace treaty mark possible ‚ends‘ to conflicts. But in the sort of intra-state wars that we are chiefly concerned with it is not so simple. Hostilities do not normally end abruptly, after which there is complete peace. There may be an agreed ‚peace‘ but fighting often continues at a low level or sporadically, and frequently resumes after a short period“ (Brown/Langer/Stewart 2011: 4).

Ähnlich problematisch wie die Bestimmung des Beginns einer Post-Konflikt Situation ist die ihres Endes. Häufig sind Spuren bewaffneter Konflikte noch über Jahrzehnte sichtbar, sei es in den vorherrschenden Diskursen, der Infrastruktur, Transitional Justice-Maßnahmen oder der Präsenz des Konfliktes im öffentlichen Leben. Brown, Langer und Stewart schlagen deshalb eine prozessorientierte Definition von „Post-Conflict Environment“ vor, die auf Grund ihrer vertikalen und horizontalen Mehrschichtigkeit zur Analyse komplexer Post-Konflikt-Situationen geeigneter ist als eben eine statische Definition und besser zur Charakterisierung unterschiedlicher Post-Konflikt-Kontexte genutzt werden kann (Brown/Langer/Stewart 2011). Diese ist auch auf ontologischer Ebene denkbar, da sie keine Diskussion darüber notwendig macht, wie Frieden bewertet werden kann und wie sich ein „positiver“ von einem „negativen“ Friedenbegriff in der Empirie abgrenzen lässt. Vielen Konzepten des Peacebuilding, sei es „liberal“ oder „critical“ Peacebuilding, liegt ein bestimmter Friedensbegriff zu Grunde, der implizit bei der Definition von Frieden und Konflikt mitschwingt und konstituierend bei der Bestimmung dieser Termini ist. Er geht häufig auf den positiven Friedensbegriff

⁴⁸ Zwei sehr detaillierte Übersichten zu den verschiedenen Interventionsformen und den sich daraus ergebenden Implikationen finden sich bei Bellamy/Williams/Griffin (2010: 153-297) und bei Ramsbotham/Woodhouse/Miall (2016: 173-310).

Galtungs, den er relativ früh in seiner Laufbahn geprägt hat, zurück, ohne dass dessen Bedeutung aber ausreichend reflektiert worden wäre.⁴⁹

„Ein erweiterter Begriff von Gewalt führt zu einem erweiterten Begriff von Frieden: Frieden definiert als Abwesenheit von personaler Gewalt und Abwesenheit von struktureller Gewalt. Wir bezeichnen diese beiden Formen als negativen Frieden bzw. positiven Frieden“ (Hervorheb. i. O., Galtung 1977: 32).

Wie definiert sich Frieden, wie ist dieser messbar, wie kann ein vermeintlich negatives Friedensverständnis von einem positiven Friedensverständnis, nämlich der Abwesenheit struktureller Gewalt, was auch Punkte wie soziale Gerechtigkeit inkludiert, in der Praxis unterschieden werden (Bonacker/Imbusch 2010: 130-131)? Bei einem negativen Friedensverständnis ist Frieden als die Abwesenheit von „kriegerischen Auseinandersetzungen und direkter personaler Gewalt zu verstehen“ (Bonacker/Imbusch 2010: 130). Das greift in Post-Konflikt-Gesellschaften allerdings zu kurz. Erstens ist hier häufig keine klare Linie zu ziehen, zweitens folgen intrastaatliche Konflikte anderen Gesetzmäßigkeiten, als dies interstaatliche Konflikte tun. Auch die Unterschiede zwischen Konflikt, Gewalt (legitim und illegitim) und Krieg sind problematisch und entsprechend Teil einer längeren Traditionsdebatte.⁵⁰

Der prozessorientierte Ansatz Browns, Langers und Stewarts schlägt beispielsweise vor, die Post-Konflikt-Situation an bestimmten „Meilensteinen“ festzumachen: 1. „Cessation of hostilities and violence“; 2. „Signing of political/peace agreements“; 3. „Demobilisation, disarmament and reintegration“; 4. „Refugee repatriation“; 5. „Establishing a functioning state“; 6. „Achieving reconciliation and societal integration“; 7. „Economic recovery“ (Brown/Langer/Stewart 2011: 4). Hier zeigt sich, dass die Umsetzung einzelner Faktoren unterschiedlich viel Zeit in Anspruch nehmen kann und nimmt. So ist beispielsweise die Einstellung bewaffneter Konflikte nach einem Friedensabkommen weitaus schneller durchzusetzen als die Errichtung eines „funktionierenden“ Staates. Auch wenn die Kriterien näher spezifiziert werden, bleibt es doch unklar, wie diese in der Empirie zu bewerten sind. Kann von einem funktionierenden Staat bereits gesprochen werden, wenn freie und faire Wahlen

⁴⁹ Für einen ausführlichen Überblick über den Zusammenhang zwischen Frieden und Gewalt sei an dieser Stelle auf Weller (2003: 481-507) verwiesen.

⁵⁰ Eine umfassende Thematisierung der Begriffe „Konflikt, Gewalt, Frieden und Krieg“ findet sich bei Bonacker/Imbusch (2010: 67-141).

stattgefunden haben, oder erst, wenn das Ausmaß der Korruption unter ein bestimmtes Level gefallen ist? Das jedoch kann in Staaten kein eindeutiger Indikator sein kann, da auch Staaten, die nicht von kriegerischen Auseinandersetzungen in der jüngsten Vergangenheit betroffen waren, von Korruptionsproblemen betroffen sind. Für Schlichte ist die Korruption gar ein konstituierendes Merkmal des neopatrimonialen Staates (Schlichte 2005: 124). Ebenso kann die Frage nach dem Erreichen von „reconciliation“ und „societal integration“ (Brown/Langer/Stewart 2011: 5) in der Empirie nur schwer beantwortet werden. Auch wenn die Autoren hier vorschlagen, die Anzahl gewaltsamer Konflikte zwischen einzelnen Gruppen als Maßstab zu verwenden und die Wahrnehmung des Gegenübers mittels Umfragen zu untersuchen, woraus sich sicherlich erste Hinweise ableiten lassen, stellt sich doch die Frage, ob diese Kategorisierung ausreichend ist. Während die Anzahl physischer Verfolgung und Auseinandersetzungen in Kambodscha in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen ist, hat die Gewalt selbst aber nur bedingt abgenommen, sie hat sich vielmehr strukturell gewandelt. Sie wird nicht mehr so offen ausgetragen, sondern es dienen Gerichte und politische Machtinstrumente dazu, den politischen Gegner zu „besiegen“. Es zeigt sich also, dass eine Abnahme sichtbarer Gewalt auf der Straße nicht mit einer tatsächlichen Abnahme von Gewalt gleichzusetzen ist.

Die Problematik hinsichtlich der Definition von Post-Konflikt-Gesellschaften ließe sich hier beliebig weiterführen: Ramsbotham, Woodhouse und Miall skizzieren beispielsweise die verschiedenen Phasen des Friedensprozesses und teilen diesen dabei in Sektoren wie Wirtschaft, Gesellschaft oder Sicherheit ein (Ramsbotham/Woodhouse/Miall 2016: 250-261). Gleichzeitig diskutieren sie verschiedene Prozesse der „Systemtransformation“ – „Intervention“, „Stabilization“, „Normalization“ (Ramsbotham/Woodhouse/Miall 2016: 250), die an die Prozessmodelle in der vergleichenden Regierungslehre, insbesondere an solche der „Transformationsforschung“ (Merkel 1999), erinnern. Gromes hingegen lehnt den Begriff Post-Konflikt-Gesellschaft auf Grundlage der Komplexität des Konfliktbegriffes gänzlich und direkt ab.

„In der deutschen wie der internationalen Debatte begegnet man oft dem Begriff der Post-Konflikt-Gesellschaft. Setzt man Konflikt nicht mit Krieg gleich und geht man stattdessen von einem breiteren Konfliktbegriff aus (Bonacker/Imbusch 1996: 63–65), kann es keine Post-Konflikt-Gesellschaft geben. Schon der Streit über Sinn und Unsinn dieses Begriffs

widerlegt die Existenz einer Post-Konflikt-Gesellschaft. Wer Post-Konflikt-Gesellschaft sagt, meint in aller Regel eine Nach(bürger)kriegsgesellschaft“ (Gromes 2010: 175).

Allerdings weist auch der von Gromes verwendete Begriff Nach(bürger)kriegsgesellschaft Probleme auf. Der Autor schlägt vor, noch weiter „in zwischenstaatliche oder innerstaatliche Konflikte“ zu differenzieren oder danach zu unterscheiden, „ob der Krieg mit dem Sieg einer Seite oder einer ausgehandelten Regelung endete“ (Gromes 2010: 175). Erstens können die Grenzen zwischen Sieg und Regelung ebenso wie die Frage nach innerstaatlichem oder zwischenstaatlichem Konflikt fließend sein, zweitens exkludiert der Begriff solche Situationen, in denen Systemwandel nicht mit einem unmittelbar zuvor stattgefundenen Bürgerkrieg, sondern mit einem jahrelangen staatlichen System des Autoritarismus, der Unterdrückung und Verfolgung einzelner Gruppierungen einhergegangen sind, die gesellschaftlichen Konfliktlinien aber noch spürbar sind und die Vergangenheit einen wichtigen Teil des politischen Diskurses einnimmt – wie dies etwa in Spanien oder Argentinien der Fall war. Drittens bleibt auch hier die Frage nach der Definition eines Krieges bestehen. Der Unterschied zwischen Krieg, Bürgerkrieg und bewaffnetem Konflikt führt in der Forschung immer wieder zu Diskussionen, da die Begriffe sich nur bedingt voneinander abgrenzen lassen. Schwieriger noch als die Definition einer Post-Konflikt-Gesellschaft bzw. die Festlegung, wann von Post-Konflikt-Gesellschaft gesprochen werden kann, ist die Frage nach dem Zeitpunkt der Normalisierung. Wann ist eine Post-Konflikt-Gesellschaft keine Post-Konflikt-Gesellschaft mehr? Die Autoren schlagen hier das Kriterium der wirtschaftlichen Konsolidierung vor.

„We therefore do not think it possible to arrive at any well-defined criteria, and propose that post-conflict recovery can be regarded as complete when the main features of an economy no longer stem from the war but from the normal conditions of the economy. This means that major physical war damage has been repaired, that ‚normal‘ economic activities have been resumed, and that specific post-conflict policies of demobilisation and reintegration have been completed. It seems to us important not to ‚pathologise‘ economies and give special treatment too long – both for governments“ [sic!] own abilities and determination to manage their economies, and from the perspective of fairness with other non-conflict countries. One approach is to select a time period for the end of ‚post-conflict‘ categorisation to avoid endless pathologising of such countries. We would suggest that if hostilities do largely cease, five years after a war has ended, most economies are likely to have returned to near-normalcy and 10 years after, the post-conflict era can, in most cases, be regarded as having ended“ (Brown/Langer/Stewart 2011: 7).

Diese Kategorisierung ist nicht nur problematisch, sondern auch ungenügend und zu wenig komplex. Kambodscha, das seit den 1950er Jahren unter politischen Unruhen zu leiden hatte und dessen Wirtschaft nach zwei Bürgerkriegen und der dazwischenliegenden totalitären Episode in weiten Teilen, sieht man vom Handel mit Bodenschätzen und wertvollen Tropenhölzern durch die Khmer Rouge ab, fast nicht existent war, erlebte allein durch die UNTAC-Mission 1992-1993 einen massiven wirtschaftlichen Aufschwung, der mit Wachstumsraten um die 7,7% bis 2019 angehalten hat (World Bank 2022).⁵¹ Gleichwohl ist dieser wirtschaftliche Aufschwung nicht mit einem friedlichen Zusammenleben gleichzusetzen oder kann das Ende einer Konfliktsituation wirklich definieren, wie sich sowohl am bereits angeführten militärischen Zusammenstoß 1997, dem politischen Klima um die Jahrtausendwende, dem aus dem Bürgerkrieg resultierenden Diskurs um die Rolle Vietnams (der immer noch sehr emotional geführt wird), an der Verhaftung eines ehemaligen im Bürgerkrieg aktiven hochrangigen Militärs (The Phnom Penh Post 30.04.2018) und der immer noch stattfindenden Aufarbeitung der Khmer Rouge-Herrschaft durch die ECCC zeigen lässt. Viel gewinnbringender wäre es, Post-Konflikt-Gesellschaften, sofern es diese denn gibt, anhand der vorherrschenden Diskurse und Umstände innerhalb des Landes zu analysieren, also verschiedene Ansätze zusammenzuführen. Allerdings stellt sich dabei die Frage, inwieweit Post-Konflikt-Staaten überhaupt ein genuines Phänomen des Globalen Südens sind und ob nicht auch Staaten des Globalen Nordens davon bis heute betroffen sind. Greift man den Einwand Gromes auf und legt die Auffassung zu Grunde, Post-Konflikt-Gesellschaften seien eigentlich als „Nach(bürger)kriegsgesellschaft“ zu verstehen (Gromes 2010: 175), könnten alle Länder Europas als solche Gesellschaften verstanden werden. Zwar deuten hier weder wirtschaftliche noch strukturelle Faktoren des Staatsaufbaus – sind demokratische Strukturen ausreichend implementiert, funktioniert die Gewaltenteilung, findet eine Trennung zwischen Staat und Partei statt? – darauf hin, allerdings rekurren sowohl politische als auch gesellschaftliche Diskurse noch häufig auf vorausgegangene Konflikte und Kriege. Vor allem in Deutschland lässt sich dieses Phänomen nachvollziehen. Diskussionen um die Auslandseinsätze der Bundeswehr im Rahmen von UNO und NATO, der neue Traditionserlass der

⁵¹ Bedingt durch die SARS-CoV-2 Pandemie fielen die Wachstumsraten für 2020 und 2021 niedriger aus.

Bundeswehr, die Wiedervereinigung Deutschlands, das neue Erstarren rechter Parteien oder die Nutzung politischer Symbole der Vergangenheit zeigen, welche Präsenz und Wichtigkeit Vergangenheitsaufarbeitung, politische Neuausrichtung und Geschichtsinterpretation im politischen Diskurs haben und wie diese Thematiken kollektive Identitäten beeinflussen.

Aber auch in anderen Ländern Europas lässt sich dieses kollektive Gedächtnis bezüglich erlebter Konflikt- und Kriegssituationen wahrnehmen. So ist in Spanien die Aufarbeitung des Spanischen Bürgerkriegs und der sich anschließenden autokratischen Episode des Franco-Regimes nicht abgeschlossen (siehe z.B. Escudero 2014; Davis 2005; Encarnación 2008; Delgado 2015). Die faschistischen und kommunistischen Diskurse aus dieser Zeit offenbaren sich bis heute in der täglichen Sprache. Ebenso flammen Konflikte bezüglich der Unabhängigkeitsbestrebung einzelner Ethnien immer wieder auf. Wie sich an den oben aufgeführten Beispielen belegen lässt, ist die Bestimmung und zeitliche Begrenzung der Post-Konflikt-Gesellschaft / Nachkriegsgesellschaft schwer zu realisieren und häufig nicht möglich, da sich einzelne Diskurse auf einzelnen Ebenen manifestieren und sich nicht notwendigerweise durch das Nicht-Funktionieren staatlicher Strukturen, sondern vielmehr durch das Zugrunde liegen bestimmter gesellschaftlicher und politischer Diskurse ausmachen lassen.⁵² Zugleich sollte auch nicht verkannt werden, dass Staaten, die aus unmittelbaren Konfliktsituationen hervorgehen, nicht nur mit politischen und gesellschaftlichen Diskursen konfrontiert sind, die sich unmittelbar aus dem vorangegangenen Konflikt oder seinen Ursachen speisen, sondern auch mit manifesten Problemen, wie Staatsaufbau, mangelnder Infrastruktur, wirtschaftlichen Problemen und Umstrukturierungen, Aufarbeitung von Kriegsverbrechen und der Entwaffnung von Milizengruppen, zu kämpfen haben (Ramsbotham/Woodhouse/Miall 2016: 252). Daher erscheint es sinnvoll, hier ein prozesshaftes Verständnis von Frieden als sozialem Phänomen zu Grunde zu legen, das sowohl den Beginn als auch das Ende des Friedensprozesses offenlässt und eine fließende Definition von Post-Konflikt-Gesellschaft möglich macht.

⁵² Gromes (2010: 182) schlägt neben anderen Kriterien auch die Kategorien „Wahrnehmung der Konflikttransformation“ und „Transformation des Konfliktaustrags“ vor, um eine Einschätzung vorzunehmen.

4.7 Kambodscha heute – eine Post-Konflikt-Gesellschaft?

„Please beware [sic!] that the peace enjoyed throughout the country can be very precarious. If you want to see how fragile this peace is, you only need look to Facebook posts [by the opposition Cambodia National Rescue Party (CNRP)] ... You'll see how war is started. Hun Sen has made similar threats in recent months, with CPP-controlled media regularly alluding to civil war as the country prepares for commune elections in June. [...] Some individuals dared to claim that in 2018 we would be crushed because we wouldn't recognize the election results, he said at the time. They predicted that in 2018 they could win, and if we don't hand over power to them, they will crush us. How can this happen if the troops are in my hand?“ (Einfügung i. O., Radio Free Asia 09.05.2017).

Obwohl Kambodscha in den letzten 20 Jahren einen massiven wirtschaftlichen Aufschwung erlebt hat, sind die sozialen und politischen Auswirkungen der Jahrzehnte anhaltenden Konflikte sowie des Bürgerkrieges immer noch sichtbar und im politischen Diskurs spürbar. Die Drohkulisse eines neuen Bürgerkriegs, die auch in oben genanntem Kontext skizziert wird, scheint nach den Ereignissen der letzten Jahre (monatelange Demonstrationen nach den Parlamentswahlen 2013, die mit teilweise gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Opposition und Regierungspartei einhergingen, sowie die Verhaftungen führender Oppositionspolitiker) eine potentielle Möglichkeit darzustellen. Die Post-Konflikt-Situation in Kambodscha lässt sich dabei exemplarisch an verschiedenen Punkten festmachen. Neben einer Verlagerung von Gewalt auf eine strukturellere Ebene, die in den empirischen Kapiteln noch vertieft diskutiert werden wird, zeigt sich die anhaltende Präsenz des Konfliktes auch auf materieller und diskursiver Ebene.

Soziale und strukturelle Folgen

Nach dem kambodschanischen Bürgerkrieg und der vorhergegangenen Episode der Khmer Rouge, die es sich zur Aufgabe gemacht hatten, den Staat komplett zu revolutionieren, gab es in Kambodscha kaum mehr Infrastruktur (Chandler 2008: 255-258). Medizinische Versorgung, Elektrizität, Straßen oder Schulen waren so gut wie nicht mehr vorhanden (Mehrere Hintergrundgespräche in Phnom Penh 2015). Heute ist dies zwar in dem Ausmaß, besonders in der Hauptstadt, nicht mehr der Fall – deren Infrastruktur ist mit der anderer Städte in der Region vergleichbar –, allerdings ist der Aufbau von Infrastruktur in ländlichen Gebieten noch keineswegs abgeschlossen. Gesteuerte Straßen oder ausreichende medizinische Versorgung sind hier nicht an allen

Orten gegeben, trotzdem hat sich auch hier die Situation verbessert. Das hängt nicht zuletzt mit dem fehlenden Humankapital, das eines der größten Probleme des Landes darstellt, zusammen. Bedingt durch die Eliminierung fast eines Viertels der Bevölkerung (Yale University 2022), insbesondere akademisch gebildeter Personen, wie Lehrern, Mediziner, Architekten etc., fehlen entsprechende Kapazitäten und werden erst langsam wiederaufgebaut. Kambodscha ist bei der Entwicklung der Infrastruktur stark auf externe Investoren und Geberländer angewiesen. Staatsaufbau, „capacity building“ und sozioökonomische Entwicklung sind bis heute nicht abgeschlossen und werden auch seitens der Regierung als eines der dringendsten Probleme des Landes angesehen (The Cambodia Daily 11.01.2016). Die Folgen des Bürgerkrieges wirken sich so unmittelbar auf die staatliche Struktur aus. Die Konfliktepisoden in der kambodschanischen Geschichte stellen heute ebenfalls noch auf anderer Ebene ein großes Problem für die staatliche Entwicklung dar. Bei der Erschließung ländlicher Flächen, die für die Bevölkerung wichtig wäre, zeigen sich die Folgen der jahrzehntelang anhaltenden Konflikte auf besonders tragische Weise.

„Cambodia is one of most heavily contaminated countries in the world, with landmines, cluster munitions and other unexploded weapons affecting every one of the country's 25 provinces as a result of the conflict between the Khmer Rouge, the Government of Cambodia and other factions. [...] The widespread presence of landmines and other explosive items is causing death and injury and restricting land access in Cambodia more than 20 years after the end of the conflict. Unexploded bombs continue to be a particular danger and a massive cluster bomb problem haunts the east of the country. Over 64,000 people have been killed or injured by explosive items since 1979, and there is still an average of one death or injury every week in Cambodia“ (Mines Advisory Group 2022).

Trotz mehr als 20 Jahren intensiver Minenräumung durch die UN und durch zahlreiche Staaten und durch kambodschanische Kräfte ist die Räumung immer noch nicht abgeschlossen. Insbesondere der westliche Teil, der an Thailand angrenzt und sowohl für die landwirtschaftliche als auch für die touristische Nutzung interessant wäre, ist noch nicht minenfrei. Kambodscha ist immer noch auf mehr als 850 km², andere Schätzungen sprechen sogar von über 940 Quadratkilometern, vermint (Landmine & Cluster Munition Monitor 2017). Bei dieser Zählung sind Verunreinigungen mit Clustermunition, die noch aus den US-Bombardements der östlichen Provinzen stammen, nicht miteingeschlossen, die aber ebenfalls eine Gefahr für die Bevölkerung darstellen und circa 365 weitere Quadratkilometer Land bedecken (Mine Action Review

2017). Minen sind während der Bürgerkriege nicht kartographiert worden. Die Folgen des Konflikts sind so in weiten Teilen Kambodschas bis heute noch unmittelbar greifbar und haben Einfluss auf das tägliche Leben, zumindest das der ländlichen Bevölkerung. Ein anderes Problem ist ebenfalls die nicht vollständig abgeschlossene Entwaffnung der Bevölkerung.⁵³ So sind Schusswaffen in Kambodscha stark verbreitet, und es ist nicht ungewöhnlich, bewaffnete Menschen in den Straßen zu sehen.

Politischer Diskurs

Am deutlichsten aber zeigt sich die Post-Konflikt-Situation im politischen Diskurs, der immer wieder auf den Bürgerkrieg rekurriert. Bis heute bestimmt die Angst vor dem erneuten Ausbrechen eines gewaltsamen Konfliktes und vor sozialen Unruhen die politische Sphäre mit. Auch Bedrohungen sowie Delegitimierungen des Gegenübers sind Teil des täglichen Politikgeschehens. Dies zeigt sich im unten stehenden Zitat des Premierministers, der in einer Rede erklärt, wieso Oppositionsmitglieder bei einem Gewitter tödlich verunglückten.

„Hun Sen said he had recently overheard a nurse wondering aloud why lightning killed innocent people in Koh Kong. [...] To the nurse, I would like to say . . . it was members of the opposition who got hit by lightning. I heard [of the incident] and I said it happened because [they] insulted Hun Sen so many times. Sometimes, their fortune is not as high as Hun Sen’s. Sometimes [the opposition] insult Hun Sen then die in car crashes, get struck by lightning, get electrocuted, or perish in a home fire,“ Hun Sen said“ (Einfügung i. O., The Phnom Penh Post 24.05.2018).

Im weiteren Verlauf kommt er auch auf Gegner aus dem Bürgerkrieg zu sprechen und erklärt, dass diejenigen, die ihn beleidigt hätten, ebenfalls durch das Schicksal bestraft worden seien (The Phnom Penh Post 24.05.2018). Die Regierungspartei warnt immer wieder davor, dass bei einem Regierungswechsel erneut ein Bürgerkrieg ausbrechen könnte. Die Regierung werde dies notfalls auch mit Waffengewalt verhindern (Radio Free Asia 09.05.2017; The Phnom Penh Post 07.03.2022). Aber auch die Oppositionsparteien rekurrieren auf Themen, die ihren Ursprung im Bürgerkrieg haben, wie beispielsweise dem Verhältnis zwischen Vietnam und Kambodscha oder der Diskussion um Landrechte (siehe Kapitel 6 und 7). Die Aufarbeitung der Vergangenheit und die interpretative Deutungsmacht über jene Geschehnisse spielen dabei eine

⁵³ Für einen genaueren Überblick über verbleibende Waffenbeständen siehe auch Wille (2006).

wichtige Rolle. Diese Themen beherrschen nicht nur den politischen Diskurs der Parteien maßgeblich, sondern sind auch für die Bevölkerung von größter Bedeutung. Bis heute erfreut sich die kambodschanische Regierungspartei (CPP) in der ländlichen Bevölkerung großer Beliebtheit, die nicht zuletzt damit zusammenhängt, dass Hun Sen und seine Partei sich als Befreier Kambodschas und Stabilisatoren des Friedens begreifen, die selbst unter größten Entbehrungen für ihr Land gekämpft haben, während sich andere Oppositionspolitiker in dieser Zeit ins Ausland abgesetzt haben (Nem 2012; McCargo 2014: 73; Norén-Nilsson 2016; Hintergrundgespräche Phnom Penh 2015).

„For the CPP, the January 7, 1979, overthrow of the Khmer Rouge regime by Vietnamese troops accompanied by the Kampuchean United Front for National Salvation (the nucleus of the PRK regime) is the defining national moment—Cambodia’s ‚second birthday.‘ Royalists and democrats, by contrast, look back to the October 23, 1991, signing of the PPA, which ended civil war and hailed in a new era of multiparty democracy. [...] The CPP under Hun Sen, meanwhile, although it maintains reasonably good relations with the United States, has cemented a strong relationship with Vietnam and, increasingly, with China“ (Norén-Nilsson 2016: 15).

Einen sehr tiefen Einblick in die jeweiligen herrschaftsdeterminierenden Diskurse und in die damit verbundene Rezeption des Bürgerkrieges sowie die politischen Ausrichtungen der einzelnen Parteien liefert Astrid Norén-Nilsson in ihrer Monographie „Cambodia’s Second Kingdom: Nation, Imagination, and Democracy“, in der sie die Positionen der einzelnen Politiker zur kambodschanischen Nation erläutert. Wie Norén-Nilsson aufzeigt, sind hierbei der Ausgangspunkt für alle identitätskonstituierenden Diskurse über die Nation die Interpretation des Bürgerkriegs und der sich daran anschließende Friedensvertrag, auch wenn diese sich im Laufe der Zeit weiter ausdifferenziert haben (Norén-Nilsson 2016). Auch Caroline Hughes diskutiert das identitäre Selbstverständnis der Parteien und verweist auf die Selbstzuschreibung von FUNCINPEC und der Sam Rainsy Party, die betonen, demokratischen Ländern wie den USA oder Frankreich besonders nahe zu stehen (Hughes 2002a: 551-553). Hier zeigt sich ebenfalls die Nachwirkung des Bürgerkriegs, die das soziale und politische Feld in Kambodscha wesentlich bestimmt. Die Aufarbeitung der totalitären Episode Kambodschas ist ebenfalls noch nicht abgeschlossen. Das hybride Strafgericht zur Aburteilung der Khmer Rouge-Verbrechen ist immer noch aktiv. Die Frage nach Verantwortlichkeit und Anklageerhebungen sind zu einem Machtspiel zwischen UN, Internationaler Gemeinschaft und Regierung geworden (Un 2013; McCargo 2011) und spiegeln letztlich

die Angst der herrschenden Partei vor einer größeren Vergangenheitsaufarbeitung wider (Mayr-Singer 2013: 77). Andere Gruppen hingegen versuchen intensiv, die Prozesse voranzutreiben (Un 2013: 787).

Einfluss der Internationalen Gemeinschaft

„So lässt sich etwa für Kambodscha sagen, dass die United Nations Transitional Authority in Cambodia (UNTAC) zwar formal nur 19 Monate, nämlich von Februar 1992 bis September 1993 dauerte, diese aber gewissermaßen der Türoffner [sic!] für ein umfassendes internationales Engagement war, das Kambodscha zu einem der am stärksten von Entwicklungshilfe abhängigen Staaten machte“ (Bonacker 2010: 189).

Dieser eklatante Einfluss der Internationalen Gemeinschaft auf das Land, der sich übrigens auch in anderen Post-Konflikt-Kontexten beobachten lässt, führt zu einer externen Charakterisierung des Landes, die streckenweise die Deutungsmacht über den politischen Diskurs übernommen hat. Kambodscha erfährt in zahlreichen Bereichen, wie zum Beispiel Infrastrukturaufbau, dem Gesundheitswesen, Stärkung der Zivilgesellschaft, „capacity building“, Demokratieförderung, Medienberichterstattung, nachhaltigem Umgang mit der Umwelt und „gender equality“, massive internationale Unterstützung, die teilweise auch gegen den Willen der regierenden Partei durchgeführt wird. Obwohl die Zahlen, wie bereits diskutiert, nicht ganz klar sind, sind doch mehrere tausend NGOs im Land anzutreffen, davon mehr als 340 internationale NGOs (Ministry of Foreign Affairs 31.12.2021). Auch ist Kambodscha weiterhin auf die finanzielle Zuwendung internationaler Geber angewiesen, die wiederum ihre politischen Ideen und Vorstellungen durchzusetzen versuchen. Ein Problem, das sich auch unmittelbar im politischen Konflikt spiegelt. Während die Europäische Union, die USA und andere demokratische Geberländer eher die Opposition unterstützen, stärken China und Vietnam die herrschende Regierungspartei. Dieser internationale Einfluss führt aber auch zu einer Pathologisierung Kambodschas, wie Caroline Hughes and Vanessa Pupavac deutlich aufzeigen.

„The spatial, temporal and theoretical framing of conflict by intervenors and analysts represents a significant exercise of power in the politics of post-conflict societies. Framing historical events in contingent understandings of relevant time and space puts particular actors in the frame, while others remain outside it. In the case of both the former Yugoslavia and Cambodia the notion of the failed state as the ‚causeless‘ cause of conflict has been promoted in a manner which foregrounds, and renders inexplicable, the horrors of war. The international and local political and economic context for the initial descent

into violence is removed from analysis. Media, policy, and many academic reports of conflict in these two countries have preferred to focus narrowly on atrocities rather than on the causes of war. By reducing analysis of war to an unexplained spectacle of horror, the way is cleared for a redefinition of war itself, as a series of psychotic actions by individuals“ (Hughes/Pupavac 2005: 875).

Dieses Problem zeigt sich insbesondere im gegenseitigen Umgang von Regierung und Opposition. Während die Opposition stark von internationalen demokratischen Kräften unterstützt wird, steht die Regierung häufig in der Kritik. Die Opposition in Kambodscha wird zwar immer wieder unterdrückt oder ihre Mitglieder werden verhaftet, aber die Haltung der Opposition ist in vielen Situationen ebenfalls von radikalen Schuldzuschreibungen, friedensgefährdenden Diskursen und extremen Positionen geprägt.

„[...] the current political culture has two polarisations. One that is much used by CNRP leaders is the blaming, accusing [...] and the other political culture used by the ruling party leader by the prime minister is intimidation, threatening and putting you into jail. So you see and this two political cultures are interrelated. One like to blame, to look down, to use bad words to other and the other try to intimidate [...]“ (P-10).

Antagonistisches Konfliktverhalten und radikale Positionen lassen sich auf beiden Seiten des politischen Spektrums finden. Das hängt aber, wie Hughes und Pupavac aufzeigen, auch mit der unzureichenden Reflexion der kambodschanischen Geschichte sowie tatsächlicher politischer Probleme und dem mangelnden Verstehen von komplexeren Sachverhalten zusammen (Hughes/Pupavac 2005: 875). Auch wenn Frieden, wie bereits ausführlich erläutert, als sozialer Prozess verstanden wird, zeigt sich deutlich, dass Kambodscha immer noch stark von den vorhergehenden Konfliktepisoden geprägt ist und sich weiterhin in einer Post-Konflikt-Situation befindet, die Diskurse in Staat und Gesellschaft massiv beeinflussen und prägen. Wie Hughes und Pupavac (2005), aber auch Bonacker et al. (2014) in ihrem Aufsatz zur „Deutungsmacht in Nachkriegsgesellschaften“ darlegen, wird dieser Prozess bis heute sehr von internationalen Kräften beeinflusst. Die wesentlichen Kriterien für die Bezeichnung Kambodschas als Post-Konflikt-Gesellschaft sind aber weder die Zuschreibungen von externen Akteuren noch strukturelle Merkmale, sondern vielmehr die Kategorisierung, die durch weite Teile der Bevölkerung, vor allem durch die nationalen Eliten, erfolgt, die sowohl in ihrem Selbstverständnis als auch in ihren Diskursen immer wieder auf den

Bürgerkrieg rekurren und so die öffentliche Diskussion massiv mit diesen Topoi belegen.

5. Messbarkeit eines agonalen Wandels

5.1 Die Transformation von Antagonismus zu Agonismus

Die Einbettung Kambodschas in postkoloniale Strukturen sowie der Post-Konflikt-Kontext des Landes zeichnen sich nicht nur durch eine Konfliktdynamik aus, die gespeist wird durch das Zusammenspiel nationaler und internationaler Eliten. Sie sticht auch dadurch hervor, dass ihr primär keine ethnischen oder religiöse Konfliktursachen (Ashley 1998: 49), sondern vielmehr unterschiedliche Deutungsdiskurse des politischen Verständnisses und nationaler Identität zu Grunde liegen (Norén-Nilsson 2016).

„In fact, Asian-style democracy is as illiberal as African-style democracy in terms of political leaders' determination to cling on to power by using repressive means to keep the opposition at bay (Nossel 2015). But it is unclear whether political culture alone is what determines authoritarianism or different styles of democracy. Ideology also plays a powerful role in shaping political regimes. Illiberal ideologies still stand in the way of democratic reform in several regions of the world, including Asia“ (Peou 2018: 85).

Dabei spielt die Abgrenzung zum dominanten Nachbarn Vietnam und die Interpretation seiner Rolle für die kambodschanische Geschichte, insbesondere während des zweiten kambodschanischen Bürgerkrieges, eine tragende Rolle. Der Bürgerkrieg selbst ist dabei, wie Norén-Nilsson treffend darlegt, Grundlage für die Verortung einzelner Parteien im sozialen und politischen Feld (Norén-Nilsson 2016: xvii-xix). Obwohl sich die Formation fast aller einzelnen politischen Gruppen bis in die Kolonialzeit zurückverfolgen lässt, zeigt sich doch, dass sie sich durch die Besetzung durch Vietnam teilweise verändert oder vertieft hat. Der zweite kambodschanische Bürgerkrieg kann so zum Teil auch als ein bewaffneter Konflikt gegen eine „Besatzungsmacht“ verstanden werden (Doyle 1999: 191; Bultmann 2017: 172-177), der Gruppenidentitäten zum Teil neu hervorgebracht, aber auch gefestigt hat. Eine Reduktion der Auseinandersetzung auf eben diesen Faktor würde der Komplexität des Sachverhaltes aber nicht gerecht werden. Vielmehr ergibt sich hieraus ein wichtiger Hinweis auf identitäre Perzeptionen, die zum Verständnis antagonistischer Konfliktaustragungsmuster und deren Verschiebung hin zu agonalen Konfliktaustragungsformen notwendig sind. Wie bereits in Kapitel 4 intensiv diskutiert, stellen Chantal Mouffe und Ernesto Laclau die These auf, dass Konflikte erst dann in ethnischen oder moralischen Kategorien ausgetragen werden, wenn eine Anbindung von Identität an die politische Ebene fehlt

(Laclau/Mouffe 2012: 175-187). Konflikte können dann nicht mehr in ihrem Antagonismus gezähmt werden, vielmehr brechen sie besonders stark hervor, weil eine solche Anknüpfung mit der identitären Abwertung des Gegenübers einhergeht. Während eines Konfliktes innerhalb des eigenen Landes wird die Bevölkerung aber ohnehin stark politisiert, da das Politische alle Bereiche des Lebens vollständig durchdringt. Erst wenn die Politik das Feld des Rationalen verlässt und es dem Politischen gelingt, Emotionen zu binden, die sich dann nicht in ethnischen oder religiösen Kategorien Bahn brechen (Mouffe 2007: 18-23), kann es zu einer wirklich demokratischen Auseinandersetzung kommen. Kambodschas Politik ist aber nach wie vor von „Freund-Feind“-Zuschreibungen determiniert, die die Präsenz einer antagonistischen Eskalation real erscheinen lassen. Der Kampf um den hegemonialen Deutungsdiskurs wird mit Hilfe nicht-demokratischer Mittel ausgetragen und ist, nicht zuletzt bedingt durch die Durchsetzung von Politik mit allen verfügbaren Mitteln, im alltäglichen Leben präsent und so ständiger Diskurs. Die politische Zuschreibung des Gegenübers wird innerhalb von Kriegen zur bestimmenden Determinante des Lebens, sie definiert „Freund-Feind“-Zuschreibungen, Lebensumstände und Überlebenschancen. Auch in Kambodscha, das jahrzehntelange Konfliktepisoden hinter sich hat, spielt Politik eine gesellschaftskonstituierende Rolle. Das Herausfordern hegemonialer Diskurse oder aber deren nachdrückliche Reproduktion sowie das Wissen um nicht geführte Diskurse, die offene Diskurse beeinflussen und determinieren, zeigt sich in Kambodscha sehr intensiv und findet in der Gesellschaft dauerhaft statt. Der Einfluss von Politik auf alle Lebensbereiche fängt bei „body politics“, „house politics“ und „marriage politics“ an und endet bei „geopolitischen“ Überlegungen der einzelnen Parteien. Diskurse, die besonders sensibel sind oder die die Partei, der man angehört, herausfordern, werden oft nur in Parabeln oder Gleichnissen geführt oder auf Situationen im Ausland übertragen.⁵⁴ Es schwingt in politischen Diskursen der älteren Elitengeneration nicht zuletzt die Angst mit, es könne erneut zu einer Austragung von Konflikten mit Waffengewalt kommen. Die Anwendung der agonalen Demokratietheorie im spezifischen Konflikt/Post-Konflikt-Kontext Kambodschas erfordert eine empirische Ausgestaltung, die sowohl die staatlichen Strukturen nicht

⁵⁴ Siehe hierzu beispielsweise Norén-Nilsson (2019).

liberal geprägter Kontexte erfassen kann als auch gesellschaftlichen und politischen Wandel über mehrere Jahrzehnte hinweg abbilden kann.

„Marketization has lifted hundreds of millions of people out of poverty; democratization has turned battlefields into ballot boxes; criminalization of violence promises to help end human rights violations and deter them. On the other hand, these liberal processes have not helped institution building, because they produce winners and losers who then engage in the politics of survival. Winners are under pressure to keep winning by relying on violent means for power consolidation, knowing that losing may subject them to insecurity and the politics of retribution. Therefore, the political elite’s strategy may include efforts to form coalitions with economic and security elite members who are politically illiberal in character. These illiberal forces work together to protect their interests at the expense of economic, democratic, judicial, and legal institution building. Several possible tactics state leaders use to justify power consolidation include steps taken to weaken the opposition by both tightening control over the court system and disguising personal insecurity behind the veil of national security“ (Peou 2018: 86-87).

Kambodscha verfügte noch nie und verfügt auch heute nicht über eine konsolidierte Demokratie. Regierungswechsel, die zugleich immer ganze Systemwechsel nach sich ziehen, oder auch bereits das Infragestellen politischer Herrschaftsstrukturen sind grundsätzlich von antagonistischen Ausschreitungen begleitet (Khmer Times 27.10.2021).

„Cambodia has gone through six successive post-independence regimes since 1953, each of which attempted to realize widely different political systems. With the reintroduction of a multi-party democratic system, the factions-turned-parties redefined their political projects to compete within the new framework. They did so by rearticulating, brushing up, and patching up ideas of the political contents of the nation, and their own role in representing, embodying, or defending it“ (Norén-Nilsson 2016: xviii).

Eine Analyse formal demokratischer Strukturen, die in Kambodscha zwar Bestand haben, aber nur teilweise als Ort der eigentlichen Machtausübung genutzt werden (siehe Kapitel 6,7 und 8), ist daher nur bedingt hilfreich. Vielmehr stellen sich zwei Fragenkomplexe: Der erste befasst sich mit dem Thema: Wie lassen sich agonale Momente des politischen Diskurses in der Empirie überhaupt erkennen und beschreiben? Daran anschließend stellt sich das Problem, wie sich jene von antagonistischen Momenten abgrenzen lassen, da sie häufig zeitgleich und parallel auftreten. So lässt sich in der Empirie beispielsweise darlegen und zeigen, dass beide Formen der Austragung häufig changieren und sich überlappen oder Sachverhalte auf verschiedenen Ebenen unterschiedlich konfliktiv behandelt werden, was nicht zuletzt

mit der Einführung formaldemokratischer Strukturen, Wahlregelungen und deren Interpretation zusammenhängt:

„Throughout the 1990s, elite politics in Cambodia have revolved around contending interpretations and manipulations of these frameworks by political leaders. This form of politics has frequently implied resort to military force. For example, the Party of Democratic Kampuchea (or *Khmers Rouges*) reneged from the Paris Agreements and attempted to disrupt elections through violence in 1993, while the Cambodian People's Party (CPP) ousted its coalition partner, the royalist *Front Uni National pour un Cambodge Independent, Neutre, Pacifique et Cooperatif* (FUNCINPEC), in a military battle, allegedly in defence of the constitution, in 1997. It has also implied frequent calls for international sanctions or intervention, from parties lacking military power, in particular over aspects of electoral organization“ (Hervorheb. i. O., Hughes 2002: 168).

Es ist daher unerlässlich, diese changierenden Formen der Konfliktaustragung – Wahlen als Zeichen agonaler Konfliktaustragung, durchgesetzt mit antagonistischen Mitteln – voneinander zu unterscheiden und zu differenzieren, was nur durch ein Verständnis der konfliktiven Ebenen, die häufig parallel anzutreffen sind, ermöglicht werden kann. Die zweite, ebenfalls äußerst wichtige Frage, die sich aus dem Themenkomplex ergibt und auf diesem aufbaut, ist, welche Momente und Kontexte eben jene antagonistischen und agonalen Formen der Konfliktaustragung hervorrufen und changieren lassen. Wie werden in jenen Momenten identitäre Feindzuschreibungen und damit auch Formen der antagonistischen Konfliktaustragung durchbrochen und welche Voraussetzungen sind hierfür notwendig?

Zur Untersuchung dieser Fragen erscheint es also sinnvoll, sich auf empirisch fassbare Punkte zu konzentrieren, die einen Wandel bzw. die Anwendung bestimmter Muster sichtbar machen. Das Herausfiltern und Hervorheben jener Momente gestaltet sich in Kambodscha dabei eher als schwierig, was nicht zuletzt mit dem Problem der Datenerhebung zusammenhängt. Es gibt nur bedingt Quellen, die über die tatsächliche Situation in Kambodscha Auskunft geben könnten. Wahlergebnisse, Pressefreiheit und Entwicklungspolitik sind Themen des konfliktiven Diskurses und obliegen damit je nach Quelle einer subjektiven Interpretation. Hinzu kommt, dass das politische Feld konfliktgeladen und von Antagonismen durchzogen ist, so dass es streckenweise nicht möglich ist, unabhängige neutrale Informationen jenseits des politischen Diskurses zu erhalten. Statistiken oder Daten werden von der Regierung oft nicht zur Verfügung gestellt. Auch NGOs und internationale Organisationen folgen einer bestimmten Agenda

und sind von Interessen und Machtstrukturen geprägt, die eine neutrale Berichterstattung wiederum erschweren. Ferner ist die Art der Informationsdistribution in Kambodscha eine andere, als dies beispielsweise in Deutschland der Fall ist. Sie hängt mit einer Gesellschaftsstruktur zusammen, die sich erst in den letzten Jahren langsam gewandelt hat, wie in den kommenden Kapiteln noch dargelegt werden wird. Während fast alle Medien, wie Radio und Fernsehen, in staatlicher Hand sind, hat die Opposition vermehrt die sozialen Netzwerke genutzt, um ihre Interessen durchzusetzen. Die Informationen, die in den sozialen Medien zu finden sind, sind wenig verlässlich, vielmehr wird das Internet zur Verbreitung von politischen Diskursen verwendet, dient also weniger zur Informationsweitergabe als zur gesellschaftlichen Positionierung.

„The spread of social media was contemporaneous with increasing militancy among urban labour unions, and allowed political protest in urban factories to resonate more widely among the rural electorate which constituted the ruling party's support base. However, despite the ramifications for electoral politics, the spread of information via social media from urban to rural areas did not mirror the extraordinary militancy of urban workers' movements themselves, and social media remained dominated by elite-led political parties reflecting longstanding geo-political alignments, even before a government crackdown on political opposition, the traditional media and internet freedom in 2017“ (Hughes/Eng 2019: 366).

Die beiden einzigen freien englischsprachigen Zeitungen sind verkauft bzw. geschlossen worden, so dass die Medienlandschaft mittlerweile zum großen Teil in Regierungshand ist. Der Diskurs wird aber weiterhin über soziale Medien und auch über Zeitungen geführt, die aus dem Ausland publizieren oder aber etwas moderater schreiben. Ziel ist es aber nicht, eine Arbeit über das politische System in Kambodscha zu schreiben, vielmehr stellt sich primär die Frage nach der politischen Perzeption. Insofern soll nicht der Verlauf der Entwicklung in Kambodscha, sondern die politische Wahrnehmung eben jenes Prozesses untersucht werden, auch wenn grundlegende Informationen zur Einschätzung jener Antagonismen und Diskurse unerlässlich sind, um diese Perzeption überhaupt verstehen zu können.

Wie können also jene identitären Zuschreibungen sichtbar gemacht und bewertet werden? Es gilt zu untersuchen, an welchen Stellen der Gesellschaft ein Wandel hin zu agonalen Konfliktaustragungen erfolgt, nach welchen Systemlogiken dieser funktioniert und welchen Einfluss identitäre Zuschreibungen darauf haben. Dies wiederum geschieht anhand bestimmter, den politischen Diskurs dominierender Einflussgruppen, deren

Deutungsinterpretationen sich gegenüberstehen oder teilweise auch ergänzen. Wie bereits in Kapitel 3 ausführlich dargestellt, bleibt im Forschungskontext die Frage weitgehend unbeantwortet, wie agonale Formen der Konfliktaustragung überhaupt aussehen können – vielmehr beziehen sich die wissenschaftlichen Arbeiten eher auf normative Forderungen oder konkrete Ideen zur „Friedensintervention“. So erscheint es wenig sinnvoll, vermeintlich demokratische Institutionen zu analysieren oder die Frage nach der rechtlichen Aufarbeitung von Straftaten in den Vordergrund zu stellen, da der Wertigkeit jener Institutionen eine andere Bedeutung zukommt und diese anderen Systemlogiken folgen, als dies in liberalen Demokratien der Fall ist. Eine reine Untersuchung demokratischer Institutionen bzw. von deren Benutzung wäre nicht genug. Um dies zu verdeutlichen, sei auf ein Beispiel verwiesen. Kambodscha verfügt seit Jahrzehnten über ein Nationales Wahlkomitee (NEC), das die Überwachung und die Regelmäßigkeit der Wahlen überprüft und diese garantieren soll. Zur Erfüllung dieses Zwecks wurde das NEC sowohl von der Europäischen Union als auch von Japan und anderen Geberstaaten in der Vergangenheit massiv gefördert und gesponsert (Hintergrundgespräch mit internationalen Beratern in Phnom Penh 2015 sowie Interview P-11). Obwohl das NEC nach den Parlamentswahlen 2013 reformiert wurde mit dem Ziel, es weniger parteilich zu gestalten, ist es doch von Krisen geschüttelt und kann nicht ansatzweise mit einer Wahlkommission in einem demokratischen Land liberaler Prägung verglichen werden. Die Neustrukturierung der Wahlkommission nach den Wahlen 2013 sah, um nur einen Aspekt zu verdeutlichen, keine größere Neutralität dieser Institution vor, vielmehr wurde sie paritätisch mit je vier Mitgliedern von Opposition und regierender Partei besetzt. Lediglich die neunte Person galt als neutral und sollte so die Balance zwischen den beiden Konfliktparteien darstellen.

„The NEC is composed of nine members. Four members shall be selected by the party leading the Royal Government, four other members shall be selected by the parties having seats in the National Assembly but do not join the Royal Government, and one member is chosen upon the approval between all parties having seats in the National Assembly“ (The National Election Committee 2022).

Die Art der Besetzung jenes Postens zeigt zudem, dass man keine Person wünscht, die für ihre kritische Haltung bekannt ist, sondern vielmehr eine Person, die umsichtig agiert, während die anderen Mitglieder des Wahlkomitees nicht neutral sind (Interview Z-9; Z-23; Hintergrundgespräch mit Insider in Phnom Penh 2015). Kleinere Parteien

hingegen, die zu diesem Zeitpunkt keinen Sitz im Parlament hatten, wurden bei der Besetzung des höchsten Kontrollorgans der Wahlen überhaupt nicht berücksichtigt. Heute ist das NEC wieder ausschließlich mit Personen besetzt, die der Regierung zugetan sind, teilweise formal aber als unabhängig gelten.

„Yoeung Sotheara, a legal officer with local election watchdog Comfrel, said the appointment of three government-friendly members to the NEC was a cause for concern. ›If we talk about the balance of power, it seems to be gone in parliament, and it will be no different in the NEC‹“ (VOA 07.12.2017).

Hieraus ergibt sich die Frage, inwieweit Demokratisierungsprozesse anhand liberaler Standards, wie Gewaltenteilung oder Institutionalisierung, gemessen werden können und ob die Prozesse innerhalb dieser Institutionen die eigentlichen Machtstrukturen und die damit verbundenen Konfliktdiskurse im politischen Feld sinnvoll abbilden können. Neben der Frage nach dem eigentlichen Ort, an dem Machtdiskurse und -praktiken ausgeübt werden, gilt es zu analysieren, welche Personengruppen politische Prozesse und Konfliktdiskurse beeinflussen und lenken.

5.2 Subfelder des politisch-gesellschaftlichen Feldes

Betrachtet man die kambodschanische Konfliktsituation, lassen sich im Wesentlichen drei Personengruppen identifizieren, die das politische Feld aktiv mitbestimmen, herausfordern und maßgeblich prägen. Die den politischen Diskurs beeinflussenden Personengruppen bilden dabei eine Trias (Bonacker 2010: 189-190) – Parteien, Zivilgesellschaft und Internationale Gemeinschaft. Es erscheint deshalb sinnvoll, das politisch-gesellschaftliche Feld in drei Subfelder zu teilen, die den jeweiligen Akteuren entsprechen. Die wohl bedeutendste Rolle im politischen Feld spielen die politischen Parteien. Die Zivilgesellschaft setzt sich aus NGOs, Presse, Wissenschaft, think tanks und politisch interessierten Gruppierungen jenseits der Parteilinien zusammen. Sie bildet das zweite Akteursfeld, das den politischen Diskurs aktiv mitbestimmt. Als dritter Akteur bzw. als ein drittes Subfeld agieren, wie bereits eingehend erläutert, internationale Kräfte, diese wiederum arbeiten aber beispielsweise in NGOs oder anderen Organisationen eng mit dem zweiten Subfeld, der Zivilgesellschaft, zusammen, so dass hier nicht immer eine trennscharfe Linie gezogen werden kann, insbesondere weil diverse Organisationen in Kambodscha von Zuwendungen internationaler Geber abhängig sind, die wiederum eine eigene diskursive Ebene in die Konfliktodynamik

einbringen. Als wichtigste Akteure des internationalen Subfeldes kristallisieren sich hierbei sowohl die Internationale Gemeinschaft als auch einzelne Staaten, vertreten unter anderem durch Stiftungen und Berater, sowie die große kambodschanische Diaspora heraus. Die kambodschanische Diaspora bestimmt nicht zuletzt auf Grund des „freiwilligen“ Exils vieler Oppositionspolitiker maßgeblich das politische Feld mit.⁵⁵ Diese drei Felder bilden nicht nur die Heterogenität und das Spannungsfeld sozialer und politischer Diskurse im kambodschanischen Kontext ab, sondern determinieren es als politische Elite auch zu großen Teilen. Jene drei Felder entsprechen zugleich auch den Kapiteln der empirischen Untersuchung. Während das erste Kapitel sich mit dem Subfeld der politischen Parteien auseinandersetzt, diskutiert der zweite Abschnitt die Bedeutung der internationalen Ebene. Abschließend – um die Trias der Einflussgruppen zu komplementieren – wird die kambodschanische Zivilgesellschaft und ihre Konfliktodynamik in einem dritten Kapitel analysiert werden.

Die Erschließung der aufgezeigten Subfelder erfolgt anhand verschiedener Methoden, vor allem anhand von Interviews, die mit einer Auswahl von Personen, die zu den Eliten der genannten Gruppierungen gehören, geführt wurden. Die leitfragengestützten Interviews wiederum thematisieren vier bestimmte Aspekte des Politischen, die zugleich auch die Unterstruktur der empirischen Kapitel bilden. Diese sind auf die speziellen Eigenheiten Kambodschas als Post-Konflikt-Gesellschaft zugeschnitten und erlauben es, potenziell agonale Momente und einhergehenden Identitätswandel innerhalb dieser drei Felder empirisch greifbar zu machen. Ziel ist es also, Momente des Agonalen in einer von Antagonismen durchzogenen Gesellschaft zunächst einmal herauszuarbeiten und dann näher zu analysieren. Diese systematische Konzeption ist nicht nur auf Grund der spezifischen Eigenheiten Kambodschas notwendig, vielmehr ergibt sie sich auch aus dem Umstand, dass bisher noch keine umfassende empirisch-systematische Arbeit zur Untersuchung agonaler Konfliktaustragungsmechanismen getätigt wurde und auch Chantal Mouffe in ihren Anwendungsvorschlägen eher

⁵⁵ In diesem Kontext stehen sich faktische Grenzen und „funktionale Grenzen“ gegenüber (Stetter 2008: 42). Obwohl in Kambodscha klar zwischen Staatsgebiet und nicht Staatsgebiet unterschieden werden kann, gehen die funktionalen Grenzen, die das soziale und politische System beeinflussen, über das Staatsgebiet hinaus und sind selbst Teil des diskursiven Prozesses. Das ist aber kein singuläres Charakteristikum des kambodschanischen Systems. Zum Phänomen von „Bordering“ und „Debordering“ und der sozialen Konstruktion von Grenzen, insbesondere im Nahen Osten, siehe Stetter (2008).

deskriptiv-theoretisch bleibt, anstatt eine systematische Konzeption zu entwickeln. Im Folgenden werden zunächst die drei politischen Felder, also Politische Parteien, internationale Kräfte und Zivilgesellschaft, näher spezifiziert und ihr Einfluss auf den politischen Prozess vertieft erläutert. In einem zweiten Schritt werden schließlich die vier Zugangsmöglichkeiten zu den drei Subfeldern kurz dargelegt werden: 1. zeitliche Entwicklung, 2. Konfliktaustragungsmodi, 3. demokratische Verfahrensmechanismen und 4. identitäres Selbstverständnis und Perzeption des Gegenübers.

Politische Parteien

„In national elections on 28 July 2013, Cambodia’s fifth since the introduction of a multi-party democratic system, a sharp rise in support for newly formed opposition party Cambodia National Rescue Party (CNRP) took observers by surprise. The official election results placed long-incumbent Cambodian People’s Party (CPP) at 48.83 per cent of votes, while the CNRP, a coalition between the two main opposition parties, came a close second at 44.46 per cent. This has broken the string of successive electoral triumphs of the CPP under the leadership of PM Hun Sen, which peaked at a record 58.1 per cent in 2008. The aftermath of the elections evidenced continued strong popular backing of the CNRP, leading eventually to a government crackdown, which suggests that, regardless of the future of the party, it has functioned as a vehicle channelling critical popular demands“ (Norén-Nilsson 2015: 261-262).

2013 markiert eine Zäsur im politischen Feld Kambodschas. Die Regierungspartei wurde seit der endgültigen Konsolidierung ihrer Macht 1998 zum ersten Mal auf demokratischem Wege ernsthaft herausgefordert, was mit Transformationen des politischen Feldes sowohl zwischen den Parteien als auch zwischen Politikern und Zivilgesellschaft einherging. Insbesondere stehen sich Regierungspartei und Oppositionsparteien gegenüber, sie bilden die erste Gruppe, die das Spannungsfeld im politischen Prozess bestimmt. Hierbei konzentriert sich die Untersuchung auf fünf Parteien. Zunächst einmal auf die seit mehr als 25 Jahren regierende Partei CPP (Cambodian People’s Party), ferner auf die zum Zeitpunkt der empirischen Untersuchung, also 2015, noch nicht aufgelöste Oppositionspartei CNRP (Cambodia National Rescue Party). Die Notwendigkeit, jene beiden Parteien zu untersuchen, ergibt sich aus der politischen Situation selbst, war doch, wie auch in oben aufgeführtem Zitat deutlich wird, die CNRP die erste Partei seit mehr als einem Jahrzehnt, die die Regierungspartei ernstlich in Bedrängnis bringen konnte. Zuvor hat dies nur die in den 90er Jahren sehr starke Partei FUNCINPEC (Front Uni National pour un Cambodge Indépendant, Neutre, Pacifique, et Coopératif) geschafft, die eng mit dem

kambodschanischen Königshaus verbunden ist und zunächst in einer sogenannten „doppelten Premierministerlösung“ das Land mit der CPP gemeinsam nach den Gründungswahlen 1993 regierte. Sie hatte zunächst die Wahlen gewonnen und konnte also den auf demokratischer Basis geführten hegemonialen Deutungsdiskurs über die Zukunft des Landes und die Interpretation der Vergangenheit eigentlich für sich entscheiden. Die Spannungen zwischen CPP und FUNCINPEC verschärften sich im Juli 1997 so sehr, dass sie sich zu einem bewaffneten Konflikt ausweiteten, aus dem die CPP schließlich als Sieger hervorging. Auch heute spielt FUNCINPEC als Partei des Königshauses noch eine bedeutende identitätsstiftende Rolle, auch wenn die Wahlergebnisse dies nicht unbedingt wiedergeben.

„While presenting a vote for FUNCINPEC as a vote for the king was effective electorally in 1993, the subsequent decline in FUNCINPEC’s share of the vote in 1998, and in commune elections in 2002, suggests that the party’s failure, in government, to convert its royalist appeal into real benefits for voters was noted by the electorate. [...] For FUNCINPEC’s leaders, coming into Cambodia for the first time in a decade or more, unfamiliar with government and with local conditions, and without any coherent policy platform to guide their activities, the business of attempting to wrest executive power from the CPP’s grasp proved too challenging“ (Hughes 2003: 118-119).

Für das identitäre Verständnis der politischen Struktur hingegen ist sie durch ihre Nähe zum Königshaus und die weit verbreiteten Netzwerke unabdingbar. Diese drei großen Parteien bzw. Bewegungen spiegeln, vereinfacht gesagt, drei unterschiedliche identitäre Perspektiven auf Nation und Staat wider und bestimmen den politischen Diskurs.

„Cambodian political discourse distinguishes between the CPP, royalist parties, and democratic parties—and this is also how political actors self-define. The primary divide between these three main political identities in Second Kingdom electoral politics lies in different conceptions of how to relate to the nation. [...] Articulating these political identities in relation to the nation meant staking out the boundaries of what it meant to be a populist, a royalist, and a democrat, in a process of co-constitution between such political identities and the nation. This, in turn, went hand in hand with the making of the contested categories of democracy, legitimate leadership, and the mandate of the reinstated monarchy“ (Norén-Nilsson 2016: 12).

Auch Vertreter zweier kleinerer Parteien wurden befragt, die der GDP und der LDP, die einen nicht unerheblichen Einfluss auf das politische Gesamtgefüge ausüben. Die Grassroots Democratic Party (GDP) ist erst 2015 entstanden. Einer ihrer Gründer, Kem Ley, ist 2016 in einer Tankstelle der Hauptstadt ermordet worden. Obwohl der Täter gefasst wurde, bleiben die Umstände und die Hintergründe der Tat bis heute umstritten

(siehe Kapitel 6.3.) Eine weitere Partei, die ebenfalls befragt wurde, ist die League for Democracy Party (LDP), die in den Kommunalwahlen 2012 immerhin 8 Sitze für sich gewinnen konnte. Für eine kleine Partei ist dies in Kambodscha ein beachtlicher Erfolg. Gleichzeitig macht diese Partei durch die Radikalität ihres Anführers und das Engagement der jungen Anhänger von sich reden (Z-15). Die Interviewpartner konstituierten sich dabei fast ausschließlich aus Führungspersonlichkeiten der politischen Parteien, wie beispielsweise Parlamentsmitgliedern, prominenten Parteiaktivisten, aber auch zu einem kleinen Teil aus Mitgliedern der Jugendorganisationen.

Internationale Kräfte

Die im Feld der politischen Parteien agierenden Akteure werden von internationalen Kräften, also internationalen Beratern, Stiftungen und den Regierungen anderer Länder beeinflusst. Diese agieren sowohl innerhalb als auch außerhalb des Landes, indem sie Konzepte und Leitlinien für die Entwicklungszusammenarbeit festlegen. Diese bilden das zweite Feld und üben aktiv Einfluss auf die Konfliktdynamik aus. Besonders NGOs und Stiftungen sind hier Bindeglied zwischen den Vorstellungen der Internationalen Gemeinschaft und den Akteuren vor Ort. Unterliegende normative Vorstellungen der Internationalen Gemeinschaft und der damit vermeintlich verbundene Wissensvorsprung der NGOs über Konfliktlösung und Regierungsarbeit „renders these organizations central in shaping narratives and widely held beliefs about proper courses of action generated and diffused within different governance arenas“ (Moussa Nabo/Stetter 2012: 192), was wiederum neue Konfliktdiskurse hervorruft (siehe Kapitel 7). Betrachtet man die Peacebuilding-Szene in Kambodscha, ist es schwierig, zwischen internationalen Stiftungen oder „klassischen“ Beratern auf internationaler Ebene zu unterscheiden. Das Aufgabenspektrum vermischt sich, da diverse Stiftungen zugleich auch als Berater für das Parlament und andere Regierungseinrichtungen tätig sind oder politische Projekte auf lokalen Ebenen oder im „capacity building“ fördern. Zu den internationalen Kräften zählen aber auch Botschaften, die wiederum die Interessen ihres Staates vertreten, oder aber die UN oder einzelne Länder selbst, wie z.B. China oder die USA, die ein vitales Interesse an der Ausgestaltung der politischen Landschaft haben und diese direkt oder indirekt beeinflussen. Insbesondere China und die USA

rivalisieren um die politische Einflussnahme in der Region. Gleichzeitig spielt aber auch die Beziehung zu den Nachbarländern, vor allem zu wirtschaftlich stärkeren Staaten wie Vietnam und Thailand, eine essentielle Rolle für den Konfliktdiskurs. Einen unmittelbareren Einfluss auf das politische Feld nimmt auch die hauptsächlich in den USA, Australien und Frankreich lebende Diaspora, die an der Grenze zwischen internationalen Kräften und Zivilgesellschaft steht.

Zivilgesellschaft

„The CPP has also sought to control civil society actors by seeking to keep them either weak or subordinate to its interests, or unable to challenge its reign of power. The role of NGOs in particular has been increasingly constrained, and this development has also negatively affected the freedom of association. During the summer of 2015, for instance, the government passed a new law on associations and non-profit organizations (LANGO), requiring both international and national NGOs to register with the government. Observers were concerned that the law can be used as a political tool [...]“ (Peou 2018: 91).

Internationale NGOs wiederum stehen in unmittelbarer Wechselwirkung mit der Zivilgesellschaft vor Ort, die sich ihrerseits aus regionalen NGOs, interessierten jugendlichen Gruppierungen, teilweise auch aus Gewerkschaften, Wissenschaft, Thinks Tanks und den wenigen unabhängigen Medien, die es in Kambodscha in dieser Form heute aber nicht mehr gibt, zusammensetzt. In den letzten Jahrzehnten hat sich eine sehr vitale NGO-Szene herausgebildet, die die Regierung immer wieder scharf kritisiert, dabei von internationalen Kräften unterstützt wird und ihre Bedeutung im politischen Prozess nicht zuletzt durch die Haltung der Regierung erlangt, da diese den NGOs eine besondere Bedeutung beimisst. Gleichzeitig werden internationale Hilfsangebote auch von der wissenschaftlichen Forschung kritisiert, die ihren Nutzen in Frage stellt (Ear 2013; St John 2005). Die Differenzierung zwischen rein lokalen und internationalen NGOs ist dabei schwer zu treffen. Alle einflussreichen NGOs mit lokaler Leitung werden durch internationale NGOs unterstützt, die entsprechend das Geld vor Ort verteilen und/oder beratend zur Seite stehen. Insofern scheint hier eine Kategorisierung nach lokalen NGO-Mitarbeitenden (Zivilgesellschaft) oder internationalem Personal (internationale Kräfte) die beste Form der Kategorisierung zu sein, die auch angewendet wurde. Ein ähnliches Bild ergibt sich für die Universitäten, denn, obwohl Universitätspräsidenten und Leitung meist über ein Parteibuch verfügen, werden hier auch kritische Positionen – allerdings nicht öffentlich – vertreten. Es wird intensiv über die politischen Positionen reflektiert, so dass eine Befragung von Wissenschaftlern

unabdingbar ist, die ebenfalls der Zivilgesellschaft zugeordnet werden. Universitäten sind zwar nicht unmittelbar am politischen Prozess beteiligt, dennoch üben sie durch Forschung und Lehre einen mittelbaren Einfluss auf das politische System aus. Kambodschanische Think Tanks – auch diese sind nicht unbedingt rein kambodschanisch, sondern immer auch mit internationalen Kräften besetzt – verfügen zwar über eine relative Freiheit im politischen System, mussten aber ebenfalls in den letzten zwei Jahren massive Einschnitte hinnehmen. Sie publizieren zu politischen Themen und pflegen wichtige Kontakte sowohl zum Königshaus als auch zu anderen politischen Parteien, interessierter Öffentlichkeit sowie internationalen Geldgebern. Da viele Think Tank-Mitarbeitende sowohl in Khmer als auch in Englisch publizieren und einige Wissenschaftler über zwei Staatsangehörigkeiten verfügen oder lange Zeit im Ausland verbracht haben, treten sie in verschiedenen Rollen auf, sind aber im gesellschaftlichen Diskurs stark verankert. Think Tanks werden deshalb unter Zivilgesellschaft geführt. Zur Gruppe der Zivilgesellschaft zählen im weiteren Sinne auch politisch „neutrale“ Personen, die in Gremien sitzen oder in anderen Verwendungen tätig werden und durch ihr Amt und ihre Expertise das politische Geschehen beeinflussen.

Eine letzte einflussreiche Gruppe, die ebenfalls für Interviews herangezogen wurde und deren Bedeutung sich aus dem demographischen Wandel in Kambodscha ergibt, sind politisch engagierte junge Akademiker zwischen etwa 20 und 35 Jahren, die in diesem Kontext jenseits von Parteilinien agieren. Bedingt durch die internationale Unterstützung Kambodschas, können immer mehr junge Menschen, auch jenseits alter Elitenstrukturen, im Ausland studieren und sich weiterbilden.

5.3 Empirische Zugangswege zur Beschreibung eines Wandels

Der Zugang zur Untersuchung jener drei Subfelder des Politischen erschließt sich über die den politischen Prozess determinierenden Aspekte, die den agonalen Wandel abbilden und sichtbar machen können. Sie ermöglichen es, potenzielle Momente des agonalen und damit einhergehende oder sich verschiebende Konflikt- und Identitätsstrukturen aufzuzeigen und empirisch fassbar zu machen. Gleichzeitig verfolgt jede Kategorie eine andere Schwerpunktsetzung, die eine Betrachtung der drei

Gruppierungen aus verschiedenen Perspektiven ermöglicht und so unterschiedliche Aspekte greifbar und beschreibbar macht.

Zeitliche Entwicklung

Ein wichtiger Faktor, der jenen möglichen Transformationsprozess hin zu agonalen Konfliktaustragungsformen sichtbar machen kann, ist die zeitliche Entwicklung des politischen und sozialen Feldes bzw. der drei Subfelder. Wie hat sich Kambodscha in den letzten Jahrzehnten verändert? Begreift man die Wahlen 1993 – also die ersten und, wie manche Kritiker behaupten, auch die einzigen wirklich freien Wahlen (Z-23; Hintergrundgespräche), die Kambodscha jemals erlebt hat – als Ende des Bürgerkriegs und Ausgangspunkt für ein friedliches Miteinander, stellt sich die Frage, was seitdem erreicht wurde, wie Kambodscha sich im sozialen, im politischen und im gesellschaftlichen Diskurs entwickelt hat. Seit dieser Zeit sind fast 30 Jahre vergangen, neue Generationen von Politikern haben sich herausgebildet, der Einfluss der Internationalen Gemeinschaft und damit auch Kambodschas Stellung in der Welt, aber auch in der Region hat sich gewandelt, eine vitale Zivilgesellschaft nimmt aktiv Einfluss auf das politische Geschehen. Kambodscha hat sich von einem Staat, der weder über flächendeckenden Strom noch über ein Netz an Straßen verfügte, zu einem Land mit pulsierender Hauptstadt entwickelt. Die ländlichen Regionen werden gezielt erschlossen, und es existieren mittlerweile ausreichend Schulen und Universitäten. Während am Ende des zweiten Bürgerkrieges, also zur Zeit des Friedensabkommens, ein großer Teil der CPP-Politiker, die im Land verblieben waren, entweder in den Jugendkadern der Khmer Rouge war und für die Revolution kämpfte oder sich aber in Vietnam im Widerstand formierte und sich damit nicht auf ihre Bildung konzentrieren konnte, weist das Parlament heute immer mehr sachliche Kompetenz auf (siehe Kapitel 6). Fast alle jüngeren Politiker haben studiert, häufig im Ausland. Gleichzeitig gilt es zu hinterfragen, welche divergierenden Perspektiven Oppositionsparteien, Regierung und soziale Gruppen auf jenen Wandel haben und ob dieser für jene Gruppierungen erkennbar ist bzw. wie dieser individuell wahrgenommen wird, auf welche Gründe er zurückzuführen ist und welche Schwachpunkte sich dabei herauskristallisieren. Kernfrage hierbei ist, inwieweit ein so skizzierter Wandel auch zu einer Änderung in der Konfliktstruktur bzw. der Perspektivierung des Gegenübers führt, oder ob

Konfliktmuster und Feindbilder sich so gefestigt haben, dass sie sich nur an anderen Stellen und auf andere Weise offenbaren. Diese Fragestellung ist gerade im Hinblick auf das Identitätsverständnis des Gegenübers besonders notwendig.

Identitäre Zuschreibungen und Selbstverständnis

Ein wesentliches Kriterium aber für die Frage nach Formen agonaler Konfliktaustragung und der damit verbundene Identitätszuschreibung des Gegenübers ist die Perzeption der einzelnen Akteure und des politischen Feldes als Gesamtes. Im Fokus der Untersuchung stehen sowohl die Eigen-, als auch die Fremdwahrnehmung, die sich aus dem politischen Diskurs und auch durch einzelne Gespräche ableiten lassen (Bramsen 2022; Strömbom 2020). Wie wird der politische Gegner vom Gegenüber bewertet, wie beurteilen NGOs, Berater und im politischen Verfahren involvierte Personen die Situation? Eine weitere Frage, die sich im Hinblick auf Konfliktlinien und -ebenen ergibt, ist das Selbstverständnis der Politiker, das Rückschlüsse auf die Art der Konfliktaustragung zulässt. Welche identitäre Zuschreibung erfahren internationale Eliten und welche Rolle nehmen diese im politischen Diskurs ein? Steht die Repräsentation der Bürger im Vordergrund, die Intention also, dem Staat und dem Volk zu dienen, oder herrschen entsprechende Konfliktmuster vor, die die Bekämpfung eines Feindes notwendig machen, so dass das eigentliche Ziel des Politischen, verstanden als Ausgestaltung des politischen Raumes, in den Hintergrund rückt? Kernfrage dabei ist, wie sich Fremd- und Selbstwahrnehmungen gestalten, welchen Einfluss diese auf die Ausgestaltung des politischen Diskurses haben und ob sie agonale Konfliktaustragung ermöglichen oder behindern.

Konfliktaustragungsmodi

Ein weiterer Punkt, anhand dessen sich sowohl ein Wandel in identitärer Zuschreibung als in Perspektivierung des Selbst und des Gegenübers aufzeigen lässt, sind die Konfliktaustragungsmodi. Wie arbeiten einzelne Parteien zusammen, wie werden Konflikte gelöst? Kommt es zu weiteren Ausschreitungen und bewaffneten Auseinandersetzungen, wie dies etwa während des von Teilen der politischen Elite so genannten Coup d'Etat 1997 der Fall war, oder werden Konflikte auf anderen gewaltfreien, beispielsweise institutionellen Ebenen gelöst? Gleichzeitig gilt es auch, verschiedene Ebenen der Konfliktaustragung zu berücksichtigen. Ein und derselbe

Konflikt kann sowohl agonale als auch antagonistische Züge aufweisen und je nach Gegenüber und Situation friedlich oder aber auch gewaltsam gelöst werden.⁵⁶ Einzelne Modi können zugleich changieren, verschiedene Elemente enthalten und sich transformieren, oder sie können parallel zu antagonistischen Formen bestehen. Insofern ist es angebracht, exemplarisch herauszuarbeiten, wo ein Wandel der Konfliktaustragungsmodi stattfinden kann, wie diese zu bewerten sind und ob sich hier diverse Muster oder Pauschalisierungen erkennen lassen. Es ist nicht nur die Komplexität der einzelnen Mechanismen, sondern auch der Einfluss, den verschiedene Personengruppen auf jene Konflikte haben, zu berücksichtigen. Welche Rolle spielen hierbei die drei skizzierten Gruppierungen, stehen sich diese kontrastiv gegenüber, steuern sich die Ebenen gegenseitig oder sind sie jeweils unabhängig voneinander zu betrachten? Die Kernfrage ist also, wie die nationalen und internationalen Ebenen die einzelnen Konfliktprozesse beeinflussen und inwieweit sie durch ihr Verhalten zur Herausbildung eines agonalen Konfliktverständnisses beitragen oder es behindern.

Demokratische Verfahren

Ein Indikator, der auf einen möglichen Wandel zu agonalen Formen der Konfliktaustragung, gleich wie und in welcher Weise diese Agonalität auch ausgestaltet sein mag, hinweist, ist die Anwendung demokratischer Verfahren. Die Frage nach demokratischen Verfahren zielt dabei – anders als bei Strömbom (2020) – nicht auf „institutionelle Inklusion“ aller Konfliktparteien oder gegenseitigen „Respekt“ innerhalb der Institutionen ab, was ja schon eine agonale Austragungsform von Konflikten und einen bestehenden Konsens impliziert. Auch weisen Aufbau und Existenz demokratischer Strukturen, wie bereits ausführlich erläutert, nur ein mangelndes Erklärungspotenzial für Herrschaftsstrukturen in Kambodscha als Post-Konflikt-Staat auf. Vielmehr zielt die Analyse auf eine grundlegendere Ebene ab, nämlich inwieweit demokratische Strukturen tatsächlich genutzt werden und überhaupt über einen Legitimitätsanspruch im politischen Feld verfügen. Welche Bedeutung kommt beispielsweise Wahlen zu? In welcher Form werden Aushandlungsprozesse mit der

⁵⁶ Lehti und Romashov (2022) skizzieren diese Parallelität von antagonistischer Perzeption des Gegenübers und temporär und örtlich begrenzten Räumen des Agonalen sehr ausführlich am Beispiel eines lokalen Marktes in einem von Aserbaidshanern bewohnten Dorf an der georgischen Grenze zu Armenien.

politischen Opposition geführt? Ein zentraler Punkt, der auf agonale Austragungsformen und einen Wandel der Freund/Feind-Perzeption hinweisen kann, ist die Einhaltung rechtstaatlicher Verfahren. Wird dem politischen Gegenüber mit Waffengewalt begegnet, sollten sich Probleme ergeben, oder orientieren sich die einzelnen Konfliktparteien an demokratischen, rechtsstaatlichen Austragungsmechanismen? Kann die Judikative frei arbeiten oder dienen rechtstaatliche Mechanismen der Durchsetzung politischer Zielsetzungen? Gleichzeitig gilt es zu hinterfragen, welchen Wert demokratische Institutionen tatsächlich haben. Welche Achtung besteht vor diesen, werden sie instrumentalisiert und die bedeutenden Entscheidungen jenseits des demokratischen Raumes geführt oder schaffen jene Institutionen, wie dies auch Mouffe fordert, den Raum für der Austragung agonaler Deutungsdiskurse (Mouffe 2007: 160)? Obwohl Mouffe auf den demokratischen Raum rekurriert und diesen als Minimalkonsens und Grundbedingung für agonale Konfliktaustragung sieht, nimmt die Prämisse in Post-Konflikt-Gesellschaften doch eine etwas andere Stellung ein. Demokratische Institutionen sind hierbei nicht nur Raum agonaler Konfliktaustragung, sondern können vielmehr selbst Prozess bzw. Spiegel des Agonalen und Antagonistischen ein. Verdeutlicht man sich die Ausgangssituation von bewaffneten Konflikten und Bürgerkriegen, können jene Institutionen, in denen, in welcher Form auch immer, einzelne Personen zusammenarbeiten, bereits ein Ausdruck einer Verschiebung der identitären Perspektivierung des Gegenübers sein. Kernfrage ist somit, inwieweit demokratische Austragungsräume genutzt werden und in welcher Form diese im individuellen Kontext Kambodschas adaptiert und für bestimmte Konfliktaustragungsformen nutzbar gemacht werden.

Grafisch veranschaulicht ergibt sich damit also folgendes Bild:

	POLITISCHE PARTEIEN	INTERNATIONALE EBENE	ZIVILGESELLSCHAFT
ZEITLICHE ENTWICKLUNG	<ul style="list-style-type: none"> • Konfliktstruktur • Konfliktverständnis • Verhalten gegenüber Parteien, Zivilgesellschaft, internationaler Ebene • Wandel oder Konstanz des Parteiensystems • Staatsaufbau 	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung des internationalen Engagements • Regionale und internationale Integration oder Konflikt • Dauerhafte Zusammenarbeit oder externer Druck 	<ul style="list-style-type: none"> • Wandel der Sozialstruktur • Positionierung gegenüber dem politischen Feld • Aufbau von Zivilgesellschaft und Kontrollfunktion • Fragmentierung oder Versöhnung
MODI DER KONFLIKT-AUSTRAGUNG	<ul style="list-style-type: none"> • Verhältnis von agonalen zu antagonistischen Formen • Eskalationslogiken • Konfliktverlagerung 	<ul style="list-style-type: none"> • Konfliktförderndes oder deeskalierendes Verhalten vor Ort • Einfluss auf Konfliktdiskurse • Territoriale Interessensdurchsetzung 	<ul style="list-style-type: none"> • Keine, agonale oder antagonistische Partizipation im politischen Feld • Herausforderung oder Stärkung der Herrschaftsstrukturen
DEMOKRATISCHE VERFAHREN	<ul style="list-style-type: none"> • Austragungsformen • Parallelstrukturen • Akzeptanz vs. Instrumentalisierung 	<ul style="list-style-type: none"> • Konditionalität von Finanzierungen • Förderung von Rechtsstaatlichkeit • Demokratieentwicklung 	<ul style="list-style-type: none"> • Bedeutung von Wahlen • Nutzung demokratischer Austragungswege (Demonstrationen, Gerichte, Parteipartizipation)
IDENTITÄRE ZUSCHREIBUNGEN UND SELBSTVERSTÄNDNIS	<ul style="list-style-type: none"> • Wir/Sie-Unterscheidung • Selbstverständnis im politischen und sozialen Feld • Identifikationsmuster aus dem vorherigen Konflikt 	<ul style="list-style-type: none"> • Selbstverständnis und Fremdwahrnehmung • Interessens- oder identitätsbasiertes Handeln • Verständnis als Mediator oder einseitige Unterstützung 	<ul style="list-style-type: none"> • Selbstbewusstsein als politischer Einflussfaktor • Beziehungen zur herrschenden Elite • Einheit oder Fragmentierung • Fremdbestimmung vs. Selbstorganisation

5.4 Methodisches Vorgehen

Zur Untersuchung der genannten drei Felder und zu ihrer Erschließung anhand der vier aufgezeigten Kategorien eignet sich, wie eingangs erwähnt, ein „mixed methods“-Ansatz. Der Untersuchungszeitraum der Arbeit bezieht sich auf die zeitliche Periode von 1991 bis 2022. Vergegenwärtigt man sich die zu Beginn des Kapitels skizzierte Problematik hinsichtlich der Datenlage in Kambodscha sowie der stark fragmentierten sozialen und politischen Realität, erscheint es unerlässlich, die oben genannten Aspekte mit verschiedenen Methoden zu untersuchen, die sich entsprechend ergänzen können. Insofern wird sich die Arbeit im Wesentlichen auf vier Methoden stützen: die teilnehmende Beobachtung im politischen Feld, z.B. den Besuch von politischen Workshops, Public Lectures oder Demonstrationen; zweitens die Auswertung schriftlicher Quellen, also von Zeitungen, Social Media, Policy Papers und Regierungsberichten etc.; drittens die Analyse leitfragengestützter und narrativer Interviews und die Deutung von Gesprächen, die im vertraulichen Rahmen geführt wurden. Eine vierte Möglichkeit ergibt sich aus der Auswertung von Sekundärliteratur. Insbesondere im Hinblick auf Elitenstruktur, nationale Identität, politische Netzwerke, sozialen Wandel, Einfluss der internationalen Gemeinschaft oder auch die Entwicklung der Roten Khmer im gesellschaftlichen Feld kann auf wichtigen Grundlagenarbeiten aufgebaut werden (z.B. Bultmann 2017, 2020; Norén-Nilsson 2016; Chandler 2008; Strangio 2014; Hughes 2001, 2002, 2009; Brown/Timberman 1998a; Peou 2002, 2018; Um 2014, 2018; Öjendal/Lilja 2009; Bonacker 2010; Bonacker et al. 2014). In Bezug auf die ersten drei Methoden ergab sich, bedingt durch den relativ schwierigen Zugang zum Feld, das Problem, das Verhältnis zwischen Distanz und Empathie auszubalancieren (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2008: 58). Einerseits waren das Führen von Interviews, das Arrangieren von Hintergrundgesprächen oder aber auch die teilnehmende Beobachtung überhaupt nur über die Schaffung und das Zurückgreifen auf bereits bestehende Netzwerke möglich, so dass es unerlässlich war, zunächst Vertrauen und Glaubwürdigkeit zu schaffen, andererseits stellte gerade das ein Problem dar, da eben jene Zugehörigkeit oder Verbindung zu einzelnen Netzwerken beim Gegenüber bereits bestimmte Assoziationen hervorruft und so die Interviewerin selbst Teil des sozialen Feldes werden lässt. Dieses Problem ergibt sich insbesondere bei lokalen NGOs, die zum einen von internationalen Kräften abhängig sind, zum anderen aber auch eine

bestimmte Agenda verfolgen und die Situation so darstellen, dass ihre eigene Notwendigkeit gerechtfertigt wird. Auf dieses Problem weisen auch Przyborski und Wohlrab-Sahr (2008) hin:

„Die Forscherin kann gegenüber dem Feld keine antiseptische Distanz bewahren: Sie nimmt teil, auch wenn sie nur beobachtet. Sie tritt in einen Kommunikationsprozess ein, und in diesen Prozess geht viel von dem ein, was sie als Person mit einem bestimmten Geschlecht, mit sozialen Bindungen, individuellen Eigenschaften, theoretischem Vorwissen, sozialen Ressourcen etc. mitbringt. [...] Das Verhältnis von Teilnahme und Beobachtung muss im Zuge der Feldforschung ausgelotet werden und es wird – je nach Forschungsgebiet – unterschiedlich bestimmt werden. Auf der einen Seite des Spektrums steht der Beobachter, der lediglich an der öffentlichen Sphäre teilhat, welche auch die Beobachteten teilen, der sich darin aber weder als Forscher offenbart noch eine persönliche Beziehung zu den Beobachteten herstellt. Auf der anderen Seite des Spektrums steht derjenige, der sich über längere Zeit in einer Gruppe bewegt und eine Vielzahl intensiver persönlicher Kontakte aufbaut“ (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2008: 58).

Bedingt durch die Interviewsituation, also das sehr angespannte politische Umfeld in Kambodscha, war es weder in Interviews noch in der teilnehmenden Beobachtung möglich, sich nicht als Forscherin zu offenbaren oder keine Verbindungen aufzubauen, da zum einen die politische Szene sehr klein ist und „fremde“ Personen grundsätzlich auffallen, zum anderen auch, weil ohne entsprechende Fürsprache eine Teilnahme an politischen oder akademischen Veranstaltungen in dem gegebenen sozialen Feld überhaupt nicht möglich gewesen wäre. Die zeigt sich nicht zuletzt in der Auswahl der Gesprächspartner und Gesprächspartnerinnen: Durch die stark emotional aufgeladenen politischen Diskurse ist allein die Tatsache, mit der einen oder anderen Personengruppe zu reden, bereits ein politisches Statement. Eine rein faktenbasierte Gesprächsführung ist an dieser Stelle nicht realisierbar. Insofern ergibt sich hier durch die Auswertung von Gesetzestexten, Zeitungsartikeln und anderen Schriftstücken ein Korrektiv, das zwar keinen absoluten Anspruch auf Sachlichkeit erhebt, die in diesem von Konflikten determinierten Raum auch nicht gegeben ist, aber dennoch hilft, die einzelnen Diskurse zu bewerten und einzuordnen, ob diese eher von einem Feindbild ausgehen, auf bestimmten Ereignissen und Tatsachen basieren oder ob beide Ebenen sich überschneiden. Ein weit verbreiteter Mythos, der auch in Gesprächen immer wieder vorgebracht wurde, ist beispielsweise, dass die Roten Khmer sich weitgehend aus Vietnamesen rekrutierten und Vietnam die Terrorherrschaft der Khmer Rouge auch nach deren Machtergreifung noch unterstützte (Hintergrundgespräche in Phnom Penh

2015 und Interview mit Z-2, der über diese Diskurse berichtet). Ein Vorwurf, der den Fakten so nicht entspricht. Für weitere Themenfelder ergibt sich ein ähnliches Bild. Aber nicht nur zwischen den einzelnen Gruppen ist der Konfliktdiskurs fragmentiert, sondern auch innerhalb der einzelnen Gruppen. Das Konfliktverständnis und damit auch die forcierte Art der Konfliktaustragung ist bei verschiedenen Mitgliedern der Parteien, Studierenden, NGOs, Beratern und akademischem Personal nicht immer homogen, vielmehr gehen die Vorstellungen der einzelnen Personen weit auseinander.

5.5 Datenerhebung

Interviews

2015 wurden insgesamt 50 Interviews geführt, 49 davon in Phnom Penh und in anderen Orten Kambodschas und eines in Deutschland. Hinzu kommen ein 2022 geführtes Follow-up-Interview und verschiedene Hintergrundgespräche zwischen 2015 und 2022.⁵⁷

Der Aufbau der Interviews erfolgte basierend auf Leitfragen, allerdings mit Raum für viele narrative Passagen. Dabei vermischen sich Fragen nach biographischen Elementen mit eigentlichen Sachfragen, was nicht zuletzt auf die persönliche Involviertheit der Befragten zurückzuführen ist. Die Interviews sind also als eine Mischung aus biographischem Interview und Experteninterview zu verstehen. Die Leitfragen sind an den Erfahrungsstand des Gegenübers angepasst, da beispielsweise Fragen zu der politischen Entwicklung nach dem Ende des Bürgerkrieges weder von jüngeren Personen, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht geboren waren, noch von internationalen Beratern, die erst seit Kurzem im Land sind, beantwortet werden können. Obwohl die Fragen teilweise variieren, sind sie nach den vier aufgezeigten Aspekten geführt worden. Es wurden jeweils 3-4 Fragen pro Kategorie behandelt. Die Kategorien waren zeitliche Entwicklung, Konfliktaustragungsmodi, demokratische Verfahren, identitäre Zuschreibungen und Selbstverständnis. Hinzu kommt jeweils noch eine individuell gestaltete Kategorie, die es dem Gegenüber erlaubte, seine Expertise und seine

⁵⁷ Obwohl die Forscherin bemüht war, Personen beider Geschlechter zu befragen, liegt der Anteil weiblicher Interviewpartnerinnen bei knappen 20%, was der Geschlechterverteilung im untersuchten Feld geschuldet ist. Im kambodschanischen Parlament liegt der Frauenanteil beispielsweise bei ca. 20%. Führungspositionen in internationalen NGOs und Stiftungen sowie Beraterposten waren während der Zeit der Feldforschung fast ausschließlich männlich besetzt.

persönlichen Erfahrungen einzubringen, also z.B. Fragen nach Wahlrecht, Parteizugehörigkeit, rechtlichen Prämissen, Bedeutung der jeweiligen beruflichen Position etc. Die Sprachen der Interviews sind sowohl Englisch als auch Deutsch, in zwei Fällen wurden die Interviews in einer Mischung aus Khmer, Französisch und Englisch geführt. In diesem Fall haben die Interviewpartner ihre eigenen Mitarbeiter teilhaben lassen, die entsprechend übersetzt oder ergänzend eingegriffen haben. Auf Grund des politischen Umfelds war die Mitnahme eines professionellen Dolmetschers nicht möglich.

Auch baten einige Interviewpartner um eine schriftliche Zusendung der Fragen im Vorfeld. Fast alle Interviews erfolgten unter der Zusicherung von Anonymität, die für einen Großteil der Befragten Grundvoraussetzung für das Interview war.⁵⁸ Zwar sagten einige wenige Personen, man könne den Namen verwenden, bis auf zwei Personen erschien aber auch ihnen eine anonyme Variante grundsätzlich sympathischer. Insofern erfolgt hier die Zitation aller Interviewauszüge ohne Namensnennung und auch nur nach Gruppenzugehörigkeit der Interviewpartner, die in ihrer Beschreibung auf Grund der sehr geschlossenen Elitensituation in Kambodscha eher weit gefasst ist. Die einzelnen Personen arbeiten teils seit Jahrzehnten in entsprechenden Positionen, der Elitenzirkel ist also sehr eng und in sich geschlossen, so dass bei einer engeren Kategorisierung Rückschlüsse auf die Personen oder Organisationen getroffen werden könnten.

Die Codierung der Interviews erfolgt entsprechend also nach drei Kategorien: **Zivilgesellschaft (Z)**, hierunter fallen NGOs mit lokaler Leitung, Studierende, kambodschanische Mitarbeiter von Stiftungen, Organisationen oder NGOs, kambodschanische Wissenschaftler und außerhalb von Parteien organisierte, politisch engagierte Personen, **Internationale Ebene (I)**, also Internationale NGOs, Berater oder nicht-kambodschanische Personen, die in den politischen Diskurs involviert sind und als dritte Kategorie **Politische Parteien (P)**, also Mitglieder der einzelnen Parteien. Eine interviewte Person, die zwar Parteimitglied ist und auch im Umfeld der Parteien

⁵⁸ Dies hängt auch mit der Erfahrung der Forscherin während der ganz wenigen Interviews zusammen, die unter der Prämisse geführt wurden, dass man den Namen nennen könnte, und die relativ am Anfang des Forschungsaufenthalts stattgefunden haben. Sie wurde in einem Interview gebeten, die Aufzeichnung zu stoppen, sobald ein bestimmter Diskurs angesprochen wurde. Zugleich stellte sie fest, dass die Gesprächspartner nach der Aufzeichnung deutlich offener redeten. Aus diesem Grunde sicherte die Verfasserin schließlich allen Interviewten Anonymität zu, die für fast alle Befragten ohnehin Grundvoraussetzung war.

arbeitet, bat auf Grund der Neutralität, die die Position verlangt, explizit unter Zivilgesellschaft geführt zu werden. Diesem Wunsch ist auch entsprochen worden. Bis auf zwei Interviewpartner waren alle Befragten mit einer Tonbandaufzeichnung einverstanden. Die anderen beiden Gespräche wurden anhand von Mitschriften und anschließend vorgenommener Gedächtnisprotokolle verschriftlicht. Die aus den Interviews verwendeten Zitate sind – sofern notwendig – auf Grund der besseren Lesbarkeit syntaktisch und grammatikalisch marginal angepasst, aber in ihrem Sinngehalt nicht verändert worden. So wurde beispielsweise ein Plural-s im Englischen eingefügt, Grammatikfehler verbessert, „ähs“ oder ein Räuspern nicht transkribiert sowie einzelne französische Ausdrücke ins Englische übersetzt.

Die Interviewpartner innerhalb der drei Subfelder: Parteien, Zivilgesellschaft, internationale Akteure wurden nach verschiedenen Kriterien ausgewählt, die im Folgenden näher erläutert werden. Kernfrage war, inwieweit diese aktiv auf das politische Feld Einfluss nehmen. Ziel war es, die verschiedenen Diskurse und Spannungen innerhalb der politischen Szene in Kambodscha abzubilden, entsprechend also mit einflussreichen Gruppierungen und Personengruppen zu sprechen, die unterschiedliche Ziele verfolgen und so den Prozess mitgestalten und das Feld abdecken. Kambodscha verfügt gesellschaftlich sowie politisch gesehen über eine stark hierarchische Struktur. Die einzelnen Parteien sind, mit Ausnahme der Grassroots Democratic Party, nicht basisdemokratisch aufgebaut, vielmehr wird, von oben nach unten strukturiert, regiert. Politische Entscheidungsprozesse in Kambodscha finden meist in den engsten Elitenzirkeln statt und werden nur bedingt in untere Parteiriegen transferiert, und wenn, als klare Anweisungen, nicht als zur Diskussion stehende Vorschläge. Kambodscha ist zudem sehr zentralistisch regiert. Wichtige Entscheidungen, die die Provinzen betreffen, werden fast ausschließlich in Phnom Penh getroffen. Die Position des Individuums im politischen Feld ist dabei im Wesentlichen von drei Faktoren abhängig: dem politischen Rang der Familie und der damit verbundenen Stellung im politischen Netzwerk, dem Lebensalter sowie der finanziellen Situation (I-6/1 u. 2; Hintergrundgespräche in Phnom Penh 2015). Ein vierter, insbesondere für die Oppositionsparteien entscheidender Faktor, sind die Zugehörigkeit zu einzelnen Netzwerken und die damit verbundene Loyalität gegenüber höherrangigen

Parteimitgliedern, die wiederum ihre „Schützlinge“ protegieren.⁵⁹ Deshalb erscheint es bei der Auswahl der Gesprächspartner sinnvoll, mit jenen Personen zu sprechen, die einen nachhaltigen Einfluss auf das politische System ausüben können, dieses aktiv mitgestalten und prägen und Zugang zu dessen Ressourcen haben. Gleichzeitig erfolgte die Auswahl nach Gesichtspunkten des Alters, um so eventuell auch einen Perspektivenwandel zwischen den Generationen abbilden zu können. Es wurden also sowohl Personen der älteren als auch der jüngeren Generation befragt. Während in allen drei Gruppen Einzelinterviews die Regel waren, zeigte es sich bei einigen wenigen Interviews, dass mehrere Personen anwesend waren – und das nicht nur aus sprachlichen Gründen – oder dass, obwohl zunächst anders vereinbart, Interviews gemeinsam gegeben wurden. Auch ergab sich für die Einordnung diverser Personen in die einzelnen Gruppierungen das Problem, dass diese beispielsweise zuerst in der Politik tätig waren, mittlerweile aber in der Zivilgesellschaft arbeiteten. Die Einordnung erfolgte hier über die Rolle, die die Gesprächspartner innerhalb der Interviewsituation einnahmen. Das zeigt einerseits die enge Vernetzung zwischen politischen Parteien, Zivilgesellschaft und internationalen Kräften und ist zeitgleich ein Zeichen für die starke Elitenfokussierung in Kambodscha,⁶⁰ innerhalb derer „Machtpositionen“ weitgehend nicht neu besetzt, sondern lediglich getauscht werden (Interview I-6/1 u. 2). Die Auswahl der Interviewpartner, vor allem im Bereich der internationalen Akteure und der NGOs, erfolgte dabei nach ihrer Bedeutung im politischen Feld und ergibt einen Querschnitt der am politischen Prozess beteiligten und auf diesen rekurrierenden prominenten Gruppierungen, die im Bereich der Menschenrechte, der Wahlen, des Demokratisierungsprozesses, des Umweltschutzes, des strukturellen Aufbaus des Landes oder der Korruptionsüberwachung tätig sind.

Die Interviewführung sowie der Zugang zu den einzelnen Personengruppen gestalteten sich, trotz des Klimas der relativen Entspannung, das 2015 herrschte, als schwierig. Die Interviewpartner waren größtenteils sehr vorsichtig. Insofern wurden die Interviews

⁵⁹ Ein sehr guter Überblick über Patrimonialismus in Südostasien und dessen Bedeutung für politische Strukturen findet sich bei Scott (1972).

⁶⁰ Für einen ausführlichen Überblick über den Wandel und Bestand der kambodschanischen Elitenstruktur seit der Kolonialisierung sei auf Bultmann (2020) verwiesen. Auch Hughes (2003: 125) diskutiert die starke Elitenfokussierung in Kambodscha. Loughlin (2021) analysiert die Verstrickungen zwischen den einzelnen Familien, die daraus resultierende Heiratspolitik und die Positionierung jüngerer Personen im Staatsapparat.

zwar nach bestimmten Leitfragen geführt, die sich aus den vier Themenkomplexen ergaben, die zugleich die Substruktur der nachfolgenden Kapitel bestimmen, also „zeitliche Entwicklung“, „identitäre Zuschreibungen und Selbstverständnis“, „Demokratieverständnis“ und „Konfliktaustragungsmodi“. Sie ermöglichten es den Interviewpartnern aber zugleich, auf bestimmte Fragen nicht oder ausweichend zu antworten. Der Interviewstil war sehr offen, was nicht zuletzt der politischen Situation, aber auch den kulturellen Gegebenheiten in Kambodscha geschuldet ist.⁶¹ Versuche, NGOs oder auch Think Tanks ohne vorherige Referenzen anzuschreiben oder mit anderen Interviewpartnern ohne vorheriges Networking durch ortsansässige Kräfte in Kontakt zu treten, gestalteten sich als sehr schwierig. Gleiches gilt für den politischen Bereich. Erst nach der Teilnahme an diversen Workshops und durch die Fürsprache verschiedener Netzwerke war es möglich, mit einigen Politikern zu sprechen. Die Länge variiert je nach interviewter Person zwischen 35 Minuten und 2,5 Stunden, der Durchschnitt liegt bei etwa einer Stunde.⁶²

Hintergrundgespräche

Einen Teil der Feldforschung stellen auch Hintergrundgespräche mit politischen Entscheidungsträgern, Wissenschaftlern, politischen Beratern, NGO-Mitarbeitenden oder weiteren Personen dar, die anders als in Interviews in Situationen ohne Tonbandgerät oder ohne das Gefühl, sich in einer Interviewsituation zu befinden, weitaus offener und freier sprachen und Informationen über das politische Geschehen, die politische Kultur, den Habitus von Eliten und Vorstellungen darüber, wie Politik, wie Demokratie und wie Gesellschaft funktionieren sollten, lieferten. Gleichzeitig ermöglichten diese Gespräche nicht nur Einschätzungen der Situation, sondern auch vertiefte Einblicke in politische Machtstrukturen. Hier zeigte sich auch die relative

⁶¹ Im kambodschanischen Kontext ist es üblich, als jüngere Person zunächst der Einschätzung älterer, insbesondere höher gestellter Personen zu folgen und erst einmal zuzuhören. Einige Interviewte bestanden auch darauf, zunächst selbst eine Erläuterung der politischen Situation geben zu dürfen oder ein von ihnen als wichtig erachtetes Thema des kambodschanischen Diskurses zu besprechen, bevor man Nachfragen stellen konnte. Hinzu kommt der Umstand, dass im sozialen Kontext Kambodschas „Gesichtsverlust“ eine wichtige Rolle spielt, so dass es möglich sein muss, auf Fragen ausweichend antworten zu können. Zum Konzept von „Gesichtsverlust“, sozialem Status und den daraus resultierenden Normen sozialer Interaktion, siehe Hinton (1998: 101-104).

⁶² Der Ort der Interviews variiert und wurde nach den Wünschen der Gesprächspartner ausgesucht. Meistens fanden sie im beruflichen Umfeld, also in bei NGOs, in Büroräumen oder politischen Gebäuden statt. Einige Interviews fanden aber auch in Privaträumen oder Cafés statt.

Entspannung der politischen Situation, die zu dieser Zeit herrschte, die zwar von einigen Verhaftungen überschattet wurde, aber dennoch in keinem Vergleich zu der aktuellen politischen Lage stand. Sie machte die Forschung überhaupt erst möglich. Viele Interviewpartner haben heute das Land verlassen oder sich politisch stark zurückgezogen. Die wichtigste und einzige wirkliche Opposition des Landes, die CNRP, ist aufgelöst und verboten worden. Sie ist jetzt in kleine Netzwerke zerfallen, die zum Teil stark zerstritten sind.

Teilnehmende Beobachtung

Bedingt durch die Hilfe mehrerer internationaler Akteure, NGOs und Berater war es möglich, an Workshops, Präsentationen oder Gesprächen teilzunehmen und das politische Feld zu beobachten. So konnten Interviews um wertvolle Informationen und Beobachtungen des sozialen Feldes ergänzt werden. Beispielsweise wurden auch fachliche Workshops immer für Oppositions- und Regierungsparteien getrennt abgehalten, da eine gemeinsame Schulung auf Grund der politischen Lage nicht denkbar gewesen wäre. Die Interaktion innerhalb der einzelnen Parteien war sehr strukturiert und stringent von oben nach unten aufgebaut. Es ergaben sich klare Hierarchien bei der Redeerlaubnis und der Verteilung der Sitzplätze. Die Interaktionsmuster beider Parteien unterscheiden sich jedoch deutlich voneinander.

Textquellen und Social Media

Eine weitere Quelle für die Datenerhebung stellen Zeitungsartikel, Gesetzestexte, Berichte der einzelnen Stiftungen, Analysen zu bestimmten Themen sowie Social Media-Accounts dar. Die zwei wichtigsten englischsprachigen Zeitungen Kambodschas waren „The Cambodia Daily“ und „The Phnom Penh Post“, die auf Grund politischer Interventionen in ihren ursprünglichen Versionen heute keinen Bestand mehr haben; die Artikel der letzten Jahrzehnte sind aber weiterhin online zugänglich. Während die Phnom Penh Post von regierungsfreundlichen Kräften aufgekauft wurde, agiert die Cambodia Daily nur noch als Online-Zeitung, die unregelmäßig Beiträge anderer

Zeitungen teilt.⁶³ Diverse Gesetzestexte und Listen liefern wertvolle Erkenntnisse über die strukturellen Veränderungen, die auf Grund politischer Interessen in den letzten Jahren vorgenommen worden sind oder wegen sozialer Prozesse erfolgt sind. Die Auswertung sozialer Medien, hier ist besonders Facebook zu nennen, erlaubt eine Analyse der Geschehnisse der letzten Jahrzehnte und ermöglicht so einen Einblick in die kommunizierten Machtstrukturen, aber auch in die politischen Diskurse der einzelnen Parteien sowie in die von der Öffentlichkeit wahrgenommene Perspektive der Geschehnisse. Gleichzeitig dienen diese Auswertungen sowohl als Korrektiv als auch als Grundlage zur Einordnung des individuell Gesagten. Zudem greift die Arbeit hier auch auf Grundlagenanalysen zu bestimmten Aspekten des Politischen zurück, die bereits von anderen wissenschaftlich Arbeitenden zu Fragen von Identität, Eliten oder zeitlichem Einfluss erfolgt sind und so zur Unterstützung der Analyse dienen. Diese werden jeweils im Verlauf der empirischen Kapitel an entsprechender Stelle als wissenschaftliche Anknüpfungspunkte diskutiert.

⁶³ Interessant zu beobachten ist im Kontext der Cambodia Daily allerdings, dass die ursprünglichen Onlinelinks zu den Artikeln nicht mehr funktionieren. Sucht man die Artikel, findet man diese weiterhin unter einer anderen URL, allerdings werden die kambodschanischen Autoren nicht mehr aufgeführt, sondern nur noch die internationalen Redakteure. Dieses Phänomen, dass Autoren nicht mehr genannt werden, findet sich auch vereinzelt bei der Phnom Penh Post. Radio Free Asia nennt seine Autoren nicht explizit zu Beginn des Textes, sondern vermerkt am Ende der Seite kurz, welche Personen beim Schreiben, bei der Übersetzung oder beim Verfassen des englischsprachigen Textes beteiligt waren, so dass nicht immer klar nachvollziehbar ist, wer den eigentlichen Text geschrieben hat und wer was wie verändert hat. Im Kontext von Radio Free Asia wird daher auf die Namensnennung der Autoren verzichtet. Bei der Cambodia Daily und der Phnom Penh Post werden die Autoren genannt, die beim letzten Zugriff aufgeführt waren. Zur besseren Übersichtlichkeit und Wiederauffindbarkeit und auch auf Grund der doppelten Namensproblematik (in Kambodscha wird außerdem traditionell der Nachname zuerst genannt, dies kann aber je nach Publikation variieren) werden Zeitungen im Literaturverzeichnis gesondert aufgeführt, und zwar unter dem Schema: Zeitungsname, Datum, Autorenname (falls vorhanden), Titel, URL, Zugriffsdatum.

6. Politische Parteien

6.1 The Kingdom of Wonder

„Here [in Cambodia], we are protecting peace, which is our top priority. And why do we do this? It's to ensure your right to life and rights of expression and democracy will be ensured. If you die, how can those rights be ensured for you?“ (Einfügung i. O., Hun Sen, zitiert nach The Phnom Penh Post 07.03.2022).

„Cambodia - The Kingdom of Wonder!“ Diesen Beinamen trägt Kambodscha eigentlich auf Grund seines reichen kulturellen Erbes, seiner Geschichte und der Tempel von Angkor, die häufig auch als 8. Weltwunder bezeichnet werden. Zugleich hat dieser Namenszusatz aber auch noch eine andere Konnotation und wird in einem eher pejorativen Kontext verwendet. Er ist Ausdruck für die politische Situation Kambodschas. Die häufigen Kurswechsel der Politik um 180 Grad, die undurchsichtigen Allianzen, Seilschaften oder Leitlinien, die sich für den Außenstehenden auf ebenso mysteriöse Weise bilden, wie sie sich wieder in nichts auflösen, sind für den interessierten Beobachter oftmals nicht nachvollziehbar. Dennoch lässt sich bei genauerem Hinsehen auch hier zweifelsfrei eine Konstante feststellen. All die Veränderungen und Kämpfe scheinen immer wieder auf ein Zentrum der Macht zuzulaufen: Hun Sen und die CPP. Sie bestimmen den Staatsapparat, sie bestimmen den Wandel und sie bestimmen sämtliche Leitlinien der kambodschanischen Politik. „It's kind of a one man show, isn't it? Hun Sun runs the whole show, there is no one else!“ (Gedächtniszitat aus Gespräch mit internationalem Zeitungsredakteur). Gerichte, Parlament, Militär und Polizei sind in Regierungshand.

Dennoch, und dies gilt als absolute Grundvoraussetzung für eine agonale Konfliktaustragung, bleibt der politische Raum, der von Antagonismen durchzogen und hart umkämpft ist, auf seine Art durchlässig und ist nicht hermetisch abgeriegelt (Laclau/Mouffe 2012; Mouffe 2007). Durch einen Raum für politischen Dissens und jene vorherrschende Dynamik, den hegemonialen Deutungsdiskurs herauszufordern, wird eine konfliktive Austragung überhaupt erst möglich. Obwohl von „Akten der Ausschließung“ und massiven Kämpfen gegen eben jenes agonale Moment begleitet (Mouffe 2007: 19; Laclau/Mouffe 2012: 175-177), räumt der Konflikt selbst jenen Platz für das Agonale, verstanden beispielsweise als passiver Widerstand, Einfluss aus der Diaspora oder die Mitgestaltung eines politischen, gesellschaftlichen Systems,

überhaupt erst frei. Der Ort und die Art dieser Austragung, die anscheinend nicht eliminierbar sind und durch den Konflikt überhaupt erst möglich gemacht werden, sind aber von der CPP gelenkt. Sie steuert in weiten Teilen, wie schwer der Zugang zu jenen Räumen des Dissenses ist, in welcher Form sich diese manifestieren können und nicht zuletzt auch welchen Einfluss sie auf das Gesamtgefüge der Macht haben bzw. haben können. Gleichzeitig – und dies ist das Bemerkenswerte – werden agonale Austragungsformen, wie etwa die Durchführung von Wahlen, nie vollständig unterdrückt und deren Notwendigkeit auch anerkannt. Als intervenierende Variablen spielen dabei sowohl die kambodschanische Diaspora, die Oppositionsparteien und die Zivilgesellschaft als auch die Internationale Gemeinschaft eine entscheidende Rolle, die die hegemoniale Vormachtstellung der CPP immer wieder herausfordern.

Insgesamt dreimal in der Geschichte Kambodschas seit dem Friedensvertrag 1991 ist der CPP die Kontrolle über jenen Zugang zur Macht abhandengekommen bzw. ernsthaft in Frage gestellt worden: während der Gründungswahlen, während beziehungsweise vor den Ereignissen im Juli 1997 und während der Parlamentswahlen 2013 und dem sich daraus ergebenden Nachspiel. Obwohl das Zentrum der Macht bei der CPP liegt und diese nach außen stark hierarchisch und geschlossen auftritt, ist auch sie von parteiinternen Machtkämpfen und verschiedenen Elitengruppierungen, die um eine Vormachtstellung kämpfen, durchzogen. Die verschiedenen Gruppierungen schwinden aber in den letzten Jahren, das Zentrum der Macht konzentriert sich immer mehr auf Hun Sen und seine Familie (Sutton 2018), obwohl sich gegen die jüngste Ankündigung des Premiers, sein ältester Sohn werde mit den kommenden oder den darauffolgenden Wahlen die Position des Premierministers einnehmen, Widerstand regt (Foreign Policy online 15.06.2022).

„In Cambodian politics, the most relevant competing centre of power constraining Hun Sen was the former faction centred on Chea Sim and associated with other influential figures such as Heng Samrin, Sar Kheng, and Say Chhum, although prior to his abdication in 2004 the monarchy under King Norodom Sihanouk played an important role as well“ (Sutton 2018: 176).

Das Spielfeld der Macht ist also auf der Makroebene von drei Gruppierungen geprägt: Parteien, Zivilgesellschaft und Internationalen Akteuren. Ähnlich verhält sich dies mit Blick auf die Mikroebene: Drei größere Parteien konkurrierten und konkurrieren seit

dem Beginn des Bürgerkrieges um den Zugang zur Macht. Die Cambodian People's Party, FUNCINPEC und die Oppositionsbewegung – diese allerdings in verschiedenen parteipolitischen Konstellationen: zuerst als Sam Rainsy und Human Rights Party, dann als Zusammenschluss der beiden Parteien zur Cambodia National Rescue Party CNRP, heute wieder als Splitterparteien mit ähnlichen Akteuren – sind die bedeutendsten Opponenten im Kampf um die hegemoniale Deutungshoheit, wobei der Zugang zur politischen Vertretung allerdings seit Jahrzehnten von der CPP gehalten wird, ein Umstand, der bereits in der Art des Friedensvertrags, der durch die Internationale Gemeinschaft forciert wurde, und in den Gründungswahlen seinen Ursprung hat. Dieser Kampf um den Zugang zur Macht, und das ist ein genuines Merkmal des kambodschanischen Konfliktes, spielt sich fast ausschließlich auf der Ebene der Eliten ab. Auf Ebene der Bevölkerung bzw. auf Ebene einer breiteren Zivilgesellschaft, nicht verstanden als NGOs, deren Führungspositionen ebenfalls großflächig von Elitennetzwerken besetzt sind (I-6/1), wird dieser nur sehr punktuell herausgefordert.

6.2 Zeitlicher Wandel

Nach Abschluss der UNTAC-Mission mit den Gründungswahlen 1993 konnte Kambodscha erstmals nach fast 40 Jahren Unruhe auf eine geregelte Regierungsstruktur hoffen. Auch wenn die Etablierung einzelner Parteien und die Durchführung von Wahlen erreicht wurden, erwies sich die UNTAC-Mission, die auch in der Forschung immer wieder heftig kritisiert wurde, nur bedingt als Erfolg (Peou 2002: 500, 521; Doyle 1998: 79-80; Whalan 2012). Die Sicherheitsgarantien, die die Internationale Gemeinschaft für die einzelnen Konfliktparteien gegeben hatte, konnten nicht in vollem Umfang aufrechterhalten werden. Die Roten Khmer brachen den ursprünglich vereinbarten Frieden und zogen sich an die thailändische Grenze zurück und kämpften im Dschungel weiter. Gleichzeitig gingen die Royalisten (FUNCINPEC), als Garant für traditionelle Werte und Sicherheit, aus den ersten Parlamentswahlen als Sieger hervor, konnten aber keine absolute Mehrheit für sich gewinnen und mussten deshalb eine Koalition mit der Cambodian People's Party eingehen. FUNCINPEC stellte darauf den ersten Premierminister, die CPP, die als zweitstärkste Kraft aus den Wahlen hervorging, drängte auf eine „doppelte Premierministerlösung“ und weigerte sich, die Vormachtstellung FUNCINPECs anzuerkennen. Diese doppelte Premierministerlösung

erschien auch deshalb nicht ganz abwegig, weil die CPP, bis 1991 unter dem Namen Kampuchean People's Revolutionary Party (KPRP) aktiv, bereits während des Bürgerkrieges 80% der kambodschanischen Gebiete sowie das Militär unter ihrem Kommando hatte und schon ein gewisses Verwaltungssystem aufgebaut hatte (Doyle 1999: 191). Hier ist auch die politische Kultur Kambodschas zu berücksichtigen: Bis zu diesem Zeitpunkt gab es in der jüngeren Geschichte des Landes keinen Machtwechsel, der friedlich herbeigeführt werden konnte und nicht mit einem Systemwechsel und den entsprechenden Konsequenzen einherging (Chandler 2016a; Khmer Times 27.10.2021). Erst durch massiven äußeren Zwang und Druck konnten die vier Fraktionen überhaupt dazu bewegt werden, über einen Frieden zu reden, der von den Weltmächten, also von außen, erzwungen, aber von den einzelnen Kämpfergruppen so nicht gewollt war:

„They urged the four factions to disarm, to disregard the past and to compete in United Nations-sponsored national elections. Those foreign negotiators sidestepped the importance of past events—especially the brutality of the defunct DK regime—and overlooked the fact that Cambodian politics had always been a brutally contested zero-sum game. Throughout Cambodian history, winners have been expected to take all and losers have been expected to collapse, change sides, or disappear. The four factions were now being asked to abandon the game and to become friends, for a while at least. It's worth recalling that when three of the factions identified in Paris had governed Cambodia—the anti-Sihanoukists as the Khmer Republic, the Khmer Rouge as DK, and the pro-Vietnamese faction of the Khmer Rouge as the PRK/SOC—their leaders, on coming to power, took pains to condemn their predecessors to death. It's not surprising in this context that the people charged with drafting a definitive Khmer-language text of the accords had great difficulty in finding a Cambodian word that translated as ‚consensus‘“ (Chandler 2016a: xiii).

Neben der politischen Problematik, dass drei von vier Bürgerkriegsfraktionen das Land ehemals autokratisch bzw. totalitär regiert hatten (Militärregierung, totalitäres kommunistisches System, sozialistisches Besatzungsregime mit der Unterstützung Vietnams), ergab sich auch ein gesellschaftlich schwieriges Lagebild (Chandler 2008: 255-258). Die gesamte intellektuelle Elite des Landes, sofern diese nicht zuvor ins Ausland geflohen war, war durch die Roten Khmer fast ausnahmslos ausgelöscht worden, Infrastruktur war kaum mehr vorhanden. Die Straßen konnten ab 5 Uhr abends auf Grund des hohen Kriminalitätsrisikos nicht mehr betreten werden, Schutzzölle mussten an rivalisierende Soldatengruppen, teilweise sogar doppelt, entrichtet

werden.⁶⁴ Die Flüchtlingslager an der Grenze Thailands, die mit etwa 370.000 Personen stark überfüllt waren, sollten aufgelöst werden (Peou 2002: 507). Malaria und Landminen stellten, insbesondere an der thailändischen Grenze, die größte Herausforderung dar.⁶⁵ Wahlkampf wurde fast ausschließlich auf einer persönlichen Ebene geführt. Dieser war geprägt von Beleidigungen des Gegners, Schmähreden, offenen Konflikten zwischen verschiedenen Anhängergruppen und politischen Handgreiflichkeiten, die nicht selten tödlich endeten (Doyle 1998: 80-81). Dennoch war das Interesse der Bevölkerung an den Wahlen sehr hoch, die Wahlbeteiligung lag bei fast 90% (Whalan 2012: 239).

Nach fast 40 Jahren Bürgerkrieg und kommunistischer Diktatur hatten die meisten Kambodschaner ihre Jugend ebenso wie ihr Erwachsenenalter zunächst in den Jugendlagern der Khmer Rouge, später dann kämpfend für die eine oder andere Bürgerkriegspartei oder in Flüchtlingslagern im Dschungel verbracht. Obwohl die Elitendichte bei den Parlamentswahlen sehr hoch war, war das Wissen um die sachliche Ebene dennoch begrenzt gewesen (Hughes 2003: 123-125). Entweder waren die Kandidaten jahrelang nicht im Land gewesen oder waren am Bürgerkrieg beteiligt.⁶⁶ Viele Mitglieder des Parlaments konnten oder können auch bis heute keine Fremdsprache sprechen, sie hatten keinerlei Erfahrung mit demokratischen Prozessen, Wahlen, Institutionen und Aufbauarbeit. Ein großer Teil der erwachsenen Bevölkerung konnte weder lesen noch schreiben.⁶⁷ Gleichwohl konnte die CPP hier einen entscheidenden Vorteil für sich in Anspruch nehmen. Anders als die anderen Parteien verfügte sie bereits über einen mehr oder minder stabilen und funktionierenden Regierungs- und Machtapparat, den sie mit der Hilfe Vietnams in den 10 Jahren des Bürgerkriegs sukzessive auch in den Provinzen ausgebaut hatte (Doyle 1998: 87; Doyle

⁶⁴ Gespräch mit kambodschanischem NGO-Mitarbeiter, der die Zustände, von denen seine Familie betroffen war, ausführlich schilderte (August 2015, Phnom Penh).

⁶⁵ Bis heute gilt Kambodscha als eines der am stärksten verminten Gebiete dieser Erde, was den infrastrukturellen Aufbau massiv erschwert und negativ beeinflusst. Die vielen metallischen Abfälle (Schrapnelle, alte Munition, Fragmente von Fliegerbomben usw.) sowie die schwierigen klimatischen Bedingungen (z.B. Monsunregen, der die Landminen wandern lässt) verkomplizieren die Räumung mit herkömmlichen Mitteln und machen die Arbeit mit unkonventionellen Methoden, wie beispielsweise Minenratten, notwendig.

⁶⁶ Hintergrundgespräche mit internationalen Beratern, September 2015, Phnom Penh und Hughes (2003: 123-125)

⁶⁷ Doyle merkt an, dass der Alphabetisierungsgrad der erwachsenen Bevölkerung bei gerade mal 38% lag (1998: 81).

1999: 195-199). Nach Ende des Bürgerkrieges, dem zeitgleichen Zerfall der UdSSR sowie der wegbrechenden internationalen Unterstützung durch die ehemaligen Verbündeten konnten bisher bestehende identitäre Selbst- und Parteikonzepte nur noch bedingt überleben. Guerillagruppen bzw. Bürgerkriegsfraktionen, die sich jahrzehntelang durch militärische Stärke, Feindbildzuschreibungen und ideologische Paradigmen definiert hatten, mussten sich in einem neuen, institutionell demokratisch gestalteten Umfeld zurechtfinden und ihr Selbstverständnis entsprechend anpassen und neu definieren. Dabei verfolgten die Parteien unterschiedliche Strategien:

„The 1993 advent of a multiparty democratic system changed the format and language of adversarial politics, which now centered on winning elections. Political actors became electoral contenders competing through political party vehicles inside a nominally liberal democratic framework. In their manifestos and campaign materials, political parties launched lists of ‚principles‘ they purported to represent“ (Norén-Nilsson 2016: 9).

Die Herrschaftslegitimation und auch das damit verbundene Selbstverständnis der drei Parteien leitet sich aus verschiedenen Ansprüchen ab, die nicht zuletzt Grundlage für ihre identitäre Ausrichtung und damit auch für ihre jeweilige Werteperzeption sind. Ausgangspunkt für dieses Verständnis sind die verschiedenen Perspektiven während und nach dem Bürgerkrieg und das damit einhergehende Verständnis von Nation und kambodschanischem Staat.

„The CPP, to fill the vacuum after abandoning a half-hearted socialist identity, turned to a brand of populism that equated the party with the people, and that claimed legitimate national leadership for Prime Minister Hun Sen through renegotiating historical ideas of kingship. Royalists claimed to represent the nation through different strategies of embodiment. Democrats purported to represent a victimized nation, using local grievances as microcosms of the ailing nation. Articulating these political identities in relation to the nation meant staking out the boundaries of what it meant to be a populist, a royalist, and a democrat, in a process of co-constitution between such political identities and the nation“ (Norén-Nilsson 2016: 12).

Neben den einzelnen Parteiidentitäten gibt es aber auch noch einen weiteren Aspekt, der vor allem für das Verhältnis von CPP und der ehemaligen CNRP ausschlaggebend ist, nämlich die Frage nach einer Konfliktpartizipation im Bürgerkrieg. Einige Kambodschaner, insbesondere die der ehemaligen CNRP, verfügen über eine doppelte Staatsbürgerschaft und sind während der totalitären Herrschaft der Khmer Rouge im Exil gewesen, während andere zunächst die Terrorherrschaft der Khmer Rouge und den darauf folgenden und ein Jahrzehnt anhaltenden Bürgerkrieg sowie die vietnamesische

„Besatzung“ miterlebt und in Guerillagruppen oder der eigentlichen Staatsarmee gekämpft haben. Kleinere Parteien, die einem stetigen Wandel unterliegen und sich nicht zuletzt aus Splittergruppen der Opposition neu formieren und unterschiedlich aktiv sind, wie die Grassroots Democratic Party (GDP) oder die League for Democracy Party (LDP), richten ihr identitäres Selbstverständnis eher an religiösen oder zivilrechtlichen Prämissen und im Kontrast zur herrschenden Elite aus. Ein Merkmal der kambodschanischen Parteienlandschaft, gerade bei kleineren Parteien, sind ebenfalls die häufigen Neugründungen, Transformationen und Auflösungen, die auch mit der Frage nach Abhängigkeiten, Netzwerken und persönlichen Konflikten zu tun haben. Einige Parteien haben eine enge Verbindung mit der führenden Partei und Kritiker behaupten, sie dienen zur Schwächung und Zerstreuung der oppositionellen Kräfte (VOA 16.04.2020). Zum Verständnis der zeitlichen Entwicklung ist es notwendig, sich die Positionen der einzelnen Parteien nach dem Bürgerkrieg zu vergegenwärtigen, ein Aspekt, der bis heute Ausgangspunkt für die Identitätszuschreibungen der Parteien ist (Hughes 2003; Norén-Nilsson 2016). Obwohl die Royalisten, die Kommunisten und die Republikaner stark verfeindet waren, kämpften sie doch gemeinsam gegen Vietnam und das pro-vietnamesische Regime.

Während die Roten Khmer die Waffen wieder aufnahmen, versuchte die UN den ursprünglich zwischen den vier Parteien geschlossenen Frieden umzusetzen. Gleichzeitig schaffte es die CPP, ihren Einfluss weiter auszubauen und für sich zu nutzen. Da die heutige CPP bereits während des Bürgerkrieges Erfahrungen in der Leitung und Verwaltung des Staatsgebietes sammeln konnte und so über deutlich mehr Einfluss innerhalb des Landes als die aus dem Exil regierende Koalitionsregierung verfügte, gelang es der UNTAC-Mission nicht, ein Klima der Neutralität herzustellen und allen Konfliktparteien gleichermaßen Zugang zu Medien, öffentlichen Ämtern und anderen Ressourcen zu sichern (Jennar 1994: 147). Vielmehr war die Mission auf die Mithilfe der CPP angewiesen, um ein Mindestmaß an Ordnung überhaupt wieder garantieren zu können. Dennoch wurden die Wahlen 1993 von Mitgliedern der Opposition und auch im wissenschaftlichen Diskurs als die einzigen freien Wahlen des Landes angesehen, deren Durchführung trotz der schwierigen Rahmenbedingungen bis heute als Erfolg gewertet wird (Interview Z-23; Jennar 1994: 148-149; Hintergrundgespräche Phnom Penh 2015; Whalan 2012: 239). Die Wahlbeteiligung der Bevölkerung war trotz

erschwerter Bedingungen, wie Monsunzeit, anhaltenden Kämpfen an der Grenze zu Thailand und Einschüchterungsversuchen durch verschiedene Gruppierungen, extrem hoch, ein Faktum, das das große Interesse der Bevölkerung an Politik unterstreicht. Der regelkonforme Ablauf der Wahlen wurde durch internationale Wahlunterstützung und die UNTAC-Mission selbst sichergestellt (Whalan 2012: 239-241). Die darauf folgende doppelte Premierministerlösung, die auf starken Druck der CPP realisiert wurde, hatte weitreichende Konsequenzen für das politische System.

„Arguably, the stage was set twenty-four years ago when the international community endorsed a fait accompli presented not by the will of the Cambodian people but the right of force, when the CPP stared down the international community and walked away with the election they did not win and proceeded to rule for the next two decades“ (Um 2018: 108).

Hier zeigt sich bereits die starke Polarisierung des politischen Feldes und im weiteren Sinne auch die Machtlosigkeit der Internationalen Gemeinschaft, der sehr wohl bewusst war, dass eine Weigerung, die CPP an der Regierung zu beteiligen, einerseits zu einem weiteren Ausbruch von Konflikten führen würde und der fragile Friede, der in Teilen des Landes, bedingt durch die Khmer Rouge, noch gar nicht durchgesetzt war, nicht gehalten werden könnte. Eine Ausübung der Regierungsgewalt und die infrastrukturelle Aufrechterhaltung des Staates ohne die Zustimmung jener Partei würde keinen Bestand haben.⁶⁸ Zur Befriedigung des Machtanspruches der CPP und auf Grund der zu befürchtenden Konsequenzen wurden die Ergebnisse der Gründungswahlen, mit expliziter Billigung der Internationalen Gemeinschaft, also teilweise ignoriert, was den Weg für die CPP ebnete, an der Macht teilzuhaben. Als Konsequenz dieser Vereinbarung baute die Partei ihren Machtanspruch immer weiter aus.

„In terms of democracy it was not good, sorry, but King Sihanouk said, peace first, with such a problem Cambodia has [had] before. So he accepts, and this is why there were two prime ministers, in the whole world you see [they] never have a such: two prime ministers and for Vietnam and Hun Sen good. Instead closing, losing all I have, [they get] half. And so FUNCINPEC accepts to swallow a bitter pill, accepts to have half power to them, because of the acceptance of King Sihanouk, because of the national reconciliation“ (eigene Einfügung, P-6).

⁶⁸ Zur Position von UNTAC siehe auch Ashley (1998: 52-54) Strangio (2014: 54-61) oder Brown/Timberman (1998: 18-19).

Mit ihrer Einwilligung, die Lösung mit zwei gleichberechtigten Premierministern zu akzeptieren, setzt die Internationale Gemeinschaft bereits 1993 den Grundstein zu einem Machtkonflikt, der in den Folgejahren eskalieren sollte (Um 2018: 109), und demonstriert so zugleich ihre Machtlosigkeit gegenüber der Praktik, Wahlergebnisse für den individuellen Vorteil mit nicht demokratischen Mitteln zu beeinflussen. Demokratische Legitimationsmechanismen, verstanden als agonale Austragungsformen des Politischen, werden zwar angewandt und die Notwendigkeit über deren Durchführung auch von allen Parteien akzeptiert, allerdings werden sie durch illegitime Praktiken auch zum eigenen Vorteil genutzt. Der CPP gelingt es damit, ihren Machtanspruch durchzusetzen und dabei auf scheinbar demokratische Methoden zurückzugreifen, die aber so gestaltet sind, dass sie sowohl ideologisch als auch faktisch ihrem hegemonialen Deutungsdiskurs entsprechen. Die Methode, demokratische Strukturen zu benutzen und auszuhöhlen, um Machtansprüche durchzusetzen und diese in einem zweiten Schritt vermeintlich zu legitimieren, zieht sich durch die gesamte kambodschanische „Nachbürgerkriegsgeschichte“ und nimmt in den letzten Jahren vermehrt zu. Ganz gleich welche Geschehnisse, wie z.B. die Einschüchterung und Zerschlagung des politischen Gegners, Manipulation bei der Stimmabgabe oder Behinderung des Wahlkampfes, vor den Wahlen stattgefunden haben, die Wahlen selbst wurden immer durchgeführt und die Regierungspartei hat bei jeder Wahl dafür gesorgt, dass zumindest der Anschein einer gewissen demokratischen Legitimation gegeben war. So erhielt beispielsweise Sam Rainsy, Gallionsfigur des oppositionellen Widerstandes, vor den Wahlen 2013 eine royale Begnadigung, die Anklagepunkte gegen ihn wurden fallengelassen und er konnte wieder nach Kambodscha einreisen, auch wenn er sich formell nicht als Kandidat registrieren durfte (McCargo 2014: 73). Zugleich zeigt dieses Verhalten aber auch einen Wandel in der Konfliktaustragung selbst. Während zu Beginn des Transformationsprozesses noch physische Gewalt, wie z.B. politische Morde, Zerstörung der Hauptquartiere durch konkurrierende Parteien und massive Drohungen, angewendet wurde (Doyle 1998: 81-83; Whalan 2012; Strangio 2014: 62-88), werden Konflikte heute weitestgehend unter Zuhilfenahme von Polizei und Gerichten gelöst, die aber nicht unparteiisch oder frei in ihrer Entscheidung sind.

„I think it has changed to the better [...] the parties would fight with bullets and violence [...]. Violence has gone down, political violence has gone down and we saw it in the last elections [2013] there was violence, but it was far less violence than previous elections. And now, there seems to be a shift of the two main political factions going after each other for the court system [...]“ (eigene Einfügung, I-8).

Das Bestreben, demokratische Legitimation für nicht demokratische Verfahren und Strukturen zu erlangen, hat nicht nur den Beweggrund, die Förderung durch internationale Geldgeber nicht zu gefährden, sondern spiegelt vielmehr das Interesse der einzelnen Parteien, Normen so zu adaptieren, dass individuelle monetäre und politische Machtansprüche durchgesetzt werden können.

„Politically it is still democratically very fragile, institutions are very weak, particularly the institutions of democracy, this is including the parliament, the election commissions, the media as well as the traditional law review process [...] So in that regard, that limited pool of law, there is not a lot of peaceful institutional ways of dealing with disputes“ (Z-15).

6.3 Konflikt- und Selbstverständnis kambodschanischer Parteien

Der Wandel in der Art der Konfliktaustragung, der Annahme demokratischer Verfahren und der Perspektivierung des Gegenübers sowie den damit einhergehenden Konfliktperzeptionen und Austragungsmodi divergiert zwischen den einzelnen Parteien stark, obwohl, wie bereits kurz skizziert, zwischen ihnen eine wechselseitige Beziehung besteht. Insofern scheint es, nach einem Gesamtüberblick über die Situation und der Skizzierung des zeitlichen Wandels, zunächst sinnvoll, die zeitlichen Entwicklungen der einzelnen Parteien auf separater Ebene herauszuarbeiten, um Besonderheiten und strukturelle Verhaltensmuster zu erkennen. Heinz Messmer definiert Machtkonflikte zum einen als dauerhaft und langanhaltend, zum anderen als Konflikte, die in einem „Freund-Feind“-Modus ausgetragen werden. Der Konflikt selbst weitet sich dabei auf die umstehenden Ebenen aus und bezieht immer größere Teile der Umwelt mit ein (Messmer 2003: 285-290). Die inhaltliche Kommunikation kommt in diesem Fall zum Erliegen, an ihre Stelle treten Drohgebärden. Der Konflikt wird solange fortgeführt, bis alle systemischen Ressourcen zur Konfliktaustragung erschöpft sind oder bis eine dritte Person in den Konflikt eingreift und diesen von außen durch Druck aufbricht (Messmer 2003: 137-139, 310-312). Das war in Kambodscha 1991 bis zur Verabschiedung des Paris Peace Agreements der Fall, heute haben sich sowohl Konfliktaustragung als auch Konfliktkommunikation geändert. Durch die Annäherung Russlands, der USA, Chinas

und Europas nach dem Ende des Kalten Krieges standen die Mittel für eine Weiterführung des Konfliktes im ursprünglichen Umfang nicht mehr zur Verfügung. Waffenlieferungen für alle Konfliktparteien wurden eingestellt, da die beteiligten externen Akteure, die die einzelnen Konfliktparteien zunächst unterstützt hatten, mit Beendigung des Kalten Krieges kein Interesse mehr an der Fortführung des Bürgerkrieges hatten (Doyle 1999: 185, 191-194; Ashley 1998: 49). Mit der Implementierung des Peace Agreements durch die UN, die die provisorische Regierungsgewalt in Kambodscha übernahm, galt der Bürgerkrieg formal als beendet, obwohl an der Grenze immer noch Kämpfe mit dem alten Khmer Rouge Regime stattfanden, auch wenn deren Organisation langsam begann, sich aufzulösen.

Dieser Umstand führte, neben der Frage der Reintegration der verbliebenen Kämpfertruppen der Roten Khmer und dem Kampf um Macht auf der Ebene der Premierminister, schließlich zu der politischen Eskalation zwischen FUNCINPEC und der CPP. Beide Konfliktparteien versuchten, ehemalige Khmer Rouge-Kämpfer für sich zu gewinnen.

„Formal war zwar 1993 unter UNTAC ein gemeinsames, ‚neutrales‘ Staatsmilitär, *die Königlichen Streitkräfte Kambodschas (KSK)*, gegründet worden, ob und wenn ja, welchen informellen Netzwerken sich die Deserteure letztlich anschlossen, war nicht einsichtig“ (Hervorheb. i. O., Bultmann 2017: 204).

Durch die Schwächung der Khmer Rouge nach dem Friedensabkommen und dem Mangel an Ressourcen zur Weiterführung des Konfliktes begannen deren Kämpfer nach und nach zur staatlichen Armee überzulaufen, was das Machtgefälle zwischen CPP und FUNCINPEC empfindlich zu beeinflussen drohte (Doyle 1998: 80-83). Insbesondere für FUNCINPEC gestaltete sich dieser Umstand als politische Bedrohung.

„Für Ranariddh [Parteichef von FUNCINPEC] war es klar, dass sich ein Großteil der Überläufer Hun Sen und nicht etwa ‚der Regierung‘ angeschlossen hatte. [...] Die Zeit der friedlichen Koexistenz und Kooperation neigte sich dem Ende zu und beide Seiten begannen heimlich ihre privaten Bodyguard-Einheiten auszurüsten, in denen der Kern ihres informellen militärischen Netzwerkes organisiert war“ (eigene Einfügung, Bultmann 2017: 206).

Der Ursprung dieses Konfliktes ist zwar zurückzuführen auf antagonistische Feindzuschreibungen gegenüber dem politischen Gegner, auf mangelndes politisches Vertrauen und verschiedene Deutungsmuster des Bürgerkriegsdiskurses, er ist aber

auch im Verhalten der Internationalen Gemeinschaft während der UNTAC-Mission begründet. Diese billigte die Zwei-Premierminister-Lösung, die den eigentlichen Wählerwillen nicht abbildete, da die CPP nicht auf ihren Machtanspruch verzichten wollte, den sie bereits im Bürgerkrieg ausgebaut hatte. (Um 2018: 108-109). Auch Strömbom argumentiert, dass eine symmetrische Machtverteilung für die Entwicklung agonaler Konfliktlösungsmechanismen von größter Bedeutung sei.

„If actors then, in the course of agonistic negotiations, are unable or unwilling to change the power-balance into a more symmetric one during the course of peace processes, the prospects for agonism to prevail in relations are supposedly weak. Thus, it can be assumed that agonistic peace will be put to the test at times when peace processes reach critical junctures when negotiations enter phases when macro-changes in terms of recognition and inclusion are brought to the table“ (Strömbom 2020: 955).

Die langjährige politische Auseinandersetzung zwischen FUNCINPEC und CPP gipfelte in einem Ereignis, das von einem Großteil der Forschung als Coup d’Etat titulierte wurde (z.B. Ashley 1998: 49; Chandler 1998: 45) – eine Bezeichnung, die von der heutigen Regierungspartei massiv abgelehnt wird (Strangio 2014: 79-85). Diese Umstände führten 1997, ein Jahr vor den erneuten Parlamentswahlen, schließlich zu einer endgültigen Dominanz der CPP. „Für die einen war es ein blutiger Coup d’Etat, für die anderen lediglich die Niederschlagung eines drohenden Aufstandes“⁶⁹ (Bultmann 2017: 209). Endgültiger Auslöser der Konflikteskalation – für mehrere Tage glich Phnom Penh einer Kriegszone, die beiden Konfliktparteien kämpften mit Handgranaten, Raketenwerfern und Panzern – war die gegenseitige Beschuldigung der Parteien, ehemalige Khmer Rouge-Kämpfer jeweils aus Pailin bzw. aus Anlong Veng, den beiden Hochburgen der Roten Khmer, zu rekrutieren und militärisch heimlich aufzurüsten, um sich so gegenüber dem politischen Koalitionspartner besser zu positionieren und sich von diesem zu befreien.⁷⁰

⁶⁹ Während Bultmann die Geschehnisse, die zu den Ausschreitungen 1997 führten, sehr differenziert ausführt und beide Konfliktparteien für die Eskalation verantwortlich macht, sieht David Chandler die Schuld für die Konflikteskalation bei der CPP, indem er skizziert, dass diese einen „preemptive coup“ gegen FUNCINPEC durchgeführt hätte (Chandler 2008: 290). Auch Strangio (2014: 79-82) diskutiert die unterschiedlichen nationalen und internationalen Positionen zu dieser Frage kritisch.

⁷⁰ Eine umfassende Darstellung, die die Aspekte skizziert, die zur Gewalteskalation von 1997 führten, findet sich unter anderem bei Bultmann (2017: 206-209), Doyle (1998: 79-99) oder Sebastian Strangio (2014: 63-88), der die politischen Auseinandersetzungen zwischen 1993-1998 sehr detailliert darlegt.

„Die Verhandlungen zwischen Ranariddh und den Überbleibseln der Roten Khmer waren der finale Auslöser für eine Eskalation, die beide Parteien seit Jahren durch ihr tiefes gegenseitiges Misstrauen, durch die instabile Doppelregierung, in der FUNCINPEC faktisch kaum Macht hatte, und die gegenseitigen Verdächtigungen herbeigeführt hatten. Ranariddh argumentierte, er habe sich mittels seiner Aufrüstungen und Koalitionsbildungen lediglich gegen Hun Sen verteidigen wollen, weil er sich sicher war, dass der Putsch irgendwann kommen würde“ (Bultmann 2017: 209).

Die CPP ging aus diesem Kampf als Sieger hervor, viele prominente Mitglieder und Generäle der FUNCINPEC wurden entweder getötet, verhaftet, flohen ins Ausland oder an thailändische Grenze, um dort noch einige Zeit Widerstand zu leisten, oder verbündeten sich mit der CPP (The Cambodia Daily 07.07.2016; Chandler 2008: 290; Doyle 1998: 83; Lao 1998: 170-171). Die Machtbasis der royalen Partei war damit zerschlagen und sie konnte in den Wahlen nicht mehr gefährlich werden. Die Rolle der CPP im kambodschanischen Staat und ihre Bedeutung für den hegemonialen Diskurs ist, abgesehen von den Parlamentswahlen 2013 sowie den zwei darauffolgenden Jahren, seitdem unbestritten und unangefochten. Dies lässt sich aber nicht nur mit Wählermanipulation oder gewaltsamer Unterdrückung der Opposition erklären, sie ankert in ihrem Selbstverständnis und letztlich auch in den Verdiensten gegenüber Staat und Bevölkerung, die in der wirtschaftlichen Entwicklung und dem infrastrukturellen Aufbau liegen (Interview Z-5; Norén-Nilsson 2016: 122-124). Sie sind aber auch in der zerstrittenen und schwachen Opposition sowie der problematischen Unterstützung durch die Internationale Gemeinschaft begründet.

Der Kampf um die politische Macht ist zugleich auch ein Kampf um die Interpretation des politischen Deutungsdiskurses und das identitäre Narrativ, das, je nach Parteizugehörigkeit, stark variiert. Dabei lassen sich drei grobe Richtungen herausarbeiten, wie auch Norén-Nilsson (2016: 12-15) und im Kontext der wirtschaftlichen Transformation auch Hughes (2003) aufzeigen: die Identität als Befreier Kambodschas, die dem Land Sicherheit und Stabilität gebracht haben, ein Narrativ, das von der CPP getragen wird; die demokratischen Kräfte, die sich als elitär und besonders gebildet verstehen und das Land in eine liberale Demokratie nach westlichem Vorbild überführen möchten, ein Diskurs, der von der ehemaligen CNRP sowie anderen Oppositionsparteien und Teilen der Zivilgesellschaft getragen wird; drittens der royalistische Diskurs, der zwischen Tradition, Moderne und Königshaus steht und von

FUNCINPEC verkörpert wird. Um das Wirken der einzelnen Parteien besser zu begreifen, erscheint es sinnvoll, diese als Protagonisten im politischen Deutungsdiskurs näher zu skizzieren, ihre zeitliche Entwicklung einzuordnen und die Trias an Deutungsdiskursen und Identitätszuschreibungen in Verbindung zu den faktischen politischen Geschehnissen zu setzen.

Cambodian People's Party (CPP)

Wie Chantal Mouffe und Ernesto Laclau treffend festgestellt haben, ist Macht, in diesem Kontext verstanden als politische Deutungsmacht, nicht als eine rein äußerliche Beziehung zu denken – also nicht in dem Sinne, dass „zwei prä-konstituierte Identitäten“ (Laclau/Mouffe 2012: 27) sich um Macht streiten –, sondern Macht ist vielmehr selbst der ausschlaggebende Faktor für die Konstruktion von Identitäten (Laclau /Mouffe 2012: 27). Weiter postulieren die beiden Autoren, dass „die hegemoniale Anordnung [...] keine andere Quelle der Gültigkeit für sich in Anspruch nehmen [kann] als die Machtbasis, auf der sie gegründet ist“ (eigene Einfügung, Laclau/Mouffe 2012: 27). Die Basis, auf der die CPP ihre Macht aufbaut, hat sich im Verlauf der Zeit gewandelt. Die wichtigsten Narrative allerdings bleiben erhalten. Hierzu gehören folgende Diskurse: die CPP als Befreier von den Khmer Rouge im Bürgerkrieg, als Garant für Stabilität und Reintegration der Kämpfertruppen und die CPP als innovative Kraft, die das Land nach dem Bürgerkrieg wieder aufgebaut und dem Volk Wohlstand und Frieden gebracht hat (Nem 2012; McCargo 2014: 73; I-1). Diese drei Narrative konstituieren das Selbstverständnis der gesamten Partei und bilden neben familiärer Zugehörigkeit, die sich großteils durch die Geburt in verschiedene Netzwerke konstituiert, zugleich das Fundament, auf dem auch jüngere Parteimitglieder aufbauen.⁷¹ Die Legitimation des Herrschens und die Überzeugung, die einzige Partei zu sein, die diesen Anspruch dauerhaft aufrechterhalten und aufbauen kann, ergeben sich in unterschiedlichen Ausprägungen und Variationen aus jenen drei Diskursen. Hinzu kommen die faktischen Errungenschaften, die die Partei für das kambodschanische Volk in den letzten Jahrzehnten erreicht hat, wie einen massiven wirtschaftlichen Aufschwung etwa durch Tourismus und Textilindustrie, den Ausbau von Infrastruktur, die Errichtung von Schulen

⁷¹ Hughes spricht sogar von einem seit mehreren Jahrzehnten bestehenden und Kontinente übergreifenden Elitennetzwerk (2003: 125), auch Bultmann (2020) liefert eine umfassende Übersicht über die Entwicklung der verschiedenen Elitenstränge.

und Universitäten und den Anschluss an regionale und internationale Kräfte, wie beispielsweise die ASEAN und die UN.⁷² Dennoch wandelten sich mit der jüngeren Politikergeneration auch langsam die Diskurse der Partei:

„Das Selbstverständnis der Regierung: Natürlich legitimiert sich die Regierungspartei hauptsächlich auf ihrer Geschichte und ihren Erfolgen, sowohl das Land befreit zu haben, für Stabilität gesorgt zu haben und Kambodscha auf einen langfristigen Wachstumspfad geführt zu haben. Also diese Argumente des Selbstverständnisses der CPP ändert sich aber dahingehend, dass man jetzt ein stärkeres Bewusstsein hat, aktuelle Themen anzusprechen, auch selbstkritisch anzusprechen und auch Lösungsvorschläge zu erarbeiten, also pragmatischer zu sein und auch auf die Opposition zuzugehen“ (I-1).

Gleichzeitig lässt sich aber im ersten Punkt, also dem Verständnis als Befreier von den Khmer Rouge, ein Wandel im ideologischen Verständnis feststellen, wenn auch der Kern erhalten bleibt. Die CPP entwickelte sich von einer post-sozialistischen Partei hin zu einer auf regionaler und internationaler Ebene anschlussfähigen, stark strukturierten Partei, die sich als legitime Kraft des Volkes versteht. Die CPP führt an, dass ihre Ursprünge, bedingt durch die Vorgängerpartei, die Kampuchean People's Revolutionary Party (KPRP), bis auf die ersten Jahre der kolonialen Unabhängigkeit in das Jahr 1951 zurückgehen (Vickery 1994: 102). Peou argumentiert hingegen, die CPP habe sich erst in Vietnam als Widerstandsbewegung gegründet (Peou 2019: 42), auch wenn das eigentliche Parteinarrativ ein anderes sei:

„The CPP leadership, however, likes to refer to itself as part of the old communist movement that emerged early in the 1950s. Every year the CPP leadership still celebrates the birth of its party, which it says dates back to the early 1950s when the Khmer People's Revolutionary Party (KPRP) was said to have been founded. The annual celebration is usually marked as an event to maintain the political narrative of the party's long history of struggle against colonial rule and political oppression. The anti-French struggle for independence, the war against US imperialism, and the overthrow of the Pol Pot leadership are among the items highlighted. In other words, the CPP leadership has used history to paint itself as the only enduring party capable of achieving great things for the nation“ (Peou 2019: 44).

Die eigentliche Geschichte der CPP beginnt somit im Jahr 1977, in dem die Roten Khmer weitreichende Säuberungen des Parteiapparates, insbesondere im Osten des Landes, anordneten. Als direkte Folge darauf fliehen in den kommenden Monaten verschiedene Kader nach Vietnam und suchen Schutz im Nachbarland. Unter ihnen auch Chea Sim,

⁷² Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in Kambodscha betrug bis 2019 über 7% (World Bank 2022).

Heng Sangrim und Hun Sen, die später das Dreigespann bilden sollten, auf dem die CPP ihre Macht aufbaute. Nach dem Einmarsch Vietnams, mit Unterstützung der geflohenen kambodschanischen Kader, wurde Chea Sim mit Billigung Vietnams zunächst Innenminister des von Vietnam besetzten Landes. Er nutzte diese Position, wie Jonathan Sutton sehr eindringlich skizziert, um weitreichende Patronage-Netzwerke zu errichten, denen zahlreiche ehemalige Khmer Rouge-Kämpfer angehörten. Dies führte nicht nur zur innerparteilichen Festigung seiner Macht, sondern auch zu einer stärkeren Unabhängigkeit von der vietnamesischen Regierung, die ihn schließlich 1981 seines Amtes enthob und ihm einen zeremoniellen Posten zukommen ließ (Sutton 2018: 179). Seine Machtbasis in der Partei behielt er aber bis zu seinem Tode 2015 bei. Er war Hun Sens größter innerparteilicher Gegenspieler. Trotz diverser Differenzen gelang es bei der Allokation von Ressourcen, wie der Vergabe von Posten, Verträgen mit FUNCINPEC oder der Positionierung der jeweils nächsten Generation, nach außen hin geschlossen aufzutreten. Erst mit dem Tode Chea Sims änderte sich die vorherige Form der Machtaufteilung auf drei Säulen. Hun Sen konnte nach und nach seine Position innerhalb der Partei immer deutlicher ausbauen, was sich nicht zuletzt an den Wahlplakaten ablesen lässt. Während noch bei den Wahlen 2013 auf den Plakaten immer das Dreigestirn zu sehen war, ergab sich für die „Kommunalwahlen“ 2017 ein anderes Bild. Hun Sen wurde prominent auf den Plakaten platziert oder aber alleine abgebildet – ein Vorgehen, das einige Jahre zuvor noch undenkbar gewesen wäre (Sutton 2018: 185). Die Macht des Staates konzentrierte sich weitgehend nur noch auf eine einzige Person: Hun Sen. Dies wird auch in der Art der Geschichtsschreibung, ein wesentlicher Faktor in Kambodscha, auf dem die CPP immer wieder ihren Herrschaftsanspruch aufbaut, deutlich.

„Another symbolic example is the hagiographic documentary ‚Marching Towards National Salvation‘, released by the CPP in early 2018, which chronicles Hun Sen’s defection from the Khmer Rouge and involvement in Vietnam’s 1979 invasion of Cambodia. While Hun Sen is given the most prominence, influential defectors like Chea Sim and Heng Samrin are mentioned only in passing, and others who remain high-ranking members of the CPP, such as Men Sam On and Tea Banh, are not mentioned at all“ (Sutton 2018: 185).

Hun Sen hat nach Chea Sims Tod erstmals seit 1985 den Parteivorsitz und auch das Regierungsamt inne. Sowohl nach außen, also im Bezug zu anderen Parteien, als auch innerparteilich ist der Zugang zur Macht nun stark reglementiert, ist die Macht auf eine

Person zugeschnitten. Der hegemoniale Deutungsdiskurs spitzt sich auch innerhalb der CPP primär auf einen Elitenkreis zu. Dennoch hat die Partei einen signifikanten Wandel innerhalb der letzten Jahrzehnte, aber vor allem in den letzten Jahren, durchgemacht. Sie wandelte sich von einer Partei, die sich nicht aus den ursprünglichen politischen Eliten, sondern aus einstigen Khmer Rouge Kadern und Kämpfern rekrutierte, zu einer Partei, die sich fast ausschließlich aus den zwischenzeitlich gewachsenen Netzwerken und Eliten erneuert (Loughlin 2020, 2021). Es ist keine Seltenheit, dass Väter und Söhne zusammen im Parlament sitzen. Ein hochrangiges CPP-Mitglied, das der Partei schon seit Beginn der 90er Jahre angehört, skizzierte im Wesentlichen vier Beweggründe für sein parteipolitisches Engagement. Für ihn stand und steht die CPP für Frieden, Einheit und Wohlstand sowie die Möglichkeit, auch als Nicht-Zugehöriger zu den Eliten in der Partei etwas bewirken und Karriere machen zu können (P-12). Vor allem die ältere Generation, die den Bürgerkrieg noch selbst erlebt hat, baut auf die strukturgebenden Elemente der CPP und die Chance auf Sicherheit und Frieden. Besonders in den Dörfern wirbt die CPP immer wieder mit den strukturellen Maßnahmen, die sie für die einzelnen Gemeinden geschaffen hat. Der vierte Faktor, der nicht zu unterschätzen ist, ist das Selbstverständnis, das die CPP von sich hat. Weder Heng Samrin noch Chea Sim, noch Hun Sen sind Teile der ursprünglichen, in sich sehr geschlossenen, generationenübergreifenden kambodschanischen Elite gewesen. „Primeminister Hun Sen was a pagoda boy. The leadership did not come from a very noble family background. I thought I might have more freedom to rise. So more like a spider net [...]“ (P-12, Gedächtniszitat aus Mitschrift). Dieses Verhältnis hat sich heute allerdings gedreht. Die Liste von Kindern aus CPP-Kadern, die jetzt ebenfalls in hochrangigen Positionen sind und entsprechend gefördert werden, ist lang und in sich geschlossen, was nicht zuletzt mit den finanziellen Ressourcen zusammenhängt, die notwendig sind, um ein entsprechendes Amt zu bekleiden. Positionen, wie die von Provinzgouverneuren oder Parlamentsmitgliedern, müssen bezahlt und finanziert werden, was wiederum nur geht, wenn die Familie über entsprechende Netzwerke, wirtschaftliche Mittel und Einfluss verfügt.

„Even candidates running for parliamentary seat have to invest a certain amount of money. Of course it is probably common in some other country that candidates have to invest, but this is done, without transparency, without rules to limit campaign finance and that influences political decision on who should be, you know, put on the list and which way

they should sit in. These whole things contribute to political corruption, which is creating problematics in terms of appointments and positions“ (Z-4).

Die CPP und die Roten Khmer

Betrachtet man die 90er Jahre, war es das vornehmliche Ziel der Cambodian People's Party, die Einheit des Staates zu gewährleisten, die eigene Macht auszubauen und die Kämpfergruppen zu reintegrieren. Die Reintegration von Kämpfergruppen kann als erster Schritt von einer antagonistischen hin zu einer agonalen Vorstellung der Konfliktaustragung verstanden werden, auch wenn diese an realpolitische Machtinteressen gekoppelt war, nämlich das Land zu einen und die eigene Machtbasis auszubauen. Allerdings ging diese Reintegration nicht rein agonal vonstatten. Die Strategie der sogenannten „Win Win“-Policy teilte sich in fünf verschiedene Punkte: kurz „DIFID“ oder lang „Divide, Isolate, Finish, Integrate and Develop“ (Nem 2012: 202). Die Taktik sah vor, die verschiedenen Kämpfereinheiten der Khmer Rouge aufzuspalten und die interne Einheit, die besonders bei den stark ideologisierten Khmer Rouge-Kämpfern ausgeprägt war, zu brechen, so dass diese das Vertrauen in ihre Führung verlieren würden.⁷³ Diese Strategie zeigte relativ bald innerhalb der Khmer Rouge Erfolge, die seit den 80er Jahren immer wieder mit internen Konflikten zu kämpfen hatten, und führte letztendlich zur parteiinternen Verurteilung von Pol Pot. Dieser wurde 1997 durch Ta Mok als Führungsfigur ersetzt, kurz darauf lösten sich die Khmer Rouge auf (Bultmann 2017: 208-211). Bis heute bleibt es eines der am meisten diskutierten Themen, wieso die Khmer Rouge sich, obwohl sie sich zunächst an dem von der UN initiierten Friedensprozess 1991 beteiligten, schließlich doch entschlossen, die Waffen wieder aufzunehmen und an der thailändischen Grenze weiterzukämpfen. Wieso die Roten Khmer weiterkämpften, ist wohl auf ein Konglomerat aus den Faktoren Ideologie, Bedenken bezüglich der eigenen Sicherheit und wirtschaftlichen Interessen anzusehen (Bultmann 2017: 194-199; Whalan 2012: 237). Zum einen fürchteten die Khmer Rouge Racheakte von Seiten der Bevölkerung (Peou 2002: 515), auf die die Angkar, also die innere Führungselite der Khmer Rouge, immer wieder hinwies sowie eine sehr frühe Sozialisierung in der strukturellen Lebenswirklichkeit der Organisation:

⁷³ Für eine ausführliche Diskussion der „Win Win“-Policy sei an dieser Stelle auf Nem (2012) verwiesen, der dieser Thematik ein ganzes Buch gewidmet hat und die militärischen und strategischen Hintergründe aus „Insidersicht“ eines Generals beleuchtet.

„Ein Großteil der Kader kannte auch kaum eine Welt außerhalb der Organisation. Bereits als Kinderrekruten wurden sie in diese Organisation integriert und in ihre enge Lebenswelt hineinsozialisiert. Den Roten Khmer gelang es auf diese Weise, einen bedeutenden Teil ihrer Kommandostruktur aufrechtzuerhalten“ (Bultmann 2017: 172).

Ferner wurden die Khmer Rouge sowohl von China als auch den westlichen Staaten jahrzehntelang während des zweiten Bürgerkriegs unterstützt. Die „Befreiung“ Kambodschas wurde als feindliche Invasion Vietnams gewertet mit der Konsequenz, dass der offizielle UN-Sitz Kambodschas bis zum Friedensabkommen von Paris von der Widerstandsregierung, also auch von den Khmer Rouge, gehalten wurde (Slocomb 2001: 195). Die Rolle, die die Internationale Gemeinschaft während des Bürgerkrieges einnahm, ist retrospektiv kritisch zu betrachten. Der wohl entscheidende Faktor neben politischen Interessen war, dass das Khmer Rouge-Gebiet um Pailin sehr reich an Bodenschätzen und Tropenhölzern war und so eine wirtschaftliche Fortführung des Krieges ermöglichte (Peou 2000: 358; Beusch 1993). Auch große Teile der Widerstandsbewegung, insbesondere die ehemaligen Khmer Rouge-Kader, die nach Vietnam desertiert und schließlich mit den Vietnamesen ins Land einmarschiert sind, haben seit frühester Jugend in der ein oder anderen Form im Dschungel gekämpft, um ihr Land „zu befreien“ oder wieder aufzubauen. Dies macht sich sowohl im Deutungsdiskurs als auch in der politischen Kultur des Landes nach UNTAC bemerkbar. Fachliche Expertise war in den Jahren nach dem Bürgerkrieg kaum vorhanden. Konflikte wurden auf Grund der politischen Kultur des Landes, die von Antagonismen durchzogen war, nicht nur mit Waffengewalt, sondern zugleich auch auf einer persönlichen Ebene ausgetragen (Peou 2002: 510-515). Dies zeigt sich auch an der Zahl der politischen Morde, die in den letzten Jahren zurückgegangen ist. Oppositionsführer Sam Rainsy, der im Zuge des Wahlkampfes 1997 eine Kundgebung hielt, wäre fast Opfer einer Granatenattacke geworden, bei der mehr als 100 Personen verletzt wurden und 16 Personen verstarben (Strangio 2014: 77-78). Die von Hun Sen und der CPP initiierte „Win Win“-Policy machte aber deutlich, dass es auch in dieser Phase weniger um die Aufrechterhaltung von Feindbildern ging, sondern um den Ausbau machtpolitischer Ansprüche.

„Peace and national reconciliation are for all of us, so the internal borders between regions were annihilated, and all people became as one, concerned with development and the same advantages under the roof of the same law and constitution of the only Government [sic!]. The armed forces which used to fight each other have now returned to live together without separation or discrimination in the same uniform and under the spirit of devotion for the nation and people“ (Nem 2012: 258).

Die Integration bisheriger Kämpfergruppen und die Strategie, Befehlshabern wie z.B. Generälen ihre Einheiten weiterhin zu unterstellen, veranschaulicht, dass das Ziel, Stabilität zu erreichen, einen Gegensatz bildet zu dem eigentlich antagonistischen Ziel, den Feind um jeden Preis zu vernichten. Sobald der Feind in seiner Machtausübung unschädlich gemacht ist, kann er reintegriert werden. Dieses Muster setzt sich bis heute fort, wie in den folgenden Abschnitten noch explizit erklärt werden wird.

Die Zuschreibung antagonistischer bzw. agonaler Konfliktaustragungsmodi ist in den 90er Jahren bereits komplexer, als dies die reine Betrachtung der Fakten vermuten lassen würde. Auch nach den Ereignissen im Juli 1997, die zur Machtsicherung der Elitennetzwerke dienten und die Zwei-Premierminister-Lösung noch vor den eigentlichen Wahlen regelten, verfolgte die CPP eine zweigleisige Politik.⁷⁴ Einerseits wurde der Feind mit Waffengewalt besiegt, ehemalige FUNCINPEC-Generäle ließen ihr Leben, flohen an die Grenze oder ins Ausland oder wurden verhaftet, andererseits wurden Überläufer, die in diesem Sinne keine Bedrohung mehr darstellten, zahlreiche Privilegien gewährt (Peou 1998: 99), und sie konnten finanziell und politisch unbehelligt weiteragieren. Somit wurde die Opposition im Kambodscha nie vollständig eliminiert oder komplett unterdrückt, sie wurde vielmehr nur für den politischen Machterhalt unschädlich gemacht. Beispielsweise wurden ehemalige Khmer Rouge-Mitglieder mit vollen Ehren begraben, bis heute werden die Provinzen um Pailin und Anlong Veng, frühere wirtschaftliche und ideologische Khmer Rouge-Hochburgen, von ehemaligen Khmer Rouge-Kadern regiert, die in der Regierung entsprechend geduldet werden. Der Sohn einer der Hauptangeklagten der ECCC war jahrelang stellvertretender Provinzgouverneur, ist also im politischen Spektrum hoch angesehen (The Phnom Penh Post 25.08.2015; Bultmann 2020a: 10). Hier zeigt sich deutlich, dass Identitäten per se nicht festgeschrieben und dauerhaft sind, sondern vielmehr in Korrelation zu dem

⁷⁴ Eine sehr ausführliche Diskussion der Umstände, die zu diesem Ereignis führten, und der sich daraus ergebenden nationalen und internationalen Konsequenzen findet sich bei Peou (1998).

eigenen Machtanspruch respektive in Kontrast zum Machtanspruch der herrschenden Elite stehen. Gleichermaßen komplex gestaltet sich auch die Beziehung zwischen CPP und FUNCINPEC.

FUNCINPEC

„Following the establishment of the coalition government in 1993, the CPP and FUNCINPEC adopted similar strategies of reinforcing party links with the electorate. They did so using patronage politics based upon the revenues available to individual politicians as a consequence of increased international aid flows and inward investment in the post-UNTAC period. For the CPP, patronage politics allowed effective use of the highly politicised pro-CPP local government network to surveille, reward and exclude. This tactic led to the marginalisation and oppression of FUNCINPEC activists in the village, and the empowerment and privileging of CPP activists“ (Hughes 2001: 304-305).

Mit den Wahlen 1998 und der vorhergegangenen Eskalation 1997 wurde FUNCINPEC zum Juniorpartner der CPP, in den Jahren danach verlor die einstige Regierungspartei immer mehr an Bedeutung, die Sonderregelung des doppelten Premierministers wurde abgeschafft. 2013 konnte die ehemalige Regierungspartei nicht mehr ins Parlament einziehen. Die Bevölkerung hatte das Vertrauen verloren. FUNCINPEC wechselte mehrmals die Führung, der mittlerweile verstorbene ehemalige Parteichef Norodom Ranariddh verließ die Partei 2006 auf Grund eines Korruptionsskandals, übernahm aber 2013 wieder die Parteiführung, die er 2015 schließlich an seinen Sohn übergab (The Phnom Penh Post 13.08.2018). Mittlerweile ist Ranariddh verstorben. Auch zu seinem Gedenken wurde eine große Bestattungszeremonie abgehalten. Die Partei selbst ist in einem prekären Zustand, sie grenzt sich nicht klar von der Regierungspartei ab, die ehemalige und die aktuelle Parteiführung sind genauso zerstritten wie einzelne Personen der gegenwärtigen Parteiführung (Khmer Times 02.02.2016; Khmer Times 20.10.2021).

„I feel that the party has drifted away from its core principles, particularly on issues that are related to helping the nation. The party became quite embroiled with the personality conflicts, getting involved too much in nothing to do with the, you know, national issue but rather all personal issues, leadership issues [...]“ (P-5).

Heute positioniert sich FUNCINPEC eher auf Seiten der CPP als auf Seiten der Opposition. Dieser Umstand ist einerseits auf schlechtes Parteimanagement und die Ereignisse von 1997 zurückzuführen, andererseits aber auch der militärischen Reintegrationspolitik der

CPP geschuldet. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass FUNCINPEC im Jahr 1998 trotzdem erneut eine Koalition mit der CPP einging.

„The impact on party identity is particularly problematic. The transformation of a ‚resistance party‘ into an ‚opposition party‘ is dislocating for core party activists who bear the brunt of suffering, at the hands of vilified ‚traitors‘ and ‚puppets‘ during civil war, and who are most at risk during the uncertain transition to democratic peace. Peaceful co-existence with former and, potentially, current enemies requires that leaders promote a tempering of rhetoric and imagination within the party. Balancing this with the fear of alienating supporters and suffering party collapse is difficult“ (Hughes 2001: 302).

Zudem stellte das persönliche Verhalten, vor allem das der FUNCINPEC-Abgeordneten, ein großes Problem für den demokratischen Aufbau dar. Viele der Parlamentarier, die jahrzehntelang unter härtesten Bedingungen an der Grenze zu Thailand entweder gekämpft oder Nachwuchs für die Armee rekrutiert hatten, ließen sich für das vergleichsweise angenehme Leben in der Hauptstadt begeistern, von politischen Konkurrenten kaufen oder waren eher an dem Ausbau persönlicher Netzwerke interessiert als an Regierungsarbeit, wie ein ehemaliges Mitglied erklärt.

„This is because of this division, no unity in a party leadership and lack of a strong leaders who can put together a sense of a mission and a sense of accomplishment that they used to have during the 1993 time. There was a strong, during that time I remember, there is a strong sense of mission, strong sense of purpose to being a political party to liberate Cambodia from foreign occupation and to bring about national unity and to bring about national reconciliation and to participate in process of reconstruction and rehabilitation of the Cambodian but as time goes by they lost their effectiveness as major party go down, and partly because of the leader adhere themselves to personal interest too much“ (P-5).

Eine weitere Erklärung ergibt sich aber auch, wie ein anderes Mitglied erörtert, aus drei strukturellen Umständen: Erstens schwächte die Co-Premierminister-Lösung FUNCINPEC und insbesondere deren Wählerschaft: „[...] when FUNCINPEC won [the] election in 1993 we are supposed to be alone and we share, the people are not happy, you know when you share like this. So but we said, wait, make a peaceful first“ (eigene Einfügung, P-6). Zweitens zerstörte die Auseinandersetzung mit der CPP 1997 die militärische und machstrukturelle Grundlage der Partei, der Parteivorsitzende Ranariddh, der ins Ausland geflohen war, konnte auf Druck der Internationalen Gemeinschaft wieder an den Wahlen teilnehmen. Aber „[...] with one year you know hunting, with one year traumatized, the people spread, and so on, and they create many parties“ (P-6). Außerdem seien Unregelmäßigkeiten bei der Wahl vorgekommen, da diese nun nicht mehr von UNTAC und der Internationalen Gemeinschaft kontrolliert

worden seien (P-6). Ab 1998 war FUNCINPEC Juniorpartner, hatte in den Folgejahren mit parteiinternen Streitigkeiten zu kämpfen und musste einen Teil der Stimmen in den Wahlen 2003 an die Sam Rainsy Party abgeben – Sam Rainsy war ursprünglich FUNCINPEC Mitglied der ersten Stunde – und verlor schließlich 2013 nach dem Zusammenschluss zwischen Sam Rainsy Party und Human Rights Party seine gesamte Wählerschaft an die CNRP: „So all the vote to Sam Rainsy is nothing but from FUNCINPEC. That is why in 2013 Sam Rainsy won the election, Sam Rainsy was a FUNCINPEC member“ (P-6). Seit 2013 ist FUNCINPEC nicht mehr im Parlament vertreten, hat aber, bedingt durch seine hochrangigen Mitglieder und seine engen Beziehungen zum kambodschanischen Königshaus, bis heute eine wichtige gesellschaftliche Position und verfügt über zahlreiche Netzwerke im In- und Ausland, die für politische und wirtschaftliche Zwecke genutzt werden können. Korruption, interne Streitigkeiten und die Bemühungen des politischen Gegners, der Partei ihre militärische und politische Basis zu entziehen, führten zu diesem Ergebnis (The Phnom Penh Post 13.08.2018; The Cambodia Daily 07.07.2016; Chandler 2008: 290; Khmer Times 02.02.2016; Khmer Times 20.10.2021). Gleichwohl ist aber zu bemerken, dass sich auch hier ein identitäres Problem ergibt. Während die Mitglieder der CPP durch ihren Herrschaftsdiskurs nach außen und auch im Inneren gefestigt erschienen, zerbrach FUNCINPEC in verschiedene Fraktionen und konnte eine klare identitäre Position über die einzelnen Jahre nicht aufrechterhalten. Sie wandelte sich von der herrschenden Regierungspartei zum Juniorpartner und blieb letztlich in der unklaren Positionierung als entweder Regierungs- oder Oppositionspartner stecken, ohne klare Ziele zu verfolgen. FUNCINPEC berief sich vielmehr auf die Nähe zum Königshaus, ohne aber genauer zu definieren, welche Werte sie durch diese Nähe transportieren möchte (Norén-Nilsson 2016: 12; Hughes 2003: 117- 137). Durch den Rückzug aus der Partei und den späteren Tod König Sihanouks verlor sie ihr Ansehen als Partei der Stabilität und traditioneller Werte und verpasste es, eine Agenda gerade für die ländliche Bevölkerung zu gestalten (Hughes 2001: 307-310; Hughes 2003: 118). Die Ernennung von Norodom Sihamoni zum kambodschanischen König nach dem Tod von Nordom Sihanouk, die 2004 erfolgte und die gerade von Premierminister Hun Sen forciert wurde, schwächte den politischen

Einfluss des Königshauses weiter.⁷⁵ Dieser verbrachte einen Großteil seines Lebens als Kulturbotschafter für die UNESCO und als Tanzlehrer für klassisches Ballett im Ausland und versteht seine Rolle gemäß den Vorgaben der konstitutionellen Monarchie vor allem als kulturelles Oberhaupt, während beispielsweise sein Vater deutlich aktiver in der Politik war und auch politische Praktiken scharf kritisierte, was nicht selten zu Auseinandersetzungen mit der CPP führte. Dieses Handeln ist auf seine Rolle im Bürgerkrieg zurückzuführen. König Sihanouk war während des zweiten Bürgerkrieges Präsident der von der UN anerkannten Exilregierung. Zugleich verfügte er als Parteioberrhaupt von FUNCINPEC über einen militärischen Flügel der Partei, der im Bürgerkrieg kämpfte. Sein Sohn hingegen wird oft als stiller König bezeichnet. Er fordert den hegemonialen Deutungsdiskurs der CPP nicht mehr heraus oder kritisiert öffentlich Entscheidungen des Premierministers.

„Cambodia’s ‚silent king,‘ as Norodom Sihamoni is sometimes described, seems to be a perfect tool for Hun Sen to achieve his policy of ‚national conciliation and stability.‘ According to Hun Sen, Cambodia is one ‚happy family‘ and the king’s compliance and silence provide the bedrock for Cambodia’s stable society and an economy that has been doing relatively well. Not wanting to be seen as part of the regime, Cambodia’s monarch has often left the country to avoid signing controversial legislation into law. Instead, a representative does his job for him“ (Asia Times 15.01.2019).

Kleinere Parteien

Sieht man sich das Grundsatzprogramm der LDP (League for Democracy Party) an, die schon seit Jahren einen relativ konstanten Anhänger- und Wählerkreis hat, beziehungsweise spricht man mit deren Mitgliedern, merkt man, dass der Diskurs mehr ideologisch bestimmt ist, als von realpolitischen Fragen geleitet.⁷⁶

„So most importantly unlike other political parties LDP actually tells us about life lessons, buddha lessons and these things people criticize about LDP because they say the religion should not really be combined with politics and actually and how LDP puts it, it makes it really relevant that religion truly be combined with politics because not exactly religion but actually buddism, because from my understanding buddism is not religion. [...] In Buddha, buddism they teach us to understand things and that is what LDP is doing. He is teaching us to understand about politics, what is politics what is democracy and how to live life“ (P-4/Person 1).

⁷⁵ Der kambodschanische König wird nicht durch Erbfolge per se, sondern von einem Konzil ernannt. Bedingung dabei ist die Abstammung aus einer der königlichen Erbfolgelinien.

⁷⁶ Gespräche mit Mitgliedern der Jugendorganisation der LDP, September 2015, Phnom Penh sowie Parteidokument der LDP.

Die Partei spricht sich beispielsweise in ihren Grundsätzen für eine Reform des Wahlsystems aus und macht das aktuelle Wahlsystem sowie die Regierung für die politischen Zustände im Land verantwortlich.

„The starting point of LDP is start to explain the people. First of all we have to tell the people about all the problem in Cambodia. Actually they understand about the problem in Cambodia, why because they are like fish in the pond, so they can feel that how hot or warm the water is. So got talk much about the problem of Cambodia. One thing is because Cambodian is Cambodian, so they understand about the problem, they can feel about the problem or how hard they can live in the country another thing is about the dangerous, something we cannot talk in depth about all the problem in Cambodia“ (P-4/Person 2).

Die Anhänger forcieren ein reines Mehrheitswahlsystem, bei dem auch unabhängige Kandidaten zugelassen sind (Women’s Media Centre 2013). Das ist eine Forderung, die für eine kleinere Partei nicht nachvollziehbar ist, bietet doch das kambodschanische Verhältniswahlsystem mit starrer Liste ohne Sperrklausel in Wahlkreisen, die nach Provinzen aufgeteilt sind, eigentlich deutlich bessere Bedingungen gerade für kleinere Parteien.⁷⁷ Ferner fordert die Partei eine Ausrichtung der Politik nach spirituellen Grundsätzen, nach den Prinzipien der Harmonie und der Liebe. Sie will den Fokus verstärkt auf Kambodscha und nationale Grundprinzipien richten, ohne aber genau zu definieren, wie diese Politik in der faktischen Ausgestaltung aussehen oder welche Rolle Kambodscha in Asien übernehmen sollte.

Die meisten anderen kleinen Parteien, wie z.B. das Khmer People Power Movement, eine radikal nationalistische Splitterpartei, deren Anhänger ebenfalls Gefängnisstrafen absitzen mussten, weil sie einen bewaffneten Umsturz geplant haben sollen, bieten keine wirkliche Alternative zu großen Parteien (Radio Free Asia 10.07.2014). Die verhafteten Personen und der Vorsitzende sind mittlerweile wieder rehabilitiert worden, vermutlich um so die Einigkeit der Opposition zu schwächen. Der Vorsitzende darf, dank einer royalen Begnadigung, das Land wieder betreten – er hielt sich lange Zeit im Exil auf (The Phnom Penh Post 22.09.2015). Allerdings muss man dieses mangelnde Wissen über Politik und Parteiarbeit in den Kontext des kulturellen Umfelds stellen.

⁷⁷ Ein sehr guter Überblick über das kambodschanische Wahlsystem findet sich bei Aurel Croissant (2016).

„Es gab keine Meinung einer Partei zu einer ASEAN-Integration und eine Meinung einer Partei zu Klimawandel oder sowas. Das hängt damit zusammen, dass die Parteien auch vielfach auch gar nicht über die Fachexpertise verfügen, sich mit diesen neuen Themen [auseinanderzusetzen]“ (eigene Einfügung, I-1).

In ganz Südostasien gibt es kaum Parteien, die über ein Parteiprogramm im klassischen Sinne verfügen.⁷⁸ 2015 gründete sich eine neue Partei, die Grassroots Democratic Party (GDP), die sich aus Menschenrechtsaktivisten und ehemaligen Mitgliedern der CNRP zusammensetzt, die von deren Politik enttäuscht waren. Ihr Grundgedanke ist es, eine Politik zu gestalten, die jenseits von einem Kräftemessen zwischen CNRP und CPP stattfindet und politische Inhalte und Basisdemokratie in den Vordergrund stellt (P-10).

„We would like to influence Cambodian politics into the right direction we need so show a good govern model by establishing a political party with intraparty democracy principle. That each level should be elected by the active members of the party not appointed by the party leader“ (P-10).

Sie fokussiert sich nicht auf Grenzkonflikte oder dergleichen, vielmehr will sie die großen Probleme des Landes, wie soziale Ungerechtigkeit, Jugendarbeitslosigkeit, Korruption und schlechte medizinische Versorgung, angehen (P-10). Es bleibt aber abzuwarten, ob die GDP, sollte sie mit den nächsten Wahlen an Einfluss gewinnen und damit den hegemonialen Deutungsdiskurs herausfordern, nicht ebenfalls in die Auseinandersetzungen mit hineingezogen wird. Ein Indiz für diese These ist ein Vorfall, der sich 2016 ereignete. Einer der drei Parteigründer, Kem Ley, der sich hauptsächlich mit Themen der Korruption und des Missbrauches von Macht auseinandersetzte und sich bei der Bevölkerung als politischer Kommentator sehr großer Beliebtheit erfreute, wurde in Phnom Penh auf offener Straße erschossen. Kurz zuvor hatte er einen von einer NGO erstellten Bericht über das Vermögen von Hun Sen und seiner Familie öffentlich diskutiert und verbreitet (Global Witness 2016; BBC News 10.07.2021). An den Beerdigungsfestlichkeiten nahmen Zehntausende, manche Nachrichtenseiten sprechen von Millionen (Radio Free Asia 24.07.2016) von Menschen, in ganz Kambodscha teil (The Phnom Penh Post 25.07.2016). Obwohl der Täter gefasst werden konnte und verurteilt wurde, weist der von den Autoritäten ermittelte Hintergrund der Tat Lücken auf und wirkt unwahrscheinlich. Seine Familie ist mittlerweile im politischen Asyl in Australien

⁷⁸ Hintergrundgespräch mit internationalem Berater, Phnom Penh, August 2015.

(BBC News 10.07.2021). Seit den letzten Parlamentswahlen gab es zahlreiche Partieneugründungen, die – so der Diskurs der Opposition – von der Regierungspartei finanziell unterstützt oder insgeheim auf deren Betreiben hin ins Leben gerufen wurden, um auf diese Weise die oppositionellen Kräfte zu schwächen und zu zersplittern.

„Recently there are maybe five six different new political parties, it is just a distraction, it is the CPP strategy or objective to split the oppositions to cause confusion. Don't forget that the ballot, if you have only two or three political party, the people who vote, many of them cannot read or write, they can tell the picture of the CNRP or the CPP, but when you have twenty political party on the list, the logo set will be smaller and they cannot tell which one to vote for because there are 20 of them and many old people they have poor eye sight they don't wear glasses, so they can't tell“ (P-8).

Zusätzliche Indizien hierfür sind die Rehabilitierung einiger Mitglieder des Khmer People Power Movement und die Aufteilung der Parlamentssitze auf kleinere Parteien nach der Zersplitterung der CNRP 2017. Auch erfolgte das königliche Pardon für Mitglieder des Khmer People Power Movement fast deckungsgleich mit den beginnenden Verhaftungen der CNRP-Mitglieder (Human Rights in ASEAN 2016; The Phnom Penh Post 22.09.2015). Gleichwohl lässt sich zwischen den einzelnen kleineren Parteien keine einheitliche Linie ausmachen. Während die Grassroots Democratic Party aus der NGO-Szene der politischen Aktivisten entstanden ist, Demokratisierungsbestrebungen aufweist und die Korruption der beiden großen Parteien anprangert, beruht die Zielsetzung der LDP beispielsweise auf einem anderen Menschenbild und einem bestimmten Programm, das umfangreiche Reformen und eine neue Ausrichtung der „kambodschanischen Identität“ fordert und stark auf ihren Anführer konzentriert ist:

„[...] The League of Democratic Party, run by a guy called Khem Veasna, it is an important party just because they have really strong supports. The little support that they have, the supporters with so much conviction. The young people who actually join them [...]. They are head over heels supporting the party. [...] I am still amazed by their ability to get these young people to support“ (Z-15).

6.4 Demokratische Verfahren und die Opposition

Anders als das Verständnis der regierenden Partei ist die Identität der Opposition nicht an die Rolle als Retter der Nation geknüpft. Dennoch unterscheiden sich die Ausgangspunkte für die Mitglieder der ehemaligen CNRP sowie FUNCINPEC stark. Für Teile der Opposition war und ist das Verständnis und die Selbstzuschreibung,

demokratisch zu sein, in welcher Form dies auch der Fall sein mag, von größter Bedeutung.

„[...] all Cambodian political parties competing electorally in the KOC [Kingdom of Cambodia] have invested significant efforts in claims to be ‚democratic.‘ [...] Being ‚democratic‘ was also the main political identity of a certain set of them. [...] The democrats have disappointed foreign observers looking for domestic bastions of liberal democratic thought in Cambodia. In academic writing on the Cambodian democratic opposition, notions of ‚democracy‘ and ‚nationalism‘ are usually treated as opposites. In these accounts, the democratic opposition is understood to carry out double-faced politics—embracing both tendencies that can be called democratic and those that can be interpreted as racist, xenophobic, and ultra-nationalist“ (eigene Einfügung, Norén-Nilsson 2016: 117).

Wie nochmals betont werden muss, sind ein wesentlicher Faktor hierbei die Lebensläufe der einzelnen Politiker. Viele Köpfe der Opposition sind im Ausland sozialisiert worden und haben an europäischen oder amerikanischen Universitäten studiert, wo sie eine akademische Ausbildung erhielten. „When he [Hun Sen] was in the jungle, you know, I was in the university [...]“ (eigene Einfügung, P-11). In der Tat zeigt Hughes auf, dass die Politiker der Oppositionsparteien fast alle studiert hatten und erst kurz vor den Wahlen aus dem Ausland zurückgekommen sind, ein Faktum, das auch den schwierigen Zugang zur ländlichen Bevölkerung erklärt. Die Politiker, die das Land regieren sollten, waren jahrelang nicht vor Ort gewesen (Hughes 2003: 123-125). Obwohl die Oppositionsparteien propagieren, demokratische Werte und Standards einzuhalten, zeigen sie dennoch zugleich ein Verständnis von Nation, das an vielen Stellen äußerst radikal und nationalistisch ist (Norén-Nilsson 2016: 117). So provozierte beispielsweise Sam Rainsy immer wieder mit antivietnamesischen Parolen und Aktionen, die auch zu Ausschreitungen gegenüber vietnamesisch stämmigen Bevölkerungsgruppen führten (Hughes 2001: 311). Kampagnen, wie das Verteilen von antivietnamesischen Flugblättern, oder Unterstellungen, dass Kambodscha von Vietnam vereinnahmt werden solle, haben in der Vergangenheit wiederholt zu politischen Konflikten zwischen Oppositionspartei und Regierung geführt.

„An opposition CNRP organizer was arrested in Takeo province’s Prey Kabbas district on Saturday for distributing leaflets warning against purported Vietnamese plans to destroy Cambodia by poisoning food, turning government officials into money-grubbers and buying them off with beautiful women“ (The Cambodia Daily 07.09.2015).

Die CNRP, zuvor auch bereits die Sam Rainsy Party, benutzen diese Strategien zur Mobilisierung von Wählern und Mitgliedern. Die Konsequenzen werden dabei billigend in Kauf genommen. Ziel ist hier eine Abgrenzung gegenüber der Regierungspartei, die immer wieder für ihre engen Verbindungen zu Vietnam kritisiert wird. Das geht sogar so weit, dass Oppositionsmitglieder, aber auch Zivilisten behaupten, Vietnamesen würden Kambodschaner durch verunreinigte oder abgelaufene Lebensmittel vergiften (Strangio 2014: 96; BBC News 04.09.1998; Hughes 2002: 176; Hintergrundgespräche 2015). Hintergrund sind die anhaltenden Streitigkeiten bezüglich der Grenzziehung zwischen vietnamesischer und kambodschanischer Grenze, Streitigkeiten, die durch die Historie zwischen den Ländern während des Bürgerkriegs und der darauffolgenden vietnamesischen Besatzung oder – je nach Diskurs – Befreiung und die engen Verbindungen der Regierungspartei zum größeren Nachbarn emotional aufgeladen sind (siehe auch Kapitel 7.3). Mehrere Grenzbesichtigungen an Demarkationslinien zur vietnamesischen Grenze seitens der CNRP und ihrer Anhänger, die mit Knüppeln bewaffnet waren, führten zu Konflikten und Auseinandersetzungen mit vietnamesischen Sicherheitskräften und wurden seitens der Regierung, aber auch von dem Nachbarn als Provokation aufgefasst (The Cambodia Daily 20.07.2015). Zudem haben die kambodschanische Regierung und Vietnam vereinbart, es in Grenzregionen zu verbieten, Land an den jeweiligen Nachbarn zu vermieten oder zu verkaufen, um eine weitere Eskalation zu vermeiden.

„Opposition Cambodia National Rescue Party spokesman Yim Sovann said the CNRP welcomed the government’s policy ›in principle‹. ›We do not want to have land rented to each other. We are worried about the deals being unclear along the border, which could in effect mean we lose territory,‹ he said, adding that he suspected that local authorities along the border had leased land illegally to Vietnamese. Kem Ley, a social researcher who founded the Khmer for Khmer political movement, said the probe should also be accompanied by wide-ranging deportations of ethnic Vietnamese living in Cambodia illegally“ (The Phnom Penh Post 07.01.2016).

Der Disput um das sehr emotional aufgeladene Thema, das anhand der zwei Beispiele exemplarisch aufgezeigt wurde, ist auch hinsichtlich des identitären Selbstverständnisses sowie der Konfliktlösungsstrategien von zentraler Bedeutung und zeigt die Spannungen innerhalb des nationalen Diskurses, der bis heute auf den Bürgerkrieg rekurriert. Hinsichtlich dieses Themas rutschen agonale Konflikte und Diskussionen immer wieder in antagonistische Feindzuschreibungen ab, die von

Beleidigungen auf persönlicher Ebene bis zu Verhaftungen von Oppositionellen wegen Aufwiegelung der Bevölkerung führen (The Phnom Penh Post 07.01.2016).

Trotzdem gab sich Sam Rainsy, ehemaliger Präsident der CNRP und jahrzehntelanger aktiver politischer Oppositioneller, bereits nach Ende des Bürgerkrieges einen stark demokratischen Anschein. Ursprünglich war er ein Mitglied von FUNCINPEC. Er verließ schließlich die Partei auf Grund innerparteilicher Querelen und auf Grund des Vorwurfes, dass die Partei nicht demokratisch genug sei, und sympathisierte mit den französischen und amerikanischen Kräften, die halfen, das Land wiederaufzubauen (Strangio 2014: 67-72). Sam Rainsy wurde im Laufe der Zeit mehrere Male verurteilt, floh ins Exil und war Opfer körperlicher Gewalt. Bis heute beruht die Politik Sam Rainsys auf diesen Erfahrungen. Obwohl er in seiner Funktion als Vorstand der CNRP stets versuchte, sich einen demokratischen Anstrich zu geben, war auch die CNRP nicht basisdemokratisch aufgebaut. Seine Politik gegenüber der Regierung ist von antagonistischen Zuschreibungen geprägt, die sich nicht selten in persönlichen Beleidigungen, Drohungen und Anschuldigungen äußern. Er wirft der Regierung und Hun Sen immer wieder vor, Kambodscha und seine Einwohner zu verraten (Sam Rainsy, Facebook Post 03.07.2022; Khmer Times 28.01.2022).

„To the extent that party cohesion is reliant upon this identity, the party must continue to differentiate itself from, and vilify, its ‚non-democratic‘ opponents. For democratic oppositions, attempting to promote party loyalty in a fast-changing context, admittance of enemies into the legitimising ‚democratic‘ arena is fatal to their own distinctiveness and self-perception of their own legitimacy. Consequently, democratic oppositions have a strong interest in stridently protesting the inevitably flawed democratic processes to which they are being habituated. Habituation requires not just the construction of participatory procedures and the subjection of authoritarian parties to them, but a reshaping of ‚pro-democratic‘ party identities also“ (Hughes 2001: 302).

Analysiert man die Politik Sam Rainsys, stellt man fest, dass diese sich größtenteils auf einer persönlichen, populistischen und identitätsgeprägten Ebene bewegt. Erst durch internationale Hilfe und den Zusammenschluss der Sam Rainsy Party und der Cambodian Human Rights Party kommt es 2013 erstmals zu einer politischen Agenda, die Politik, wenn auch nur in Ansätzen, auf eine sachliche Ebene setzt.⁷⁹ Aber auch hier ist der

⁷⁹ Eine Zusammenstellung aller acht Parteiprogramme für die Wahlen 2013 findet sich im Electoral Analysis Report (2013) des Women’s Media Centre of Cambodia. Betrachtet man die Agenden der einzelnen Parteien, wird schnell deutlich, dass die Punkte der CNRP am detailliertesten sind und konkrete Vorschläge aufweisen.

vermeintliche Wandel nicht vollständig. Während der Existenz der CNRP, sie wurde unter Zwang 2017 aufgelöst, ist die Politik eher auf einer Identitäts- als auf einer Sachebene zu finden. Die Politik Sam Rainsys bezieht sich größtenteils auf seinen politischen Opponenten. Die Liste von gegenseitigen Beleidigungen, Schmähungen und Kränkungen, die wiederum in Verurteilungen in absentia und Verbannung aus Kambodscha mündeten, ist lang. So behauptete Rainsy beispielsweise, Hun Sen wäre eine Marionette der vietnamesischen Regierung, sein Sohn hätte seine Abschlüsse an ausländischen Universitäten (unter anderem an der Militärakademie Westpoint) unlauter erworben bzw. diese nur auf Grund der Stellung des Vaters bekommen (The Phnom Penh Post 28.12.2021). Ein anderes hochrangiges Mitglied der CNRP unterstellte, Hun Sens Sohn wäre nicht sein leibliches Kind, sondern vielmehr der Sohn seiner Frau, die eine Affäre mit einem vietnamesischen Militär gehabt habe. Teile der Opposition forderten sogar einen Gentest, der die Vaterschaft belegen sollte (The Cambodia Daily 13.05.2016). Im politisch und emotional aufgeladenen Diskurs um Vietnam und hinsichtlich der traditionellen kambodschanischen Kultur sind diese Behauptungen nicht nur auf persönlicher, sondern auch auf politischer Ebene stark kränkend und stellen sowohl die Legitimation des Premierministers als auch die seines Sohnes in Frage, der sich ebenfalls in einem hohen Staatsamt befindet und seine Nachfolge antreten soll. Diese Zuschreibungen lassen sich über die Jahre hinweg klar verfolgen. Sie sind durch ihre symbolische Funktion Auslöser für Rückfälle von agonaler in antagonistische Konfliktaustragung. Damit sind sie zugleich Auftakt und entzündendes Moment für den immer wieder eskalierenden Konflikt zwischen Regierungspartei und Opposition. Ein anderes solches Momentum, das bei der Analyse der Zivilgesellschaft noch näher zu betrachten ist, ist die Kritik an den persönlichen Verstrickungen der Familie und der Netzwerke des Premierministers in Korruptionsaffären. Aber auch hier sind die Ausgangspunkte immer wieder die gesellschaftlichen Verwerfungen, die sich aus dem Bürgerkrieg, der sich anschließenden Zeit der vietnamesischen Fremdherrschaft, der darauf folgenden Aufteilung des kambodschanischen Landes und dem damit verbundenen „Landgrabbing“ – dem Verkauf bewohnten Landes an internationale Firmen oder reiche Kambodschaner – ergeben haben. Gleichwohl war die CNRP eine der ersten Parteien in Südostasien, die die Wahlen 2013 mit einem inhaltlichen Wahlprogramm, einem klaren 7-Punkte-Plan,

bestritt. Die Forderungen bestanden unter anderem in der Anhebung des Mindestlohns, einer garantierten Rente, in der Verbesserung des Bildungssystems, der Senkung von Energiepreisen und kostenloser medizinischer Versorgung für finanziell schwachgestellte Kambodschaner (Women's Media Centre 2013). Inwieweit diese umsetzbar und finanzierbar gewesen wären, kann kritisch diskutiert werden, dennoch sprach die Partei mit diesen Forderungen die Bedürfnisse gerade der ärmeren Bevölkerungsschichten an, da der große Unterschied zwischen Arm und Reich in Kambodscha ein großes Problem ist. Dieser 7-Punkte Plan verdeutlicht, dass Politik auch auf einer sachbezogenen, inhaltlichen Ebene geführt wird. Dies wiederum hat sowohl Einfluss auf die Identitätszuschreibung als auch auf die Art der Konfliktaustragung, da hier nicht mehr die identitäre Abgrenzung und das „Wir/Sie“ primär im Vordergrund steht, sondern die Erreichung inhaltlicher Ziele und der Konflikt um deren Umsetzung. Innerparteilich war die CNRP abhängig von den Meinungen ihrer zwei Präsidenten, Kem Sokha und Sam Rainsy. Beide Parteien, vor allem aber die Sam Rainsy Party, verfügten – ebenso wie FUNCINPEC – über weitreichende Netzwerke zur kambodschanischen Diaspora im Ausland. Auch deren Narrative und Vorstellungen über das Land, die nicht unbedingt den aktuellen sozialen Gegebenheiten entsprechen, mussten auf Grund zahlreicher finanzieller Zuwendungen bedient werden (Hughes 2001: 306-307).⁸⁰ Sam Rainsy forderte bereits in den 90er Jahren immer wieder ein Wahlrecht für Exil-Kambodschaner, was von Seiten der Regierung abgelehnt wurde (Hughes 2001: 307). Diese politische Forderung ist eng verknüpft mit der Vorstellung und dem Verständnis Kambodschas als Gemeinschaft und nicht als Staatsgebiet. „Grenzziehungsprozesse [haben] immer eine inhärent politische Bedeutung“ (eigene Einfügung, Stetter 2009: 231). Die Bedeutung des Raumes sowie die Frage nach Grenzziehungen sind, wie Stetter argumentiert, dabei dem kommunikativen Diskurs geschuldet, und sie finden auf verschiedenen Ebenen statt (2009: 229-231).

„In campaign speeches in 1998, Rainsy criticised the failure to offer voting rights to Khmers abroad, unless they returned to Cambodia to cast a ballot. He related this explicitly to the 1994 law to outlaw the *“Khmer Rouge [sic!] and to the broader war, characterising these policies as Vietnamese ,tricks‘ to sow dissension within the ,Khmer family‘: [...] By positing the SRP as the party that bridges the gap between Khmers, in different armies and in*

⁸⁰ Ein sehr ausführlicher Artikel über die kambodschanische Diaspora, ihre Positionen und ihren Einfluss findet sich bei Um (2006).

different countries, Rainsy portrays his party as the party of nationalist rebuilding and patriotic peace“ (Hervorheb. i. O., Hughes 2001: 307).

Auch nach dem Beschluss, beide Parteien zu vereinen, wurden keine parteiinternen Wahlen darüber abgehalten, wer welches Amt bekleiden oder wer den Vorsitz führen sollte, vielmehr stellte dies einen Teil des Aushandlungsprozesses zwischen den einzelnen Parteieliten dar.

„They don't want to adopt internal democratic processes. [...] Because they think it will tear them up and that is because they are just, there is too many different personalities among the two different parties and people buying for power positions“ (I-8).

Teile der Forschung hingegen kritisieren wiederum, dass internationale Organisationen und Geber die Lebenswirklichkeit und die politische Struktur des Landes nicht korrekt einschätzen würden bzw. dass Parallelstrukturen in Bezug auf Anspruch und Wirklichkeit bestünden (Bonacker 2010: 189-190). Auch das Argument der Oppositionspartei ist vor dem Hintergrund der politischen Kultur in Kambodscha valide, da verschiedene Netzwerke und Flügel bedient werden müssen und radikale Positionen für den politischen Prozess ein großes Problem darstellen. Trotz dieser internen Probleme begreift sich Sam Rainsy bis heute als Demokrat.

6.5 Antagonistische und agonale Formen der Konfliktaustragung

Als die wichtigsten Wendepunkte in der kambodschanischen Geschichte können erstens die Gründungswahlen 1993 mit der folgenden Reintegration der Kämpfertruppen, die Ereignisse 1997 sowie die Parlamentswahlen 2013 und 2018 angesehen werden, die die sozio-politischen Prozesse Kambodschas, aber auch das sich wandelnde Demokratieverständnis besonders gut verdeutlichen. An diesen Stellen werden sowohl antagonistische als auch agonale Konfliktzuschreibungen sichtbar, sie legen Identitäten und Identitätszuschreibungen offen und bieten einen Erklärungsansatz für eine Transformation von antagonistischen hin zu agonalen Formen der Konfliktaustragung. Trotz der massiven Fokussierung der Macht auf Hun Sen und seinen inneren parteipolitischen Kreis zeigt sich auch bei der CPP ein gewisser Wandel. Während die Politik vor allem in den Jahren nach Beendigung des Bürgerkrieges noch stark auf eine personelle Ebene abzielte und inhaltliche Fragestellungen weitestgehend nicht diskutiert wurden, musste die CPP spätestens mit den Parlamentswahlen 2013 ihre

Strategie ändern, und sie hat diese auch erfolgreich adaptiert, indem sie zentrale Themen der Oppositionspartei aufgriff und selbst einen Wandel herbeiführte (The Diplomat 15.06.2016). Die Identifikation mit der Nation und das Selbstverständnis als Bringer von Frieden und Stabilität wirkt bis heute bei der älteren Generation nach. Vor allem in den 90er Jahren führte die CPP Wahlkampf, indem sie Lebensmittelrationen und Dinge für den täglichen Gebrauch verschenkte und die lokalen Strukturen so ausbaute, dass sie in den Dörfern Parteizugehörigkeit und damit verbundene Privilegien forcierte.⁸¹ Jüngere Wähler hingegen, die den Bürgerkrieg selbst nicht mehr erlebt haben, streben heute nach Meinungsfreiheit, guter Ausbildung und beruflichen Perspektiven, die noch immer stark abhängig sind von familiären Kontakten und finanziellen Ressourcen. Das Anforderungsprofil, das an die Partei gestellt wird, verändert sich somit. Dies hängt einerseits mit einer sehr jungen und ohne Krieg aufgewachsenen Bevölkerung zusammen, andererseits mit einer nachrückenden Elitengeneration innerhalb der Partei, die ihre Macht weiter ausbauen und stärken möchte. Diese zieht ihre Legitimation nur noch zum Teil aus dem Bürgerkrieg, andere Legitimationsaspekte sind die Leistung für das Volk sowie der Zugehörigkeit zu bestimmten Netzwerken. Nach den Wahlen 2013 war die Regierungspartei auch inhaltlich zum Umdenken gezwungen. „The government of Cambodia continues to push active implementation of in-depth and wide reforms, with the consideration that reform is a life-and-death factor for the country,“ zitiert die Cambodia Daily, die sich auf einen internen Parteibericht der CPP beruft (The Cambodia Daily 11.01.2016).

Die drei beziehungsweise vier aufgezeigten historischen Wendepunkte für die Partei lassen sich kurz mit folgenden Schlagwörtern beschreiben. Erstens: Sicherung der Machtstrukturen während und nach der Gründungswahl; Zweitens: Phase der unangefochtenen Machtausübung nach demokratischer Legitimation 1998; 3. Herausforderung der Herrschaftsanspruches mit den Wahlen 2013, Kampf um den hegemonialen Deutungsdiskurs sowie Neuausrichtung der politischen Leitlinien; Viertens: Erneute Konsolidierung der Macht mit den Wahlen 2018 sowie Versuch, den

⁸¹ Hintergrundgespräche in Phnom Penh 2015, siehe zur Rolle der CPP im ländlichen Kambodscha aber auch Hughes (2001) und (2002: 170-172) sowie zur Verteilung von Geschenken Norén-Nilsson (2016: 121-124).

Diskurs zu beeinflussen – durch den Aufbau eigener medialer Strukturen (I-6/2), Fokussierung auf sachbezogene Probleme und strukturelle Verbesserungen.

Die Wahlen von 2013 und die darauffolgenden Ereignisse sind als doppelter Wendepunkt in der kambodschanischen Geschichte zu betrachten und zeigen so sehr wie kein anderes Moment die Transformation, Neuausrichtung und Verschiebung agonaler und antagonistischer Konfliktmuster. Daher verlangen sie nach gesonderter Betrachtung und Analyse: Grundlegend für das Verständnis der politischen Prozesse und Transformationspunkte während der Jahre 2012 bis etwa 2018 ist eine Eigenschaft des politischen Systems, die sich einerseits auf die Konflikthaftigkeit auswirkt, andererseits aber jenen Identitätswandel konstituiert: Es lässt sich beobachten, dass in Kambodscha eine große Kooperationsbereitschaft mit dem ehemaligen politischen Gegner besteht, sobald dieser entweder den hegemonialen Deutungsdiskurs und die eigene politische und gesellschaftliche Macht nicht bedroht oder der politische Opponent für die eigene Interessensausübung und den Machterhalt unbedingt erforderlich ist. Diese Kooperationsbereitschaft ist ein Verhalten, das sich wie ein roter Faden durch die kambodschanische Politik zieht, wie im Folgenden an drei Beispielen illustriert werden soll. Wie bereits erwähnt, arbeiteten die verschiedenen Fraktionen während des Bürgerkriegs zusammen. Obwohl die Roten Khmer für den Tod von mehr als 1,7 Millionen Menschen verantwortlich waren (Yale University 2022) und vor allem Intellektuelle und Anhänger des früheren Regimes verfolgt hatten, paktierten sowohl FUNCINPEC als auch Son Sann zumindest formal mit ihnen gegen die von Vietnam unterstützten Truppen Heng Samrins, Chea Sims und Hun Sens und sahen während des Bürgerkrieges über das Geschehene hinweg. Ein ähnliches Paradoxon stellt auch der Fall Ieng Thirith dar, die obwohl von den Extraordinary Chambers in the Courts of Cambodia (ECCC) angeklagt, ein offizielles Staatsbegräbnis erhielt. Ihre Tochter hielt eine Rede während der Beerdigung, in der sie erklärte, ihre Mutter habe ihr ganzes privates Leben dem Wohle der Nation untergeordnet (The Phnom Penh Post 25.08.2015). Auch Sam Rainsy und Hun Sen gingen in Folge der von der Regierung propagierten „Culture of Dialogue“ mit ihren beiden Familien 2015 gemeinsam zum Abendessen und stellten ein heftig diskutiertes Selfie auf Facebook (The Phnom Penh Post 13.07.2015). Auch in den Medien wurde diskutiert, welche Implikationen sich durch die neue „Culture of Dialogue“ für den kambodschanischen Konfliktdiskurs ergeben würden. Sam Rainsy

musste zuvor dreimal das politische Exil aufsuchen, wurde mehrmals seiner Immunität als MP beraubt und überlebte nur knapp einen Granatenangriff, für den er den Premierminister und die Regierungspartei verantwortlich machte (The Diplomat 23.06.2016). An dieser Stelle ließen sich noch weitere Beispiele anführen, die genannten sollten aber ausreichen, um zu verdeutlichen, dass Konflikte zwar einerseits über Generationen Bestand haben und sich durch eine zirkuläre Elitenreproduktion fortschreiben, dass man aber andererseits, sobald das Gegenüber keine Bedrohung mehr für den eigenen Herrschaftsanspruch darstellt oder sich die Bedrohung so zu verlagern scheint, dass eine temporäre Zusammenarbeit notwendig ist, von Konflikten und feindlichen Identitätszuschreibungen auch ablassen kann. Es ändert sich damit auch die Positionierung im Kampf um Macht. Ein genuines Merkmal der kambodschanischen Politik, das unmittelbar mit der Elitenreproduktion und dem Selbstverständnis der Politik zusammenhängt, ist, dass agonale Momente des Politischen zunächst privat sind, während eine Konflikteskalation und antagonistische Zuschreibungen hinsichtlich des politischen Gegenübers öffentlich getätigt werden. Können sich Parteien auf Abmachungen einigen, geschieht dies zunächst fast ausschließlich hinter verschlossenen Türen und streng hierarchisch. Erst treffen die jeweiligen Spitzen der Eliten sich, in einem zweiten Schritt wird der Kreis geöffnet und schließlich werden Öffentlichkeit und Presse informiert. Kommt es zu einer Konflikteskalation geschieht dies hingegen fast immer öffentlich. Es gehört zum Stil des Premierministers, öffentliche Auftritte, wie Abschlussreden an Universitäten, Eröffnungen von Schulen oder Einweihungen von Gebäuden, zu benutzen, um den politischen Gegner auch auf privater Ebene anzugreifen oder um persönliche Dinge öffentlich zu machen.⁸² Die Opposition hingegen benutzt soziale Netzwerke und das Internet häufig, um den Premierminister politisch und persönlich zu diffamieren. Dieses Verhalten zeigt sich auch bei den Ereignissen rund um die Parlamentswahlen 2013, die eine Demarkationslinie im politischen Klima Kambodschas bedeuten. Es kann nicht genug betont werden, dass sie die erste Episode in der Geschichte des Landes bilden, in der eine Partei zwar ernsthaft in ihrem Machtanspruch herausgefordert wurde, das Ergebnis aber, wohl auch durch die

⁸² Das Facebookprofil des Premierministers ist gefüllt mit Bildern von seinen Enkelkindern, Statements zu gesundem Leben und Äußerungen über seine Lieblingsfernsehshow. Fast jede Rede enthält eine private Komponente.

Vermittlung der Internationalen Gemeinschaft zwischen den Parteien, keine vollkommene Eskalation nach sich zog. Zwar gab es bei den Demonstrationen gegen den Wahlausgang, dem sich die streikenden Textilarbeiterinnen und andere zivilgesellschaftliche Akteure anschlossen, einige Todesfälle (BCC News 03.01.2014), im Vergleich zu den Ereignissen von 1997 und der darauffolgenden politischen Eskalation kann dies aber dennoch als positiver Schritt gewertet werden.

„Ich habe manchmal das Gefühl, dass diese Identität, das Grundverständnis darüber, wie es zu Gewalt kommt und wie man Gewalt unterbinden muss oder wie man Stabilität schafft, eben nicht durch mehr Pluralismus, sondern durch Unterdrückung des Pluralismus vielleicht bei einigen der alten Kader noch so sehr stark im Inneren verwurzelt ist, durch die starke sozialistische Sozialisierung während ihrer Zeit in Vietnam“ (I-1).

Das fehlende Verständnis für pluralistische und demokratische Strukturen verdeutlicht auch eine populistische Äußerung des Premierministers. Dieser proklamierte 2015 in einer Rede, dass es keine Politiker gäbe, mit denen er sich heute noch messen könne. Prinz Sihanouk und Son Sann hingegen wären noch richtige Gegner für ihn gewesen (The Phnom Penh Post 27.10.2015). Obwohl beide Anführer der gegnerischen Oppositionsparteien waren und sich die Parteien, wie schon erwähnt, jahrzehntelang mit Waffengewalt bekriegten, schwingt in dieser Aussage auch ein gewisser Respekt für den politischen Opponenten mit. Eine Einstellung, die Stärke und Durchsetzungskraft höher schätzt als politische Aushandlung. Dies zeigt eine Identitätsperzeption und ein politisches Verständnis von Herrschaft, dass eher dem eines militärischen Anführers als dem eines demokratisch gewählten Staatsoberhauptes einer konstitutionellen Monarchie entspricht. Dieses mangelnde Verständnis für politische Notwendigkeiten führte auch zum Ergebnis der Parlamentswahlen 2013.

„They lost so many seats, because they underestimated the power of social media. They underestimated the number of young voters, who would come out to vote. They underestimated the power of Sam Rainsy's return the week before elections, which is perfect time [...]. And they lost elections because [...] because people want change, I think, generally, but they don't know what that looks like. They don't know, they want change but they don't know. I don't think they identify change necessarily with CNRP. They just want a change. And the votes that CPP lost weren't a vote for CNRP. It was just a vote, it was more of a referendum against the status quo, than a vote pro CNRP“ (I-8).

Die Regierungspartei hatte deutlich die Kraft der sozialen Medien unterschätzt, mit Hilfe derer die Bürger das erste Mal die Möglichkeit hatten, sich unabhängig, jenseits von

staatlich kontrollierten Fernsehprogrammen und dem Radio zu informieren. Hinzu kam der drastische gesellschaftliche Wandel, der sich in den letzten Jahrzehnten in Kambodscha vollzogen hatte. Facebook in Kambodscha wurde zu einer Plattform, die zum ersten Mal, besonders in der Gruppe jüngerer Menschen, einen Austausch ohne staatlich gelenkte Strukturen ermöglichte (Vong/Hok 2018: 224; Norén-Nilsson 2019; Hughes/Eng 2019), aber auch Antagonismen und Falschinformationen auf beiden Seiten begünstigt.⁸³ Zeitgleich zogen immer mehr junge Menschen in die Städte, um in Textilfabriken oder anderswo zu arbeiten, und waren so nicht mehr abhängig von den Einkünften und Meinungen ihrer Eltern auf dem Dorf.

„Natürlich darf man auch nicht außer Acht lassen, dass es ein sehr großes Stadt-/Landgefälle gibt. Wobei es offensichtlich so ist, dass die CPP in den ländlichen Regionen, die einen Großteil des Landes ausmachen, die Mehrheit hat, während in den mehr urbanen Regionen, Phnom Penh und Umgebung, es fast gleich bei 50/50 ist, oder sogar mehrheitlich zu der CNRP tendiert“ (I-2).

Analysiert man die Wahlen 2013, sind es im Wesentlichen drei Faktoren, die für das schlechte Abschneiden der Regierungspartei verantwortlich gemacht werden: Die Oppositionspartei, die Zivilgesellschaft, die sich hauptsächlich aus NGOs und Gewerkschaften speist, sowie die Medienlandschaft, also die freie Presse und der Austausch auf Facebook. Obwohl die Regierung nach zähen Verhandlungen mit der Opposition zunächst deren Einzug ins Parlament billigte – die Einigung der Parteien sah unter anderem eine Neubesetzung der Wahlkommission, die Etablierung eines eigenen oppositionellen Fernsehsenders sowie die Abgabe parlamentarischer Kommissionsvorsitze vor – und beide Parteien ihre Arbeit aufnahmen (Radio Free Asia 22.07.2014; Agreement on Political Resolution 2014), kam es bereits einige Monate später zu ernsthaften Konflikten, die weniger um eigentliche Sachthemen geführt wurden, sondern einen stark identitären Charakter aufwiesen. Vielmehr war inhaltliche Kritik nur das kurze Moment, das zu einer antagonistischen Eskalation und öffentlichen Abwertung des Gegenübers insbesondere auf den sozialen Medien führte. Themen waren die Grenze zu Vietnam, die Korruption in der Regierung, die Verteilung von Posten und der Bürgerkrieg. Die Konflikte verlagerten sich dann bzw. wurden seit Beginn

⁸³ Ein Beispiel ist der sich aus einem Facebook-Post über die vietnamesische Grenze ergebende politische Eklat zwischen Opposition und Regierung (siehe Kap. 7.3).

auch parallel auf einer persönlichen Ebene geführt. Das passierte sowohl von Seiten der Regierung als auch besonders stark von Seiten der Opposition.

„We work all together, we know each other who is the bad guy, who is the good guy. I can join hand with [Prime minister], mister Hun Sen anytime but why do I not join him? Because we have different views, we have different approaches we have different ideology“ [...] (eigene Einfügung, P-11).

Dies führte wiederum zu einer Eskalation auf politischer Ebene mit bereits erwähntem Parteiverbot, Einschüchterung und Verhaftung. Hier werden zwei Ursachenkomplexe deutlich, die parallel verlaufen und ihren Ursprung einerseits im identitären Diskurs, andererseits aber auch in reellen Machtüberlegungen haben. Zum einen fühlte sich die CPP in ihrem Selbstverständnis als Retter der Nation bedroht, zum anderen fürchtete sie eine ganz reelle Einbuße von Machtzugängen. Politische Macht ist in Kambodscha immer mit wirtschaftlicher Macht gekoppelt. „You still don't get how it works here, do you? First you have the money and then you go into politics. Money comes to money, you never marry a poor person“ (Gedächtniszitat aus Gespräch mit kambodschanischer NGO-Mitarbeiterin, Phnom Penh 2015). Tatsächlich können hochrangige Personen des Staates, die oft auch miteinander verwandt sind, bestimmten wirtschaftlichen oder politischen Netzwerken zugeordnet werden, die seit Jahren Bestand haben (Loughlin 2021; I-6/1 u. 2). Politischer Erfolg geht mit wirtschaftlichem Erfolg einher. Die Firmen, an denen der Familienclan des Premierministers beteiligt ist, haben laut einer NGO-Studie einen Kapitalwert von mehr als 200 Millionen USD, Gewinne sind dabei nicht eingerechnet (The Phnom Penh Post 08.07.2016). Plätze auf den Wahllisten (Verhältniswahlsystem mit starrer Liste) müssen durch Spenden und finanzielle Zuwendungen erworben werden und die Zuteilung ist oft weniger von persönlicher Eignung als von finanziellen Ressourcen abhängig (Z-4). Dieser Umstand der zirkulären Elitenreproduktion führt zu einer Reproduktion von Konfliktlinien und Konfliktmustern über Generationen hinweg. Dabei dominiert die CPP seit spätestens 1998 den hegemonialen Deutungsdiskurs und die Machtstrukturen des Landes, nachdem auch die letzten Khmer Rouge-Kämpfer ihre Waffen niedergelegt haben.

Dies zeigte sich auch an den im selben Jahr stattfindenden Parlamentswahlen, in denen die CPP ihre Machtstrukturen auch parlamentarisch gegenüber dem noch durch die gewaltsamen Auseinandersetzungen geschwächten Rivalen FUNCINPEC durchsetzen

konnte. Der Konflikt verläuft dabei auf mehreren Ebenen, die sich zwar in ihrer Konstitution und Dimension verändert haben, allerdings in ihrem Wesen konstant geblieben sind. In Konsequenz der Parlamentswahlen 2013 wurde die Regierungspartei also nicht nur in ihrem politischen Selbstverständnis als Retter der Nation angegriffen und provoziert, indem die Opposition immer wieder sensible Punkte aufgriff und auf eine persönliche Ebene transferierte, man fürchtete auch um die realen Zugänge zur Macht und um die eigenen Ressourcen, die man nach einem Regierungswechsel nicht mehr aufrechterhalten hätte können. Die Auflösung der oppositionellen Kräfte und die Beschränkungen der Zivilgesellschaft dienten folglich zur Sicherung des Machtzugangs. Zudem veranlasste die Regierungspartei 2018 eine Verfassungsänderung, die es erlaubt, sowohl gegen Parteien vorzugehen, die nicht Sinne des Landes handelten, als auch internationale Einmischung zu unterbinden (Croissant 2019: 170).

„After two narrow elections in 2013 and 2017, the government deployed its full organizational power in 2018 to ensure a complete victory in the National Assembly election on July 29. The previous year, on September 5, opposition leader Kem Sokha had been arrested, and on November 16, the Supreme Court ordered the dissolution of the main opposition party, the Cambodian National Rescue Party (CNRP). [...] The government then intensified its surveillance and repression of journalists and civil society, and targeted Cambodia's trade union movement, a traditional ally of the CNRP. At the same time, the prime minister made overtures toward the 700,000 workers in the garment sector, including cash gifts to workers who attended his rallies, initiatives to reduce the cost of living for factory workers, and a higher minimum wage“ (Croissant 2019: 170-171).

Interessant hinsichtlich der Auflösung von Presse, Zivilgesellschaft und Oppositionspartei sind die agonalen Konfliktaustragungsmechanismen oder, wie Mouffe (2007: 16) es beschreiben würde, Ordnung schaffende „Verfahrensweisen und Institutionen“, die genutzt wurden, um einen antagonistischen Herrschaftsanspruch durchzusetzen. Es werden eigentlich demokratische Institutionen und Verfahrensmechanismen benutzt, um hegemoniale Herrschaftsansprüche zu sichern. Es stellt für die kambodschanische Konfliktaustragungsstrategie aber trotzdem einen Wandel dar, der darin besteht, von reiner Waffengewalt hin zu einer Parallelität von Konfliktaustragung antagonistischer und agonaler Prägung zu kommen, wobei das antagonistische Moment nur bedingt eskaliert und in keine bürgerkriegsähnlichen Zustände zurückfällt.

„[...] the government somehow, they grant the space, but it is only when they would set back the space if they see that the space is too many and it can put them in danger, so they start to restrict a bit a bit you know“ (Z-24).

Die Trias von Oppositionspartei, Zivilgesellschaft und Presse, die das politische Feld herausfordert und immer neue Zugangswege zur Machtausübung sucht, bedeutet die größte Herausforderung für den Machterhalt der Regierungspartei, die bemüht ist, diese Bedrohung einzudämmen. Die Auflösung der politischen Oppositionspartei erfolgte dabei schrittweise, aber endgültig und strategisch präzise, indem die Opposition zunächst gespalten, dann eingeschüchtert und schließlich mit „legalen“ Mitteln unschädlich gemacht wurde, ohne dabei einen neuen Bürgerkrieg zu provozieren. Die auf die Wahl folgenden monatelangen Proteste machten Versprechungen und Zugeständnisse an den politischen Gegner notwendig. Sie sind nie wirklich erfüllt worden, stellten aber ein taktisches Instrument im Spiel um die Macht dar. Sie waren unumgänglich, um den politischen Gegner zu besänftigen, um keine offene Revolution zu riskieren und um dann die Opposition langsam zu zerschlagen, ohne in gewaltsame Eskalation zurückzufallen.

„Hun Sen persuaded Rainsy to end the walkout by offering a license for a CNRP television channel, four of the nine seats on the National Election Commission (NEC), and a vice-president's post in the Assembly. (Only the last promise was kept; Kem Sokha got the job.) Then Rainsy agreed to join the prime minister in a ‚Culture of Dialogue‘ designed to prevent threats and insults between their respective partisans. This turned out to be a trap. It straitjacketed the CNRP's ability to criticize the government and slowed popular momentum for political change. Unlike opposition parties elsewhere that had led successful ‚color revolutions‘ against authoritarian rulers, Cambodia's opposition chose moderation over confrontation—and paid the price“ (Morgenbesser 2019: 165).

Auslöser für die Konflikteskalation im Jahr 2015 waren Provokationen der Opposition, die der CPP eine besondere Nähe zu Vietnam unterstellten, an der kambodschanisch-vietnamesischen Grenze.⁸⁴ Konfliktverstärkend kam eine Demonstration gegen Hun Sen in Paris hinzu. Bei einer Rede in Paris im Jahr 2015 wurde er von Anhängern der kambodschanischen Diaspora, unter anderem wegen der Menschen- und Landrechtssituation im Land, mit heftigen Protesten empfangen (The Cambodia Daily

⁸⁴ Ein Senator der CNRP hatte ein Video mit einer falschen Version des Grenzvertrages zwischen Kambodscha und Vietnam auf Facebook geteilt, das besagte, die Regierungspartei habe die Grenzen mit Vietnam insgeheim abgeschafft und sie seien bereits aufgelöst worden (The Phnom Penh Post 21.10.2015).

26.10.2015). Als Antwort darauf demonstrierten Anhänger der Cambodian People's Party vor der Nationalversammlung in Phnom Penh gegen die Opposition. Dabei kam es zu Ausschreitungen. Zwei Abgeordnete wurden gezielt aus ihren Fahrzeugen gezogen und direkt vor der Nationalversammlung zusammengeschlagen und Videos davon in den sozialen Medien verbreitet.⁸⁵ Die Opposition vermutete eine Beteiligung der Regierung. Der Premierminister drohte Sam Rainsy während jener Rede in Paris mit Verhaftung (The Cambodia Daily 27.10.2015). Bedeutend ist der Ort der Rede: Paris, einer Hochburg der kambodschanischen Opposition, vor der er einmal mehr seine Macht innerhalb des Landes verdeutlichte. Einige Wochen später wurde eine Anklage gegen Sam Rainsy aus dem Jahre 2008, die im Zuge politischer Verhandlungen nach den Parlamentswahlen 2013 nicht weiter verfolgt wurde, erneut aufgenommen. Es wurde ein Haftbefehl ausgesprochen, während der Oppositionsvorsitzende sich auf einer Auslandsreise in Südkorea befand (The Phnom Penh Post 14.11.2015).

Der innerkambodschanische Konflikt war aber zugleich überschattet von den Ereignissen in der Region. Die Regierungspartei war nicht nur stark beunruhigt über die politische Situation innerhalb des Landes, sondern auch über den politischen Umschwung im Myanmar, bei dem die seit Jahren unter Hausarrest stehende Führerin der Oppositionsbewegung Aung San Suu Kyi die Wahlen für sich gewinnen konnte. Die CNRP ließ die Möglichkeit nicht aus, sich mit dieser Partei zu vergleichen und einen solchen Wandel bzw. eine solche Revolution auch für Kambodscha zu prophezeien (The Phnom Penh Post 11.11.2015). Obwohl Sam Rainsy zunächst ankündigte, er würde nach Kambodscha zurückkehren und sich der Situation stellen, machte der Oppositionsführer einen Rückzieher und beschloss, auf internationale Hilfe zu warten, ein Verhalten, mit dem der Premierminister offenbar fest gerechnet hatte (The Cambodia Daily 02.06.2016). Hätte er Sam Rainsy wirklich im Gefängnis sehen wollen, hätte er den Haftbefehl durch ein Gericht erlassen, als dieser sich innerhalb Kambodschas aufhielt, auch wenn der Premier behauptet, keinerlei Einfluss auf die Gerichte auszuüben (The

⁸⁵ Die gefassten Schuldigen wurden zu 3-4-jährigen Haftstrafen verurteilt, die aber innerhalb weniger Monate ausgesetzt wurden. Sie waren Mitglieder der militärischen Eliteeinheit des Premierministers, die für ihre strenge Disziplin bekannt und ausschließlich für dessen Schutz abgestellt ist (The Phnom Penh Post 17.06.2016/1). Während die CPP eine Beteiligung streng zurückwies (The Phnom Penh Post 27.05.2016), veröffentlichte Human Rights Watch einen fast 70 Seiten langen Report, der eine größer angelegte Aktion unterstellte (Human Rights Watch 2016).

Phnom Penh Post 14.11.2015). Dies hätte aber Unruhen vor Ort sowie ein mögliches Einschreiten der Internationalen Gemeinschaft nach sich gezogen. Dieses Vorgehen zeigt, dass nicht der Konflikt selbst, sondern vielmehr die Reduzierung des politischen Einflusses der Opposition und die öffentliche Diskreditierung im Vordergrund der Überlegungen standen. Sam Rainsys Verhalten führte – wie zu erwarten – sowohl in der Partei selbst als auch in der Öffentlichkeit zu Enttäuschung und starkem Unmut. Große Teile der politisch engagierten Jugend, die ihn als Symbol der Hoffnung und des Wandels sahen, hatten kein Verständnis dafür, dass mehrere der Aktivisten über Jahre im Gefängnis saßen, während sich der Oppositionsführer selbst dem Kampf nicht stellen wollte. „Mr. Rainsy is seen as a symbol of change in Cambodia, but he himself has never changed. He remains a coward, to be precise“ (Ou Ritthy, zitiert nach The Diplomat 23.06.2016), kommentierte einer der bedeutendsten jungen politischen Blogger das Verhalten.⁸⁶ Auch die Regierungspartei kritisierte sein Verhalten scharf. „He can’t take pride in himself as an equal to Aung San Suu Kyi [Oppositionsführerin in Myanmar]. If he wants to be like her, he should be in prison for 20 years [...]. In simple terms, he’s a coward“, kommentierte ein Regierungssprecher die Vorkommnisse (eigene Einfügung, The Cambodia Daily 02.06.2016). Auch wenn diese Aussagen im Kontext bewertet werden müssen, entbehren sie nicht einer gewissen Logik. In einem Land, in dem nahezu jeder erwachsene Kambodschaner über 30 die Herrschaft der Khmer Rouge oder den Bürgerkrieg ertragen musste und die meisten Männer im Dschungel unter härtesten Bedingungen gekämpft hatten, ist das Verständnis dafür, dass jemand sich einer Gefängnisstrafe nicht stellt, sondern ins Ausland flieht, nicht sehr ausgeprägt, insbesondere dann, wenn dieser die Nation zukünftig führen möchte und die eigenen Aktivisten im Gefängnis sind.

Gleichzeitig war damit die Spaltung und die Zersplitterung der Opposition vollzogen. Die CNRP war sich uneins darüber, welches Vorgehen hier das richtige sei. Der 2. Vorsitzende Kem Sokha blieb im Land, er hielt sich monatelang in der Parteizentrale auf, um einer drohenden Verhaftung zu entgehen. Er wurde schließlich einige Monate später dennoch auf Grund einer neuen Anklage wegen Hochverrats verhaftet und nach etwa

⁸⁶ Der ursprüngliche Blockeintrag von Ou Ritthy (November 2015) auf der Homepage von „Politikoffee“, einer parteilosen Jugendorganisation, die Gastredner und Gastrednerinnen aller Parteien und NGOs einlädt, um sich über politische Themen zu informieren, wurde mittlerweile wieder gelöscht.

zwei Jahren Gefängnis zunächst in den Hausarrest entlassen, der dann teilweise auch aufgehoben wurde (The Cambodia Daily 03.09.2017; VOA 10.11.2019; The Cambodia Daily 30.06.2016; The Cambodia Daily 06.10.2016). Ausgangspunkt der ersten Anklage waren vermeintliche Telefonaufzeichnungen, die von ihm und seiner angeblichen Geliebten aufgetaucht sind. Obwohl diese Aufzeichnungen eigentlich nicht vor Gericht verwendet werden durften, da sie illegal mitgeschnitten wurden, leitete das Gericht ein Verfahren wegen Prostitution ein (Karbaum 2016). Im Zuge dieses Verfahrens kam es zu mehreren Festnahmen und Verurteilungen von NGO-Mitarbeitern, die versuchten, die vermeintliche Angeklagte rechtlich zu unterstützen (Licadho 23.05.2022).⁸⁷ Zudem schaltete sich die Antikorruptionseinheit der Regierung ein, weil Sokha seiner Geliebten offenbar einige Dinge bezahlt hatte. Eine missglückte Festnahme führte dazu, dass sich der Oppositionsführer ins Hauptquartier der Partei zurückzog, wo er auch diplomatischen Besuch, unter anderem den des EU-Botschafters und der schwedischen, französischen und kanadischen Botschafter, empfing, selbstverständlich medienwirksam auf Facebook inszeniert (The Cambodia Daily 30.06.2016).

„›This scoundrel is scared and does not dare to come downstairs because he is scared of being arrested, but instead he says that Hun Sen is scared,‹ Mr. Hun Sen added, goading Mr. Sokha to face his arrest. ›Hey, guy who is in the square place, come out,‹ he said, referencing a previous comment he made about Mr. Sokha’s small quarters. ›I want to send you the message that you will be imprisoned forever. Don’t be aggressive, prisoner‹“ (The Cambodia Daily 30.06.2016).

Die Opposition drohte zunächst mit Massenprotesten, sollte Kem Sokha tatsächlich verhaftet werden. Die Regierungspartei, die sonst nach außen hin starke Einheit demonstriert, zeigte sich hier tatsächlich gespalten. Der Vizepremier und Innenminister der Partei Sar Kheng, der Hun Sen eher kritisch gegenübersteht, erklärte öffentlich, dass „colored revolutions“ nur dann passierten, wenn die Regierung schlechte Arbeit verrichte, und dass sie eigentlich die Schuld der Regierung seien (The Phnom Penh Post 17.05.2016). Ein Sprecher des Innenministeriums erklärte Polizeikräften, sie könnten den Haftbefehl gegen Kem Sokha ignorieren, sollte dieser zu sozialen Unruhen führen

⁸⁷ Auf der Homepage der Menschenrechtsorganisation LICADHO (Cambodian League for the Promotion and Defense of Human Rights) ist eine Liste aller Inhaftierten mit NGO- und politischem Hintergrund zu finden, siehe: https://www.licadho-cambodia.org/prisoners_of_interest/. Außerdem führt sie seit Januar 2018 einen „Court Watch“ Kalender, der über Prozesse und Geschehnisse rund um die Prozesse informiert, siehe: https://www.licadho-cambodia.org/court_watch/.

(The Cambodia Daily 03.06.2016). Eine „colored revolution“ in Kambodscha war in den vergangenen Monaten immer wieder Thema, und sie stellt bis heute die größte Furcht der Regierung dar. Auch die Opposition war bemüht, die Wogen wieder zu glätten. So gab Son Chhay, „party whip“ der CNRP und Mitglied der Führungsspitze, ein Interview, in dem er erklärte, die politische Situation sei zwar nicht gut, aber doch besser, als dies 1997 der Fall gewesen sei, und man müsse die Beziehungen normalisieren.

„It’s not very good, but if you compare it to 1997, we had a military coup – I think they have to recognize it was a coup – and compared to 1997, the situation is not that bad. I think we still have room to grow, to put the situation back in a better kind of way so that we can all go back to work. So there is a hope that we can find a way to compromise and get the situation back to normal“ (Khmer Times 01.07.2016).

Gleichzeitig merkt der Oppositionspolitiker aber auch an, dass es bis jetzt keinen Beweis in der kambodschanischen Geschichte dafür gebe, dass Machtwechsel friedvoll vonstattengehen könnten (Khmer Times 01.07.2016).

„We must work in an environment that we can live peacefully together, even though [the question is] who is going to be in power? So it’s not easy and Cambodia has never been able to have this privilege of having a changing of the government or the system and still be able to live side by side, peacefully together. I hope that by being more patient, that by continuing to commit ourselves to peaceful negotiations and a peaceful way of solving the problems, I think we will achieve this objective“ (Einfügung i. O., Khmer Times 01.07.2016).

Heute ist die Opposition weitgehend zerschlagen, ein wichtiger Teil der Oppositionsbewegung kann das Land auf Grund drohender Haftstrafen nicht mehr betreten, ein anderer Teil wurde aber wieder zu Wahlen zugelassen. Kem Sokha, der seit 2017 wegen Hochverrat vor Gericht steht, war 2020 von Hun Sen zur Beerdigung von dessen Schwiegermutter eingeladen worden (Radio Free Asia 05.05.2020). Fotos der beiden wurden medienwirksam instrumentalisiert, daraufhin folgte ein massiver, öffentlich auf Facebook und Instagram ausgetragener Streit zwischen den Kindern von Sam Rainsy und Kem Sokha und den beiden Oppositionsnetzwerken, der einen erneuten Zusammenschluss nahezu unmöglich macht (The Phnom Penh Post 28.11.2021; Khmer Times 30.11.2021). Die Oppositionsbewegung ist endgültig zerfallen. Würde Sam Rainsy nach Kambodscha zurückkehren, droht ihm mittlerweile eine 25-jährige Haftstrafe.

„Presiding Judge Duch Sok Sarin on Monday [1. März 2021] sentenced Rainsy, who is living in exile, to 25 years in jail, while Mu Sochua and Eng Chhai Eang, both vice-presidents and former lawmakers of the ex-CNRP, were sentenced to 22 years in jail each. The judge also sentenced six other ex-CNRP lawmakers to 20 years in jail each after they were found guilty of attempting to ‚attack‘ the government. They are Rainsy’s wife Tioulong Saumura, Ou Chanrith, Ho Vann, Long Ry, Men Thavarin and Nuth Romduol. All of them are living in exile abroad. The convicts were deprived of their right to vote and the right to stand for election“ (eigene Einfügung, Khmer Times 03.03.2021).

Auch hier wurde in absentia verurteilt, auch hier ist das Ziel nicht eine Strafverfolgung per se, sondern vielmehr sicher zu stellen, dass eben jene Politiker bzw. Politikerinnen – besonders Mu Sochua galt als Flaggschiff der weiblichen Oppositionsbewegung – nicht nach Kambodscha zurückkommen und den Ausgang der Wahlen 2022 und 2023 gefährden können. Kem Sokha muss sich gegenwärtig wegen Hochverrats erneut vor Gericht verantworten, dennoch kann er sich im Land frei bewegen, seine Gefängnisstrafe wurde zunächst in Hausarrest umgewandelt gegenwärtig ausgesetzt. Außerdem, und dies bestätigt die eingangs aufgestellte These, sind einige hochrangige CNRP-Mitglieder begnadigt worden (The Phnom Penh Post 28.08.2018). Anderen ehemaligen CNRP-Mitgliedern ist das Recht zugesprochen worden, neue Parteien zu gründen (Khmer Times 19.08.2021; Khmer Times 01.11.2021). Entscheidend ist hier also nicht, die eigentliche Vernichtung des Gegenübers, sondern mittlerweile vielmehr seine Marginalisierung innerhalb des hegemonialen Deutungsdiskurses. Dies erklärt auch, wieso andere führende Oppositionsmitglieder heute wieder in der Politik aktiv sein können und neue Parteien gegründet haben.

6.6 Identität und Konflikt – Kontinuität und Wandel

„[...] falls die Opposition tatsächlich mal gewinnen würde, wäre es interessant. Ich bezweifle, dass die Regierung es akzeptieren würde. [...] Aber davon abgesehen, denke ich, man hat schon irgendwo mittlerweile anerkannt, dass man zumindest als ‚window dressing‘ mehrere Parteien braucht und dass man auch mit dem politischen Gegner redet. Dass das zumindest zur Fassade der Demokratie dazu gehört, das hat man akzeptiert, und dass es auch heutzutage notwendig ist, dass es einfach besser aussieht, wenn man irgendeine politische Opposition im Land hat und die nicht völlig knechtet. So gesehen gibt es einen gewissen Respekt vor dem politischen Gegner, aber wie weitgehend der dann tatsächlich ist, wenn es mal hart auf hart kommt, wage ich zu bezweifeln“ (I-4).

Obiges Zitat eines Internationalen Beraters beschreibt die kambodschanische Situation punktgenau und treffsicher. Ein drohender Machtwechsel wurde im Vorfeld vermieden, kleinere Parteien sind wieder zugelassen worden. Mittlerweile gibt es mindestens

sieben verschiedene Parteien, die aus der ehemaligen CNRP hervorgegangen und im politischen Feld aktiv sind (Khmer Times 01.11.2021). Durch die Aufsplitterung der Opposition stellen diese aber keine ernsthafte Gefahr mehr für die Regierungspartei und den hegemonialen Deutungsdiskurs dar. Betrachtet man die getätigten Analysen zu Konfliktaustragung, Demokratieverständnis, zeitlichem Verlauf und Identitätswahrnehmung des Selbst und des Gegenübers hinsichtlich der Frage nach agonalen oder antagonistischen Austragungsmodi des Politischen, lassen sich verschiedene Muster erkennen:

Erstens: Obwohl agonale und antagonistische Konfliktaustragemuster sich auch parallel abspielen können und sich gegenseitig nicht ausschließen, verlaufen sie doch größtenteils wellenförmig. Relative Phasen der Entspannung und der politischen Zusammenarbeit werden abgelöst von stark antagonistisch aufgeladenen Momenten, die den Konflikt erneut eskalieren lassen. Hier lassen sich gewisse Zyklen beschreiben, die sich in regelmäßigen Abständen wiederholen, die über die Jahre hinweg beständig bleiben und in leicht abgewandelter Form immer wieder auftreten.

Zweitens: Das auslösende Moment für eine Eskalation der politischen Situation befindet sich häufig auf identitärer Ebene. Das kommt aber erst dann zum Tragen, wenn politischer Deutungsdiskurs und hegemoniale Machtzuschreibung ernstlich in Frage gestellt werden. Provokationen, die das Selbstverständnis der Herrschenden angreifen und identitär abwerten, führen dann zu einer antagonistischen Eskalation.

Drittens: Die Eskalation des Konfliktes, die zu antagonistischen Austragungsformen führt, passiert insbesondere im öffentlichen Raum. Die inhaltliche Kommunikation der beiden Parteien, wie auch schon Heinz Messmer skizziert, kommt dabei fast zum Erliegen und besteht nur noch aus Drohungen (Messmer 2003: 310). Die Parteien sprechen übereinander, aber nicht mehr miteinander. Deeskalierende Momente hingegen, also agonale Austragungsformen, verlaufen entgegengesetzt. Die politischen Eliten beraten im engsten Zirkel. Erst in einem zweiten Schritt werden andere Ebenen, wie die Öffentlichkeit, involviert.

Viertens: Symbole und Politik sind im kambodschanischen politischen Diskurs stark miteinander verknüpft. Sie gründen auf das identitäre Moment der einzelnen Parteien und stehen sowohl im Zusammenhang mit dem individuellen Selbstverständnis

innerhalb der Nation als auch mit der kambodschanischen Nachkriegsgeschichte. Sie können sowohl deeskalierend als auch eskalierend wirken.

Fünftens: Ein politischer Wandel von reiner Identitätspolitik – persönlicher Angriff und Abwertung des politischen Gegners – hin zu sachbezogener Politik findet langsam statt. Dieser Prozess ist aber begleitet von Rückschritten und Parallelitäten. Politik und Identität sind in Kambodscha stark verwoben. Eine Abkoppelung von Sachthemen ist nie vollständig gegeben.

Sechstens: Der politische Gegner bzw. Feind wird nicht per se identitär abgewertet und bekämpft, vielmehr erfolgt dies nur solange, bis er machtpolitisch nicht mehr gefährlich werden kann.

Siebtens: Obwohl die Konflikte und deren Ursprung eine gewisse Konstanz über die einzelnen Jahre gerade hinsichtlich der antagonistischen Momente aufweisen, hat sich die Art der Konfliktaustragung doch stark geändert. Anstelle von Waffengewalt ist die Heranziehung formal „demokratischer“ Institutionen zur Einschüchterung des politischen Gegners getreten. Ist dies erfolgt, kommt es zu einer erneuten Entspannung, die beispielsweise mit Amnestien einhergeht.

Achtens: Demokratische Institutionen haben eine Legitimität und auch eine Etablierung erfahren. Zwar werden sie auch zur Durchsetzung illegitimer Praktiken verwendet, gleichzeitig aber ist eine identitäre Anbindung der Parteien an den demokratischen Prozess gegeben. Obwohl Parteien verboten oder aufgelöst werden, wird und wurde eine Legitimation des Herrschaftsanspruches über Wahlen weder von den Partieliten noch von Bevölkerung jemals in Frage gestellt.

Neuntens: Es lässt sich ein Wandel hinsichtlich des Selbstverständnisses der einzelnen Parteien verzeichnen, der nicht zuletzt mit einer leichten Verschiebung der Konfliktdiskurse zusammenhängt. Während das Selbstverständnis sich bis in das letzte Jahrzehnt fast ausschließlich auf den Bürgerkrieg bezog, sind heute sowohl die oppositionellen Kräfte als auch die Regierungspartei um inhaltliche Diskurse und gesellschaftliche, wirtschaftliche und soziale Entwicklung bemüht.

Zehntens: Auch wenn der politische Diskurs von „Akten der Ausschließung“ (Mouffe 2007: 19) durchzogen ist, zeigt sich doch eine gewisse Wandlungsfähigkeit der „prä-konstituierten Identitäten“ (Laclau/Mouffe 2012: 27). Einerseits sind diese auf Elitenebene zwar durch soziale Zugehörigkeiten festgeschrieben, andererseits sind sie

auch wandelbar, wie sich durch Parteineugründungen, Fusionierungen oder die häufigen Allianzwechsel zeigt, die einen Herrschaftsdiskurs und damit jenes agonale Moment des Politischen überhaupt erst möglich machen.

Elftens: Der öffentliche Raum spielt eine große Rolle innerhalb des Konfliktdiskurses. Medien, das Internet aber auch Reden bei nicht themenrelevanten Anlässen (z.B. Abschlussfeiern) werden zur Positionierung im gesellschaftlichen Feld und zur öffentlichen Inszenierung genutzt.

Zwar spielt sich der Konfliktverlauf, wie gerade dargelegt, prioritär auf der Ebene der politischen Eliten ab und findet hier sein Zentrum, dennoch ist es eine Trias, die den Kampf um die Deutungsmacht beeinflusst. Auch die Internationale Ebene und die Zivilgesellschaft sind eng verbunden mit den Austragungsformen des Politischen und bestimmen jenen Diskurs sowohl durch agonale aber auch durch antagonistische Zuschreibungen mit, so dass dieser ohne eine Kontextualisierung nicht vollkommen durchdrungen und verstanden werden kann.

7. Internationale Akteure und Beziehungen

7.1 Demokratieentwicklung im regionalen Kontext

Die internationale Ebene war nicht nur während des Bürgerkrieges in den Konflikt und das politische Feld Kambodschas stark involviert. Sie ist insbesondere seit dem Abschluss des Friedensabkommens aktiv. Internationale Kräfte determinieren den politischen Diskurs und die Machtkämpfe zum Teil auch mit. Dabei lassen sich im wesentlichen drei verschiedene Gruppen von internationalen Akteuren herausarbeiten, die für Kambodscha besonders bedeutsam sind und Einfluss auf die politischen Prozesse innerhalb des Landes nehmen. Die erste Gruppe sind die unmittelbaren Nachbarn, mit denen sich Kambodscha im Kontext der ASEAN-Integration, aber auch im Hinblick auf Grenz- und Migrationsfragen auseinandersetzen muss, der zweite Akteur ist China, das Kambodscha entwicklungspolitisch stark unterstützt. Als dritte Gruppierung sind die EU und demokratische Geberländer wie die USA, Deutschland, Frankreich, aber auch Japan zu nennen.

„We can divide into two aspects: one is a long tradition relationship for Cambodia and our neighbouring country is between Cambodia and Vietnam, Cambodia and Laos and Cambodia and Thailand. Even though there is some conflict with Thailand about the Preah Vihear before, we see this as our good neighbouring country, that we have a lot of collaboration or cooperation with trades and second is they say the new partner. We are working very close with China and [...] also with the European Union, which is our big partner for trades because we have a lot of support from the EU region“ (Z-25).

Kambodscha agiert als Staat nicht im luftleeren Raum, sondern ist als postkolonialer Staat besonders mit regionalen Strukturen und Prozessen konfrontiert und muss sich auf Grund seiner Vergangenheit und den von externen Mächten beschlossenen Grenzziehungen zwischen den Ländern immer wieder mit den beiden wirtschaftlich stärkeren Nachbarn Thailand und Vietnam auseinandersetzen. Jene Strukturen, die auch bereits im vorhergehenden Kapitel ausführlich diskutiert wurden, haben nicht nur Einfluss auf die Auseinandersetzung mit den beiden Nachbarländern, vielmehr wird der innerstaatliche Konfliktdiskurs, das Demokratieverständnis und die politisch-gesellschaftliche Situation von den beiden größeren Nachbarn beeinflusst.

Aber auch andere Akteure wie die EU oder die USA bestimmen die politische Situation auch durch wirtschaftliche Aspekte entscheidend mit. Sie fordern den Herrschaftsdiskurs der Regierungspartei entweder empfindlich heraus oder

unterstützen diesen. So warf beispielsweise die CPP der CNRP vor, mit Hilfe der USA die Regierung stürzen zu wollen, nachdem Kem Sokha proklamierte, er würde sich aktiv von Stiftungen der USA beraten lassen, falls seine Partei die Wahlen gewinnen sollte (The Phnom Penh Post 04.09.2017; The Phnom Penh Post 11.09.2017). „Cambodia justifies the arrest of Kem Sokha under Article 443 of the Criminal Code, which condemns the crime of conspiracy with a foreign power, and relies on alleged proof of Mr Kem Sokha’s conspiracy to overthrow the government“ (European Union, Official Journal, Abschnitt 20). Die CPP wertete dieses Vorgehen als Hochverrat und als Versuch, mit Hilfe der USA einen Umsturz zu planen (The Phnom Penh Post 04.09.2017; The Phnom Penh Post 11.09.2017).⁸⁸ Kem Sokha muss sich gegenwärtig vor Gericht verantworten. Der Einfluss internationaler Kräfte lässt sich in drei verschiedene Aspekte untergliedern: Es sind zum einen die Akteure vor Ort zu nennen, beispielsweise NGOs, Berater und Stiftungen. Die Rolle, die sie in Kambodscha einnehmen, ist eine besondere. Diese Gruppen sind Teil des politischen Diskurses und bestimmen ihn wesentlich mit, indem sie beispielsweise die Opposition durch Beratung bei politischen und technischen Fragen und „capacity building“ unterstützen und damit auch beeinflussen. Die Grenzen zwischen der NGO-Szene und der Politik ist aber auch unter einem weiteren Aspekt fließend. Viele oppositionelle Politiker – als prominentestes Beispiel ist Kem Sokha zu nennen, der das Cambodian Center for Human Rights (CCHR), eine der bedeutendsten Menschenrechts-NGOs in Kambodscha, gründete und jahrzehntelang federführend leitete – kommen ursprünglich aus der NGO-Szene oder wechseln, nach einem Ausflug in die Politik, wieder in diese zurück. Auch der Leiter des Cambodian Institute for Cooperation and Peace (CICP), des regional wichtigsten und prominentesten Think Tanks, ist ein ehemaliger Staatsminister für FUNCINPEC und war später Botschafter Kambodschas, bevor er sich dem vom Königshaus geprägten Institut widmete. Zweitens beeinflussen die internationalen Beziehungen, die Kambodscha unterhält und die durch den Status Kambodschas als Post-Konflikt-Gesellschaft stark mit der ersten Ebene verbunden sind, den Diskurs. Bis heute ist Kambodscha auf „foreign direct investment“, Handelserleichterung, z.B. seitens der Europäischen Union, und auf Entwicklungshilfe angewiesen. Das Land steht zwischen demokratisch orientierter Entwicklungshilfe etwa

⁸⁸ Das NDI (National Democratic Institute) und das IRI (International Republican Institute) mussten 2017 ihre Arbeit einstellen, obwohl sie zuvor jahrzehntelang im Land aktiv waren.

der USA, Frankreichs, Australiens, Deutschlands oder der EU auf der einen Seite, und der Unterstützung Chinas auf der anderen Seite, das einen starken Partner in der Region sucht. China ist seit Beginn der postkolonialen Zeit einer der engsten Verbündeten Kambodschas und hat seinen Einfluss im letzten Jahrzehnt nochmals massiv ausgebaut, nicht zuletzt durch starke infrastrukturelle Förderung und „foreign investment“. Von Januar bis Juni 2022 nahm der chinesische Anteil 43% der Gesamtsumme aller ausländischen Investitionen ein (Fibre2Fashion 25.07.2022).

„Although the presence of China in Cambodia is nothing new, the extent of its current involvement in Cambodia’s politics and economic development is staggering. In fact, Cambodia is one of China’s oldest and closest allies. [...] Presently, the bond between Cambodia and China is closer and stronger than ever. China is Cambodia’s top foreign investor, a major donor and an increasingly important trading partner“ (Heng 2012: 58).

„[...] right now, you know, the political situation has been changed because you have China get involved with this and China needs to have a major influence on Europe and also in America and also in the world. It is politically, economically or social, culturally, you have to write them with and also Cambodia had been influenced on that truth“ (Z-7).

Umgekehrt hat die Europäische Union, genauer gesagt die Europäische Kommission, als Reaktion auf die starke politische Oppression des Oppositionspartners und die Pressezensur 2020 einen Teil des „everything but arms“-Abkommens, das Kambodscha Zollfreiheit für die Einfuhr gewisser Güter in die Europäische Union ermöglicht, partiell aufgehoben und so auf die politische Situation reagiert.

„The dissolution of the CNRP left the country without any credible opposition ahead of the 29 July 2018 national elections in which the CPP won all 125 seats in the National Assembly, thereby *de facto* creating a one-party State with no parliamentary opposition“ (Hervorheb. i. O., European Union, Official Journal, Abschnitt 18).

Die Handelseinschränkungen, die sich aus diesem Erlass ergeben, werden durch chinesische Investitionen allerdings deutlich abgedeutet. Auch hat die Europäische Union nur einen geringen Teil der Exportgüter sanktioniert. Trotz der schwierigen politischen Situation bleibt ein Großteil des Freihandelsabkommens von diesen Regelungen unberührt, die EU gibt an, dass nur etwa 20% der Exportgüter davon betroffen sind. Ferner beteuert die Europäische Kommission, dass sie Kambodscha, insbesondere unter Berücksichtigung der schwierigen pandemischen Situation, auch weiterhin unterstützen würde (European Commission, Press Release 12.08.2020).

„Other than being determined to maintain one-party rule, Prime Minister Hun Sen is also committed to pursuing a path of developmental authoritarianism that prioritizes social peace, stability and continuing economic growth over human rights and democracy. [...] The Cambodian government appears to have already devised plans to mitigate the possible termination of the EBA through the reduction of taxes, port inspection fees and electricity fees as well as further expansion of bilateral trade with China“ (Un/Luo 2020: 126).

Aber nicht nur China und der Westen, sondern auch die unmittelbaren Nachbarn Kambodschas, und dies ist der dritte Aspekt, spielen für das antagonistische Konfliktmoment in Kambodscha eine entscheidende Rolle. Abgesehen von der gemeinsamen Geschichte als ehemalige Kolonien und einer sehr engen historischen Verknüpfung der Länder beeinflussen ebenfalls Grenzziehungsfragen, eine durch die zahlreichen kambodschanischen Wanderarbeiter verursachte komplexe Arbeitsmarktpolitik und die regionale Integration in ASEAN die zwischenstaatlichen Beziehungen. Gleichzeitig erlaubt der Vergleich mit den angrenzenden Nachbarn aber auch eine Einschätzung der Situation im regionalen Kontext, was entscheidend ist, um die demokratische Entwicklung Kambodschas auch perspektivisch einbetten und beurteilen zu können.

7.2 Thailand und Kambodscha im Disput um kulturelle Deutungshoheiten

Um die Entwicklung des Demokratieverständnisses und die politische Situation in Kambodscha verstehen und perspektivisch einordnen zu können, erscheint es sinnvoll, den regionalen Kontext zu betrachten, also sich auch die Situation in den umliegenden Ländern, wie Thailand, Vietnam, Myanmar oder Laos, zu vergegenwärtigen.

„Sicherlich, wenn man sich die Geschichte anguckt, oder wenn man sich auch die Nachbarländer anguckt, muss man natürlich konstatieren, dass die NGOs hier noch immer eine Freiheit haben, die man in Ländern wie Vietnam oder Laos sicherlich nicht hat. Die man im Moment auch nicht in Thailand hat und die man lange ja auch in Myanmar nicht hatte. Das ist natürlich ein sehr fatales Argument, wenn man sich immer an denen orientiert, die noch schlechter sind als man selbst. Es gibt hier große Einschränkungen von Demonstrations- und Meinungsäußerungsfreiheit, das darf man nicht übersehen“ (I-3).

„Die Mediensituation ist natürlich immer noch so, wie sie ist. Die Printmedien und das Fernsehen und das Radio sind relativ stark staatlich kontrolliert. Es gibt englischsprachige Printmedien, die unabhängig sind, aber die werden natürlich kaum von den Kambodschanern gelesen. Also eine Situation, die sich natürlich nur schrittweise verändern kann, wenn dann auch Druck von unten wächst, wirklich unabhängige Informationen zu bekommen. Grundsätzlich ist aber die Mediensituation deutlich besser als in den Nachbarländern Thailand und Vietnam jetzt, wo es natürlich stärkere Restriktionen gibt“ (I-1).

Auch wenn sich die Situation für Presse- und Meinungsfreiheit nach 2015 noch weiter verschlechtert hat, Journalisten verhaftet und Redaktionen geschlossen wurden, ist es doch so, dass alle jetzt aufgelösten internationalen Medien nach wie vor online zugänglich sind und weiter über Facebook und im Internet publiziert wird. Es sind auch immer noch khmersprachige Radiosender im Land aktiv, auch wenn diese stark beschränkt wurden (I-6/2).

„Between August and September 2017, the government revoked the licenses of over a dozen private radio stations for alleged tax and administrative violations. Many of these carried programs produced by the US government-sponsored Radio Free Asia and Voice of America, as well as local broadcaster Voice of Democracy. In September 2017, Radio Free Asia, the country's most popular broadcaster, closed its Phnom Penh bureau after nearly twenty years. The *Cambodia Daily*, the country's first English-language newspaper founded by American journalist Bernard Krisher in 1993, ceased publication in September 2017, after being handed a disputed \$6.3 million tax bill. In December, the Ministry of Information closed down 330 print media outlets, citing inactivity. The last main remaining independent newspaper, the *Phnom Penh Post*, was sold in May 2018 to a Malaysian businessman, who as managing director of public relations firm ASIA PR had overseen 'Hun Sen's entry into the Government seat' as a project. Many of the paper's journalists subsequently resigned or were fired“ (Hervorheb. i. O., Norén-Nilsson 2021: 93-94).

Auch oppositionelle Kräfte sind nach wie vor aktiv am politischen Diskurs beteiligt. Hierbei ist zu unterscheiden zwischen denjenigen Oppositionsmitgliedern, die den Diskurs zusammen mit der Diaspora aus dem Ausland beeinflussen und solchen, die zahlreiche neue Parteien gegründet haben. In Kambodscha ansässige Medien berichten ebenfalls über die Positionen der Exilpolitiker und der Opposition im Ausland, vor allem über die der Netzwerke um Sam Rainsy. Probleme mit der Pressefreiheit gibt es allerdings in Bereichen, die die Eliten des Landes unmittelbar sowohl politisch als auch wirtschaftlich betreffen, wie „Land Grabbing“ oder Korruption. Im regionalen Vergleich ist Kambodscha auch heute noch, trotz Verabschiedung des neuen NGO-Laws sowie der Auflösung der internationalen Medien, deutlich freier in der Meinungsäußerung, was nicht zuletzt auf die sehr große Internationale Gemeinschaft im Land zurückzuführen ist. Die politischen Räume, die notwendig sind, um den Diskurs um hegemoniale Deutungsmacht aufrecht zu erhalten, haben sich zwar verkleinert, sie sind aber in Kambodscha nach wie vor vorhanden und werden intensiv genutzt. Kambodscha als Post-Konflikt-Staat, der während des Bürgerkrieges und auch zuvor immer wieder gewaltsame Auseinandersetzungen mit dem größeren Nachbarn Vietnam

hatte und zeitweise auch von diesem besetzt bzw. – je nach Diskurs. – von den Roten Khmer befreit worden war, ist heute durch ASEAN regional gut integriert, auch wenn die Auseinandersetzung um das Südchinesische Meer und Kambodschas Position zu diesen Gebietsfragen – Kambodscha unterstützt China – die Beziehungen in den letzten Jahren belastet haben.⁸⁹ Aber auch unmittelbare Grenzkonflikte mit den Nachbarländern, ein Erbe der Kolonialzeit, haben bis heute noch Einfluss auf den politischen Diskurs. Insbesondere im Konflikt mit Thailand kam es immer wieder zu Vorfällen.

„Within the regional context, the Preah Vihear dispute is one of many examples of territorial issues in East and Southeast Asia. The issue that has received the greatest media attention has been China’s claims in the South China Sea, specifically the Paracel and Spratly islands. The Philippines, Vietnam, and Malaysia have all contested Beijing’s assertions. The situation in the South China Sea has significance not only for the region, but also for international relations, as the United States has tried to support its Southeast Asian allies in protesting Beijing’s claims“ (Rattanasengchanh 2017: 64).

Die Diskussion um Preah Vihear, die ihren Ursprung in der Geschichte beider Länder hat und bis in das neunzehnte Jahrhundert zurückreicht, führte 2008 zu einem bewaffneten Grenzkonflikt zwischen Thailand und Kambodscha. Als 2008 der Tempel Prasat Preah Vihear zum UNESCO-Weltkulturerbe ernannt wird, kommt es zu einem kurzen gewaltsamen Konflikt mit dem Nachbarn Thailand, da die Tempelanlagen von Prasat Preah Vihear auf Grund von Grenzziehungsfragen, die in die Zeit des französischen Protektorats zurückreichen, und auf Grund der historischen bilateralen Beziehungen zwischen Thailand und Kambodscha von beiden Ländern beansprucht werden (Meyer 2009: 50-55). Es folgen im Zuge des neu erlangten Status der Anlage, zwischen 2008 und 2011, eine gewaltsame Auseinandersetzung und Schusswechsel an der Grenze. Wagener bezeichnet diese Episode in einer ausführlichen Analyse der Thematik als „low-intensity border conflict“ (Wagener 2011: 30). Um den Konflikt aber nicht eskalieren zu lassen, auch hier zeigt sich eine neue politische Akzeptanz internationaler Regelungsmechanismen, ruft Kambodscha den Internationalen Strafgerichtshof an, um das erste, juristisch höchst umstrittene Urteil von 1962 über die Tempelanlage von

⁸⁹ Für einen detaillierten Überblick über die Spannungen, die sich auf Grund von Kambodschas Nähe zu China mit anderen ASEAN-Partnern wie beispielsweise Vietnam ergeben, siehe Var (2017). Auch Murg (2022) analysiert die Schwierigkeit für Kambodscha, die Beziehungen zu Vietnam und China auszubalancieren. Eine sehr ausführliche Analyse kambodschanischer Außenpolitik in der Region und darüber hinaus und vor allem hinsichtlich der zunehmenden Fokussierung auf China findet sich bei Cheunboran (2021), der auch als Berater des Außenministeriums tätig ist.

Preah Vihear nochmals neu auszulegen und um weitere einstweilige Maßnahmen zu erlassen (Legal Tribune Online 21.07.2011). 2013 entscheidet der IGH endgültig, dass Preah Vihear und das umliegende Land zu Kambodscha gehören. Hier zeigt sich ein Wandel im Konfliktverständnis, da Hun Sen sogar so weit geht – nicht ganz uneigennützig allerdings –, eine „peace-keeping Force“ von den Vereinten Nationen anzufordern (Wagener 2011: 33). Die Auseinandersetzung um Preah Vihear hat noch eine weitere Dimension für Kambodscha: „For Cambodia, national pride is at stake“ (Pou 2013: 90). Die Regierungspartei kann die Situation nutzen, um von innenpolitischen Problemen abzulenken und den nationalen Diskurs zu stärken. Teile der Forschung, die den Konflikt und seine Implikationen für Thailand und Kambodscha analysieren, argumentieren, dass eben jene Auseinandersetzung eine strategische Funktion für den politischen Diskurs in Kambodscha erfüllt (Wagener 2011; Rattanasengchanh 2017; So 2009).

„It will become clear that Thailand and Cambodia, because of their central statesmen’s domestically determined motivations, are interested in neither a resolution nor an escalation of the border dispute“ (Wagener 2011: 30).

Der Faktor Preah Vihear hatte in den Parlamentswahlen 2008 einen nicht unwesentlichen identitären Einflussfaktor für den Sieg der Regierungspartei. Genau eine Woche vor den Parlamentswahlen 2008 spitzte sich der Konflikt zu und wurde von der Regierungspartei dazu verwendet, die Position des Landes zu stärken. Kambodscha, das sich auf Grund seiner Geschichte und der historischen Ereignisse von den stärkeren Nachbarn oftmals bedroht fühlt, legt besonderen Wert auf die etwa im 12. Jahrhundert entstandenen Tempel. Sie sind Nationalerbe und zugleich Wahrzeichen der Blütezeit des Landes. Hun Sen und die Regierungspartei können sich durch diesen Konflikt als Bewahrer des nationalen Erbes inszenieren.⁹⁰

„It was hardly a coincidence that the Cambodian build-up intensified in the week immediately before the election. Hun Sen thus styled himself as the defender of the cultural claims of the Khmer people“ (Wagener 2011: 39).

⁹⁰ Betrachtet man den genauen Ablauf der Ereignisse, ist aber anzumerken, dass die Eskalation zunächst von thailändischen Protesten ausging, nachdem bereits ein gemeinsames Communiqué beider Länder verfasst worden war, die Tempelanlage als Weltkulturerbe erklären lassen zu wollen. Kurze Zeit später wurde diese Erklärung aber vom thailändischen Verfassungsgericht als ungültig erklärt (Meyer 2009: 47-68, ins. 48).

Die CPP ist sich des Umstandes wohl bewusst, welche Auswirkung dieser Zwischenfall auf die Wahlergebnisse hatte.

„At 2008 there was a clash at the border with Thailand, regarding Preah Vihear. [The CPP] had a very strong position and a very big victory [in the elections]. [...] This actually was a national core interest of Cambodia. And also security, sovereignty, integrity, economic development. The party could demonstrate in 2008 a two-third majority“ (eigene Einfügung, Gedächtniszitat aus Mitschrift, P-12).

Wagener argumentiert weiterhin, dass die Regierungspartei jene Auseinandersetzung nutzt, um einerseits die Militärausgaben ohne Proteste deutlich erhöhen zu können, andererseits aber auch, um von den mangelnden Fortschritten des Khmer Rouge-Tribunals zu diesem Zeitpunkt abzulenken (Wagener 2011: 40). Das Militär bietet bis heute den größten Rückhalt für die Regierungspartei, die dort ihre meisten Anhänger hat. „The military just sticks with the CPP, they not [have] so much [a political] role, but they are able just to support the CPP“ (eigene Einfügung, Z-6), erklärte ein kambodschanischer NGO-Mitarbeiter. Die Erweiterung der Anklagen in den Extraordinary Chambers in the Courts of Cambodia sind bis heute ein großer Streitpunkt zwischen Kambodscha und der Internationalen Gemeinschaft. Ein Teil prominenter Politiker sind ehemalige Khmer Rouge-Kader, die erst im Zuge der Ost-Säuberungen nach Vietnam geflohen sind (Wagener 2011: 39-40; Bultmann 2017: 157). Ein weiterer Umstand mag sein, dass Hun Manet, Hun Sens ältester Sohn, die Auseinandersetzung um Preah Vihear 2011 militärisch anführte, was ihm einen zusätzlichen Bonus sowohl bei den Streitkräften als auch in der Bevölkerung einbrachte. Die politische Position Hun Manets wurde in den Folgejahren intensiv ausgebaut, und 2021 wurde er von Hun Sen als Nachfolger benannt (Foreign Policy online 15.06.2022). Aber nicht nur in Kambodscha, sondern auch in Thailand wurde Preah Vihear benutzt, um politische Unterstützung für die eigene Position zu finden, das neue Aufleben des Konfliktes hing vornehmlich auch mit politischen Umstrukturierungen in Thailand zusammen (Rattanasengchanh 2017: 64; Wagener 2011: 44; Meyer 2009: 60-64).

„Conflict with Thailand provided Hun Sen with opportunities to portray himself as a patriot, a peacemaker and strong leader, and he equated the Thai military threats on Preah Vihear as attacks to Cambodian territory and the national esteem“ (Rattanasengchanh 2017: 67).

An dieser Stelle wird folgender Punkt deutlich: Das Ziel der Regierungspartei war zu keinem Zeitpunkt die völlige Eskalation des Konfliktes mit Thailand, vielmehr wurde der bereits vorhandene Konflikt, der sich auf die Grenze beschränkte und einen selbstlimitierenden Charakter aufwies, geschickt dazu benutzt, das Identitäts- und Zusammengehörigkeitsgefühl der Kambodschaner zu stärken und damit eigene innenpolitische Interessen durchzusetzen. Diese provozierte Wir/Sie-Abgrenzung (Mouffe 2007: 12), die Grundvoraussetzung für identitären Zusammenhalt und letztlich auch für eine antagonistische Konfliktaustragung ist, führte bereits 2003, auch im Zuge der Auseinandersetzung um Preah Vihear, soweit, dass während eines Protestes die thailändische Botschaft in Phnom Penh von Protestierenden in Brand gesteckt wurde (Hinton 2006: 448-450). Dieser Zwischenfall wurde von den Regierungsspitzen beider Seiten aber elegant gelöst: Kambodscha kam für die Schäden auf, Thailand öffnete nach einer Entschädigungszahlung wieder die kurzfristig geschlossene Grenze, eine gemeinsame Kommission wurde gegründet und es wurden zusätzliche Vereinbarungen getroffen (Hinton 2006: 451). Auch bereits hier zeigt sich der Erfolg der Inszenierung Hun Sens als Retter der Nation und das Spiel mit nationalistischen Ressentiments.

„While the riots were striking in a number of respects, they involved powerful discourses and imagery – of Angkor Wat, national heritage, royalty, territorial threat, and so forth – that have long been central to assertions of ‚Khmerness‘ and constructions of the Other, which are two sides of the same coin of identity. Such imagery is always in flux, coalescing in a given moment – a fresh ‚imprinting‘ of the coin – to meet the concerns of the day. Ironically, as Cambodian leaders have asserted images of ‚self‘ and ‚Other‘, they have frequently drawn upon repertoires of knowledge intimately linked to Cambodia’s colonial past. In doing so, they may reimagine and reshuffle these Orientalist discourses in novel ways to fit a particular historical moment“ (Hinton 2006: 446).

Die Verwendung von kulturellen Stätten und Symbolen und den damit einhergehenden Konflikten zur Identitätsbildung wird von Opposition und Regierungspartei gleichermaßen genutzt, um die Bevölkerung für die eigene politische Agenda zu begeistern. Sie dienen zur Abgrenzung von dem Gegenüber. Die antagonistische Eskalation des Konflikts, verknüpft mit einheitsstiftenden Elementen, dient, wie Mouffe argumentiert, zur identitären Abgrenzung des Außen und der Stärkung des Innen (Mouffe 2007: 12). Sowohl die Beziehungen zu Thailand als auch zu Vietnam werden für diese Abgrenzung und Identitätsbildung verwendet.

7.3 Vietnam, der größere Nachbar – Fluch und Segen zugleich?

„Auf dem Gebiet der kollektiven Identitäten haben wir es immer mit der Schaffung eines ‚Wir‘ zu tun, das nur bestehen kann, wenn auch ein ‚Sie‘ umrissen wird. Dabei muß es sich selbstverständlich nicht notwendig um eine antagonistische Freund-Feind-Beziehung handeln. Wir sollten aber anerkennen, daß die Wir-Sie-Beziehung unter bestimmten Umständen immer antagonistisch *werden*, d.h. sich in eine Beziehung zwischen Freund und Feind verwandeln kann. Dies geschieht genau dann, wenn das ‚Wir‘ den Eindruck gewinnt, das ‚Sie‘ stelle seine Identität in Frage und bedrohe seine Existenz“ (Hervorheb. i. O, Mouffe 2007: 24).

Es ist ein genuines Merkmal der kambodschanischen Parteienlandschaft, dass diese Techniken als Instrument des eigenen Machtausbaus dienen können, wie man nicht nur am Konflikt mit Thailand, sondern auch an der Grenzfrage mit Vietnam sehen kann. Auch hier wird eine identitäre Abgrenzung zum Gegenüber vorgenommen, auch wenn der Sachverhalt, bedingt durch Bürgerkrieg und die verschiedenen Positionen von Regierungspartei und Opposition, ungleich komplexer ist. Durch die Behauptungen, Vietnam würde Kambodscha Land stehlen, illegal eingewanderte Vietnamesen würden in den Wahlen für Hun Sen stimmen und die Partei sich somit ihre Stimmen sichern, werden Identitäten gebunden und für politische Zwecke benutzt (McCargo 2014; Z-15). Diskurse, wie Vietnamesen würden Essen vergiften, eigentlich seien die Roten Khmer von den Vietnamesen unterstützt worden oder das kambodschanische Volk sollte von Vietnam unterwandert werden, sind in Kambodscha weit verbreitet (Strangio 2014: 96; BBC News 04.09.1998; Hughes 2002: 176; Interview Z-2, der von diesen Diskursen berichtet; teilnehmende Beobachtung; The Phnom Penh Post 07.01.2016). Teile der Opposition spielen mit jenen Vorurteilen, was in der Vergangenheit bereits öfter zu Ausschreitungen gegenüber der vietnamesischen Bevölkerung geführt hat. „Concerning to immigrant issue the opposition keeps using it as a tactic, as part of a populist strategy to attract the support from the public, because I think somehow there is an anti-Vietnamese sentiment there“ (Z-24).

Zwei zusätzliche Ebenen des Diskurses ergeben sich aus der Position Vietnams während des Bürgerkrieges mit Kambodscha und darüber hinaus: Erstens, und dieser Punkt wurde bereits ausführlich erläutert, verhalf der größere Nachbar der CPP an die Macht. Zweitens ist die Rolle Vietnams als Befreier von den Khmer Rouge und gleichzeitiger Besatzer – je nach Diskurs gibt es hierzu unterschiedliche Positionen – als ambivalent zu betrachten.

„In June 1982, the Khmer Rouge were granted international recognition through the formation of the Coalition Government of Democratic Kampuchea (CGDK), an unlikely, unstable and highly volatile *mélange* of the radical communist Democratic Kampuchea, the republican Kampuchean People's National Liberation Front (KPNLF) and the royalist United National Front for an Independent, Neutral, Peaceful, and Cooperative Cambodia (FUNCINPEC). This formalisation of anti-Vietnamese resistance awarded the three groups generous financial, military and logistical support from China, the USA and other Western powers, as well as ASEAN member states. The CGDK was also granted the right to occupy Cambodia's seat in the UN General Assembly“ (Hervorheb. i. O., Slocomb 2001: 195).

Obwohl Vietnam Kambodscha von den Roten Khmer befreite, nahm die Bevölkerung den größeren Nachbarn mit zunehmender Verweildauer als Besatzer wahr, und der militärische Einsatz war in Kambodscha wie auch in Vietnam gleichermaßen unbeliebt (BBC News 14.09.2014; Slocomb 2001: 195-196). Im Kampf gegen die Khmer Rouge verloren etwa 30.000 vietnamesische Soldaten ihr Leben (BBC News 14.09.2014). Umgekehrt wurde eine große Zahl Kambodschaner während der Besetzung durch Vietnam zur Zwangsarbeit rekrutiert, um Kambodscha gegen die kämpfenden Oppositionsparteien, also Khmer Rouge, Royalisten und Republikaner, zu verteidigen (Bultmann 2017: 189; Slocomb 2001: 198-204).

„Known as K5, the plan has been described as an attempt to build a kind of ‚Berlin Wall‘ on the Thai border in an effort to prevent the Pol Pot-led Khmer Rouge and other guerillas [sic!] from reestablishing their bases and infiltrating Cambodia after their defeat by the Vietnamese in the late 1970s“ (Radio Free Asia 02.02.2017).

Der Plan sah eine Art 700 Kilometer lange verminte Verteidigungsanlage mit einem langen Graben, einer Mauer und Wachtürmen vor, die die Grenze zu Thailand abriegeln und damit die kämpfende Opposition schwächen sollte. Zudem wurden Straßen geschaffen und ein Teil des Urwalds gerodet, um Angriffe effizienter und auch in der Regenzeit möglich zu machen (Slocomb 2001: 198; Bultmann 2017: 189-191). „Zehntausende Arbeiter starben während seiner Errichtung durch Malaria und Landminen“ (Bultmann 2017: 189). Obwohl das Projekt nie vollständig abgeschlossen wurde, war der Bau im ersten Jahr sehr erfolgreich: „In the course of that first season's work, almost 400,000 mines were laid, more than 1.25 million metal spikes were put in place and roughly 400 km of patrol paths were prepared“ (Slocomb 2001: 198). Die verlegten Landminen wurden nicht markiert und stellen bis heute eines der größten Probleme bei der Bewirtschaftung der Gebiete dar (siehe Kapitel 4.7). Das K5-Projekt ist für den gegenwärtigen Konfliktdiskurs aus zwei Gründen noch immer relevant. Erstens

zeigt es auf, dass Vietnam zwar Kambodscha von den Khmer Rouge befreite, aber auch eine Rolle als gewaltsame Besatzungsmacht innehatte, zweitens ist die Rolle der späteren CPP bei diesem Vorhaben umstritten. Die Opposition bzw. Sam Rainsy beschuldigt Hun Sen, der ab 1985 den Posten als Premierminister erhielt, für diese Toten verantwortlich zu sein.⁹¹ Dieser bestreitet die Anschuldigungen und macht im Gegenzug die Opposition für den Bürgerkrieg verantwortlich:

„›The K5 Plan was conceived as a plan to defend the nation by preventing the return of the genocidal Pol Pot regime,‹ Hun Sen said in a speech at a commencement exercise. ›It should have been you guys that are held responsible for the tragedy of the Cambodian people,‹ he added in a reference to his political opposition. [...] ›Why did you make an alliance with the Khmer Rouge when they tried to destroy the revival of the Cambodian people?‹ he asked rhetorically. ›I just defended [the country] against the return of the Pol Pot regime, and there was nothing wrong with that.‹“ (Einfügung i. O., Radio Free Asia 02.02.2017).

Die tatsächliche Rolle, die die Regierung, oder präziser gesagt, einzelne Personen der Regierung innehatten, ist bis heute unklar. Die Meinungen darüber gehen in den verschiedenen Diskursen auseinander (Radio Free Asia 02.02.2017). Fest steht allerdings, dass Kambodscha während dieser Zeit von den Politikern der PRK regiert wurde und diese, wenn auch unter der Führung Vietnams, für administrative und exekutive Aufgaben zuständig waren. Bis heute, und dies ist der zweite Punkt bezüglich des Verhältnisses zum größeren Nachbarn, verfügen beide Länder über sehr enge Beziehungen, die nicht nur aus dem historischen Kontext erwachsen sind, sondern auch von einer ähnlichen politischen Ausrichtung der beiden Regierungen zeugen und von gegenseitiger Unterstützung gegen ungewollte innenpolitische Kräfte geprägt sind. Verkompliziert werden diese allerdings durch die sich verstärkende Nähe zu China.

„Vietnam–Cambodia relations are described officially as ›comprehensive‹ and indeed have political, economic, security (military and police), cultural and other facets. Politically, there are close and tightening links between the two countries’ ruling parties, symbolized by the fact that in a speech to the Communist Party of Vietnam (CPV) Congress in January 2016, General Ngo Xuan Lich, about to be promoted to Minister of Defence, placed the Cambodian People’s Party (CPP) as second among the foreign political organizations with which the CPV was strengthening bilateral cooperation, behind only that of Laos.[...] Within this framework, the Vietnam–Cambodia military ties embodied in the links between the Vietnam People’s Army (VPA) and Royal Cambodian Armed Forces (RCAF) are characterized as a ›main pillar‹“ (Heder 2018: 113).

⁹¹ Zur Rolle des Premierministers siehe auch: Slocomb (2001: 197-198).

Auf Grund der ähnlichen programmatischen Ausrichtung der beiden Länder – beide Staaten sind bzw. waren sozialistische Staaten, Kambodschas herrschende Elite wurde in Vietnam sozialisiert, Teile des kambodschanischen Militärs wurden in Vietnam ausgebildet – sind die Beziehungen, die einerseits historisch, aber auch sicherheitspolitisch, ideologisch und strukturell begründet sind, besonders eng (z.B. Murg 2022; Heder 2018). Vietnam als sozialistischer Ein-Parteien-Staat hat ein gesteigertes Interesse daran, dass die CPP an der Macht bleibt und nicht von pro-demokratischen, Vietnam gegenüber sehr kritisch eingestellten Kräften abgelöst wird.

„Two overarching themes of VPA–RCAF cooperation are that, historically, ›always at the most difficult times, there has been only Vietnam helping Cambodia‹, and that, currently, the VPA is ready to assist the RCAF ›in all circumstances‹, including at any time ›when the CPP is encountering difficulties‹. [...] For the CPV, ›hostile forces‹ include those accused of attempting to use the issues of ›democracy and human rights‹ to form political organizations and develop civil society to promote ›radical‹ democratic tendencies to destabilize political security [...]“ (Heder 2018: 114).

An dieser Stelle wird deutlich, dass die Regierungsparteien beider Länder ein vitales Interesse daran haben, in sicherheitspolitischen Fragen zu kooperieren und einen Systemwechsel im eigenen Land zu verhindern, was nicht zuletzt auf ideologische Prämissen und eine ähnliche politische Sozialisierung zurückzuführen ist. Dieses gemeinsame Verständnis zeigt sich vor allem in der Auffassung von Führung, Konfliktaustragung und dem Verständnis von Zivilgesellschaft, wobei die politischen Freiheiten in Kambodscha und damit auch die Räume des Dissenses, bedingt durch den Einfluss der Internationalen Gemeinschaft, die seit Jahrzehnten vor Ort präsent und in das politische Geschehen involviert ist, deutlich größer sind, als dies in Vietnam der Fall ist. Die Position gegenüber Vietnam ist aber in der Regierungspartei nicht so einheitlich, wie sie nach außen wirkt. Die engen Beziehungen werden von manchen Politikern auch kritisch gesehen.⁹² In der Vergangenheit zeigte sich aber, dass Konflikte zwischen Kambodscha und Vietnam konstruktiv gelöst werden können und sich beide Länder der gegenseitig vorherrschenden Ressentiments bewusst sind, wie der Grenzkonflikt zeigt. Die Gebietsstreitigkeiten zwischen Thailand, Vietnam und Kambodscha führen bis in das 16. Jahrhundert zurück und hängen mit der Notwendigkeit Kambodschas zusammen,

⁹² Hintergrundgespräch mit internationalem Berater.

sich gegen die stärkeren und größeren Nachbarn durch eine Politik des Ausbalancierens verteidigen zu müssen (Hoang 2007: 17, Fußnote 17). Der Konflikt um die eigentliche Grenzziehung datiert zurück auf die Zeit, als Kambodscha unter französischem Protektorat stand, und ist in seiner Geschichte äußerst komplex und wird nur in Grundzügen dargelegt. Frankreich teilte die Landlinie in zwei Teile: Die Grenze zwischen Cochina (dem südlichen Teil des heutigen Vietnam) und Kambodscha wurde demarkiert, während der Teil der Landesgrenze zu Annam (dem nördlicheren Teil des heutigen Vietnam) nie legal oder durch Demarkationslinien offiziell bestätigt wurde (Hoang 2007: 18).

„The border between Annam and Cambodia was actually seen by the French Government as the administrative boundary between the two protectorates, and thus was neither governed by legal agreements nor demarcated. Both parts were delineated on the twenty six-piece Bonne map published by the French SGI [Service Geographique de l'Indochine]“ (eigene Einfügung, Hoang 2007: 18).

Kambodscha fühlte sich von der von Frankreich festgelegten Grenzziehung übervorteilt. Es kommt zu eigenmächtigen Verschiebungen und Auseinandersetzungen mit der Kolonialmacht und dem größeren Nachbarn. 1985, also noch während der staatlichen Abhängigkeit von Vietnam, wird ein Grenzvertrag mit dem größeren Nachbarn geschlossen, der weitestgehend auf einer Karte der US-Armee beruht. Diese Karte der US-Armee basiert auf der ursprünglichen Karte des kolonialen Frankreichs, verfügt allerdings über einen genaueren Maßstab. Das darauffolgende Demarkationsprojekt, das die Grenzen endgültig festsetzen und sichtbar machen sollte, wird aber 1989, vor allem auf Grund von innenpolitischem Druck, von Kambodscha abgebrochen (Hoang 2007: 20-21). Es kommt sowohl zu innerparteilichen Streitigkeiten als auch zu Fragen der Auslegung hinsichtlich der ersten Karte, deren Gültigkeit auch im Friedensvertrag von 1991 festgeschrieben wurde, und der 1985 festgelegten Grenzziehung. Die kommenden Jahrzehnte sind geprägt von Verhandlungen, Verhandlungsabbrüchen, innerstaatlichen Konflikten und Anschuldigungen, daraus resultierenden Verhaftungen und Angriffen auf die große vietnamesische Minderheit in Kambodscha. Die Positionen sind sehr unterschiedlich. Auch das einflussreiche kambodschanische Königshaus und König Sihanouk wechseln wiederholt ihre Haltung zur Grenzfrage (Hoang 2007: 22-23). 2015, als der Konflikt zwischen Opposition und Regierung eskalierte, wurde

Kartenmaterial von den Vereinten Nationen ausgeliehen, um dieses mit eigenen Karten abzugleichen und die Behauptung der Opposition, die Regierung würde Land an Vietnam verschenken, zu widerlegen (Radio Free Asia 20.08.2015). Dem vorausgegangen war ein erneuter Grenzdisput mit der Opposition. Ein Senator postete ein Video über einen falschen Grenzvertrag, ein anderer Parlamentarier war ins Ausland gereist, um nach der ursprünglichen Karte Kambodschas zu suchen, die im Zuge des Bürgerkrieges offenbar verloren gegangen war, und postete auf Facebook, Kambodscha würde Vietnam Land auf Grund falsch markierter Karten überlassen (Radio Free Asia 12.04.2016; Khmer Times 25.08.2018; VOA 07.11.2016). Beide Politiker wurden zu Haftstrafen verurteilt, sind aber mittlerweile begnadigt worden (The Phnom Penh 26.10.2017; Khmer Times 25.08.2018). Ob die Karte der Franzosen nun verloren ging, versteckt wurde, niemals existiert hat oder identisch mit den UN-Karten ist, wie Hun Sen, der sich Karten der UN und Frankreichs geliehen hatte, um zu beweisen, dass die Grenze richtig markiert ist, behauptet, ist abhängig davon, welcher Quelle man Glauben schenken möchte (Radio Free Asia 03.09.2015; Radio Free Asia 20.08.2015). Beide politischen Parteien sind sich sowohl der Grenzproblematik als auch des Migrationsproblems bewusst und nutzen dies individuell für ihre Zwecke. Die genauen Zahlen an Immigranten, die teilweise seit mehreren Generationen im Land sind, sind Gegenstand des konfliktiven Diskurses, sie werden auf bis zu 400.000-700.000 Personen geschätzt (Minority Rights Group International 2017).⁹³ Die offizielle Zahl ist aber deutlich geringer, je nach Statistik (2014 und 2019/2020) lebten in Kambodscha etwa 46.000 bzw. 27.000 ethnische Vietnamesen (Heng 2022: 5).

Hinsichtlich der Grenzziehungsproblematik sind Fortschritte zu erkennen, mittlerweile sind etwa 84% der mehr als 1100 Kilometer langen Landgrenze fest demarkiert (VN Express International 04.03.2022; Heng 2022: 4). Obwohl es noch Unstimmigkeiten bezüglich der restlichen Grenzziehung gibt, sind beide Länder intensiv an einer Lösung des Problems bemüht, wie auch ein hochrangiges Regierungsmitglied Vietnams betont: "We have an agreement with Cambodia that the two sides will continue to negotiate and soon complete the demarcation and marking the remaining 16 percent of the border" (VN Express International 04.03.2022). Allerdings kam es 2020 nach erneuter

⁹³ Hinsichtlich der unterschiedlichen Zahlen von ethnischen Vietnamesen siehe Heng (2022: 5), der verschiedene Statistiken und Schätzungen diskutiert.

Kritik der Opposition an der Grenzziehung wieder zu Festnahmen von kambodschanischen Regierungskritikern (Associated Press News 18.08.2021).

Die Grenzfragen mit den beiden größeren und wirtschaftlich stärkeren Nachbarn Vietnam und Thailand beeinflussen den Konfliktdiskurs zwischen Opposition und Regierungspartei erheblich. Obwohl es auch Gebietsstreitigkeiten mit dem Nachbarn Laos gibt, die ebenfalls aus unklaren Demarkationen herrühren und zu kleineren militärischen Konflikten an der Grenze geführt haben, spielen diese nur eine untergeordnete Rolle im kambodschanischen Konfliktdiskurs. Dennoch behaupten Teile des oppositionellen Netzwerkes 2018, die Regierung würde diese künstlich aufblähen, um von einer geplanten Rückkehr der Opposition abzulenken (Radio Free Asia 23.08.2019).

Während an der kambodschanisch-thailändischen und der vietnamesisch-kambodschanischen Grenze Identitätskonflikte mit Territorialkonflikten zusammenfallen und der Disput deutlich emotional aufgeladen ist, ist dies in an der laotischen Grenze nicht der Fall, da das wirtschaftlich sehr schwach entwickelte Land keine gefühlte Bedrohung für den kleineren Nachbarn darstellt und Grenzkonflikte nur bedingt mit identitären Fragestellungen zusammenfallen, die mit einer Konflikteskalation einhergehen.

Welche Schlüsse lassen sich aus den Konflikten mit den Nachbarn Vietnam und Thailand im Hinblick auf die Frage nach antagonistischen und agonalen Konfliktaustragungsmodi ziehen? Welche Bedeutung spielen Sie für das Identitätsverständnis? Setzt man die Grenzkonflikte in Beziehung zum nationalen Konfliktdiskurs und den entsprechenden politischen Diskursen, lassen sich fünf zentrale Punkte ableiten:

Erstens: Die Konflikte mit den benachbarten Staaten werden von politischen Parteien benutzt, um identitäre Zugehörigkeit und Abgrenzung zu erzeugen, welche der eigenen Agenda nützt.

Zweitens: Die Grenzkonflikte mit den Nachbarländern sind zwar vorhanden und werden teilweise auch antagonistisch ausgetragen, aber sie sind nicht so sehr eskaliert, dass dies zu einer ernsthaften kriegerischen Auseinandersetzung führen würde.

Drittens: Die Positionierung gegenüber den Nachbarländern ist auf Grund der Historie komplex und hat weitreichende Wurzeln. Die Zeit des Bürgerkriegs, insbesondere die der vietnamesischen Besatzung, ist bis heute von großer Bedeutung für den gesamten

politischen und gesellschaftlichen Diskurs und stellt eine der wichtigsten Konfliktlinien zwischen Regierung, Opposition und Zivilgesellschaft dar.

Viertens: In den Beziehungen zwischen Kambodscha und Vietnam ist die gemeinsame politische Identität ein bedeutendes Thema. Es lässt sich in beiden Ländern eine klare Abgrenzung gegenüber Reformbewegungen erkennen, die gleichzeitig machtpolitische Interessen der Regierungen widerspiegeln.

Fünftens: Der Konfliktdiskurs in Kambodscha ist wesentlich von der Position zu den beiden Nachbarländern, vor allem zu Vietnam, abhängig. Innerstaatliche antagonistische Konfliktaustragungen werden durch diese Beziehungen getriggert und hervorgerufen. Die Position zum benachbarten Staat ist eine Kernfrage der kambodschanischen Identität und berührt damit unmittelbar die Frage nach legitimer Herrschaft.

7.4 Kambodscha im Zwiespalt zwischen Ost und West

„Hun Sen has been one obstacle to peace and unity among partners of the Association of Southeast Asian Nations (ASEAN). Over the last decade, the prime minister has developed close relations with the Chinese, both militarily and economically“ (Rattanasengchanh 2017: 65).

Eine andere Konfliktdyade, die sich unmittelbar auf den politischen Diskurs Kambodschas auswirkt, ist die Positionierung zu China und dem Westen.⁹⁴ Seit Erlangung der kolonialen Unabhängigkeit ist das Land beeinflusst von internationalen Kräften, die sich in wechselnden Formationen gegenüberstehen, den politischen Diskurs beeinflussen und eng verknüpft sind mit den politischen Prozessen im Land. Bereits während des Bürgerkrieges, in der Forschung auch als Stellvertreterkrieg des Kalten Krieges bezeichnet (Hughes 2003: 92; Doyle 1999: 192), war eine antagonistische Eskalation des Konfliktes nur durch den aktiven Einfluss und die Unterstützung von Drittstaaten möglich.⁹⁵ Kambodscha und seine Konfliktdiskurse waren nie frei von internationalem Einfluss und wurden von diesem stark geprägt, sei es durch den Kalten

⁹⁴ Sowohl Chheang (2021) als auch Po und West (2021) skizzieren die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Probleme, die sich aus Kambodschas Position zwischen China und den USA ergeben sehr präzise, detailreich und anschaulich.

⁹⁵ Für einen ausführlichen Überblick über die geopolitischen Interessen der einzelnen Staaten, siehe Solarz (1990). Für eine detaillierte Darstellung kambodschanischer Interessen sei auf Cheunboran (2021) verwiesen.

Krieg, durch die noch aus der Kolonialzeit stammenden Grenzproblematiken, die Vietnamesische Befreiung bzw. Besetzung oder in der Post-UNTAC-Periode durch normative Vorstellungen der Geberstaaten

Wie skizziert, sind die Konfliktparteien seit Ende der Kolonialherrschaft relativ stabil geblieben und haben sich sowohl ideologisch als auch personell an Drittstaaten orientiert. Während nach dem Ende der Kolonialherrschaft die Auseinandersetzung zwischen Kommunismus (China und Vietnam als Unterstützer), Republikanismus (USA) und Traditionalismus bzw. Neutralität im Vordergrund stand, erweiterte sich nach der Herrschaft der Khmer Rouge der Konfliktdiskurs um eine vierte Dimension. Die sozialistischen bzw. kommunistischen Kräfte teilten sich in die von der UdSSR und Vietnam unterstützten sozialistischen „Befreier“ und die immer noch von China und auch indirekt vom Westen akzeptierten Khmer Rouge. Während Russland heute keine Rolle mehr für den Konfliktdiskurs spielt, steht Kambodscha erneut im Zwiespalt zwischen westlicher Unterstützung und chinesischer Einflussnahme. Die Regierungspartei bindet sich eng an China, das für seine enormen Summen an Entwicklungshilfe keine demokratischen Reformen fordert, wohingegen sich die großteils in Europa und in den USA sozialisierte Opposition an diesen Geberländern orientiert. Gerade China, das auf Kambodschas Unterstützung im Konflikt um das Südchinesische Meer hofft, finanziert den kambodschanischen Staatsaufbau, ohne dies an Bedingungen wie Wahlen oder die Einhaltung von Menschenrechten zu knüpfen. So ermöglichte China beispielsweise den Ausbau des Senates und stattete die Räumlichkeiten komplett mit Computern aus: „Die Chinesen haben zum Beispiel grade für 7 Millionen Dollar hier neue Gebäude gebaut, neue Abgeordnetenbüros [...] inklusive der Infrastruktur, IT und allem“ (I-4). Chinesische Sprachkurse sind für alle Mitarbeiter der Nationalversammlung und des Senates, sofern es sich nicht um Abgeordnete handelt, quasi verpflichtend.⁹⁶

„The Chinese-Cambodian aid relationship is mutually beneficial; through it, China solidifies its strategic interests in the region and gains access to Cambodian resources, whereas Cambodia gets economic development, unconditional funding for infrastructural projects, and the perception of being a strong ally to a country whose interests Cambodians have long understood to be tied to their own“ (Ear 2013: 28).

⁹⁶ Hintergrundgespräche mit internationalen Beratern, Juli und August 2015, Phnom Penh.

Mittlerweile erklärte Hun Sen den westlichen Geberländern bereits auch offen, sie sollten sich in ihren politischen Forderungen zurückhalten und Kambodscha mehr Hilfsgelder zur Verfügung stellen (The Phnom Penh Post 17.06.2016/2). Kambodscha, das 2019 im Human Development Index auf Platz 144 von insgesamt 189 Plätzen rangierte und damit als Staat mit „medium human development“ klassifiziert wird (United Nations Development Programme 2022), ist immer noch von internationaler Hilfe und Handelserleichterungen abhängig (The Phnom Penh Post 28.11.2019). Die durch die EU-Kommission verhängten Handelssanktionen konnten aber durch die sich verstärkenden Beziehungen zu China abgeschwächt werden. Dies bestätigt auch der Präsident der ACLEDA Bank, einer der wichtigsten Finanzinstitutionen in Kambodscha:

„I don't think the EBA issues will hinder the growth of the economy as a whole because it is just one of the factors [contributing to] it. [sic!] ›All investors know that one day it [EBA access] will be gone. What is important is the soundness of the regulatory frameworks that allow their investments here to be sustainable as our economy remains strong, [growing annually at] around eight per cent over the last two decades. [sic!] ›Another important factor is our strategic partnership with China. The government just announced that we will sign a free trade agreement in December. We will benefit from the partnership, and it will [help] sustain the economy in the long term‹“ (Einfügung i. O., Phnom Penh Post 28.11.2019).

Auch die USA haben auf Grund der politischen Lage Handelssanktionen im Bereich von Rüstungs- und Militärgütern verhängt und befürchten einen zunehmenden wirtschaftlichen und militärischen Einfluss Chinas in Kambodscha (Mondaq 21.12.2021; Associated Press News 11.11.2021).

„There is a Khmer saying that goes, ›Where there is water, there are fish. Where there is land, there are Chinese.‹ Nowhere is this more evident than the coastal city of Sihanoukville and Phnom Penh, where the influx of Chinese investments and people have caused considerable shock to both Cambodians and foreign observers, who are upset at the degree to which Chinese nationals have come to completely dominate certain industries. The skyline of the capital city of Phnom Penh is rapidly changing with the construction of multiple high-rise buildings, financed by Chinese companies and geared towards Chinese buyers, who have the right to own condominiums under Cambodian law“ (Un/Luo 2020: 122).

Auch hier zeigt sich das besondere Augenmerk und das Privileg, das Kambodscha chinesischen Staatsbürgern zukommen lässt. Der Besitz von Land ist für nicht kambodschanische Staatsbürger eigentlich verboten.

A: „And how big is the influence of China here?“

B: „Oh it's huge here. It is absolutely huge here. I mean they have given Cambodia a blank check in terms of infrastructure improvements and military support. [...] there is no degree of a countability for that founding. [...] it is just an open check book and its huge presence acting ground“ (I-8).

Während die Entwicklungshilfe, die von liberalen Demokratien ausgeht, eher an Konditionalitäten wie Rechtsstaatlichkeit und Demokratieentwicklung gebunden ist, ist dies bei chinesischer Entwicklungshilfe nicht der Fall. Die kambodschanische Regierung „[...] can continue to, you know, to operate with blank check from China, the human rights aspect of development, is gonna continue to lack“ (I-8). Gleichzeitig wachsen aber auch in Kambodscha die Befürchtungen, dass China und auch Vietnam für die starke finanzielle und strukturelle Unterstützung Gegenleistungen erwarten könnten, also auch hier Konditionalitäten gegeben sind.

„Should Cambodia turn to China or to Vietnam? Both of them are communist or should Cambodia stay neutral? You know small country cannot be neutral. Very difficult, you know, we go whatever, who give us the most, so you have to look into this perspective. But one of them says, I give you this, you give me this. There is the one, I give you this, but don't forget ten years later I come and get you, at that time you are broke and you don't have nothing to give, but you owe you owe it to them“ (Z-7).

Opposition und Regierung stehen unter dem Einfluss verschiedener Staaten, die sowohl die politische Ausrichtung als auch indirekt den Konfliktdiskurs prägen und die Sorge wachsen lassen, Kambodscha könnte erneut zwischen größeren Mächten stehen. Auch hat die starke chinesische Präsenz gesellschaftliche Probleme für Kambodscha zu Folge.

„Across the country, many Cambodians are worried about the risk of their country losing its national identity and possible sovereignty, high crime rates, widespread money laundering, the drug trade, and the many social ills associated with the gambling industry. The speed and comprehensiveness of the changes brought about by the Chinese is also of ongoing public concern. Facebook posts on Chinese gang activities and the apparent lawlessness in Sihanoukville by concerned Cambodians went viral, making the city a no-go zone for many Cambodian tourists. Furthermore, as shocking as it may be, anecdotal evidence suggests that resentment against Chinese among some segments of the Cambodian population has become as intense as the long-held historical antipathy towards the Vietnamese“ (Un/Luo 2020: 123).

Schätzungen zu Folge befinden sich momentan etwa 300.000-700.000 Personen mit chinesischen Wurzeln in Kambodscha (Minority Rights Group International 2018). Insbesondere die zahlreichen chinesischen Casinos und die damit einhergehenden

Folgeerscheinungen, wie Glücksspiel, erhöhter Alkoholkonsum sowie illegale Geschäfte, stellen ein größer werdendes Problem im kambodschanisch gesellschaftlichen Kontext dar (Un/Luo 2020; The Diplomat 07.07.2022).

7.5 NGO-Kultur als Merkmal des kambodschanischen Konfliktdiskurses

Der Einfluss der Internationalen Gemeinschaft ist auf mehreren Ebenen komplex und wirkt auf das Konfliktgeschehen in Kambodscha in beide Richtungen ein, also sowohl hinsichtlich einer agonalen als auch einer antagonistischen Form der Konfliktaustragung. Hinzu kommt die starke Mitsprache der kambodschanischen Diaspora; viele Kambodschaner haben bereits während der Bürgerkriege das Land verlassen, fast alle namhaften NGOs, die sich für Landrechte, Menschenrechte, gegen Korruption oder für freie und faire Wahlen einsetzen, werden von ausländischen Gebern unterstützt, die aber ihrerseits unterschiedliche Interessen und entsprechende politische Agenden haben. Hier ergibt sich ein mehrschichtiges Bild hinsichtlich des Konfliktdiskurses und des Einflusses auf die kambodschanische Politik. Während NGOs, wie Transparency International, Licadho, das CCHR oder ADHOC, die sich als Organisationen mit internationaler finanzieller Anbindung oder Unterstützung für Menschenrechte, Rechtstaatlichkeit oder gegen Korruption einsetzen, im Fokus und der starken Kritik der Regierung stehen, da sie mit ihrer Arbeit essentielle Grundlagen des Machtapparates tangieren, werden andere NGOs gebraucht, um Aufgaben zu übernehmen, die der Staat nicht übernehmen möchte oder kann.

„There are I would say three types of NGOs in my own category. The first one I would call them the service delivery group. The service delivery groups, these groups complement and work very well with the government, because they would aid, add values to the government, and the nature of the work is not critical, is not, you know, challenging governments, but supporting this service delivery, when the government is unable to do that. So this is the one group. Another group is, I am called, those who are working on education aspects, that are not on sensitive issues, that mean education about health, right, education about gender, literacy, how teach people, how to read and write, this are the second group. And the third have a different life, the third group, those who are working on human rights, right, national management, anti-corruption, these are facing different challenges, because their work affect financial interest and political interest [...]“ (Z-4).

Zugleich benutzt die Regierung jene NGOs im Bereich der Schulbildung, dem Gesundheitswesen und der Sozialversorgung, aber auch, um ihre eigene Politik zu unterstreichen und weitere Popularität auf dem Land zu gewinnen:

„They [the CPP] give a lot of assistance to the poor, poor people through the villages, they give money. NGOs also support them, because NGOs give assistance also. So they gain this popularity from this assistance to the poor villager, because [...] the poor will get benefit and then NGOs and authority they show, present themselves [...] and then they say that, you see this is CPP policy. NGOs give you assistance because of us“ (eigene Einfügung, Z-6).

Mit dem Inkrafttreten des neuen NGO-Gesetzes LANGO (Law on Associations and Non-Governmental Organizations) 2015, das im Vorfeld sehr stark kritisiert wurde, sind die Möglichkeiten der NGOs beschränkt worden. Diese müssen sich jetzt offiziell bei der Regierung registrieren und zu Neutralität verpflichtet. Die Registrierung von nicht-staatlichen Akteuren war bis zu diesem Zeitpunkt kaum und oder nur ungenügend geregelt und benötigte Reformen, auch um zu wissen, wie viele NGOs tatsächlich im Land aktiv sind und in welchen Bereichen. Demzufolge hat sich der politische Spielraum für NGOs – und im kambodschanischen Kontext können einige NGOs durchaus als politische Akteure gesehen werden, wenn sie beispielsweise Wahlen kritisieren, Wahlergebnisse anzweifeln oder Korruption aufdecken – in den letzten Jahren verkleinert. Drei Punkte sind hier besonders kritisch. Erstens müssen NGOs sich zu politischer Neutralität verpflichten, zweitens müssen nationale NGOs Kooperationen mit internationalen Partnern melden und drittens kann der Antrag auf Registrierung von einer „domestic association or non-governmental organization whose purpose and goals are found would endanger the security, stability and public order or jeopardize national security, national unity, culture, traditions, and customs of Cambodian national society“ abgelehnt werden (Art. 8, LANGO, Unofficial Translation by Office of The High Commissioner for Human Rights (OHCHR)). Internationale Organisationen müssen sich alle drei Jahre neu registrieren. Ebenfalls müssen alle NGOs nun detaillierte Angaben über ihre finanziellen Ressourcen und Geldflüsse machen.

„There is a feeling they need some kind of oversight, like the financial reporting, they have groups like this not having any responsibility to report their finances and have them audited and I mean that can lead to all sorts of stuff. I mean anybody can set up an NGO and you collect money but where is the oversight. So I think parts of that they needed some changes to take place“ (I-5).

Für die Regierung erscheint es notwendig, überhaupt einen Überblick darüber zu haben, wie viel NGOs im Land sind, von wem diese finanziert werden und auf welchem Gebiet sie operieren, für die NGOs bedeutet das LANGO eine erhebliche Einschränkung.

Bedenkt man aber, dass das Justizsystem in Kambodscha nicht unabhängig arbeitet, ist diese Reglementierung zugleich ein Druckmittel der Regierung, NGOs und Zivilgesellschaft zu einem konformen Verhalten zu veranlassen, insbesondere weil die Textpassagen sehr vage formuliert sind und viel Raum für individuelle Auslegung lassen. Besonders problematisch im Kontext der freien Meinungsäußerung ist Art. 24 des LANGO, der sowohl national als auch international stark kritisiert wurde:⁹⁷

„Domestic non-governmental organizations, foreign non-governmental organizations, or foreign associations shall maintain their neutrality towards political parties in the Kingdom of Cambodia“ (Art. 8, LANGO, Unofficial Translation by Office of The High Commissioner for Human Rights (OHCHR)).

Insbesondere für NGOs, die sich im Bereich der Menschenrechte, der Wahlen oder auch im Umweltschutzbereich, also gegen die Abholzung von Tropenwäldern, oder im Bereich der Landrechte einsetzen und verhindern möchten, dass große Landkonzessionen an Firmen oder Ochnhas, reiche Geschäftsmänner, die durch ihre Spenden an die Regierung diesen Ehrentitel (übersetzt: Lord oder Edelmann) erhalten haben, hat sich die Arbeit deutlich erschwert. Die ständige Befürchtung über den Entzug von Geldern und der Erlaubnis, weiter arbeiten zu dürfen, ist gegeben, was den Konfliktdiskurs als solchen beschränkt und in staatliche Bahnen lenkt.

„More and more you know our democratic space is likely shrinking and shrinking and now we have very few space with a Law on Association and NGO [...] The NGO law is very restrictive. First of all they say all the NGO and association have to register, but you are not obliged to register, but if you don't do you become illegal and working as an illegal entity here is a crime. So it is come back to say you need to register.[...] They have the right to suspend you any time if they think your activity affect the public order, national security, tradition, the culture, the political neutrality“ (Z-23).

Umgekehrt werden viele NGOs aus dem Ausland und von Exil-Kambodschanern finanziert, viele der sehr kritischen NGOs können auch weiterhin im Land operieren. Auch ist der Einfluss der Diaspora weiterhin sehr stark in Kambodscha, die aber in vielen Punkten ein sehr antagonistisches Denken aufweist.

„It is always about national policy it is always about identity politics for Cambodian diaspora, Cambodian living abroad care little about what happened in the country. They care more about their identity of Cambodia. So it is always about identity politics. Because they treat Hun Sen and the CPP as enemy [...]“ (Z-15).

⁹⁷ Für eine ausführliche Kritik des LANGO innerhalb der kambodschanischen Zivilgesellschaft, siehe Comfrel (2016: 6,13, 29-30).

Sie haben die Veränderungen in Kambodscha nur aus der Ferne miterlebt und nehmen positive Veränderungen kaum wahr. Es nehmen aber nicht nur Exilkambodschaner, sondern auch Oknhas eine prominente Rolle in der kambodschanischen Gesellschaft ein, indem sie Entwicklung und staatliche Strukturen, häufig auch zu ihrem eigenen Vorteil, unterstützen und so das Regierungssystem festigen:

„Oknhas is the rich, they got the name from the kind, because they have, Oknhas have a lot of money and they spent their money to support the government for develop the country and they have like, if you spent more than, let's say 300.000 USD for whatever, that you spent to the government and then the government they suppose to the king that you have so many, so many money to support the government or to develop the country and then the king assigns this title for you [...]“ (Z-8).

Das neue NGO-Gesetz geht aber ebenfalls mit einem Strategiewechsel der Regierungspartei einher, der auch von den Erfahrungen mit den Wahlen 2013 geprägt ist. Durch die forcierte Übernahme der Phnom Penh Post, einer der wichtigsten englischsprachigen Zeitungen, sowie der Gründung eines „regierungsnahen“ Think Tanks versucht die kambodschanische Regierung, aktiv am Diskurs mitzuarbeiten, und steht diesem nicht nur konfrontativ gegenüber (I-6/2). Die Ausübung des Konfliktes ist also an dieser Stelle subtiler geworden, wenngleich auch die politischen Spielräume, nicht zuletzt durch die massive Unterstützung Chinas, deutlich enger geworden sind.

„Es ist schwer zu sagen, einerseits gibt es schon noch Freiheiten, es gibt ja auch noch manche Radiosender, die weiterarbeiten [...]. Es gibt auch internationale Zusammenarbeit im Bereich Journalismus und so, das wird nicht alles unterdrückt, das schon. Gleichzeitig, ich glaube, es ist nicht unbedingt in ein Muster von Unterdrückung zu fassen, was da grade passiert, sondern in Muster von Mitschreiben wollen am Diskurs, und das ist wichtiger. Die Regierung hat zum Beispiel sich die Phnom Penh Post genommen, könnte man quasi so sagen und die Phnom Penh Post ist jetzt dazu da, das Narrativ mitzuschreiben, auch für ein Internationales Publikum sozusagen, und das mit dem Asia Vision Institute zum Beispiel, das auch dazu da ist, dass man ja Entscheidungsträger beeinflusst, dass man hie und da Opinion-Pieces lanciert und vor allem, wenn grade der Druck groß ist, versucht, an der Meinungsbildung mitzuarbeiten“ (I-6/2).

Obwohl internationale Kräfte mit beiden Parteien zusammenarbeiten würden oder auch zusammenarbeiten, ist die Agenda dieser Organisationen, Stiftungen und Berater von liberal-demokratischen Werten geprägt, und sie sind, bedingt durch ihre Geldgeber, dazu verpflichtet, Gewaltenteilung, Rechtstaatlichkeit, Minderheitenrechte und Institutionalisierung zu fördern. „[...] NGOs often have a key role in defining scripts of action for proper development in a given policy area, such as ideas about ‚appropriate‘

forms of conflict management/resolution“ (Moussa Nabo/Stetter 2012: 192). Die Opposition, die diese Agenda ebenfalls für sich postuliert, ist für eine entsprechende Zusammenarbeit deutlich empfänglicher, als dies die Regierungspartei ist. Die Zielbestrebungen sind hier: Stärkung der demokratischen Institutionen, „capacity building“ der politischen Parteien und entsprechendes Training und Beratung bei verwaltungsrechtlichen oder strukturellen Fragen. Das Ministry of Foreign Affairs & International Cooperation zählt zum 31. Dezember 2021 343 internationale NGOs und Stiftungen, die in Kambodscha registriert sind und ein notwendiges Memorandum of Understanding mit der Regierung unterzeichnet haben (Ministry of Foreign Affairs 31.12.2021). Akteure, wie die Vereinten Nationen, die Länderbotschaften, die Europäische Union oder die World Bank, sind hierbei nicht eingerechnet. Seit 1993 haben sich mehr als 5000 NGOs in Kambodscha registrieren lassen (The Phnom Penh Post 01.10.2019). Die Nähe der Oppositionsparteien zu den internationalen NGOs ist ein weiterer Faktor, der Einfluss auf den Konfliktdiskurs nimmt und diesen teilweise auch verstärkt. So finanzierte beispielsweise das International Republican Institute der USA das CCHR (Cambodian Center of Human Rights) mit fast einer halben Million US-Dollar, während Kem Sokha noch der Leiter dieser Institution war. In einem Video, das die Regierungspartei als Beweis für einen geplanten Umsturzversuch der Oppositionspartei mit Hilfe der USA heranzieht, sieht man Kem Sokha mit Ed Royce (zu diesem Zeitpunkt republikanischer Kongressabgeordneter), in dessen Wahlbezirk Long Beach die größte kambodschanische Exil-Gemeinschaft lebt (VOD 05.02.2020).

„In the video, Sokha says he is happy to hear Royce state clearly that ›he wants to see Cambodian people have real democracy.‹ ›I also personally have been supported by the U.S. government to train in democratic practices for five years,‹ Sokha tells an audience. ›As a result, what we have gained so far, it makes Cambodian people stand up‹“ (VOD 05.02.2020).

„Capacity training“ und Unterstützung wird von verschiedenen internationalen NGOs und Stiftungen für alle Parteien angeboten, gleichzeitig beeinflussen diese damit aber den politischen Diskurs aus westlich-normativer Geberperspektive heraus und werden von Regierungsseite entsprechend kritisch gesehen, deutlich besser allerdings von der Opposition angenommen. Dennoch ist die Regierung nach wie vor auf Hilfgelder und die Expertise internationaler Kräfte angewiesen. Dabei hat die Regierungspartei in der

Vergangenheit oft das nicht ganz unberechtigte Narrativ über Kambodscha als ein Land, das durch das Verschulden anderer Staaten unter Bombardements, jahrzehntelangem Bürgerkrieg und dem Pol Pot Regime zu leiden hatte, bemüht (Khmer Times 02.04.2019). Gleichzeitig fordert sie die USA immer wieder auf, die finanzielle Schuld aus den Zeiten des Lon Nol-Regimes, das stark von den USA unterstützt wurde, zu erlassen. Im Gegenzug würden keine Reparationszahlung wegen der Bombardements gefordert werden (The Phnom Penh Post 26.12.2016). Der Konflikt in Kambodscha wird umgekehrt aber auch durch die NGOs verstärkt, die im Diskurs teilweise sehr normativ geprägte Meinungen vertreten und die Fortschritte, die die Regierung im Bereich etwa von Menschenrechten oder der Infrastruktur macht, kaum anerkennen und vor allem auf demokratische und rechtliche Missstände hinweisen (Hintergrundgespräch mit Internationalem Berater, Phnom Penh 2015). Oftmals fehlt westlich geleiteten NGOs auch das Verständnis für kulturelle Hintergründe und die darunterliegenden gesellschaftlichen Dynamiken (I-5; Hintergrundgespräche, teilnehmende Beobachtung).

„The one problem with some of the NGOs, they want everything turned around in a year, gender has to be fixed in a year, health has to be fixed in a year and they only can do it this way, forget about doing it another way, you do it this way, so they run into a lot of problems with culture and the way things are done here. [...] There again maybe that is a problem, maybe if they hadn't the NGOs for that, they would have to deal with it, you know“ (I-5).

Auf dem Sektor arbeiten aber mehrere tausend Menschen, die auf diese Art der Konfliktodynamik, also auf Auseinandersetzungen zwischen NGOs und Regierung, existentiell angewiesen sind. Kritisiert wurde in der Forschung auch, dass ausländische Hilfe die Entwicklung in Kambodscha mehr behindere, als dass sie ihr helfe (Ear 2009, 2013), insbesondere deshalb, weil der Staat sich durch die von außen eingebrachte Expertise und Versorgung nicht genötigt fühle, eigene Strukturen aufzubauen und Fachkräfte auszubilden.

„You talk to some Cambodians and they said, we would have been better off, if there was no NGOs here at all right from the beginning and then we would have had to find a way to make things work here on our own, you know, we would have been forced to do it. The others say that can't be done without them. Who knows?“ (I-5).

Die konkurrierenden Muster zwischen NGOs und Staat zeigen sich auch in der Nachfrage nach Humankapital. Der Ausbildungsstand in Kambodscha ist nach wie vor nicht sehr gut, es gibt keine Berufsabschlüsse im eigentlichen Sinn, und nur wenige Jugendliche

sprechen wirklich fließend Englisch, was aber eine Grundvoraussetzung für jede Recherchearbeit oder Zusammenarbeit mit internationalen Kräften ist. Neben der hohen Korruption führt die hohe NGO-Dichte aber auch zu einem Mangel an jungen Fachkräften im öffentlichen Sektor, insbesondere in der Verwaltung und den politischen Strukturen. Internationale NGOs helfen zwar bei der Ressourcenbildung, binden diese aber zugleich an sich, weil Arbeitsbedingungen und Bezahlung deutlich besser sind als in vergleichbaren Positionen bei kambodschanischen Arbeitgebern (Hintergrundgespräche mit kambodschanischen NGO-Mitarbeitern und internationalen Beratern; Ear 2009: 156).

7.6 Kambodscha und der Einfluss der internationalen Akteure

Wie in den vorherigen Abschnitten diskutiert, beeinflussen internationale Akteure den Identitäts- und Konfliktdiskurs der politischen Parteien und der Zivilgesellschaft auf verschiedene Weisen, was sowohl zu einer Verschärfung als auch einer Entspannung des Konfliktes beitragen kann. Der Einfluss internationaler Akteure – insbesondere der NGOs – auf die politischen Parteien ist, allein schon durch ihre sehr große Zahl und auf Grund der normativen Wertvorstellungen, nach denen sie arbeiten, stark ausgeprägt und, je nach Perspektive der Partei, negativ oder positiv konnotiert. Auch der Einfluss auf die Zivilgesellschaft wird hier evident, sei dies durch die Auswirkungen auf lokale NGOs, den Konfliktdiskurs oder die Beeinflussung des Arbeitsmarktes. Die Präsenz der Internationalen Gemeinschaft ist in Kambodscha deutlich spürbar und Teil des Konfliktdiskurses. Dabei lassen sich insbesondere fünf Punkte herausarbeiten:

Erstens: Geberländer und internationale Organisationen beeinflussen durch ihre Politik die Konfliktlinien innerhalb des Landes. Durch das verstärkte Engagement Chinas sind die politischen Räume für die Regierung größer geworden, während sie für die Opposition geschrumpft sind.

Zweitens: Geberländer, wie die USA oder verschiedene europäische Staaten und die von ihnen finanzierten und geführten NGOs, nehmen im Konfliktdiskurs zwischen Regierung und Opposition eine zwiespältige Position ein. Einerseits verstärken sie durch ihre von liberalen und demokratischen Normen geprägten Vorstellungen den Konfliktdiskurs zwischen Regierung und Opposition, indem sie oppositionelle Ressourcen stärken und versuchen, eine bestimmte wertebasierte Agenda durchzusetzen und die

Zivilgesellschaft zu beeinflussen. Andererseits halten sie den demokratischen Raum sowohl durch politischen Druck und Sanktionen als auch durch die Bindung von Entwicklungshilfe an Konditionalitäten offen und ermöglichen damit erst einen Konflikt um hegemoniale Deutungsmacht, der, wie Mouffe konstatiert (2007: 27), für die agonalen Formen des Politischen essentiell ist.

Drittens: Internationale, demokratisch geprägte Kräfte setzen dem Konflikt um hegemoniale Deutungsmacht Grenzen, durchbrechen beginnende Konfliktepisoden, um mit Messmer zu sprechen (Messmer 2003: 137-139), bzw. deren antagonistische Momente immer wieder, um sie nicht in dauerhafte Machtkonflikte eskalieren zu lassen. Hierfür nutzen sie äußere Druckmittel wie finanzielle Zuwendungen oder Sanktionen, die aber durch den vermehrten Einfluss Chinas geschwächt werden

Viertens: Die Präsenz von NGOs im Land ist komplex, einerseits sind die Regierung und der Staat auf die Mithilfe internationaler Organisationen angewiesen, andererseits stellt sich die Frage, inwieweit diese die eigenständige Entwicklung des Landes und damit verbunden einen eigenständigen Aufbau von infrastrukturellen Strukturen de facto behindern.

Fünftens: Kritisch zu diskutieren ist auch, inwieweit NGOs durch ihr starkes Engagement für Menschenrechte, Landrechte und Minderheitenrechte den Aufbau von Zivilgesellschaft und Interessensverbänden stärken oder teilweise sogar schwächen und das bestehende System durch die Übernahme von Aufgaben, die eigentlich dem Staat zufallen, festigen.

8. Kambodschas Zivilgesellschaft im Wandel

8.1 Im Zwiespalt zwischen tradierten Mustern und sozialem Umbruch

Eine weitere Konfliktebene, die sich in der Frage nach Identitätswandel und dem Wechselspiel zwischen agonalen und antagonistischen Austragungsformen des Politischen ergibt, ist das Verhalten der kambodschanischen Zivilgesellschaft, die sich in den letzten zwei Jahrzehnten stark gewandelt hat – eine Veränderung, die weder auf politischer noch auf sozialer Ebene konflikt- und reibungsfrei verlaufen ist. Der zivilgesellschaftliche Wandel in Kambodscha in seiner Konflikthaftigkeit lässt sich im Wesentlichen in fünf Bereichen erkennen: 1. Wandel und Kontinuität von Hierarchie- und Eliteebenen; 2. Wandel im Bereich moderner Technologien; 3. Auflösung und Transformation von Familienstrukturen; 4. Herausbildung einer neuen Mittelschicht und Verteilung von Ressourcen; 5. Konflikt zwischen den Generationen.

Diese Veränderungen gehen einerseits mit neuen politischen Ansprüchen einher, andererseits tragen sie dazu bei, die Politik von Regierung und Opposition zu verändern. Dieser Wandel in den oben skizzierten Bereichen wird bei drei verschiedenen sozialen Gruppierungen besonders sichtbar: bei jungen intellektuellen Kambodschanern, den Beschäftigten der Textilindustrie und den Familien.

Die kambodschanische Gesellschaft ist ein eher geschlossenes und nach traditionellen Wertemustern funktionierendes Sozialgefüge. Vor einer Heirat zieht der Mann beispielsweise in ländlichen Gebieten häufig in das Elternhaus der Braut und muss dort mehrere Jahre mitarbeiten und sich bewähren, bis die Eltern einer Hochzeit zustimmen. Die Wahl des Ehepartners bzw. der Ehepartnerin hängt dabei von mehreren Faktoren ab. So sind neben finanziellen und strategischen Überlegungen – Geld heiratet Geld, Einfluss heiratet Einfluss, Macht heiratet Macht – auch das Ansehen und das Verhältnis der Familien zueinander sowie die politische Zugehörigkeit von großer Bedeutung. Die Stellung der Frau in der kambodschanischen Gesellschaft ist immer noch stark von traditionellen Strukturen bestimmt. Ein kambodschanisches Sprichwort sagt, das Leben einer Frau sei vorbei, sobald sie verheiratet ist.⁹⁸ Dennoch verändert sich das Rollenbild allmählich, was nicht zuletzt den sozialen Medien, der Internationalisierung des Landes, aber auch dem Engagement von Regierung und Opposition geschuldet ist, die verstärkt

⁹⁸ Gespräch mit einer kambodschanischen NGO-Mitarbeiterin, August 2015, Phnom Penh.

versuchen, junge Frauen politisch zu fördern (Hintergrundgespräche mit Kambodschanerinnen).⁹⁹ Ein weiterer Wandel in der Gesellschaft ist durch die Textilbranche bedingt, einem Sektor, in dem viele junge Frauen arbeiten. Die Fabriken sind meist im Umkreis der Hauptstadt oder anderer großer Städte angesiedelt. Die Fahrt in die Provinzen dauert häufig mehrere Stunden und ist sehr teuer, so dass die Frauen, die unter schlechten Lebensbedingungen und langen Arbeitszeiten leiden, meistens dauerhaft vor Ort wohnen (Eng/Hughes 2017: 4-5; Hughes/Eng 2019: 371). Viele der Arbeiterinnen sind sehr jung, wenn sie beginnen, in den Fabriken zu arbeiten. Durch ihre Arbeit emanzipieren sie sich nicht nur räumlich, sondern auch finanziell von ihren Familien, sie tragen wesentlich zum Familieneinkommen bei und unterstützen ihre Eltern. Die Arbeit in der Stadt bringt aber auch soziale Probleme mit sich, da die Frauen häufig mit schlechten Arbeitsbedingungen und Übergriffen zu kämpfen haben, während sie gleichzeitig mit dem Luxus in der Großstadt konfrontiert werden. In der Tat ist es schwierig, der steigenden Emanzipation und den Wünschen der in den Textilfabriken Arbeitenden Rechnung zu tragen und diese politisch zu integrieren, was nicht zuletzt mit der ökonomischen Problematik der Anhebung des Mindestlohnes zusammenhängt. Hier stellt sich nämlich die Frage, wieviel die einzelnen internationalen Unternehmen bereit sind zu zahlen und ab welchem Punkt diese eher ins Ausland abwandern würden, um dort billiger produzieren zu können:

„Indeed, workers protests sparked by poverty wages have fostered mobilizations among factory workers that, with their autonomy from dominant institutions of state and civil society, challenge the political order deemed necessary for capital accumulation, complicating efforts to integrate subaltern classes into economic development projects pursued by leading social groups. While both state and civil society actors attempt to appropriate these struggles as part of hegemonic projects, the political space opened by workers cannot be reduced to a stable location [...]“ (Arnold 2017: 23).

Auch das Verhältnis der Regierung zu Gewerkschaften ist schwierig und sehr komplex. Ein Teil der Gewerkschaften ist staatlich kontrolliert, ein anderer Teil der Opposition zuzurechnen. Umgekehrt bleiben die in Fabriken arbeitenden Personen politisch doch stark unterrepräsentiert, was zu einem erheblichen gesellschaftlichen Konfliktpotential führen kann (Arnold 2017; I-6/1):

⁹⁹ Für einen ausführlichen Bericht über Erfolge, aber auch Schwierigkeiten hinsichtlich der politischen Partizipation von Frauen in der Politik siehe: Khourn 2016.

„Aufgrund sozusagen dieser sozioökonomischen Veränderungen kommt es immer mehr zu Konflikten, [...] mit denen die Politik momentan noch nicht so richtig weiß, was sie da, wie sie damit anfangen soll. Allein schon sozusagen die Masse an Textilarbeitern, die als politischer Akteur zwar immer stärker werden, aber gleichzeitig keinerlei politische Repräsentanz eigentlich haben. Und alle versuchen so ein bisschen nach klassischen patrimonialen Mustern, [...] [sie] sozusagen einzudämmen als politische Akteure oder einzukassieren. Mittelfristig, glaube ich, wird das nicht mehr funktionieren. Beide haben da starke Schwierigkeiten [Regierung und Opposition], und daraus erwächst auf jeden Fall ein größeres Konfliktpotenzial als aktuell dieses Geschacher zwischen den politischen Akteuren“ (eigene Einfügung, I-6/1).

Es kommt hierbei noch das große soziale Gefälle hinzu, das in Phnom Penh besonders deutlich wird. In der Hauptstadt gibt es eine sehr reiche Oberschicht, die ihren Wohlstand offen zur Schau trägt. Sportwagen, wie Porsche, Ferrari, Bentley und Maserati, sind keine Seltenheit, sondern fester Bestandteil des Straßenbildes. Eine Textilarbeiterin hingegen verdient etwa 200 Dollar im Monat (Khmer Times 21.07.2022), ein Bauarbeiter manchmal noch weniger, was entsprechend zu sozialen Spannungen führt.

„Es besteht eine sehr, sehr große Kluft. [...] Wenn sie mit einzelnen Leuten sprechen, zum Beispiel mit Tuk-Tuk Fahrern oder mit Straßenhändlern, die sehen natürlich, dass die Parlamentarier oder Regierungsmitglieder mit großen Autos durch die Straße fahren, während sie selbst vielleicht noch nicht mal das nötige Geld haben, um zu überleben. Ich habe erst gestern rein zufällig mit einer Kellnerin im Restaurant gesprochen, die gesagt hat, ja sie verdient 100 Dollar im Monat und davon muss sie 30 Dollar für ihr Zimmer bezahlen. Das heißt, sie hat noch 70 Dollar zum Leben im Monat und davon gibt sie noch, wenn es geht, zehn oder zwanzig Dollar für ihre Familie ab“ (I-3).

Ungefähr eine Million Kambodschaner finden keine Beschäftigung im Inland und arbeiten unter teilweise äußerst schlechten Bedingungen im benachbarten Ausland, wie Thailand, Malaysia oder Singapur, häufig ohne sich offiziell zu registrieren und damit ohne rechtlichen Schutz und Sicherheit (International Labour Organization 2022).

Ein anderer Punkt, der gesellschaftlichen Wandel bedingt, ist die zunehmende Internationalisierung der Städte. Nachtclubs gibt es in Kambodscha mittlerweile sehr viele, auch solche, in denen sich die junge Oberschicht amüsiert, die fast ausnahmslos im Ausland studiert hat und zum Teil nicht mehr an den traditionellen Werten ihrer Eltern festhält oder zumindest einen westlichen Lebensstil adaptiert. Eine dritte Gruppe stellen junge intellektuelle Kambodschaner dar, die trotz guter Universitätsausbildung schlechte Aussichten auf eine gut bezahlte Anstellung haben, da sie weder über die notwendigen finanziellen Ressourcen noch über die Kontakte verfügen, die

Voraussetzung für entsprechende Positionen sind, wie in Gesprächen mit verschiedenen jungen Kambodschanern immer wieder deutlich wird. So auch in folgendem Gespräch:

A: „You should really start working for the government or the foreign service, you have a very good education, studied abroad and a very profound political knowledge.“

B: „Well, you know, this is not going to happen, I do not have the money [...]“
(Gedächtniszitat aus Hintergrundgespräch mit jungem Akademiker, Phnom Penh 2015).

An diesen drei Personengruppen wird deutlich, dass die Prioritätensetzung der jungen Generation sich verändert und ein sozialer und struktureller Wandel in der Bevölkerung stattfindet. Die jungen Erwachsenen, seien es Textilarbeiterinnen oder Studierende, kommen aus den großen Städten oder dem Ausland mit einem Wissensvorsprung gegenüber ihren Eltern zurück und erzählen von einem anderen Leben, neuen politischen Ideen und weiteren Möglichkeiten der Kommunikation. Hinzu kommt, dass die jüngere Bevölkerung weder den Bürgerkrieg noch die Terrorherrschaft der Roten Khmer aktiv miterlebt hat. Die Ziele dieser Generation sind, wie es in den meisten Teilen der Welt der Fall ist, die Erlangung von persönlichem Wohlstand, sicheren Arbeitsplätzen, angemessener Bezahlung, finanzieller Unabhängigkeit, besseren Perspektiven für sich und ihre zukünftigen Familien und die Chance, auch ohne Korruption und einflussreiche Eltern erfolgreich zu werden (Gespräche mit jungen Erwachsenen, Phnom Penh 2015). Die Prioritäten der Elterngeneration hingegen sind häufig noch andere; im Vordergrund stehen hier politische Stabilität, annehmbare Lebensbedingungen und infrastrukturelle Entwicklungen, vor allem auf dem Land. Die Regierungspartei kann das garantieren. Im ländlichen Bereich sind massive Fortschritte erzielt worden, außerdem ist in Kambodscha seit mehr als 20 Jahren kein Bürgerkrieg mehr ausgebrochen, Fakten, die die Regierungspartei gerne für ihren Wahlkampf nutzt. Sie argumentiert, die CPP habe dem Land Stabilität und Frieden gebracht, ein Regierungswechsel würde das Land ins Chaos und einen neuen Bürgerkrieg stürzen und müsste daher unter allen Umständen vermieden werden. Auch Hun Sen legitimiert sich immer wieder über seine Erfolge als Friedensbringer.

„Hun Sen said Cambodia has been ›carefully maintaining‹ the peace that had been achieved through his ‚win-win‘ policy of Khmer Rouge soldier reintegration in 1998. Before that, Cambodia had been trying to achieve peace for over 40 years, he added. He warned Cambodians not to be complacent with the current peaceful state of affairs and urged them to take steps to keep it. ›Don’t wait until there is war to look for peace. If war breaks out again, this time there may be no Hun Sen to bring about the second ‚win-win‘ policy,‹ he said“ (The Phnom Penh Post 07.03.2022).

Die Bevölkerung verlässt sich hier auf „einen starken Premierminister“ und eine gut organisierte Partei als Garant für Sicherheit, und auch jüngere Kambodschaner sind sich der Leistung Hun Sens nach dem Bürgerkrieg bewusst:

„In civil war styles of society Hun Sen is a great [...] Hun Sen can compromise, Hun Sen can bring people together and control, divide people, restructure [...] and under him and it is peace, under his leadership [...]. Peace in terms of no military shooting, but in terms of mindset it is not peace“ (Z-3).

Zudem ist der Informationsfluss bzw. war der Informationsfluss, bis es Smartphones gab, in den einzelnen Dörfern sehr beschränkt. Heute gibt es kaum mehr ein Dorf in Kambodscha, das nicht über exzellenten Internetempfang via Handy verfügen würde. Gleichzeitig haben aber auf Elitenebene seit Jahrzenten bestehende Strukturen, die den politischen Zugang und damit auch die Konfliktdiskurse bestimmen, immer noch Bestand.

8.2 Hierarchie- und Eliteebenen der kambodschanischen Gesellschaft

„Es ist einerseits nicht nur so, dass sie [die politische Elite] eine Kluft herstellt und keinen reinlässt, sondern es ist ja auch gleichzeitig so, dass niemand auf die Idee kommen würde, da rein zu wollen. Also es ist eine starke Reproduktion der politischen Elite, wo es auch seitens der Bevölkerung als selbstverständlich wahrgenommen wird, dass es starke Personen und starke Familien und Netzwerke gibt, denen man sich überantwortet und die gleichzeitig auch diese politische Kultur weiter befördern. [...] Aber es ist nicht so, dass eine Durchlässigkeit herrscht, dass aus der Bevölkerung auch politische Akteure aufsteigen könnten in diese Elite und in diese Entscheidungsprozesse hinein. [...] Die politische Elite ist exakt gleich seit, ja, man kann sie bis mindestens Anfang des 20. Jahrhunderts zurückverfolgen. [...] Also, letztlich muss man sagen, dass auch die Zivilgesellschaft eine Reproduktion der alten politischen Elite ist, [...] die sind da sozusagen einfach in die Vorstände und in die Führungspositionen gewechselt. Also letztlich sprechen wir da auch von einer politischen Elite, einer uralten politischen Elite, auch wenn es in dem Mäntelchen von Zivilgesellschaft gerade auftritt“ (eigene Einfügung, I-6/1).

Im Zuge des Generationenwandels lässt sich jedoch verfolgen, dass gerade auf der Ebene der Zivilgesellschaft jüngere Personen als Führungskräfte langsam nachrücken, die nicht mehr unbedingt zur klassischen Elite gezählt werden können, sondern eher

zum Mittelstand. Kambodscha ist aber bis heute sowohl sozial als auch politisch gesehen ein Land mit einer stark hierarchischen Struktur, innerhalb derer der Zugang zur Macht nicht nur von den einzelnen Parteien, sondern auch von Familienzugehörigkeiten abhängig ist. Die Räume der Macht werden nicht durch den Wähler per se oder nur durch die Leistung der einzelnen Personen bestimmt, sondern sind zunächst abhängig von der Zugehörigkeit zu bestimmten Elitennetzwerken, welche wiederum auf Familienzugehörigkeiten basieren (Loughlin 2021; I-6/1). Erst in einem zweiten Schritt wird das Individuum für den jeweiligen Posten bestimmt. Auch der politische Prozess selbst funktioniert nach einem streng hierarchisch strukturierten System. Jedes Dorf verfügt über sogenannte „village chiefs“, die sich allumfassend um die Belange der Gemeinden kümmern –hierzu gehört die Lösung von Problemen des täglichen Zusammenlebens, wie auch die der Verteilung von Nahrungsmitteln. Die „village chiefs“ sind fast ausschließlich CPP-Mitglieder und auf lokaler Ebene direkt dem „commune council“ unterstellt, das seine Anweisungen wiederum von den Parteizentralen der einzelnen Provinzen bzw. den Provinzgouverneuren selbst erhält, die ihrerseits den Abgeordneten unterstehen. Diese erhalten ihre Posten durch die Parteizentrale in Phnom Penh oder werden direkt von der obersten Führungsriege eingesetzt. Einzelne Abgeordnete haben beispielsweise kein eigenes „Wahlkreisbüro“, in dem sie die Belange der Bürger besprechen können. Vielmehr gibt es für fast jede Provinz ein „constituency office“, das aber theoretisch für Abgeordnete aller Parteien zur Verfügung steht, sofern vorhanden. Dabei müssten sich die Abgeordneten der verschiedenen Parteien allerdings dieselben Mitarbeiter teilen. Diese haben in der Regel seit mehreren Jahren ihre Positionen inne und sind, bedingt durch persönliche Faktoren, Loyalitäten und Netzwerke, häufig der Regierungspartei verpflichtet oder zumindest sehr nahe. Die Vertraulichkeit von Dokumenten oder parteipolitisch neutraler Arbeit ist damit nicht gegeben.¹⁰⁰

Zwischen Eliten und Bevölkerung herrschte traditionell eine sehr große Distanz, und die Abgeordneten oder politischen Entscheidungsträger haben die Nähe zu ihren Wahlkreisen nur bedingt gesucht. Auch die traditionelle Anrede zeigt eine gewisse Form der Distanzierung, so ist beispielsweise die Anrede für sämtliche Politiker und

¹⁰⁰ Hintergrundgespräche mit internationalen Beratern. August und September 2015, Phnom Penh.

Staatsbedienstete ab dem Rang eines Unterstaatssekretärs ausnahmslos „Your Excellency“.

„Auch das politische System in Kambodscha ist wie viele andere Bereiche in der kambodschanischen Gesellschaft ganz stark durch Hierarchie geprägt. Das ist nicht nur in der Regierungspartei so, das ist auch in den Oppositionsparteien so, das heißt Kritik an Höhergestellten and Höherrangigen [...] wird in der Regel als Respektlosigkeit betrachtet und das ist, was Demokratie oder demokratische Prozesse hier so schwierig macht“ (I-3).

Gleichzeitig ist es aber so, dass durch die Parlamentswahlen 2013 ein Umdenken in den politischen Kreisen stattgefunden und vor allem die CPP auf dem Land ihre Bemühungen stark intensiviert hat, junge Personen zu engagieren und zu einem Parteieintritt zu motivieren.

„But then I started to work with the youth [...]. Once I started to get involved [with the CPP] I saw a lot of good aspects that the government and the CPP itself, what they are doing for the people, so then it sort of captured my heart, in the ways that we help people, the less unfortunate, those in the rural area and that is what I really like, just to get in touch with the people and then share their concern and then find solution where we can help hopefully“ (eigene Einfügung, P-3).

So leitet beispielsweise einer von Hun Sens Söhnen selbst die Jugendorganisation der Partei. Durch die sich wandelnde Gesellschaftsstruktur und die Anforderungen der Wähler lässt sich eine, wenn auch zaghafte Verhaltensänderung der politischen Elite feststellen, welche versteht, dass sie eine Verantwortung gegenüber dem Wähler trägt und diese auch aufrechterhalten muss.

„I think because of the voters themselves, they push indirectly to change the behaviour of the politicians. Voters are more informed, because of social media, and the leaders they want to show that they are [...] charismatic, they are a good leader, they can compromise. So they want to get an image, the perception from the audience that I am good person, I am ready to work for the national interest or something like that. So they want to show case and because of the pressure from the voter many leaders change a lot, change behaviour“ (Z-3).

Gleichzeitig zeigt das Wirtschaftsstrukturprogramm der Regierung Erfolg. Während 1993 noch fast 40% der Bevölkerung in Armut lebten, waren es 2019 nur noch etwa 9%. Die wirtschaftliche Entwicklung und insbesondere das Infrastrukturprogramm auf dem Land haben zu einer Verbesserung der Lebenssituation beigetragen (Open Development Cambodia 29.04.2022). Generell ist aber das Engagement der Abgeordneten in ihren Wahlkreisen immer noch weit geringer, als dies in konsolidierten Demokratien der Fall

ist. Parteien sind intern streng hierarchisch organisiert, es gibt keine basisdemokratischen Wahlen. Dass die Parteiführung von der Parteibasis bestimmt werden würde, ist, wie in Kapitel 6 ausführlich skizziert, undenkbar. Umkehrt hat sich die kambodschanische Politik seit den Wahlen 2013 mehr auf die Wünsche der Bevölkerung, die bereits in das Wahlkampfprogramm der CNRP aufgenommen worden waren, konzentriert – die Regierungspartei versucht die größten Probleme der Gesellschaft, wie Korruption, Mindestlohn für Textilarbeiterinnen, infrastrukturellen Ausbau und schulische und medizinische Versorgung, anzugehen (The Cambodia Daily 11.01.2016). Gleichzeitig schließt dies aber weder eine Verschärfung des Konfliktdiskurses auf horizontaler, also der Ebene zwischen den Eliten, noch auf vertikaler Ebene, also zwischen Bevölkerung und Eliten, grundsätzlich aus. Dies zeigt sich beispielsweise bei den teilweise gewaltsamen Demonstrationen der Textilarbeitenden oder bei dem Umgang mit der Opposition, die in ihrem Wahlprogramm einen Wandel forderte. Obwohl die CNRP aufgelöst wurde, wurden deren Forderungen im Wahlprogramm in die eigene politische Agenda inkorporiert. Dabei lässt sich eine Parallelität zwischen antagonistischen und agonalen Mustern auf verschiedenen Ebenen erkennen.

8.3 Der Konfliktdiskurs im Generationenwandel

„Before, I think not really, there is a big gap between the people and the political party, now it is changing and here and they listen. [...] also students, Cambodian students they start going outside and study abroad and some of them come back it is also and can help develop the country“ (Z-1).

Hierbei stehen die Interessen der jungen Wählerschaft im Kontrast zu den Ansprüchen der älteren Bevölkerung, deren primäre Ziele Stabilität, Frieden und Sicherheit sind. Ein Spannungsfeld das auch das politische System herausfordert.

„Gegenwärtig vollzieht sich schon ein grundlegender Wandel in der kambodschanischen Gesellschaft. Einmal insofern, dass sozusagen das klassische politische System auf Grund von sozioökonomischen Veränderungen einfach herausgefordert wird, und zwar das klassische politische System, nicht nur von Hun Sen, sondern auch von der Opposition, beider Akteure. Primär auf Grund natürlich ökonomischer Veränderungen, dem Aufkommen einer Mittelschicht zum Beispiel, dass die Mittelschicht, die bis jetzt beide nicht so wirklich inkorporieren können, sowie höherer Bildung der Bevölkerung, sagen wir mal von einem sehr niedrigen Niveau [...], und einer sehr jungen Bevölkerung, die die meisten politischen Muster, nach denen eigentlich die politische Elite funktioniert, gar nicht so kennengelernt haben, sprich den Bürgerkrieg und erst recht den Völkermord, die

sozusagen die alten Legitimationsmuster, nach denen man in Kambodscha klassisch verfährt und nach denen man auch seinen politischen Gegner einschüchtert, nicht mehr so ernst nehmen können“ (I-6/1).

Insbesondere die jüngere Bevölkerung, die eine höhere Bildung aufweist und immer mehr in den Städten wohnt, erwartet von der Regierung und den Politikern, dass sie Bedingungen schaffen, die ihnen den Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen und guten Arbeitsplätzen ermöglichen.

„I would say, communication, political communication or communication strategies, do not really serve the new interest, the need of the new people. 70% percent of the population is under thirty years old, but you don't talk to meet their demand, but you talk to please the old. For example you talk about the Pol Pot regime, genocide, that I am helping you. They keep saying the same thing for five mandates already and this message is not convincing in term of an economic perspective“ (Z-3).

Im Gegensatz hierzu steht die Meinung der älteren Bevölkerung, die – wie auch ein Großteil der politischen Elite – sowohl die Jahrzehnte anhaltenden Bürgerkriege, die Lebensbedingungen unter den Roten Khmer als auch die gesellschaftlichen Unruhen nach dem Friedensschluss in den ersten Jahren nach UNTAC miterlebt hat. Sie lebten in einem Land, das weder über Infrastruktur noch über irgendeine Form der Versorgung verfügte.

„Every people, every citizen they have their own freedom, they have their own choice to choose any political party who they want to belong to. [...] So it is the freedom of choosing. For me as why I choose to be one of the CPP supporter, you know because we experience hardship, and very difficult, and hardship time during the Khmer Rouge regime. [...] We were starving, very hard time, all people were always killed [...] And if we talk who liberated the country, the CPP came. The CPP party and they start build the country from the scratch until we see what you have seen with your eyes until now. The CPP main strong sake, strong point is they are the one that keep the country stability, peace, security and development. Even there are some setbacks, some say challenges [...]. So to get it of that kind of challenges it is not a day to overcome, it takes time“ (Z-25).

Die beiden oben angeführten Zitate verdeutlichen aber auch zugleich das gesellschaftliche Spannungsfeld und die Probleme, mit denen die gesamte politische Elite konfrontiert ist und die langfristig zu einer der größten Herausforderungen für den politischen Diskurs und damit auch den Machtanspruch der herrschenden Eliten werden könnten. Hervorzuheben ist hierbei die Hierarchie zwischen den Generationen, die den sozialen Wandel auf gesamtgesellschaftlicher Ebene schwierig macht.

„In Cambodia, the society of Cambodia is very hierarchical, for example, he is a student, he cannot talk to me like you talk to me, cause it shows the sign of respect, the sign of different knowledge, the sign of different class, so in order for you to have a fine open dialogue you have to have the same level of intellect, the same level of status. So the culture of dialogue in the West and the culture of dialogue in Asian context is quite different, in Asian context, you know, elder don't do anything wrong, I am your teacher you listen to me, so you have that traditional pressure [...]“ (Z-7).

Durch den beginnenden Wandel jener im Zitat skizzierten Hierarchieebenen und die damit verbundenen sozialen Umstrukturierungen kann die Politik, vor allem die Regierungspartei, die bisherigen identitär begründeten Deutungsdiskurse nicht mehr in dieser Form aufrechterhalten, weil sie die jüngere Generation nur noch bedingt ansprechen und betreffen. Dies fordert die Politik, besonders die Regierungspartei, dazu auf, auf eine agonale, also sachbezogene Ebene umzulenken, in der nicht die identitäre Wir/Sie-Unterscheidung bzw. Abwertung im Vordergrund steht, sondern die Auseinandersetzung um die Ausgestaltung inhaltlicher Fragestellungen. Sie führt also weg von antagonistischen Konfliktmustern, die von den klassischen Themen des Diskurses, wie dem Bürgerkrieg, der Schaffung von Frieden und der Frage nach zeitgeschichtlichen politischen Prozessen, geprägt sind. Ein Prozess, der von Rück-, aber auch Fortschritten begleitet ist:

„The government's ability to continue delivering sustained economic growth has contributed to rising standards of living in Cambodia, although inequality persists and the provision of public goods remains sub-optimal. These latter developments, if left unaddressed, will undermine the CPP's claim to performance-based legitimacy. The ruling party seems to be aware of this issue as Prime Minister Hun Sen announced the launch of ‚surgical strikes‘ in the form of government action to address the problems of corruption, illegal logging and land grabbing“ (Un/Luo 2020: 121).

8.4 Korruption und struktureller Wandel

Nicht nur der Generationenwandel und die Herausbildung neuer politischer Akteure stellt ein großes Problem dar, sondern auch die Stabilität des politischen Systems, das abhängig ist vom kontinuierlichen wirtschaftlichen Wachstums Kambodschas. Die auf Netzwerken und Eliten beruhende Struktur wird immer größer und breiter und Ansprüche sowohl der ökonomischen als auch der politischen Elite müssen befriedigt

werden.¹⁰¹ Die Struktur erweitert sich zunehmend durch die Kinder und Kindeskindebenen jener Personen, die ebenfalls nach entsprechender sozialer Stellung und politischen Positionen streben. Von 1990 bis 2022 hat sich die Bevölkerung fast verdoppelt, das Durchschnittsalter liegt bei etwa 26 Jahren (World Population Review 2022). Gleichzeitig drängt die Mittelschicht aber auch auf einen Zugang zu Ressourcen und Netzwerken, so dass die Inkorporation emporsteigender Eliten in die wirtschaftlichen und politischen Netzwerke nicht mehr umfassend möglich ist (I-6/1). Ein großes Problem hierbei, das eine Inkorporation in eben diese Netzwerke zusätzlich erschwert, ist die endemische Korruption in Kambodscha, die sich durch alle Gesellschaftsschichten zieht. Bei dem von Transparency International jährlich nach Ländern ausgegebenen Korruptionsindex liegt Kambodscha 2021 auf Platz 157 von 180 (Transparency International 2022). Die Regierung versucht, dieses Problem seit einigen Jahren durch eine eigens gegründete „Anti Corruption Unit“ einzudämmen und in den Griff zu bekommen, der aber vorgeworfen wird, nicht unabhängig zu arbeiten und als „political tool to eliminate rivals including those within the ruling party“ instrumentalisiert zu werden (UNCAC Civil Society Coalition 24.11.2021). Dennoch wurden beispielsweise bei den Abschlussprüfungen an den Schulen mittlerweile zentral gesteuerte starke „anti-cheating“ Maßnahmen erlassen, die zunächst zu einer erheblichen Durchfallquote von fast 75% geführt haben (The Phnom Penh 30.08.2014; The Phnom Penh Post 25.12.2021).

„Corruption in Cambodia is very systematic, it is a very different type from the European country. Of course I mean corruption exists in all different countries, but it is a different form. In Cambodia corruption is very embedded, embedded into all different spectrums of the society“ (Z-4).

„[...] but recently the government through ministry of education and the anti-corruption unit have undertaken good reform in terms of improving the mechanism to ensure quality examinations“ (Z-4).

Der systemische Wandel hin zu einer korruptionsfreien Gesellschaft ist komplex und schwierig zu realisieren, vor allem bedingt durch die niedrigen Löhne, da die

¹⁰¹ Schlichte argumentiert, dass ein Merkmal des neopatrimonialen Staates sei, dass der Präsident verantwortlich sei, die Ressourcen zwischen den Netzwerken zu verteilen und diese „auszubalancieren“ (Schlichte 2005: 124). Eine gute Übersicht über das klientelistische System und die Verteilung von Umweltressourcen in Kambodscha findet sich bei: Un/So (2009); zu Patronagenetzwerken im Militär und die Entwicklung des Autoritarismus siehe: Loughlin (2020, 2021).

betreffenden Personen ohne weitere Zuwendungen nicht leben können. Aber auch auf politischer Ebene ist Korruption in beiden Parteien ein großes Problem:

„Sobald Leute ein politisches Amt haben, zum Beispiel, wenn sie Gouverneur in irgendeiner Region sind, versuchen Leute daraus finanziellen Profit zu erzielen, was zum Beispiel dazu geführt hat, dass, letzte Woche war es oder vorletzte Woche, ein Gouverneur in der Provinz inhaftiert wurde von der Anti Korruptionsbehörde, weil er jahrelang Gelder kassiert hat für administrative Vorgänge und die in die eigene Tasche gesteckt hat“ (I-3).

Dies ist insbesondere für die junge Bevölkerung ein Problem, denn „durch Korruption wird auch Bildung abgewertet“ (I-3). Für den Konfliktdiskurs und den Wandel von antagonistischen zu agonalen Austragungsformen hat die Lösung des Korruptionsproblems eine große Bedeutung. Gelingt es, langfristig ökonomische Perspektiven und Aufstiegschancen zu ermöglichen und das politische System durchlässig zu gestalten, führt dies zu einer Deantagonisierung bzw. Agonalisierung des sozialen und politischen Systems, weil sowohl Oppositionspartei als auch Regierungspartei gezwungen sind, sich mit sachlichen Fragen auseinanderzusetzen und gesamtgesellschaftliche Lösungen für die Probleme gerade der jüngeren Bevölkerung, für die in der Industrie Beschäftigten, die Studierenden und die Mittelschicht anzubieten; gelingt dies aber nicht, hat die Politik es mit einer wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung zu tun, wie man am Beispiel der Wahlen 2013 und den sich daran anschließenden Demonstrationen sehen kann. Dies führt wiederum zu neuen sozialen und damit auch politischen Konfliktlinien, die entsprechend geprägte Parteien, wie z.B. die Grassroots Democratic Party mit Vorsitzenden aus der NGO-Szene, hervorbringen. Als prominentestes Beispiel ist hier der ermordete und in der Bevölkerung äußerst beliebte Kem Ley zu nennen, der sich eben dieser Themen annahm.

„Activists consider themselves to differ from ordinary politicians in terms of the privileged knowledge of popular needs and desires that local development work has earned them. To quote one, ›People from civil society are close to the people; they know how the people are, and what people want in their hearts. As for politicians, when people suffer, they don't know what to do to serve them‹“ (Norén-Nilsson 2019: 87).

Kem Ley, der sich besonders bemühte, Politik auf dem „grass root“-Level zu betreiben, war bei der ärmeren Bevölkerung durch seine Parabeln, Gleichnisse und Tiergeschichten, mit denen er über die sozialen Medien versuchte, Politik zu erklären, äußerst beliebt (Norén-Nilsson 2019). Aber auch er verfügte über verschiedene im

Ausland erworbene Abschlüsse und hat jahrelang in verschiedenen Posten für die UN gearbeitet. Er gehörte damit zu einer sich langsam aus dem Kontext der Internationalen Gemeinschaft herausbildenden neuen Generation von Elite, die aber noch relativ überschaubar ist. Ein Umdenken, nicht nur in den kleineren neuen Parteien, sondern auch bei den tradierten politischen Organisationen, lässt sich langsam erkennen. Der Umstand, dass sich die tradierten Parteien mit sozialen Problemen auseinandersetzen, muss aber nicht gleichzeitig eine Demokratisierung des politischen Systems bedeuten, wie mit Blick auf andere Staaten in der Region, wie China, Vietnam oder Singapur, deutlich wird, wohl aber impliziert es eine Auseinandersetzung mit Sachthemen und eine Politik, die weg von einer politischen Ebene, die ausschließlich aus Wir/Sie-Konstellationen besteht, geführt wird, um dem gesellschaftlichen Druck gerecht werden zu können. Der Antagonismus aus „Wir/Sie“ und der damit einhergehenden identitären Abwertung des Gegenübers wird durch das Aufkommen einer neuen Medientechnologie und dem damit verbundenen „Kommunikationswandel“ auf horizontaler Ebene zwar verstärkt, auf vertikaler Ebene aber abgeschwächt. Konflikte zwischen den Politikern erfahren eine neue Öffentlichkeit, die so vorher nicht vorhanden war, gleichzeitig hat die Bevölkerung die Möglichkeit, sich deutlich besser zu informieren in einem Land, in dem die traditionelle Medienlandschaft stark von der herrschenden Elite kontrolliert wird.

8.5 Informationspolitik und neue Medien

„Regular elections have taken place for 20 years but until 2013, the impact of opposition parties had been confined to urban areas. The CPP had full control of broadcast media and local government officials, and by this means was able to entrench itself into rural society, blocking news of alternatives from reaching rural voters. Spreading internet use is changing this situation and patterns of internet activity reflect rapid demographic and economic change. Thus new urban social groups, such as factory workers, use the internet to maintain contact with rural family members and friends via networks that span the urban–rural divide with significant implications for strategies of political control“ (Hughes/Eng 2019: 366).

Das Internet und besonders Messengerdienste oder soziale Medien haben nicht nur die Funktion der Überbrückung der Stadt-Land-Distanz, sondern sie liefern der jüngeren Bevölkerung neue soziale Räume jenseits tradierter Familien- und Hierarchieebenen. Mit der Einführung der Mobiltelefone – in Kambodscha sind Festnetzleitungen, wenn überhaupt, nur in den großen Städten verfügbar und auch dort nicht zuverlässig

funktionsfähig – und den damit verbundenen Freiheiten, wie Facebook, Twitter und WhatsApp, haben Jugendliche einen Raum gefunden, in dem sie sich von ihren Eltern emanzipieren und selbständig informieren können.

„I think what Cambodia have changed recently is the... I think the youth movement, like now there are more educated young generation and part of the reason also because like, because of the social media like Twitter and Facebook“ (Z-1).

Die Medienlandschaft in Kambodscha – sieht man von englischsprachigen Zeitungen ab, die aber mittlerweile sehr in ihrer freien Meinungsäußerung beschränkt wurden – steht stark unter dem Einfluss der Regierungspartei, obwohl es, wie bereits erläutert, einige freie Räume gibt. Facebook dient deshalb zur Wissensübermittlung, zur Organisation des Alltags, zur Absprache gemeinsamer Aktivitäten und zur politischen Meinungsbildung.

„This appears to hold for Cambodian youth, who though materially disempowered, were politically empowered by access to information and social networks. In 2016, it was estimated that 38 per cent of the population were Internet users, and that 60 per cent of these were younger than 25. That year, Internet overtook other media as the main source of news“ (Norén-Nilsson 2019: 85).

Der Umstand, dass junge Wähler und Wählerinnen neue Formen der Kommunikation entdecken und sich politisch vor allem über die sozialen Medien informieren, ist ein globales Phänomen. Problematisch im kambodschanischen Kontext ist hierbei die sehr stark fragmentierte Gesellschaft und Konfliktdiskurse, die fast ungefiltert verbreitet und rezipiert werden, auch von politischen Eliten, die die sozialen Medien bewusst für ihre Propaganda nutzen, wie sich an diversen Facebook Posts von Sam Rainsy oder der Oppositionspartei generell aufzeigen lässt.¹⁰² Aber es lassen sich auch zahlreiche anonyme Seiten finden, die plötzlich auftauchen oder wieder verschwinden und die den kambodschanischen politischen Diskurs maßgeblich mitbeeinflussen. Auf diesen Seiten finden sich teilweise sensible Informationen, wie Telefonmitschnitte oder vertrauliche Dokumente.

¹⁰² Der Kampf um die Beliebtheit auf Facebook ging so weit, dass Sam Rainsy Hun Sen beschuldigte, „Likes“ zu kaufen und seine Popularität nur vorzutäuschen. Hun Sen wiederum dementierte dies selbstverständlich medienwirksam (BBC News 18.03.2016).

„Everyday politics on Facebook unfolds without structured organisation or clear leadership. Rather, ‚amplifiers‘ are central here. These are Facebook pages closely followed by a large number of people who in turn become conduits for the rapid transmission of information. Many of these pages are operated by anonymous individuals or groups, some with more obvious opposition leaning than others, while other pages are operated by supporters of the ruling party [...]. These amplifiers supply sensitive and hard-to-obtain information that can easily tap into the emotions of their followers and of the wider audience. Some of these information blasts become the themes of everyday talk and newsworthy headlines picked up by both online and traditional media.[...] The core characteristic of these practices is the propensity to operate at the discursive level by expressing opinions on a variety of political issues that emerge on a daily basis, rather than a deliberate focus on advancing an instrumental goal such as social and political change“ (Vong/Hok 2018: 224-225).

Im Umfeld der Parlamentswahlen wurden große Teile der jüngeren Bevölkerung durch soziale Medien aktiviert. Gerade im Kontext der monatelangen Demonstrationen und der politischen Herausforderung durch die Oppositionspartei befürchtete die Regierung, dass eine sogenannte „colored revolution“ in Kambodscha ausbrechen könnte. Seitdem wurden die Internetregelungen massiv verschärft. Es kam im Zuge dieser Befürchtungen zur Verhaftung eines Studenten, der auf Facebook gepostet hatte, Kambodscha brauche eine „bunte Revolution“. Er wurde mit der Begründung verhaftet und verurteilt, soziale Unruhe hervorzurufen und den kambodschanischen Frieden zu gefährden (Khmer Times 15.03.2016). Welche Bedeutung die Regierung in diesem Kontext dem Internet und der daraus vermeintlich entstehenden Bedrohung für den eigenen Herrschaftsanspruch beimisst, zeigt sich in einem Facebook Post des Premierministers.

„›All armed forces are obliged to absolutely ensure that Cambodia is free from any color revolutions,‹ the Cambodian strong man wrote in a Facebook post. ›Such a revolution will harm people’s happiness and peace in Cambodia,‹ he wrote. ›Armed forces shall protect the legitimate government‹“ (Radio Free Asia 03.11.2016).

Auf Grund des harten Durchgreifens der Regierung sind nicht nur die Freiheiten im Internet begrenzt, vielmehr erlegen sich Bürger und Journalisten eine Art „Selbstzensur“ auf (I-1). Die Regierung arbeitet zudem an mehreren Gesetzesvorhaben – einige wurden auch bereits umgesetzt – sowie an technischen Möglichkeiten zur Datenspeicherung und Zugangskontrolle, die den freien Raum im Internet massiv einschränken sollen. Das neue „cyber crime law“, das die Regierung gerade entwirft, soll, so NGOs, zwar offiziell dazu benutzt werden, terroristische und kriminelle Aktivitäten zu stoppen, inoffiziell aber eher dafür, die freie Meinungsäußerung einzuschränken. Es bietet der Regierung weitreichende Kontrollmöglichkeiten (Kiripost 23.06.2022). Bedenkt man, dass Leute

bereits wegen Kommentaren auf Facebook verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt worden sind, scheint diese Befürchtung nicht unbegründet. Außerdem hat die kambodschanische Regierung 2018, nach thailändischem Vorbild, noch ein „lèse-majesté law“ eingeführt, das es erlaubt, Personen, die den König beleidigen oder in irgendeiner Weise verunglimpfen, durch die Staatsanwaltschaft zu Haftstrafen zu verurteilen (The Phnom Penh Post 14.02.2018; The Phnom Penh Post 05.03.2018).

Das Gesetz wurde bereits angewendet und führt zu einer weiteren Beschränkung des sozialen Raumes im Internet. Sam Rainsy, der den König auf Facebook beschuldigt hatte, ein „unnütze Marionette“ zu sein, aber auch drei junge Aktivisten einer „Naturschutz-NGO“ wurden unter dem neuen Gesetz verhaftet, weil sie durch ihr Verhalten den König beleidigt hatten, mit der Absicht Unruhe zu stiften (Khmer Times 24.06.2021).

„Rainsy continued by saying: ›The King today is a useless puppet who spends a lot of national money from the sweat of the people just to rubber stamp the traitor Hun Sen to destroy the nation and hurt the people at will, and he never opened his mouth to express the people’s suffering.‹ This was not only made public but a video also emerged when three young activists were arrested, charged and detained in prison pending trial last Saturday. The activists who worked with Mother Nature were alleged to have been misled to insult the King and government leaders with the intention of creating political unrest in the country“ (Khmer Times 24.06.2021).

Das neue Gesetz wird aber nicht nur gegenüber politischen Opponenten und NGOs, die den politischen Diskurs herausfordern, angewendet, sondern auch gegenüber Personen, die sich nicht in Elitenkreisen aufhalten (Khmer Times 24.06.2021). Trotz dieser Einschränkungen sind dennoch Seiten, die aus dem Ausland bzw. von Exilkambodschanern betrieben werden, immer noch zugänglich. Der Raum, der sich durch das Internet und die sozialen Medien aufgetan hat, ist zwar eingeschränkt worden, umgekehrt bietet dieser Raum aber immer noch Möglichkeiten, sich über Politik zu informieren oder Informationen schnell zu verbreiten oder privat zu kommunizieren und sich zu verabreden. Räume also, die vor der Zeit von Smartphones und Internet nicht zugänglich waren.

„Another point is that it is through the media, like social media or Facebook or – TV is not too much – are influent to the people or the civil society but actually is this social media like Facebook we can share very quick information“ (Z-8).

Die jüngere Bevölkerung, vor allem in der Hauptstadt, engagiert sich stärker als frühere Generationen in der Politik und kann sich auch durch den strukturellen

gesellschaftlichen Wandel und die neuen Möglichkeiten der Kommunikation schneller informieren und austauschen.

„[...] but the youth people they don't fear, the young people don't fear that something change in Cambodia. [...] I think this a positive sign. The quality of participation now is better in Cambodia, if they analyse before. [...] I see the young people here [...] they talk [...] they engage in political activity, especially the young who live in urban in Phnom Penh or in some urban area, so that is why it is a good sign“ (Z-6).

Ein Beispiel hierfür ist die Gruppe „Politikoffee“ in Phnom Penh, die sich aus jungen Kambodschanern zusammensetzt, die sich gemeinsam – parteienübergreifend – über Politik informieren und dazu hochrangige Personen aus allen Parteien einladen. Auf Facebook haben sie mehr als 13.500 Follower (Politikoffee Facebook 03.08.2022).

8.6 Kambodschas Zivilgesellschaft als Herausforderung für politische Strukturen

„Facebook is a changemaker in Cambodia's politics and society alike. People often say that they are afraid of Facebook more than policemen. People can complain directly to the prime minister if they face injustices. It is difficult to conceal any controversy when people have smart phone and internet. And almost every Cambodian adult with regular salary have smart phones with internet. Plus, the internet is cheap. The information is becoming abundant that it is becoming extremely difficult to hide any social controversies or problems affecting public interest“ (Khmer Times 27.10.2021).

Der soziale Wandel in Kambodscha vollzieht sich auf einer gesamtgesellschaftlichen Ebene und schließt sowohl Bereiche des sozialen als auch des politischen und wirtschaftlichen Zusammenlebens mit ein. Durch diesen Wandel verändert sich auch der hegemoniale Deutungsdiskurs, und die Politik ist gezwungen, neue Formen der politischen Artikulationspraxis zu finden, die wiederum einen Wandel und eine Verschiebung antagonistischer und agonaler Konfliktpraktiken implizieren. Für den kambodschanischen Konfliktdiskurs und die damit verbundenen Identitätszuschreibungen lassen sich folgende Schlüsse aus diesem Umstand ziehen:

Erstens: Die tradierten, durch den Bürgerkrieg hervorgebrachten Identitätskonstruktionen und die damit verbundenen politischen Identifikationsebenen – die Topoi Friedensbringer, demokratisches Gegengewicht, Befreier des Landes – verlieren für den politischen Diskurs an Bedeutung, da sie es nur noch bedingt schaffen, Emotionen für das Politische zu binden und in Wählerstimmen zu transferieren.

Zweitens: Die beginnende Auflösung von sozialen und familiären Hierarchieebenen führt zu einer Emanzipation der jüngeren Bevölkerung, was sowohl neue politische Räume und Diskurse als auch neue Konfliktlinien schafft.

Drittens: Die Elitennetzwerke, die bedingt durch sozialen Aufstieg und wachsende Familien immer größer werden, stehen vor der Herausforderung, weitere Personen in das System zu integrieren und den eigenen Herrschaftsanspruch weiter zu sichern.

Viertens: Durch die sozialen Medien und neue Kommunikationsformen bilden sich zunehmend Räume des Dissenses jenseits der tradierten Kommunikationswege, die der Bevölkerung eine kritische Betrachtung der Gesamtsituation ermöglichen.

Fünftens: Forderungen der Bevölkerung nach strukturellem Wandel und sozialer Durchlässigkeit des Systems fordern die Politik zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit inhaltlichen Themenfeldern heraus. Dieser Wandel hin zur sachbezogenen Ebene führt zwar einerseits zu einer Agonalisierung, schließt aber zugleich eine stattfindende Antagonisierung des Politischen nicht aus oder kann diese zum Teil auch verstärken (z.B. durch Demonstrationen oder Internetzensur).

Sechstens: Die Reduktion von Korruption als Hindernisgrund für die Entwicklung des sozialen Systems wird von der Elite als notwendig betrachtet, aber ist in sich selbst höchst problematisch, da das politische System einerseits von klientelistischen Strukturen bedient wird und auf diesen aufgebaut ist, andererseits aber auch bedroht wird.

Siebtens: Der Wohlstand in Kambodscha ist sehr ungleich verteilt. Insbesondere „migrant worker“ und „working poor“ können vom Wirtschaftswachstum nur bedingt profitieren und treten zunehmend als politische Akteure in Erscheinung, die im politischen System bisher nicht integriert sind, was sich wiederum auf den Konfliktdiskurs auswirkt.

In welche Richtung sich der gesellschaftliche Wandel in seinen Facetten entwickelt und inwiefern die damit verbundene Transformation von Konfliktdiskursen und hegemonialer Deutungsmacht zu einer Agonalisierung des Politischen führt, kann nicht abschließend beurteilt werden. Einerseits kann dies ein Anreiz für die Politik sein, sich weg von patrimonialen Mustern hin zu einer Sachebene zu bewegen, um den Bedürfnissen der jüngeren Generation gerecht zu werden, andererseits schließt dies neue antagonistische Formen des Konfliktes nicht aus und kann sie sogar verschärfen.

Auch die Frage, inwieweit die politische Elite mit Abgrenzung oder aber mit Öffnung auf den sozialen Wandel reagiert, kann nicht abschließend beantwortet werden. Hinsichtlich der Ausübung demokratischer Verfahren kann das, muss aber nicht eine Verbesserung bedeuten. Gegenwärtig verfolgt die Regierung nach dem Vorbild Chinas oder Vietnams die Strategie des „developmental authoritarianism“ (Un/Luo 2020: 126) und versucht, soziale Probleme hierüber zu lösen. Es besteht die Möglichkeit, dass nachkommende Eliten dieses System entweder transformieren oder diesen Pfad weitergehen. Eine entscheidende Rolle spielen hierbei der Einfluss von Zivilgesellschaft und internationalen Eliten auf die Identitätsmuster der politischen Elite und die Vorstellungen der jüngeren Bevölkerung sowie die sich neu herausbildende Mittelschicht junger intellektueller Kambodschaner, die auf den Diskurs einwirken.

9. Quo Vadis? – Agonistic Peace und Kambodscha

9.1 Peacebuilding in Kambodscha – Erfolg oder Misserfolg?

„The intervention in Cambodia and the process of trying to consolidate ‚peace‘ and ‚democracy‘ have received a devastating critique, widely declaring them a ‚failure‘, ‚façade‘ or ‚charade‘, and there are relatively few voices opposing these views. [...] Yet, two decades after the intervention, the country has experienced political stability, repeated elections, reduced violence, democratic decentralisation, economic growth, more employment and possessions, better housing, better infrastructure, a decreasing number of human rights abuses, substantial poverty alleviation, and overall drastically improved social indicators, while the government is historically enjoying a massive, popular approval rating“ (Öjendal/Ou 2015: 931).

In kaum einem anderen Land werden die Erfolge des Peacebuilding so kritisch diskutiert wie im kambodschanischen Kontext. Die Beurteilung wird durch den erhobenen Anspruch und die grundsätzliche Frage erschwert, was Peacebuilding leisten kann und welches Ziel es haben sollte. Betrachtet man Kambodscha aus Perspektive des „liberal“ Peacebuilding, können die jahrzehntelangen intensiven Bemühungen als weitgehend gescheitert betrachtet werden. Kritiker sagen: Rechtstaatlichkeit und demokratische Prozesse konnten nicht ausreichend etabliert werden, demokratische Institutionen bilden eine Parallelstruktur zu der eigentlichen Ein-Parteien-Herrschaft der kambodschanischen Elite, Korruption und Klientelismus ziehen sich durch alle Gesellschaftsschichten, Zivilgesellschaft, Presse und politische Opposition werden unterdrückt (z.B. St John 2005; Morgenbesser 2019; Peou 2019; Ciorciari 2021; Loughlin 2020, 2021).

Andererseits erfreut sich Kambodscha eines robusten wirtschaftlichen Wachstums, die Armut ist deutlich zurückgegangen, die Infrastruktur ist sowohl in den Städten als auch auf dem Land sehr stark ausgebaut worden, eine neue Mittelschicht bildet sich heraus, die Lebensbedingungen haben sich für große Teile der Bevölkerung massiv verbessert, der Zugang zu höherer Bildung hat sich geöffnet, Frauen werden verstärkt gefördert und politische Parteien können trotz immer wieder vorkommenden Repressionen im Land agieren (z.B. Öjendal/Ou 2015: 931; Open Development Cambodia 29.04.2022). Kambodscha ist sowohl in regionale als auch internationale Strukturen integriert, und die gesamte politische Elite sieht die Durchführung von Wahlen als essentiell für den Staatsprozess. Physische Gewalt ist, wenn auch nicht verschwunden, doch deutlich zurückgegangen.

Am treffendsten analysiert Thorsten Bonacker die Situation, wenn er argumentiert, dass der „kambodschanische Transitionsprozess, der mit der UN-Intervention angestoßen wurde, [...] als eine Mischung aus gelungener Transformation auf der einen und Konsolidierung klientelistischer Machtnetzwerke auf der anderen Seite betrachtet werden [kann]“ (eigene Einfügung, Bonacker 2010: 200). Dieses divergierende Bild vom Erfolg des Engagements der Internationalen Gemeinschaft hängt nicht nur mit unterschiedlichen Auffassungen und Zielsetzungen von Peacebuilding zusammen, vielmehr ist es auch im Transformationsprozess der kambodschanischen Gesellschaft selbst begründet. Der prozesshafte Charakter eines systemischen Wandels ist immer auch in dem Verhalten der einzelnen Personen und dem Einfluss externer struktureller Faktoren angelegt.

Die zentrale Ausgangsfrage dieser Arbeit war, inwiefern und auf Grundlage welcher identitären und sozialen Prozesse und Muster sich die politische Konfliktaustragung in Kambodscha von antagonistischen zu agonalen Formen gewandelt hat.

Für die Beantwortung der Frage ist es sinnvoll, die Ergebnisse der Analyse noch einmal kurz Revue passieren zu lassen. Im zweiten Kapitel, also der Darstellung der Bürgerkriege und Gewaltepisoden, konnten sowohl wesentliche Ansatzpunkte für den Ursprung der bis heute bestehenden Identitätskonstruktionen identifiziert als auch die Entstehung und strukturelle Anlage der Akteurskonstellation sowie deren zunehmende Manifestation herausgearbeitet werden. Die in Kapitel drei folgende Diskussion des mouffschen und laclauschen Theorems erfolgte unter der Einbettung in den Peacebuilding-Kontext. Die konzeptionelle Ausarbeitung zeigte nicht nur seine Notwendigkeit für die Weiterentwicklung der Friedens- und Konfliktforschung, sondern arbeitete auch die für die theoriegeleitete Untersuchung notwendigen Kernaspekte heraus. Zugleich ergänzt sie das theoretische Framing um Ansätze der Konflikt- und Identitätsforschung, um die Lücken der mouffschen Theorie, die sich durch die ursprüngliche Konzeption des Ansatzes für liberale, konsolidierte Demokratien ergeben, zu schließen. Dabei legt die Arbeit dar, dass der Ansatz für eine Analyse von Post-Konflikt-Gesellschaften nicht vom agonalen Moment des Politischen, sondern vom antagonistischen Moment her gedacht werden muss. Es ist also nicht der Zielgedanke, wie Mouffe dies eigentlich vorsieht, das konfligierende Element des Politischen im demokratischen Raum zu stärken (Mouffe 2007; Laclau/Mouffe 2012), um so

Identitäten binden zu können, sondern Konfliktaustragung durch Identitätspluralismus so zu agonalisieren, dass Antagonismen weg von einer gewaltvollen, eskalativen Identitätsebene auf eine politische agonale Ebene transferiert werden können. Das folgende vierte Kapitel greift diesen erweiterten Ansatz auf, um seine Anwendung in Post-Konflikt-Kontexten des Globalen Südens zu untersuchen. Die Diskussion des „Agonistic Peace“ zeigt die bereits getätigte Forschung hinsichtlich der Anwendung des Konzeptes in der Friedens- und Konfliktforschung auf, identifiziert aber zugleich auch die Forschungslücke, die sich aus relativ geringer Theorierückbindung und kaum vorhandener Operationalisierung des noch relativ jungen Ansatzes ergibt. Dieser Diskussion schließt sich die Frage nach Besonderheiten Kambodschas als nicht liberal-demokratischem, postkolonialem Staat, der sich in seinen strukturellen Gegebenheiten hinsichtlich Herrschaftslegitimation, Staatsterritorium und Funktionslogik von solchen des Globalen Nordens unterscheidet. Die Bedeutung dieses Umstandes wird unter besonderer Berücksichtigung der Post-Konflikt-Situation Kambodschas für eine mögliche empirische Anwendung, aber auch hinsichtlich der Sichtbarwerdung antagonistischer und agonaler Prozesse dargelegt. Aufbauend auf den gewonnenen Erkenntnissen, erfolgt in Kapitel fünf die Operationalisierung des Ansatzes sowie die Darlegung der für die Feldforschung verwendeten Methoden. Die bisher erarbeiteten Ergebnisse aus der Analyse der kambodschanischen Konfliktstruktur und der Anwendung des erweiterten mouffschen Ansatzes unter Einbettung in die „Agonistic Peace“-Theorie werden synthetisiert und für eine empirische Forschung furchtbar gemacht.

Das politische Feld wurde – unter theoretischer Rückbindung und unter Berücksichtigung der Konfliktgenese – in drei verschiedene Kategorien unterteilt: politische Parteien, Zivilgesellschaft und internationale Ebene. Zur Operationalisierung und Sichtbarmachung agonaler und antagonistischer Momente wurde das Verhalten der drei Gruppierungen unter den Parametern des zeitlichen Wandels, der Konfliktaustragungsmodi, der identitären Selbst- und Fremdzuschreibung und der Annahme demokratischer Verfahren im politischen Feld analysiert. Zur besseren Sichtbarmachung wurde ein Schaubild erarbeitet, das einzelne Aspekte herausstellt und einer zielgerichteten Untersuchung dient. Zusätzlich wurde den vier Parametern jeweils eine zentrale Fragestellung übergeordnet, so dass die Leitfrage der Arbeit weiter

ausdifferenziert werden konnte und auch ihre schematische Beantwortung präziser möglich wurde.

Zielgedanke bei der Analyse der *zeitlichen Entwicklung* war es, zu hinterfragen, ob diese zu einer Änderung in der Konfliktstruktur und auch zu einem Wandel in der Perspektivierung des Gegenübers führt oder ob Konfliktmuster und Feindbilder sich so gefestigt haben, dass sie sich nur an anderen Stellen und auf andere Weise offenbaren. Hinsichtlich der drei Gruppierungen, die im politischen Feld den Deutungsdiskurs bestimmen, ist die Frage differenziert zu betrachten. In der Zivilgesellschaft hat ein Wandel der Identitätsperspektivierung auf mehreren Ebenen stattgefunden, der insbesondere in einem Generationenwechsel und der damit einhergehenden Tatsache begründet ist, dass ein großer Teil der sehr jungen kambodschanischen Gesellschaft den Bürgerkrieg und seine Auswirkungen nicht mehr unmittelbar oder nur noch bedingt miterlebt hat. Die bisher tragenden Legitimations- und Herrschaftsdiskurse verlieren zunehmend an Bedeutung. Durch die neu erworbene soziale Mobilität im realen wie auch im virtuellen Raum und den damit einhergehenden sozialen Wandel kommt es zu verschiedenen Emanzipationsbewegungen, die sich aber erst langsam herausbilden und noch nicht vollständig abgeschlossen sind: die der jüngeren gebildeteren Generation gegenüber Eltern und Autoritäten, die der „working poor“ gegenüber politischen Entscheidungsträgern sowie die der aufstrebenden Mittelschicht. Inwiefern dies aber zu einem Wandel von antagonistischen hin zu agonalen Konfliktaustragungsmodi geführt hat, ist differenziert zu betrachten. Obwohl eine solche Veränderung funktionierende Herrschaftslogiken und hegemoniale Deutungsdiskurse herausfordern und dazu beitragen kann, Politik auf eine sachbezogene Ebene zu setzen, ergeben sich durch diese Forderungen neue Konfliktlinien, die den Diskurs auch verschärfen, wie man beispielsweise an dem großen Erfolg der CNRP, den monatelangen Protesten der Textilarbeitenden oder dem Druck der Mittelschicht, Korruption einzudämmen und neue wirtschaftliche Perspektiven zu schaffen, gesehen hat. Können diese Bedürfnisse auf Dauer nicht befriedigt werden, könnte das zu neuen Konfliktlinien und einer Eskalation auf der politischen Ebene führen.

Auf der Ebene der internationalen Akteure lässt sich ebenfalls ein Wandel seit Ende des Bürgerkriegs feststellen. Während es Teilen der Gebergemeinschaft zunächst partiell gelang, den Konflikt von außen aufzubrechen und demokratische Normen zu etablieren,

steht Kambodscha heute im Zwiespalt zwischen liberalen, demokratischen Staaten, wie z.B. den USA, und China, das zunehmend an Einfluss gewinnt und eigene Werte und Vorstellungen mit Hilfe der Regierungspartei im Land zu inkorporieren versucht. Dies führt nicht nur zu sich verengenden politischen Räumen, sondern zu einer zunehmenden Polarisierung des politischen Feldes. Zugleich lässt sich sowohl eine Adaption (z.B. Akzeptanz von Wahlen) als auch eine gleichzeitige Ablehnung liberal-demokratischer Handlungsmuster und Werte beobachten (z.B. das Verbot der zwei amerikanischen Stiftungen und die 2018 vorgenommene Verfassungsänderung). Trotz aller berechtigten Kritik an der Durchführung von Wahlen bilden diese doch ein Kernfundament des politischen Raumes, das von keiner der den Deutungsdiskurs bestimmenden zentralen Parteien angezweifelt wird. Auch das Verständnis darüber, dass es einen politischen Gegner geben muss, ist vorhanden, sofern dieser den eigenen Herrschaftsanspruch nicht entscheidend herausfordert. Hun Sen verkündete erst kürzlich, dass sein ältester Sohn sein Nachfolger werden würde, fügte aber zeitgleich hinzu, dass dieser Wandel im Rahmen von Parlamentswahlen stattfinden würde (The Diplomat 03.12.2021).¹⁰³

„I declare today to support my son to be the next prime minister but it means nothing without an election. It must be voted on,“ Hun Sen said. Hun Sen said if others could aspire to be prime minister, why not Manet, and that he wanted his son to be a good leader not a thief leader“ (VOD 02.12.2021).

Dies belegt die Bedeutung einer demokratischen Legitimation und Bestätigung auch für die Regierungspartei. Hinsichtlich der Konfliktaustragung mit den benachbarten Ländern hat ebenfalls ein Wandel stattgefunden. Der Konflikt mit Thailand wurde zwar für eigene Zwecke instrumentalisiert, ist aber nicht eskaliert, vielmehr bat die Regierung internationale Akteure bei der Beilegung und Schlichtung des Disputs um Unterstützung. Die Auseinandersetzung um das kulturelle Erbe Preah Vihear führte zu einer Deantagonisierung des innerstaatlichen Konfliktes, da diese Wir/Sie-Unterscheidung nach außen zu einer Stärkung des identitären Zusammenhalts im Inneren geführt hat. Was das Verhältnis zu Vietnam angeht, ist die Situation komplexer. Einerseits sind die Beziehungen zum Nachbarn historisch belastet, andererseits pflegt die Regierung sehr

¹⁰³ Inwiefern sich dies auf die bestehenden Elitennetzwerke auswirken könnte, diskutiert Loughlin (2021), bleibt aber letztlich abzuwarten.

enge Kontakte, besonders im militärischen Kontext und hinsichtlich des Kampfes gegen oppositionelle Kräfte. In Hinblick auf die Grenzfrage zeigt sich, dass die Regierung um eine zwischenstaatliche friedliche Lösung bemüht ist. Die Beziehung zu Vietnam ist eine der wichtigsten und umstrittensten Konfliktlinien des politischen Diskurses und verläuft zwischen Opposition und Regierung. Zugleich wirft die enge Beziehung zu China und Kambodschas Position in der Frage um das Südchinesische Meer einen Schatten auf die kambodschanisch-vietnamesischen Beziehungen. Innerstaatlich gesehen tragen China und Vietnam zu einer Verschärfung, aber auch zu einer Deeskalation des Konfliktes durch finanzielle Unterstützung und Integration bei.

Auf Ebene der politischen Akteure gilt es, im zeitlichen Verlauf zwischen innerparteilichem Wandel und Konflikttransformation gegenüber dem politischen Gegner zu differenzieren. Nach Ende des Bürgerkrieges hat bei der Regierungspartei ein Wandlungsprozess weg von einer sozialistischen Herrschaftslegitimation stattgefunden (Norén-Nilsson 2016: 12). Sie versteht sich nunmehr als Garant für Frieden, Stabilität und wirtschaftliches Wachstum. Dieses identitäre Selbstverständnis wird aber durch die Forderungen der sich verändernden Zivilgesellschaft in Frage gestellt. Man kann gegenwärtig noch nicht abschließend bewerten, welche Richtung diese Tendenz nimmt, erste Ansätze eines „Entwicklungsautoritarismus“ sind aber zu erkennen (Un/Luo 2020: 126). Politische Legitimation koppelt sich so an wirtschaftliche Performance. FUNCINPEC hingegen ist es nicht gelungen, eine neue kohärente Identität für sich zu finden. Das Legitimationsmuster, als Stellvertreter des Königshauses zu agieren, ist durch innerparteiliche Machtkämpfe sowie den Rollenwechsel zwischen Oppositions- und Regierungspartei belastet, wichtige Netzwerke wurden im Kontext der Ereignisse 1997 zerschlagen. Auch der Zwiespalt zwischen westlicher Elitenpartei und Partei für das Volk konnte nicht aufgelöst werden. Im zwischenparteilichen Diskurs haben sich zwar die Konfliktaustragungswege gewandelt; anstatt Waffengewalt und militärische Eskalation zu verwenden, werden nun formal gesehen „demokratische“ Austragungsmechanismen wie Gerichte oder Gesetze zur Durchsetzung des Herrschaftsanspruches instrumentalisiert. Dabei kann insofern von einer Agonalisierung gesprochen werden, als dass das physische Moment des Konfliktes sich verringert hat und dem politischen Gegner seine Existenzberechtigung nicht mehr abgesprochen wird. Die Instrumentalisierung demokratischer Institutionen für den eigenen Machterhalt zeugt

aber zugleich von fehlendem Demokratieverständnis auf der einen, und von einer noch immer vorhandenen identitären Abwertung des Gegenübers auf der anderen Seite. Konfliktdiskurse haben sich also verschoben, an der darunterliegenden Konfliktstruktur hat sich aber kaum etwas geändert. Auch die Oppositionsparteien, oder anders formuliert, die die Oppositionsbewegung dominierenden Netzwerke um Sam Rainsy und Kem Sokha haben sich in ihrer identitären Perzeption nur bedingt gewandelt. Sie speisen sich seit Ende des Bürgerkrieges aus ihrem Verständnis als demokratische Kräfte, die das Land retten wollen, und zeichnen sich durch ihre tiefe Verbundenheit zu liberal-demokratischen Ländern, wie etwa den USA oder Frankreich, aus. Ein Wechsel lässt sich dahingehend beobachten, dass die CNRP bemüht war, ein Parteiprogramm zu etablieren und Politik damit auf eine sachbezogene Ebene zu setzen. Gleichzeitig brechen Antagonismen entlang der bereits bekannten Konfliktlinien immer wieder hervor, die mit einer starken identitären Abwertung des politischen Gegners einhergehen. Es lässt sich also beobachten, dass sich die Austragungswege des Konfliktes zwischen den Parteien im zeitlichen Verlauf zwar geändert haben, die zu Grunde liegenden Antagonismen und Identitätsperzeptionen aber zu großen Teilen fortbestehen, selbst wenn erste Schritte hin zu einer sachbezogenen Ebene vorhanden sind. Auch hier bleibt abzuwarten, welche Folgen der Generationenwandel auf das politische Spektrum in Bezug auf die Nutzung demokratischer Verfahren hat, da junge Parlamentarier zwar den alten Netzwerken entspringen, aber zum großen Teil im Ausland studiert haben und anders sozialisiert wurden als die vorherige Generation. Inwieweit *demokratische Austragungsräume und Verfahren* überhaupt angewandt und in welcher Form diese adaptiert und für bestimmte Konfliktaustragungsformen nutzbar gemacht werden, war der zweite Kerngedanke, der die empirische Untersuchung geleitet hat. Die Übernahme liberaler und demokratischer, also normativ geprägter Strukturen ist in ihrer Ausprägung komplex und begleitet von Adaption und Ablehnung zugleich. Auf der Bevölkerungsebene sind verschiedene Aspekte hervorzuheben. Kambodscha verfügt seit der Gründungswahl 1993 über eine starke Wahlbeteiligung. Wahlen wird in allen Bevölkerungsschichten ein äußerst hoher Stellenwert beigemessen. Zudem erfreuen sich politische Kommentatoren und Radiosender großer Beliebtheit. Auch die Jugend, die wesentlich am Wahlerfolg der Opposition beteiligt war, ist nicht apolitisch. Parteien versuchen gezielt, diese anzuwerben. Ebenso zeigen die

langanhaltenden Proteste nach den Wahlen, Protestmärsche zur vietnamesischen Grenze oder die Stürmung der thailändischen Botschaft das hohe Maß an Politisierung in Kambodscha. Gleichzeitig sind diese basisdemokratischen Momente aber auch begleitet von antagonistischen und antidemokratischen Tendenzen. Demokratische Verfahren werden also von der Bevölkerung akzeptiert und auch getragen, haben aber das Potential, ins Antagonistische abzurutschen, nicht zuletzt weil institutionelle Austragungsmechanismen oft nicht vorhanden oder nicht hinreichend akzeptiert sind (Mouffe 2007: 30, 158-159). Die Selbstorganisation von Zivilgesellschaft oder die Planung demokratischer Prozesse, wie der Aufruf zu Demonstrationen, Gewerkschafts- oder Parteigründungen, erfolgt weitestgehend durch Elitennetzwerke. Gleichwohl lässt sich hier ein Wandel in der jüngeren Bevölkerung erkennen, die vermehrt auf ihre Rechte pocht und politische Veränderung teilweise über Stabilität stellt. „Grass root“-Initiativen bilden sich erst langsam heraus. Parallel und passend hierzu lässt sich eine nicht demokratische Organisationsstruktur auf gesellschaftlicher Ebene feststellen. Ein Großteil der lokalen und regionalen Politiker und Verwaltungsangestellten (Dorfvorsteher, lokale Administration etc.) sind als Mitglieder der Regierungspartei stark hierarchisch organisiert und üben so Einfluss auf die Bevölkerung aus. Allerdings führt der oben skizzierte soziale Wandel zu einer entsprechenden Aufweichung. Demokratische Austragungsmechanismen werden von der Bevölkerung unterstützt und sind Teil des identitären Selbstbildnisses. Das Verständnis hinsichtlich des Inhalts und der Durchführung und auch die zivilgesellschaftliche Selbstorganisation sind aber nach wie vor von antagonistischen Momenten und autoritären Strukturen begleitet, die nicht zuletzt auf eine starke Hierarchisierung und Einflussnahme der Eliten zurückzuführen sind. Der Implementierungsversuch von demokratischen Prozessen und Räumen durch internationale Akteure kann auf Bevölkerungsebene dennoch – zumindest teilweise – als erfolgreich angesehen werden.

Auf Elitenebene zeichnet sich, wie auch das Eingangszitat vermuten lässt, ein schwieriges Bild ab. Demokratische Austragungsräume werden zwar genutzt und angenommen und sind im politischen Konflikt und den Wahlen hart umkämpft, bilden aber nicht das eigentliche Zentrum der Macht, sondern eine Parallelstruktur. Dennoch wird die Herrschaftslegitimation durch Wahlen auch von der gesamten Elite akzeptiert und ihr Ausgang für den politischen Prozess als äußerst wichtig angesehen. Das

Verständnis über die Notwendigkeit eines Parteienpluralismus ist ebenfalls vorhanden. So wurden nach der Auflösung der CNRP deren Parlamentssitze nicht von der CPP selbst beansprucht, vielmehr wurden diese auf kleinere Parteien aufgeteilt, auch Teile der Opposition wurden für die Wahlen 2018 und 2022 wieder zugelassen. Die Candle Light Party, die sich zu großen Teilen aus alten CNRP-lern zusammensetzt, konnte bei den Kommunalwahlen 2022¹⁰⁴ sogar mehr als 22% der Wählerstimmen für sich gewinnen (Associated Press News 26.06.2022).¹⁰⁵ Die CPP betont immer wieder die hohe Zustimmungsrates aus der Bevölkerung und benutzt diese für ihre Legitimation. Gleichzeitig wird vor den Wahlen massiv Druck auf das Gegenüber ausgeübt oder Parteien verboten, um den eigenen Herrschaftsanspruch und den besetzten „Ort der Macht“ (Lefort 1990: 293) nicht zu gefährden. Eine Gewaltenteilung ist nicht gegeben, Institutionen sind schwach und abhängig von der Parteiführung, von der die eigentlichen Entscheidungen getroffen werden. Das zeigt sich auch im Umgang mit der Opposition. Gerichte, deren Unabhängigkeit man stets beteuert, werden zur vermeintlich „legitimen“ Verurteilung des Gegenübers verwendet.

Gleichzeitig unterstützt die internationale Ebene sowohl Regierung als auch Opposition bei Sachthemen, aber auch beim infrastrukturellen Aufbau und übernimmt damit Funktionen, die dem Staat zukommen würden, was zwar einerseits die Opposition stärkt, andererseits aber auch den strukturellen Aufbau hemmt. Demokratische Räume und auch Legitimationsverfahren werden so zum Teil angenommen – man würde nicht auf die Idee kommen, diese abzuschaffen oder ohne Legitimation durch den Wähler zu regieren –, diese sind aber dem eigenen Machtanspruch und den zu Grunde liegenden Antagonismen untergeordnet. Gleichwohl kann der Rückgang an physischer Gewalt und offenen Kämpfen als Erfolg betrachtet werden.

Dies hängt auch unmittelbar mit dem *identitären Selbstverständnis* der einzelnen Parteien zusammen. Leitfrage hierbei war, wie sich Fremd- und Selbstwahrnehmungen offenbaren, welchen Einfluss diese auf die Ausgestaltung des politischen Diskurses

¹⁰⁴ Trotz intensiver Bemühungen und Recherchen war es nicht möglich, ein offizielles Wahlergebnis in englischer Sprache des NEC oder der Parteien zu finden, weshalb die Arbeit auf die Meldung der Presseagentur Associated Press News zurückgreifen muss.

¹⁰⁵ Auf Grund des Mehrheitswahlsystems hat die Candlelight Party (CP) zwar nur vier „commune chief positions“ gewonnen, die CPP hingegen 1648 Sitze, allerdings gilt die Wahl als starker Indikator für die Parlamentswahlen im folgenden Jahr, denen ein Verhältniswahlsystem zu Grunde liegt (Associated Press News 26.06.2022).

haben und ob sie die Möglichkeiten agonaler Konfliktaustragung zulassen oder behindern. Das Identitätsverständnis der politischen Parteien, das bereits in der Analyse der zeitlichen Entwicklung diskutiert wurde, obliegt einem Wandel. Das Verhältnis zwischen Bevölkerung und politischen Eliten ist von Distanz geprägt, was der geschlossenen Elitenstruktur geschuldet ist, die aber zunehmend den Bedürfnissen der Bevölkerung entgegenkommen muss. Umgekehrt bilden sich aber auch aus der Bevölkerung neue Strukturen, die bisherige Deutungsmuster herausfordern. Hinsichtlich des Identitätsverständnisses sticht eine Eigenschaft der politischen Elite besonders hervor. Die Identitätsperzeption des Gegenübers ist abhängig von der Herausforderung von Machtstrukturen. Dies zeigt sich schon mit der Anwendung der „Win Win“-Policy in den 90er-Jahren gegenüber den Roten Khmer. Sobald diese sich bereit erklärten, sich in bestehende Regierungsnetzwerke integrieren zu lassen, und damit keine Bedrohung mehr für den Herrschaftsanspruch darstellten, konnten sie sowohl wirtschaftliche als auch politische Privilegien behalten. Auch nach der antagonistischen Auseinandersetzung mit FUNCINPEC im Jahre 1997 wurden einzelne Personen in die eigenen Reihen abgeworben. 1998, nachdem die vermeintliche Herrschaftsbedrohung abgewendet worden war, wurde erneut eine Koalitionsregierung gegründet, obwohl man sich zuvor noch mit Waffengewalt bekämpft hatte. Trotz der vorausgegangenen antagonistischen Konfliktaustragungen scheint es weder für die Regierung noch für die Opposition ein Problem zu sein, zusammen zum Essen zu gehen oder gemeinsam Trauerfeierlichkeiten zu besuchen und dabei medienwirksam auf Facebook Selfies zu veröffentlichen, auch wenn das Gegenüber einen vorher mit Gefängnisstrafen bedroht oder zum Exil genötigt oder vice versa als „Verräter“ denunziert hat (Sam Rainsy, Facebook Post 03.07.2022; Khmer Times 28.01.2022). Die Identität des Gegenübers wird nicht per se abgewertet und in Frage gestellt, vielmehr steht eine solche immer im Zusammenhang mit dem Kampf um politische Machtansprüche und Ressourcen. Dennoch bleiben die unterliegenden Identifikationsdiskurse davon weitgehend unberührt, diese haben sich auch im zeitlichen Verlauf wenig gewandelt. Die Konfliktlinie zwischen westlich geprägter Opposition und Regierung hat seit Jahrzehnten weiterhin Bestand. Dies wirkt sich auch unmittelbar auf die angewandten Konfliktaustragungsmodi aus. Dabei ist ein zyklischer Verlauf zu konstatieren, der geprägt ist von Wellen der Annäherung zwischen

Opposition und Regierung und der Konflikteskalation zwischen eben diesen Gruppierungen. Diese werden durch symbolische Gesten oder Handlungen ausgelöst, die unmittelbar auf die bestehenden Identitätszuschreibungen rekurrieren.

Die zentrale Frage hinsichtlich der *Konfliktaustragungsmodi* lautete, wie Konfliktprozesse durch die nationalen und internationalen Ebenen beeinflusst werden und inwieweit diese durch ihr Verhalten zur Herausbildung eines agonalen Konfliktverständnisses beitragen oder es behindern. Hierbei ergibt sich ein vielschichtiges Bild. Es gelang den internationalen Akteuren nach dem Ende des Kalten Krieges und der sich dadurch verändernden weltpolitischen Lage, dem Konflikt die Ressourcen zu seiner Fortführung zu entziehen (Messmer 2003: 137-139; Peou 1996: 131) und ihn zugleich durch massiven Druck und Einwirkung auf die Konfliktparteien soweit aufzubrechen, dass Verhandlungen und schließlich ein Friedensabkommen möglich waren. Gleichzeitig legte die Internationale Gemeinschaft durch die Art des Friedensabkommens die Grundlage für ein Fortbestehen bzw. eine Weiterentwicklung des Konfliktes. Strömbom argumentiert grundsätzlich im Hinblick auf Friedensabkommen: „If actors, either third party or domestic ones, are unable to change the uneven power-balance into a more symmetric one during the course of peace processes, this indicates a challenge to already fragile relations“ (Strömbom 2020: 955). Dies ist im kambodschanischen Konfliktkontext der Fall. Durch das Aufbrechen der Koalition zwischen Royalisten, Republikanern und Roten Khmer und dem Umstand, dass diese als einzelne Parteien an den Friedensverhandlungen teilnahmen, ergab sich ein struktureller und finanzieller Vorteil für die von Vietnam unterstützte Regierung bzw. die Nachfolgepartei CPP. Diese ungleiche Machtverteilung führte nicht nur dazu, dass UNTAC kein Klima der Neutralität herstellen konnte, sondern mitverantwortlich dafür war, dass die Roten Khmer jahrelang weiterkämpften. Eine weitere Konsequenz aus diesem Umstand war die Zwei-Premierminister-Lösung, die in dem hochpolitisierten Post-Konflikt-Umfeld Kambodschas 1997 schließlich zu erneuten gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen FUNCINPEC und CPP führte. Auch auf struktureller Ebene erschwerte eben jener Friedensvertrag die Aufteilung von Ressourcen, da die CPP bereits große Teile des Verwaltungsapparates unter ihrer Kontrolle hatte und dementsprechend Einfluss in den Provinzen und auf lokaler Ebene ausüben und Ressourcen weiter ausbauen konnte, während die Opposition in verschiedenen Parteien

antrat und sich so gegenseitig schwächte. Gleichwohl garantierte der Einfluss der Internationalen Gemeinschaft die Durchführung von ersten freien Gründungswahlen, ein Schritt hin zu agonalen Konfliktaustragungsformen, und nötigte die Parteien zugleich, sich identitär neu zu definieren und in ihrem Selbstverständnis weg von Bürgerkriegsgruppierungen zu Parteien zu wandeln, die sich in einem formal demokratischen Setting etablieren müssen (Norén-Nilsson 2016: 6).

Der Einfluss der Internationalen Gemeinschaft auf den Peacebuilding-Prozess nach den Gründungswahlen ist ebenfalls komplex und führt einerseits zu einer Agonalisierung der Konfliktaustragungsmodi, andererseits aber auch zu deren Antagonisierung. Zwar konnten demokratische Normen und Werte partiell implementiert werden und die Politik durch Anhebung des Bildungsniveaus, „capacity building“ und Unterstützung bei der Verwaltung, durch Förderung junger Kambodschaner und die Anbindung von Hilfsgeldern an demokratische Verfahren auf eine sachbezogener Ebene gesetzt werden. Die Entwicklung des Staates und das sehr große wirtschaftliche Wachstum sowie die damit verbundene Schaffung neuer sozialer Klassen sind hier positiv hervorzuheben. Es stellt sich aber gleichzeitig die berechtigte Frage, inwiefern die Internationale Gemeinschaft, indem sie Aufgaben des Staates übernimmt, nicht erst den Raum für antagonistische Eskalationen gibt, da sie den Staat von Teilen seiner wesentlichen Aufgaben befreit und damit eine Zusammenarbeit zwischen den Parteien nur bedingt notwendig macht. Auch die Instrumentalisierung jener Fortschritte durch die Regierungspartei ist für den Konfliktdiskurs kritisch zu sehen. Zudem tragen bestimmte NGOs zu einer Festigung bestehender Konfliktmuster und einer Reproduktion der antagonistischen Konflikte bei, indem sie die Opposition stark unterstützen. Das passiert nicht nur auf finanzieller, sondern auch auf moralischer Ebene, die nicht selten mit einer Verurteilung der Regierung und deren Handlungsweisen einhergeht, was wiederum zu bewussten Abgrenzungen und der Ablehnung liberal-demokratischer Praktiken auf Seiten der Regierung führt. Ein weiterer Faktor ist auch das an manchen Stellen vorhandene mangelnde kulturelle Verständnis, das sich beispielsweise bei der Aufarbeitung der Khmer Rouge-Verbrechen oder dem Wissen um Hierarchieebenen, Sozialstrukturen oder Diskussionskultur offenbart. Hinzu kommt der wachsende Einfluss Chinas, der das Land in einen Zwiespalt zwischen demokratischen Werten und pragmatischer chinesischer Hilfe bringt und die

Konfliktlinien zwischen Opposition und Regierung weiter verschärft. Auch sorgte die Internationale Gemeinschaft immer wieder dafür, dass im Exil befindliche Politiker in das Land zurückkehren konnten, wie vor den Wahlen 2013, um so einen kompetitiven Wettbewerb zu ermöglichen. Durch den schwindenden Einfluss liberal-demokratischer Staaten und den sich verringernden Druck, Räume des hegemonialen Deutungsdiskurses unter Androhung internationaler Sanktionen und der Streichung von Entwicklungshilfe offen zu halten, hat sich die politische Situation in den letzten Jahren erneut zugespitzt, und antagonistische Momente des Politischen kommen wieder stärker zum Vorschein, wenngleich die Konfliktaustragungsmodi sich durch den jahrzehntelangen Einfluss der Internationalen Gemeinschaft gewandelt haben und der aktiven Mitgestaltung des Diskurses in den letzten Jahren größere Bedeutung beigemessen wurde. Auf Ebene der Zivilgesellschaft ist eine hohe Identifikation mit demokratischen Verfahren und Austragungsmustern zu konstatieren. Demokratischen Legitimationsverfahren wird ein großer Stellenwert zugeschrieben, die Wahlbeteiligungen sind traditionell sehr hoch, eine Zivilgesellschaft bildet sich heraus. Lokale NGOs sind in verschiedenen gesellschaftlichen Feldern in Kambodscha sehr aktiv und positionieren sich im Diskurs. Gleichzeitig haben diese Verfahren auch eine Tendenz, ins Antagonistische umzuschlagen, wie sich an teilweise gewaltvollen Demonstrationen oder Diffamierungen des politischen Gegenübers zeigt.

Zusammenfassend lässt sich die Leitfrage dieser Arbeit, inwiefern ein Wandel der Konfliktaustragung von antagonistischen zu agonalen Formen stattgefunden hat und auf Grundlage welcher identitären und sozialen Prozesse dies erfolgt ist, folgendermaßen beantworten:

Eine Transformation in der Konfliktaustragung hin zu agonalen Austragungsformen hat stattgefunden, sie ist aber nicht vollständig abgeschlossen und geprägt von sich immer wieder ereignenden antagonistischen Episoden, die abhängig sind von darunterliegenden Identitätsperzeptionen.

Dabei stehen vier Hauptfaktoren besonders hervor:

Erstens: Es besteht eine unmittelbare Abhängigkeit vom Einfluss des internationalen Systems und dessen Möglichkeit, auf die Konfliktprozesse einzuwirken, sie aufzubrechen oder zu lenken.

Zweitens: Agonale Praktiken des Politischen sind immer dann möglich und gegeben, wenn sie nicht unmittelbar den Herrschaftsanspruch bedrohen. Sobald dieser gesichert ist, weitet sich der politische Raum und lässt konterhegemoniale Kräfte zu.

Drittens: Die Eskalation des Konfliktes steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den dahinterliegenden Deutungsdiskursen und ist daher stark themenspezifisch. Sobald bestehende Identitätsmuster und -konstruktionen angegriffen werden, führt dies zu einer antagonistischen Konfliktaustragung.

Viertens: Agonale Einigungen werden im kleinen politischen Rahmen erzielt, während sich antagonistische Eskalation im öffentlichen Diskurs abspielt, die Konfliktkommunikation findet somit nur noch mittelbar, nicht mehr unmittelbar statt.

Hinsichtlich des zweiten Teils der Frage, welche sozialen und identitären Muster hier zum Tragen kommen, lassen sich fünf Haupteigenschaften aufzeigen:

Erstens: Obwohl eine Anpassung der Parteien an das neue, formal demokratische System nach dem Bürgerkrieg erfolgt ist, haben identitäre Zuschreibungen und Selbstwahrnehmungen aus der Vergangenheit immer noch Bestand.

Zweitens: Es findet jedoch ein sozialer Wandel in Kambodscha statt, der klassische Identifikationsmuster langsam beschränkt. Diese Transformation geht sowohl auf politischer Ebene durch nachfolgende Politikergenerationen als auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene mit der Herausbildung einer neuen Mittelschicht und eines neuen Selbstbewusstseins der „working poor“ und sich wandelnden Sozialstrukturen vorstatten.

Drittens: Die starke Trennung zwischen Eliten und Bevölkerung beginnt sich aufzulösen, was sich einerseits positiv auf die Elitenebene auswirkt, die sich der Bevölkerung verpflichtet fühlt und nicht mehr ausschließlich in antagonistischen Mustern operieren kann, andererseits aber auch neue Konfliktdiskurse erzeugt.

Viertens: Identitätswandel benötigt Zeit und ist als Prozess über Generationen hinweg zu betrachten. Gleichwohl zeigt sich durch den starken Einfluss der Internationalen Gemeinschaft, dass bestimmte Werte, wie Wahlen, Konfliktaustragung durch Gerichte oder die Notwendigkeit von Institutionen und Korruptionsbekämpfung, im identitären Selbstverständnis der politischen Elite mittlerweile fest verankert sind.

Fünftens: Politische Macht ist im kambodschanischen Kontext und auch im Hinblick auf die Selbstperzeption der politischen Elite strukturell eng mit wirtschaftlicher Macht

verbunden. Dieser Nexus beschränkt die soziale Durchlässigkeit des politischen Systems und festigt bestehende Machtstrukturen. Andererseits ist die Stabilität des politischen Systems abhängig von seinem Fassungsvermögen, da es neue wirtschaftliche Eliten zu integrieren und bestehende Netzwerke aufrechtzuerhalten gilt.

Aber was bedeuten diese Erkenntnisse nun für eine Evaluierung des Peacebuilding in Kambodscha? Wird der Aufbau und die Anwendung agonaler Strukturen als gesellschaftlicher Prozess verstanden, der sich über mehrere Generationen erstreckt und von Rückschlägen und Parallelitäten begleitet ist, dann kann der kambodschanische Friedensprozess durchaus als erfolgreich betrachtet werden. Kambodscha hat es nach mehreren Jahrzehnten, die geprägt waren von Bürgerkriegen, Besatzung, Völkermord und Totalitarismus, geschafft, vier stehende Heere zu integrieren und zu vereinen und die gewaltsame, verstanden als physische Austragung von Konflikten weitestgehend zu stoppen. Das Land, und dies ist der entscheidende Punkt, lebt seit fast 30 Jahren im Frieden und hat, im Gegensatz zu vielen anderen Post-Konflikt-Staaten, keinen erneuten Rückfall in einen Bürgerkrieg erlebt.

„Yet our achievements also mask many continuing failings and seem to give rise to more dangers for the future“, wie Hun Sen 2000 in einer Rede vor den UN konstatierte, in der er sich eigentlich auf die globale Weltsituation bezog, die sich aber auch auf den kambodschanischen Kontext sehr gut anwenden lässt (United Nations A/55/PV.7: 23). In welche Richtung sich der Staat entwickelt, ob sich Konfliktidentitäten aus der Zeit des Bürgerkrieges endgültig auflösen und damit andere politische Kräfte, deren Herrschaftsdiskurse der Bevölkerung mehr entsprechen, an die Macht kommen, ist unklar. Auch ist ungewiss, ob dies von erneuten antagonistischen Momenten begleitet wird oder es zu einem friedlichen Machtwechsel oder einer Aufteilung der Macht kommt. Vielleicht haben auch die ursprünglichen Legitimationsmuster in abgewandelter Form weiterhin Bestand und die Eliten bleiben in ihrer bisherigen Form bestehen, oder es bilden sich im Zuge des Generationenwechsels neue Legitimationsmuster aus der herrschenden Elite. Welche Bedeutung ein solcher Fortbestand oder Wandel für die gesellschaftliche und politische Situation des Landes hat, wird sich erst im Laufe der Zeit zeigen.

9.2 Perspektiven für die Friedens- und Konfliktforschung

Welche Implikationen ergeben sich also nun aus den oben gemachten Beobachtungen für die Friedens- und Konfliktforschung jenseits des kambodschanischen Diskurses? Hier sind zwei unterschiedliche Aspekte zu nennen: Zum einen gilt es, zu beleuchten, welchen Beitrag die getätigte Operationalisierung für die „Agonistic Peace“-Forschung leistet und wie sie für andere Untersuchungen fruchtbar gemacht werden kann, zum anderen stellt sich die Frage, welche Handlungsempfehlungen sich aus den gewonnenen Ergebnissen für das Peacebuilding ganz generell ableiten lassen?

Die getätigte empirische Analyse ermöglicht eine grundsätzliche Untersuchung agonalen Wandels jenseits der im demokratischen Diskurs tradierten Vorstellungen, wie „Grad der Institutionalisierung“ oder „Anerkennung und Dialog“, wie sie etwa Strömbom (2020) in ihrer Operationalisierungsidee vorschlägt, und wird so anderen als liberal-demokratischen Formen von Staatlichkeit besser gerecht.

Strömboms Ansatz zielt auf eine Analyse der Inklusion verschiedener Ebenen in einem institutionellen Setting ab und untersucht, ob und wie sich einzelne Gruppen in diesem Kontext anerkennen (Strömbom 2020: 954-966). Damit setzt die Autorin erstens voraus, dass demokratische Institutionen das tatsächliche Zentrum der Machtausübung sind, und zweitens, dass bereits ein impliziter Konsens über die Austragungsform von Konflikten gefunden wurde. Obwohl Strömbom wichtige Anhaltspunkte für spätere Stadien eines Transformationsprozesses, insbesondere innerhalb liberal-demokratischer Settings liefern kann, setzt die hier getätigte Untersuchung an einem sowohl zeitlich als auch inhaltlich anderem Punkt an. Insbesondere hinsichtlich der Frage nach demokratischen Austragungsformen ist es entscheidend, nicht auf den Grad der Institutionalisierung abzielen, sondern auf die Frage, ob diese Formen für antagonistische Zwecke als Machtressource genutzt werden und damit eine Parallelstruktur zu den eigentlichen Steuerungsmodi des Staates sind, oder ob Institutionen unabhängig arbeiten. So kann die Komplexität von Konfliktprozessen umfassender verstanden und eine genauere Differenzierung vorgenommen werden. Durch die Anerkennung weiterer Legitimationsquellen, wie etwa der von Tradition oder informellen Prozessen, ist der in dieser Arbeit skizzierte Ansatz sowohl in verschiedenen Kontexten von Herrschaft einsetzbar, da er Konfliktdiskurse auch jenseits eines klassischen institutionellen Framings abbilden kann. Auch lassen sich so

Wandlungsprozesse von agonistischen zu agonalen Formen der Konfliktaustragung und die damit verbundenen Identitätsperzeptionen bereits in frühen Stadien eines Friedensprozesses nachzeichnen.

Diese Art der Kategorisierung und die umfassende empirische Untersuchung anhand der vier Analyseebenen, die bisher in der „Agonistic Peace“-Forschung so noch nicht getätigt wurden, können dabei wegweisend sein für weitere Untersuchungen agonalen Wandels und für empirische Analysen verschiedenster Konfliktkontexte. Sie ist die erste ausführliche Studie des agonalen Peacebuilding, die nicht nur punktuell, sondern systematisch und über einen größeren Zeitraum hinweg agonalen Wandel und Identitätsverständnis einzelner Konfliktparteien analysiert. Durch die vorgenommene Operationalisierung wurde die theoretische Idee des Antagonismus, die im Kontext liberaler Demokratien konzipiert wurde, für eine Anwendung in Post-Konflikt-Kontexten nicht nur fruchtbar gemacht, sie weist vielmehr eine hohe Erklärungskraft für die zeitliche Entwicklung politischer Prozesse auf. Anhand eines solchen Vorgehens können agonale Momente und deren Parallelität zu gleichzeitigen Antagonismen analysiert, ein identitärer Wandel abgebildet und sowohl politische als auch gesellschaftliche Aspekte der Konfliktaustragung abgedeckt werden. Ferner erlaubt diese Kategorisierung eine Untersuchung zwischen und innerhalb einzelner Gruppierungen und ist zugleich so flexibel und universell gestaltet, dass sie jederzeit auch auf verschiedene Konfliktkontexte angewandt werden kann. Sie bildet damit ein Gerüst und einen Anknüpfungspunkt für zukünftige Untersuchungen anderer Kontexte. Die Stärke eines solchen Operationalisierungsvorschlages liegt außerdem in der Möglichkeit, diesen sowohl für Post-Konflikt-Kontexte, in denen institutionelle Strukturen für den hegemonialen Diskurs eine zentrale Rolle spielen, (wie dies beispielsweise in Nordirland der Fall ist (Bramsen 2022)), als auch für Länder zu verwenden, in denen andere Machtstrukturen dominierend sind.

Dies bedeutet aber nicht, dass der Untersuchungskatalog nicht um weitere Aspekte erweitert werden könnte, wie beispielsweise die Verteilung von wirtschaftlichen Ressourcen, Zugänge zur Macht oder die Zusammenarbeit zwischen Ethnien oder Religionen, wenn der Untersuchungsgegenstand dies erforderlich machen sollte.

Ferner kann der Ansatz für eine umfassende Betrachtung jenseits der Elitenebene erweitert werden, indem die vier Kategorien auch auf regionaler oder lokaler Ebene

untersucht werden. Vor allem in Hinblick auf „deep rooted conflicts“ können gesamtgesellschaftliche Prozesse so besser abgedeckt und die Ausprägung agonaler als auch antagonistischer Konfliktaustragungsmodi und identitärer Zuschreibungen zusätzlich sowohl auf lokaler und regionaler Ebene als auch in der Dynamik zwischen den Ebenen diskutiert werden. Auch Strömbom schlägt in ihrer Operationalisierungsidee bereits ein dreistufiges System vor, nämlich die Gesellschaft in drei Hierarchieebenen, also „Elite Level“, „Mid-range Level“ und „Grassroots Level“, zu unterteilen und entsprechend zu analysieren (2020: 957). Dabei ist es aber notwendig, anders als Strömbom dies tut, die Akteurseinteilung nach verschiedenen Ebenen individuell und hinsichtlich des Konfliktkontextes angepasst vorzunehmen und diese nicht festzuschreiben. So können empirische Abstufungen besser greifbar gemacht werden und Besonderheiten besser abgebildet werden. Dieses dreistufige Vorgehen, das die Gesellschaft und das politische Feld im Gesamten abdeckt, eignet sich gerade bei ethnischen oder religiösen Konflikten, die – anders als der kambodschanische Konflikt, der als ideologischer Konflikt und Machtkonflikt um hegemoniale Deutungshoheit und Ressourcenverteilung an die Elitenebene gebunden und von dieser gelenkt wird – bereits auf der Makroebene entstehen und reproduziert werden können. Eine derartige Erweiterung des entwickelten Modells bietet den Vorteil, auch singuläre agonale Phänomene abbilden und entsprechend in einen Gesamtkontext einbetten zu können. Solche Momente identifizieren beispielsweise González Martín, Lauge Hansen und Parra Grondona (2022) bei einem Kunstprojekt in Kolumbien. Göker und Çelik (2022) wiederum diskutieren die Kraft des Zuhörens in einem multiethnischen Frauenprojekt in der Türkei. Lehti und Romashov (2022) analysieren auf lokaler Ebene agonale Momente des Zusammenlebens in einem antagonistischen Umfeld am Beispiel des Bergkarabachkonfliktes und Nagle (2022) die Kraft sozialer Bewegungen in Beirut. Die Stärke des entwickelten Ansatzes liegt also vor allem darin, die unterliegenden Konfliktprozesse, die zu einer erneuten Ausweitung und Eskalation des Konflikts führen, auf allen Ebenen besser fassen und analysieren zu können, da er jenseits von normativen und von liberal-demokratischen Staatsvorstellungen geprägten Analyseebenen operiert und auch agonale Veränderungen, die sich außerhalb „klassischer“ politischer Felder bewegen, sowohl auf Eliten-Level als auch auf „grass root“-Ebene aufzeigen kann. Auch bietet der Ansatz eine Perspektivierungsmöglichkeit dieser Prozesse hinsichtlich des

sozialen und politischen Kontextes, die sich in ihrem Einfluss und ihrer Funktionslogik sowohl horizontal (agonale Entwicklung auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen) als auch vertikal (Wechselwirkungen zwischen einzelnen sozialen und politischen Feldern) einordnen lassen.

Die getätigte Untersuchung zu Kambodscha kann aber auch außerhalb des Anwendungskontextes für die agonale Friedensforschung fruchtbar gemacht werden. Die faktischen Ergebnisse, die für den kambodschanischen Kontext erarbeitet wurden, können als Anhaltspunkt für weitere Studien dienen. Sie können helfen, mögliche agonale Prozesse überhaupt zu erkennen und besser zu identifizieren und das empirische Verständnis für agonale und antagonistische Formen der Konfliktaustragung zu schärfen. Gleichwohl kann die getätigte Forschung nur als erster Ansatz betrachtet werden. Weitere Untersuchungen hinsichtlich der Unterschiede zwischen ethnischen Konflikten und Machtkonflikten und der dahinterliegenden Identifikationsprozesse, eine gesamtgesellschaftliche Analyse agonaler Konfliktaustragung, komparative Studien sowie das Wechselspiel zwischen verschiedenen Ebenen könnten an diese Ergebnisse anknüpfen und so das Forschungsfeld weiterentwickeln.

Eine weitere Frage, die eine Antwort erfordert, ist, welche Erkenntnisse aus diesen empirischen Beobachtungen für die Ausgestaltung des Peacebuilding vor Ort gewonnen werden können?

Es konnte – wie auch von der „Agonistic Peace“-Forschung insbesondere auf theoretischer Ebene gefordert (z.B. Hall 2009; Jones 2014; Maddison 2015) – aufgezeigt werden, dass die Anerkennung der Konflikt- und Prozesshaftigkeit des Politischen und das Verständnis der dahinterliegenden Identifikationsmuster notwendig sind, um den Friedensprozess als solchen besser zu begreifen und die entsprechenden Dynamiken zu erkennen. Eine umfassende empirische Analyse der bestehenden Konfliktaustragungsmodi ist zugleich eine Grundvoraussetzung, um gezielt auf solche Prozesse einzuwirken zu können. So kann dieses Wissen beispielsweise für lokale Projekte eingesetzt werden, um eine Deantagonisierung des Konfliktes und einen Wandel der Konfliktaustragungsmodi zu ermöglichen. Hier zeigt sich eine hohe Anschlussfähigkeit an andere Strömungen der Friedensforschung, wie etwa an „grass root“-Ansätze, die ebenfalls die Berücksichtigung lokaler Strukturen fordern (z. B. Autesserre 2007).

Über die lokale Ebene hinaus zeigt sich hinsichtlich der Handlungsempfehlungen für die Friedens- und Konfliktforschung und das Peacebuilding ein deutlich komplexeres und schwierigeres Bild, das stark von den einzelnen Konflikt dynamiken abhängig ist. Dennoch gibt es einige grundsätzliche Aspekte, die einen agonalen Wandel unterstützen könnten und deren Diskussion für den Friedensprozess fruchtbar sein könnte:

Erstens: Obwohl der politische Raum immer aus „Akten der Ausschließung“ konstituiert ist (Mouffe 2007: 19), erfordert er eine gewisse Durchlässigkeit. Ist diese nicht gegeben, können konterhegemoniale Deutungsansprüche (Mouffe 2007: 27) nicht artikuliert werden. Die Konfliktkommunikation kommt damit zum Erliegen und ein erneutes antagonistisches Hervorbrechen ist wahrscheinlich. Ein Klima, in dem ein politischer Diskurs oder eine Auseinandersetzung stattfinden kann, ist also notwendig, und das zunächst vollkommen unabhängig davon, wie der Austragungsrahmen (Institutionen, informelle Treffen, gesellschaftliche Strukturen) beschaffen sein mag. Dies fängt, wie auch Murphy und Walsh (2022) argumentieren, schon bei der Gestaltung der einzelnen Friedensverträge an.

Zweitens: Friedensschlüsse erfordern zudem, wie auch Strömbom (2020) argumentiert, eine gewisse Machtbalance zwischen den einzelnen Konfliktparteien, anderenfalls entsteht ein Machtungleichgewicht, das zur Verfestigung einzelner Herrschaftsansprüche führt und den Kampf um den hegemonialen Deutungsdiskurs erschwert.

Drittens: Der externe Einfluss friedensfördernder Maßnahmen der Internationalen Gemeinschaft (z.B. durch UN-Missionen oder Peacebuilding-Maßnahmen) sollte stark genug sein, um den Konflikt aufbrechen zu können und die Sicherheit aller Parteien zu garantieren, er ist aber zugleich kein Garant für eine Adaption agonaler Konfliktaustragungsmodi durch die einzelnen Akteure.

Viertens: Die Positionierung der Internationalen Gemeinschaft als Konfliktakteur sollte so gestaltet sein, dass sie nicht zu einem weiteren Aufleben antagonistischer Momente führt oder eine Spaltung zwischen den Konfliktparteien, beispielsweise durch einseitige Unterstützung einer Partei, fördert. Maßnahmen sollten entsprechend an individuelle Konflikt- und Identitätskonstellationen angepasst werden, so dass eine agonale Austragungsform ermöglicht wird.

Fünftens: Der Wandel von Selbst- und Fremdperzeption kann sich über mehrere Generationen erstrecken und verläuft weder linear noch auf allen gesellschaftlichen Ebenen gleich. Der Transformationsprozess ist damit von Parallelitäten, von agonalen und antagonistischen Momenten und auch von Rückschritten geprägt.

Sechstens: Kulturelle Besonderheiten und Ausprägungen des politischen Selbstverständnisses sollten hinsichtlich Konfliktkommunikation und Steuerung der Austragungsmodi berücksichtigt werden, wie auch schon Vertreter des „local“-Peacebuilding fordern (Paffenholz 2016: 211-213).

Siebtens: Es ist nicht ausreichend, Institutionen zu schaffen, vielmehr ist es notwendig, zu überprüfen, inwiefern diese das wirkliche Zentrum der Macht darstellen und ob sie im eigentlichen Sinne verwendet oder für antagonistische Konfliktaustragung mit anderen Mitteln genutzt werden.

Achtens: Zur dauerhaften Austragung von Konflikten auf agonaler Basis ist das Bewusstsein über einen Minimalkonsens notwendig, der nicht nur mit der identitären Akzeptanz des Gegenübers, sondern auch mit dem Verständnis einhergeht, dass der „Ort der Macht“ (Lefort 1990: 293) nur repräsentativ und nicht dauerhaft besetzt ist.

Neuntens: Wirtschaftliche Macht und politische Macht sind in vielen postkolonialen Staaten eng miteinander verbunden (Schlichte 2005: 124, 182-221). Dies führt zu einer Verengung von politischen Räumen und von Möglichkeiten, Deutungsdiskurse herauszufordern. Bei der Unterstützung durch die internationale Gebergemeinschaft und bei der Verteilung von Ressourcen erscheint es deshalb sinnvoll, dies entsprechend zu berücksichtigen.

Obwohl die aufgezeigten Punkte eine Transformation von antagonistischen Formen und eine dauerhafte Herstellung agonaler Konfliktaustragungsmodi möglicherweise erleichtern und so zu einem identitären Wandel beitragen können, bleibt doch die ganz grundsätzliche und höchst normative Frage bestehen, was das eigentliche Ziel von Peacebuilding überhaupt sein sollte, wie sich an der eingangs geführten Diskussion über Erfolg oder Misserfolg des kambodschanischen Peacebuilding-Prozesses deutlich zeigt. Sind die Etablierung von rechtsstaatlichen Strukturen, wirtschaftlicher Liberalisierung und die Implementierung demokratischer Staatsvorstellungen und Werte und damit die Schaffung einer liberalen Demokratie das Ergebnis, das erreicht werden sollte, oder ist die Zielsetzung vielmehr die Schaffung von dauerhaftem Frieden, infrastrukturellem

Aufbau, wirtschaftlichem Aufschwung und eine agonale Konfliktaustragung jenseits liberal-demokratischer Staatsvorstellungen, auch wenn dies mit nicht-demokratischen Formen des Zusammenlebens einhergeht? Unabhängig von der Frage, zu welcher Bewertung man kommt, ist eine agonale Konfliktaustragung die Grundbedingung für ein friedliches Zusammenleben.

Aber auch im Hinblick auf die Ausgestaltung agonaler Konfliktaustragung ergeben sich weitere Fragen, die bis jetzt in der wissenschaftlichen Debatte nicht hinreichend thematisiert wurden. Die hier getätigte Operationalisierung kann deshalb nur als ein erster Ansatz begriffen werden, das komplexe Zusammenspiel zwischen Identitätsperzeption und Konfliktaustragungsmodi zu kategorisieren. Weitere Forschung ist vor allem auf vier Ebenen notwendig: hinsichtlich der Perzeption von Vergangenheit und Zukunft und ihrer Bedeutung für den Friedensprozess, der strukturellen Ausdifferenzierung der Theorie sowie der normativen Frage nach einem Minimalkonsens, die eng mit dem vierten Punkt, nämlich dem Verständnis darüber, was „Agonistic Peace“ sein sollte, zusammenhängt.

Der erste Faktor, dessen Bedeutung auch Bramsen (2022) in ihrer Analyse des nordirischen Parlaments unterstreicht, ist der des zeitlichen Verlaufes. Vergangenheit und Zukunft, verstanden als jahrzehntelang bestehende Konfliktdiskurse und die Position zum zukünftigen Status Nordirlands, sind stark umstrittene und äußerst relevante Themen für den Friedensprozess, die aber in der Parlamentsdiskussion, die von ihr als empirisches Beispiel angeführt wird, bewusst nicht stark thematisiert werden, um die Zusammenarbeit in der Gegenwart nicht zu gefährden, kurz um die Konfliktaustragung nicht erneut eskalieren zu lassen (Bramsen 2022: 1332-1333). „The parties are ‚allowed‘ to disagree on the past and future, but there seems to be limited room for fighting about this in the present“ (Bramsen 2022: 1333). Auch in Kambodscha sind Fragen nach der Vergangenheit bzw. nach dem Bürgerkrieg und der zukünftigen Ausgestaltung des politischen Systems stark umstritten und führen, wie aufgezeigt, immer wieder zu antagonistischen Konfliktaustragungsmodi. Diese Beobachtung steht, wie auch Bramsen (2022) bemerkt, im Kontrast zu der theoretischen Prämisse, die von verschiedenen Teilen der „Agonistic Peace“-Forschung vertreten wird, nämlich, dass Räume des Dissenses geschaffen werden sollten, in denen ein agonistischer Austausch und Dialog stattfinden kann, um eine Eskalation des Konfliktes auf anderen Ebenen zu

verhindern. Die beiden empirischen Untersuchungen zu Kambodscha und zu Nordirland bestätigen aber, dass eine identitäre Grundlage bzw. ein gemeinsames Miteinander als Grundbedingung für einen agonalen Konfliktwandel, wie sie etwa über die Diskussion von Sachfragen erreicht werden kann, erst hergestellt werden muss, um einen Identitätswandel überhaupt erreichen zu können: „[...] this ‚paler‘ or at least less intense version of agonistic peace may simply be necessary in a tense, post-war situation“ (Bramsen 2022: 1337).

Obwohl verschiedene Forscher zeigen konnten, dass „Antagonistic dialogue“ bzw. „multilogue“ sowie „Agonistic listening“ in einzelnen Projekten oder in Gesprächsgruppen dabei unterstützen können, Konfliktdiskurse zu verändern und die Akzeptanz des Gegenübers zu stärken (z.B. Lehti 2016; Aggestam/Cristiano/Strömbom 2015; Göker/Çelik 2022; Rumelili/Strömbom 2022; Maddison 2015), zeigt die bei Bramsen und die hier getätigte empirische Beobachtung andererseits, dass antagonistische Dialoge in politischen Post-Konflikt-Situationen entweder vermieden werden oder zu einer erneuten Eskalation des Konflikts beitragen können. Diese Diskrepanz macht die Notwendigkeit weiterer Forschung deutlich. In welchen Phasen und innerhalb welcher Dynamiken des Friedensprozesses kann agonistischer Dialog geführt werden, auf welcher Form eines grundlegenden Konsenses beruht dieser? Ist hier eine Unterscheidung zwischen klassischen politischen Settings und Personen des politischen Lebens (z.B. im Parlament, zwischen Parteien, Politikern) und damit grundsätzlichen Diskussionen über die Zukunft des Staates und zwischen sozialen Settings (wie in Workshops, auf Konferenzen, bei NGO-Projekten etc.) zu treffen?

Diese offenen Fragen – und das ist der zweite Punkt – hängen auch mit der bisher nicht ausreichend erfolgten strukturellen Ausdifferenzierung des theoretischen Modells zusammen oder wie Rosemary Shinko es formuliert:

„Is agonistic peace theory something we deploy to evaluate or read back into the nature of various peacebuilding initiatives, or is it something that those involved in these processes are directly engaging as an idea and a practice that they acknowledge and intentionally enact and embody?“ (Shinko 2022: 1406).

Neben den zwei im Zitat aufgeführten Punkten, ist die dritte und wichtigste Frage die nach Prozessen sowie politischen und sozialen Strukturen, die hinter agonistischem Wandel stehen. Obwohl die Arbeit nicht nur hinsichtlich Kambodscha einen wichtigen

Beitrag zu eben dieser Fragestellung leisten konnte, wird noch weitere Forschung vor allem in der komparatistischen Analyse, benötigt. Gibt es Parallelitäten zwischen einzelnen Friedensprozessen, welche Rolle spielen Ethnie oder Religion für Identitätsperzeption und agonalen Wandel, unterscheiden sich Prozesse in liberal-demokratischen und anderen Ordnungsformen in Bezug auf den Umgang mit antagonistisch aufgeladenen Post-Konflikt-Diskursen, lassen sich auch über einzelne Länderanalysen hinaus allgemeine Prämissen ableiten oder gibt es strukturelle Muster und zeitliche Abfolgen, die sich wiederholen und generalisiert werden können, sind nur einige Punkte, die weiterer Analyse bedürfen.

Unbeantwortet in diesem Kontext – und dies hängt mit der ganz grundsätzlichen und normativen Frage zusammen, die bereits oben skizziert wurde – bleibt die Frage nach der Ausgestaltung eines Minimalkonsenses. Während Shinko argumentiert, „agonism must more directly address the broader questions of structural violence an not elide them in the hope for more peaceful forms of conflict resolution“ und sich fragt „Who really exerts agency with respect to the agonistic process, and is it ultimately (re)captured, or perhaps co-opted, back within more liberal-infused approaches“ (Shinko 2022: 1406), verknüpfen andere „Agonistic Peace“-Forscher die Theorie auf einer normativen Ebene implizit mit einem liberalen Demokratieverständnis und Peace-Building-Kontext, indem sie die Notwendigkeit institutioneller Austragungsmechanismen sowie eines pluralistischen Machtverständnisses betonen und die Etablierung eines liberal-demokratischen Rahmens fordern, innerhalb dessen „Agonistic Dialogue“ stattfinden kann (z.B. Aggestam/Cristiano/Strömbom 2015; Strömbom/Bramsen 2022; Rumelili/Strömbom 2022). Forderungen nach der Inklusion verschiedener Konfliktparteien in den Friedensprozess, wie sie sich auch in „critical“-Peacebuilding-Ansätzen finden lassen, implizieren eine normative Vorstellung sowohl über das gewünschte Ergebnis eines Transitionsprozesses als auch über den „Agonalen Frieden“ selbst. Greift man den Einwand Shinkos auf, dass agonistische Forschung sich gezielt mit den Fragen nach struktureller Gewalt und damit auch nach Formen der Konfliktaustragung auseinandersetzen muss, werden drei Aspekte deutlich.

Erstens könnte die „Agonistic Peace“-Forschung, in ihrem Verständnis von Konflikten von einer stärkeren Auseinandersetzung mit Konflikttheorien profitieren, um das eigene Verständnis von Konflikt und Gewalt weiter zu schärfen. Auch Strömbom und Bramsen

weisen auf Gemeinsamkeiten zwischen beiden Theoriesträngen hin, das Verständnis von Konflikten als zyklische Prozesse und soziale Konstruktion (Strömbom/Bransen 2022: 1239) Gleichzeitig steht eine vertiefte Anbindung an und Verknüpfung mit Konflikttheorien noch weitestgehend aus. Zweitens erscheint es sinnvoll, strukturelle Wandlungsprozesse sowohl hinsichtlich der Konfliktaustragung als auch des Identitätsverständnisses auf breiterer Basis zu erforschen – hier konnte die empirische Analyse des kambodschanischen Friedensprozesses als erste große Studie einen wichtigen Beitrag leisten – und die Zusammenhänge zwischen Gewalt, Macht, Identität und Wandel vermehrt zu fokussieren, um nicht nur frühe Phasen des Friedensprozesses abbilden zu können, sondern auch – und dies ist der dritte Punkt – agonalen Wandel jenseits bestimmter liberaler Ordnungsparadigmen erfassen und im wissenschaftlichen Kontext einbetten zu können. Wie bereits Nagle (2022) in seiner Analyse über „non-sectarian movements“ in Beirut, Lehti und Romashov (2022) über agonale Friedensmomente im Bergkarabachkonflikt oder González Martín, Lauge Hansen und Parra Grondona (2022) im Kontext von Peacebuilding-Projekten auf Basis singulärer Fallbeispiele herausarbeiten, kann ein bestimmter Konsens zwischen Akteuren auch jenseits demokratischer Strukturen und über andere Prinzipien, wie etwa über soziale Bewegungen, wirtschaftliche Abhängigkeiten oder auch durch Kunstprojekte, entstehen. Ein weiteres einendes Element könnte, wie in der Analyse Kambodschas im Kontext der vietnamesischen Fremdherrschaft gezeigt wurde, auch eine Bedrohung von außen sein, die zu einer Überwindung trennender Narrative und zum Zusammenschluss einzelner Parteien führt. Auch rechtliche Traditionen oder religiöse Prozesse könnten ein einheitsstiftendes Element bilden, das Grundvoraussetzung für eine agonale Konfliktaustragung sein kann. Obwohl die Arbeit ein Konzept entworfen hat, eben jenen Wandel jenseits liberal-demokratischer Ordnungsvorstellungen untersuchen zu können, steht eine genauere Analyse der einzelnen, oben aufgeführten Aspekte, die zu einem Minimalkonsens und damit zu agonaler Konfliktaustragung führen können, auf breiter Basis und für verschiedene Post-Konflikt-Settings noch aus.

Eine strukturelle Ausdifferenzierung und Weiterentwicklung der Theorie, basierend auf den eingangs aufgeführten vier Prämissen, kann nicht nur im Rahmen der „Agonistic Peace“-Forschung dazu dienlich sein, Ursprünge und Prozesse des agonalen Wandels besser zu verstehen, vielmehr kann sie auch dabei helfen, das Verständnis „Agonalen

Friedens“ jenseits normativer, liberal-demokratischer Vorstellungen neu zu denken und so wichtige Impulse für die Friedens- und Konfliktforschung, insbesondere für das Peacebuilding, zu geben.

Literaturverzeichnis

Aggestam, Karin/Cristiano, Fabio/Strömbom, Lisa 2015: Towards Agonistic Peacebuilding? Exploring the Antagonism-Agonism Nexus in the Middle East Peace Process, in: *Third World Quarterly* 36: 9, 1736-1753.

Agreement on Political Resolution between Cambodian People's Party and Cambodia National Rescue Party 2014. English Translation.
<https://www.sophanseng.info/wp-content/uploads/2014/07/Translation-of-Agreement-between-CPP-and-CNRP.pdf> (Stand: 01.09.2022)

Albert, Mathias/Kessler, Oliver/Stetter, Stephan 2008: On Order and Conflict: International Relations and the 'Communicative Turn', in: *Review of International Studies*, Special Issue S1: Cultures and Politics of Global Communication, 34: S1, 43-67.

Amorim Jardim, Camila 2015: Understanding the Concept of Global South: An Initial Framework, in: *Revista Mundorama, Divulgação Científica em Relações Internacionais* 11.11.2015.

Arendt, Hannah 2007: *Vita activa oder Vom tätigen Leben*, 5. Auflage, München.

Arnold, Dennis 2017: Civil Society, Political Society and Politics of Disorder in Cambodia, in: *Political Geography* 60: 23-33.

Arthur, Paige (Hrsg.) 2011: *Identities in Transition: Challenges for Transitional Justice in Divided Societies*, Cambridge.

Ashley, David W. 1998: The Failure of Conflict Resolution in Cambodia: Causes and Lessons, in: Brown, Frederick Z./Timberman, David G. (Hrsg.): *Cambodia and the International Community: The Quest for Peace, Development, and Democracy*, New York, 49-78.

Ashmore, Richard/Jussim, Lee/Wilder, David (Hrsg.) 2001: *Social Identity, Intergroup Conflict and Conflict Reduction (Rutgers Series on Self and Social Identity, Band 3)*, Oxford.

Autesserre, Séverine 2006: Local Violence, National Peace? Postwar "Settlement" in the Eastern D. R. Congo (2003–2006), in: *African Studies Review* 49: 3, 1-29.

Autesserre, Séverine 2007: D. R. Congo: Explaining Peace Building Failures, 2003-2006, in: *Review of African Political Economy* 34: 113, 423- 441.

Autesserre, Séverine 2009: Hobbes and the Congo: Frames, Local Violence, and International Intervention, in: *International Organization* 63: 2, 249-280.

Autesserre, Séverine 2010: *The Trouble with the Congo: Local Violence and the Failure of International Peacebuilding* (Cambridge Studies in International Relations, Band 115), Cambridge.

Avruch, Kevin 2012: *Context and Pretext in Conflict Resolution: Culture, Identity, Power, and Practice*, Boulder.

Bara, Corinne/Deglow, Annekatrin/van Baalen, Sebastian 2021: *Civil War Recurrence and Postwar Violence: Toward an Integrated Research Agenda*, in: *European Journal of International Relations* 27: 3, 913-935.

Barnett, Michael 2016: *Peacebuilding and Paternalism*, in: Debiel, Tobias/Held, Thomas/Schneckener, Ulrich (Hrsg.): *Peacebuilding in Crisis: Rethinking Paradigms and Practices of Transnational Cooperation* (Routledge Global Cooperation Series), Abingdon, Oxon, 23-40.

Baumann, Marcel 2008: *Zwischenwelten: Weder Krieg noch Frieden. Über den konstruktiven Umgang mit Gewaltphänomenen im Prozess der Konfliktransformation*, Wiesbaden.

Bellamy, Alex J./Williams, Paul D./Griffin, Stuart 2010: *Understanding Peacekeeping*, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Cambridge.

Benner, Thorsten/Rotmann, Philipp 2008: *Learning to Learn? UN Peacebuilding and the Challenges of Building a Learning Organization*, in: *Journal of Intervention and Statebuilding* 2: 1, 43-62.

Beusch, Dirk 1993: *Kambodscha: Der Unvollendete Frieden*, Ebenhausen.

Bonacker, Thorsten (Hrsg.) 2008: *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien* (Friedens- und Konfliktforschung, Band 5). Eine Einführung, 4. Auflage, Wiesbaden.

Bonacker, Thorsten 2010: *Die Gesellschaft der Anderen. Kambodscha und die Interventionskultur der Weltgesellschaft*, in: Bonacker, Thorsten/Daxner, Michael/Free, Jan H./Zürcher, Christoph (Hrsg.): *Interventionskultur. Zur Soziologie von Interventionsgesellschaften*, Wiesbaden, 189-218.

Bonacker, Thorsten/Brodocz, André/Distler, Werner/Travouillon, Katrin 2014: *Deutungsmacht in Nachkriegsgesellschaften. Zur politischen Autorität internationaler Administrationen in Kambodscha und im Kosovo*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 21: 2, 7-36.

Bonacker, Thorsten/Daxner, Michael/Free, Jan H./Zürcher, Christoph (Hrsg.) 2010: *Interventionskultur. Zur Soziologie von Interventionsgesellschaften*, Wiesbaden.

Bonacker, Thorsten/Imbusch, Peter 2010: Zentrale Begriffe der Friedens- und Konfliktforschung: Konflikt, Gewalt, Krieg, Frieden, in: Imbusch, Peter/Zoll, Ralf (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung (Friedens- und Konfliktforschung, Band 1), 5. Auflage. Wiesbaden, 67-141.

Boutros-Ghali, Boutros 1992: An Agenda for Peace, Preventive Diplomacy, Peacemaking and Peace-keeping: Report of the Secretary-General Pursuant to the Statement Adopted by the Summit Meeting of the Security Council on 31 January 1992.
<https://digitallibrary.un.org/record/145749> (Stand: 08.07.2022)

Bramsen, Isabel 2022: Agonistic Interaction in Practice: Laughing, Dissensus and Hegemony in the Northern Ireland Assembly, in: Third World Quarterly 43: 6, 1324-1342.

Brown, Graham/Langer, Arnim/Stewart, Frances 2011: A Typology of Post-Conflict Environments, in: Center for Research on Peace and Development (CRPD), Working Paper Nr. 1.
<https://lirias.kuleuven.be/bitstream/123456789/330374/1/wp01.pdf>
(Stand: 08.07.2022)

Brown, Frederick Z./Timberman, David G. 1998: Introduction: Peace, Development, and Democracy in Cambodia – Shattered Hopes, in: Brown, Frederick Z./Timberman, David G. (Hrsg.): Cambodia and the International Community: The Quest for Peace, Development, and Democracy, New York, 13-31.

Brown, Frederick Z./Timberman, David G. (Hrsg.) 1998a: Cambodia and the International Community: The Quest for Peace, Development, and Democracy, New York.

Buckley-Zistel, Susanne 2008: Transitional Justice als Weg zu Frieden und Sicherheit. Möglichkeiten und Grenzen (SFB-Governance Working Paper Series Nr. 15, DFG Sonderforschungsbereich 700), Berlin, 3-28.

Buckley-Zistel, Susanne/Kater, Thomas (Hrsg.) 2011: Nach Krieg, Gewalt und Repression. Vom schwierigen Umgang mit der Vergangenheit (AFK-Friedensschriften, Band 36), Baden-Baden.

Buckley-Zistel, Susanne/Stanley, Ruth (Hrsg.) 2012: Gender in Transitional Justice (Governance and Limited Statehood Series), Basingstoke.

Bultmann, Daniel 2017: Kambodscha unter den Roten Khmer. Die Erschaffung des perfekten Sozialisten, Paderborn.

Bultmann, Daniel 2020: Clashing Social Ontologies: A Sociological History of Political Violence in the Cambodian Elite, in: Baumann, Benjamin/Bultmann, Daniel (Hrsg.): Social Ontology, Sociocultures and Inequality in the Global South (Routledge Studies in Emerging Societies), Abingdon, Oxon, 136-156.

Bultmann, Daniel 2020a: Wo sind all die Roten Khmer geblieben? In: Blickwechsel, Mai 2020, Stiftung Asienhaus.

https://www.asienhaus.de/fileadmin/_migrated/news_uploads/Blickwechsel_Wo_sind_all_die_Roten_Khmer_geblieben.pdf_01.pdf (Stand: 27.07.2022)

Çelik, Ayşe Betül 2021: Agonistic Peace and Confronting the Past: An Analysis of a Failed Peace Process and the Role of Narratives, in: *Cooperation and Conflict* 56: 1, 26-43.

Chandler, David P. 1998: The Burden of Cambodia's Past, in: Brown, Frederick Z./Timberman, David G. (Hrsg.): *Cambodia and the International Community: The Quest for Peace, Development, and Democracy*, New York, 33-47.

Chandler, David P. 2008: *A History of Cambodia*, 4. Auflage, Boulder.

Chandler, David P. 2014: Resilience and the 'Everyday': Beyond the Paradox of 'Liberal Peace', in: *Review of International Studies*, online first, DOI: 0.1017/S0260210513000533.

Chandler, David P. 2016: The Future of Peacebuilding, in: Debiel, Tobias/Held, Thomas/Schneckener, Ulrich (Hrsg.): *Peacebuilding in Crisis: Rethinking Paradigms and Practices of Transnational Cooperation* (Routledge Global Cooperation Series), Abingdon, Oxon, 41-55.

Chandler, David P. 2016a: Foreword, in: Norén-Nilsson, Astrid 2016: *Cambodia's Second Kingdom: Nation, Imagination, and Democracy* (Studies on Southeast Asia Series, Band 68), Ithaca, xi-xv.

Chandler, David P. 2017: *Peacebuilding: The Twenty Years' Crisis* (Rethinking Peace and Conflict Studies), 1997-2017, Cham.

Cheunboran, Chanborey 2021: *Cambodia's China Strategy: Security Dilemmas of Embracing the Dragon* (Routledge Security in Asia Pacific Series, Band 36), Abingdon, Oxon.

Chheang, Vannarith 2021: Cambodia in 2020: Regime Legitimacy Tested, in: Singh, Daljit/Cook, Malcolm (Hrsg.): *Southeast Asian Affairs 2021*, Singapur, 73-91.

Ciorciari, John D. 2021: Cambodia in 2020: Preventing a Color Revolution, in: *Asian Survey* 61: 1, 123-129.

Cock, Andrew Robert 2010: External Actors and the Relative Autonomy of the Ruling Elite in Post-UNTAC Cambodia, in: *Journal of Southeast Asian Studies* 41: 2, 241-265.

Comfrel: The Committee for Free and Fair Elections in Cambodia 2013: *2013 National Assembly Elections Final Assessment and Report*.

https://www.ccc-cambodia.org/kh/download?file_id=890&action=view&view_file_id=148801741558b15807682692.88505083 (Stand: 19.07.2022)

Comfrel: The Committee for Free and Fair Elections in Cambodia, February 2016: Democracy: Elections and Reform in Cambodia 2015.
<https://comfrel.org/english/2015-anual-report-on-democracy-elections-and-reform/>
(Stand: 10.08.2022)

Connolly, William 1991: Identity/Difference: Democratic Negotiations of Political Paradox, Erweiterte Auflage, Minneapolis.

Conway, Janet/Singh, Jakeet 2011: Radical Democracy in Global Perspective: Notes from the Pluriverse, in: Third World Quarterly 32: 4, 689-706.

Corfield, Justin 2009: The History of Cambodia (The Greenwood Histories of the Modern Nations), Santa Barbara.

Croissant, Aurel 2016: Electoral Politics in Cambodia: Historical Trajectories, Current Challenges and Comparative Perspectives. Bericht der Konrad Adenauer Stiftung Kambodscha.
https://www.kas.de/documents/252038/253252/7_dokument_dok_pdf_46876_2.pdf/c01271a3-999d-d5ef-31b7-156867efaef3?version=1.0&t=1539650062708
(Stand: 23.08.2022)

Croissant, Aurel 2019: Cambodia in 2018: Requiem for Multiparty Politics, in: Asian Survey 59: 1, 170-176.

Cunningham, Andrew J. 2017: Post-Conflict Contexts and Humanitarian Organizations: The Changing Relationship with States, in: Journal of International Humanitarian Action 2: 7, 1-10.

Czempiel, Ernst-Otto 1998: Friedensstrategien: eine systematische Darstellung außenpolitischer Theorien von Machiavelli bis Madariaga, 2. aktualisierte und überarbeitete Auflage, Opladen.

Dados, Nour/Connell, Raewyn 2012: The Global South, in: Contexts 11: 1, 12-13.

Davis, Madeleine 2005: Is Spain Recovering Its Memory? Breaking the "Pacto del Olvido", in: Human Rights Quarterly 27: 3, 858-880.

Debiel, Tobias/Held, Thomas/Schneckener, Ulrich (Hrsg.) 2016: Peacebuilding in Crisis: Rethinking Paradigms and Practices of Transnational Cooperation (Routledge Global Cooperation Series), Abingdon, Oxon.

Debiel, Tobias/Rinck, Patricia 2016: Rethinking the Local in Peacebuilding: Moving Away from the Liberal/Post-Liberal Divide, in: Debiel, Tobias/Held, Thomas/Schneckener, Ulrich (Hrsg.): Peacebuilding in Crisis: Rethinking Paradigms and Practices of Transnational Cooperation (Routledge Global Cooperation Series), Abingdon, Oxon, 240-256.

Delgado, Maria M. 2015: Memory, Silence, and Democracy in Spain: Federico García Lorca, the Spanish Civil War, and the Law of Historical Memory, in: *Theatre Journal* 67: 2, 177-196.

Demirović, Alex 2007: Hegemonie und die diskursive Konstruktion der Gesellschaft, in: Nonhoff, Martin (Hrsg.): *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*, Bielefeld, 55-85.

Diez, Thomas/Stetter,Stephan/Albert, Mathias 2006: The European Union and Border Conflicts: The Transformative Power of Integration, in: *International Organization* 60: 3, 563-593.

Doyle, Magdalena María/Meirovich, Valeria 2013: Towards a New Hegemony: Reflections on the Challenges for the Articulation of Democratic Struggles, in: *Anagramas. Rumbos y Sentidos de la Comunicación* 12: 23, 59-69.

Doyle, Michael W. 1998: Peacebuilding in Cambodia: The Continuing Quest for Power and Legitimacy, in: Brown, Frederick Z./Timberman, David G. (Hrsg.): *Cambodia and the International Community: The Quest for Peace, Development, and Democracy*, New York, 79-99.

Doyle, Michael W. 1999: War and Peace in Cambodia, in: Walter, Barbara F./Snyders, Jack (Hrsg.): *Civil Wars, Insecurity, and Intervention*, New York, 181-217.

Ear, Sophal 2009: The Political Economy of Aid and Regime Legitimacy in Cambodia, in: Öjendal, Joakim/Lilja Mona (Hrsg.): *Beyond Democracy in Cambodia: Political Reconstruction in a Post-Conflict Society (Democracy in Asia, Band 12)*, Kopenhagen, 151-188.

Ear, Sophal 2013: *Aid Dependence in Cambodia: How Foreign Assistance Undermines Democracy in Cambodia*, New York.

Elster, Jon (Hrsg.) 2006: *Retribution and Reparation in the Transition to Democracy*, Cambridge.

Encarnación, Omar G. 2008: Reconciliation after Democratization: Coping with the Past in Spain, in: *Political Science Quarterly* 123: 3, 435-459.

Eng, Netra/Hughes, Caroline 2017: Coming of Age in Peace, Prosperity, and Connectivity: Cambodia's Young Electorate and Its Impact on the Ruling Party's Political Strategies, in: *Critical Asian Studies*, online first, DOI: 10.1080/14672715.2017.1341185.

Escudero, Rafael 2014: Road to Impunity: The Absence of Transitional Justice Programs in Spain, in: *Human Rights Quarterly* 36: 1, 123-146.

European Commission, Press Release 12.08.2020: Cambodia Loses Duty-Free Access to the EU Market over Human Rights Concerns.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_20_1469

(Stand: 11.07.2022)

European Parliamentary Research Service 2020: Thailand: From Coup to Crisis. At a Glance.

[https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2020/659330/EPRS_ATA\(2020\)659330_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2020/659330/EPRS_ATA(2020)659330_EN.pdf) (Stand: 22.08.2022)

European Union: Official Journal of the European Union, L 127/1, 22.04.2020.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32020R0550&from=EN> (Stand: 10.07.2022)

Extraordinary Chambers in the Courts of Cambodia (ECCC) 2022: Introduction to the ECCC.

<https://www.eccc.gov.kh/en/introduction-eccc> (Stand: 22.09.2022)

Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO): Country Fact Sheet on Food and Agriculture Policy Trends, April 2014.

<https://www.fao.org/3/i3761e/i3761e.pdf> (Stand: 08.07.2022)

Galtung, Johan 1977: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, Reinbek bei Hamburg.

Gartzke, Erik/Gleditsch, Skrede K. 2006: Identity and Conflict: Ties That Bind and Differences That Divide, in: European Journal of International Relations 12: 1, 53-87.

Gates, Scott/Nygård, Håvard Mogleiv/Trappeniers, Esther 2016: Conflict Recurrence, in: Conflict Trends 02/2006, Peace Research Institute Oslo.

<https://www.prio.org/publications/9056> (Stand: 21.08.2022)

Global Witness 2016: Hostile Takeover: The Corporate Empire of Cambodia's Ruling Family. Download Report.

<https://www.globalwitness.org/en/reports/hostile-takeover/> (Stand: 16.07.2022)

Göker, Zeynep Gülru/Çelik, Ayşe Betül 2022: Women's Dialogic Encounters: Agonistic Listening and Emotions in Multiple-Identity Conflicts, in: Third World Quarterly 43: 6, 1251-1269.

González Martín, Diana/Lauge Hansen, Hans/Parra Grondona, Agustín 2022: A Case for Agonistic Peacebuilding in Colombia, in: Third World Quarterly 43: 6, 1270-1287.

Gromes, Thorsten 2010: Probleme der Komplexität, Koordination, Konsistenz und Beendigung von Interventionen, in: Bonacker, Thorsten/Daxner, Michael/Free, Jan H./Zürcher, Christoph (Hrsg): Interventionskultur. Zur Soziologie von Interventionsgesellschaften, Wiesbaden, 173-187.

Guan, Ang Cheng 2013: Singapore, ASEAN and the Cambodian Conflict 1978-1991, Singapur.

Hall, Gary 2009: Wikination: On Peace and Conflict in the Middle East, in: Cultural Politics 5: 1, 5-26.

Hanf, Theodor (Hrsg.) 1999: Dealing with Difference: Religion, Ethnicity, and Politics: Comparing Cases and Concepts (Studien zu Ethnizität, Religion und Demokratie, Band 2), Baden-Baden.

Hardt, Michael/Negri, Antonio 2002: Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt a. M.

Hardt, Michael/Negri, Antonio 2004: Multitude. Krieg und Demokratie im Empire, Frankfurt a. M.

Haug, Sebastian/Braveboy-Wagner, Jacqueline/Maihold, Günther 2021: The 'Global South' in the Study of World Politics: Examining a Meta Category, in: Third World Quarterly 42: 9, 1923-1944.

Haynes, Jeffrey 2009: Conflict, Conflict Resolution and Peace-Building: The Role of Religion in Mozambique, Nigeria and Cambodia, in: Commonwealth & Comparative Politics 47: 1, 52-75.

Heder, Steve 2018: Cambodia-Vietnam: Special Relationship against Hostile and Unfriendly Forces, in: Cook, Malcolm/Singh, Daljit (Hrsg.): Southeast Asian Affairs 2018, Singapur, 113-131.

Hein, Ye Myo 2022: The Root Causes of Myanmar's Coup Go Deeper. Wilson Center, Asia Program, March 2022.

https://www.wilsoncenter.org/sites/default/files/media/uploads/documents/2022-03-Myanmar_YeMyoHein.pdf (Stand: 22.08.2022)

Heng, Kimkong 2022: Cambodia-Vietnam Relations: Key Issues and the Way Forward. ISEAS Yusof Ishak Institute, 12.04.2022.

https://www.iseas.edu.sg/wp-content/uploads/2022/03/ISEAS_Perspective_2022_36.pdf (Stand: 11.07.2022)

Heng, Pheakday 2012: Cambodia-China Relations: A Positive-Sum Game? In: Journal of Current Southeast Asian Affairs 31: 2, 57-85.

Heng, Sreang 2008: The Scope and Limitations of Political Participation by Buddhist Monks, in: Kent, Alexandra/Chandler, David P. (Hrsg.): People of Virtue: Reconfiguring Religion, Power and Moral Order in Cambodia Today (NIAS Studies in Asian Topics, Band 43), Kopenhagen, 241-256.

Herschinger, Eva/Renner, Judith (Hrsg) 2014: Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen (Innovative Forschung – Theorien, Methoden, Konzepte, Band 1), Baden-Baden.

Hidalgo, Oliver 2014: Die Antinomien der Demokratie, Frankfurt a. M.

Hinton, Alexander 1998: Why Did You Kill? The Cambodian Genocide and the Dark Side of Face and Honor, in: *The Journal of Asian Studies* 57: 1, 93-122.

Hinton, Alexander 2006: Khmerness and the Thai 'Other': Violence, Discourse and Symbolism in the 2003 Anti Thai Riots in Cambodia, in: *Journal of Southeast Asian Studies* 37: 3, 445-468.

Hoang, Vu Le Thai 2007: Vietnam's Quest for Influence and Its Implications for the Management of Border Disputes with Laos and Cambodia, in: *Journal of Current Southeast Asian Affairs* 26: 2, 5-37.

Horowitz, Donald L. 1985: *Ethnic Groups in Conflict*, Berkeley.

Hughes, Caroline 2001: Transforming Oppositions in Cambodia, in: *Global Society* 15: 3, 295-318.

Hughes, Caroline 2002: Parties, Protest and Pluralism in Cambodia, in: *Democratization* 9: 3, 165-186.

Hughes, Caroline 2002a: International Intervention and the People's Will: The Demoralization of Democracy in Cambodia, in: *Critical Asian Studies* 34: 4, 539-562.

Hughes, Caroline 2003: *The Political Economy of Cambodia's Transition, 1991-2001*, London.

Hughes, Caroline 2009: Reconstructing Legitimate Political Authority through Elections? in: Öjendal, Joakim/Lilja, Mona (Hrsg.): *Beyond Democracy in Cambodia: Political Reconstruction in a Post-Conflict Society (Democracy in Asia, Band 12)*, Kopenhagen, 31-69.

Hughes, Caroline/Eng, Netra 2019: Facebook, Contestation and Poor People's Politics: Spanning the Urban-Rural Divide in Cambodia? in: *Journal of Contemporary Asia* 49: 3, 365-388.

Hughes, Caroline/Pupavac, Vanessa 2005: Framing Post-Conflict Societies: International Pathologisation of Cambodia and the Post-Yugoslav-States, in: *Third World Quarterly* 26: 6, 873-889.

Human Rights in ASEAN 2016: Timeline of Harrasment of Opposition MPs, Members, and Supporters. News 16.05.2016.

<https://hrasean.forum-asia.org/news/timeline-of-harassment-of-opposition-mps-members-and-supporters/> (Stand: 30.05.2023)

Human Rights Watch 2016: Dragged and Beaten: The Cambodian Government's Role in the October 2015 Attack on Opposition Politicans.

https://www.hrw.org/sites/default/files/report_pdf/cambodia0516web_0.pdf
(Stand: 09.09.2022)

Human Rights Watch 2020: Vietnam. Events of 2019.

<https://www.hrw.org/world-report/2020/country-chapters/vietnam>
(Stand: 22.08.2022)

Hun, Sen 2022: Facebook Page. Beiträge.

<https://www.facebook.com/hunsencambodia> (Stand: 04.08.2022)

International Labour Organization 2022: Background Information.

https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---asia/---ro-bangkok/documents/genericdocument/wcms_735105.pdf (Stand: 12.07.2022)

Jennar, Raoul M. 1994: UNTAC: 'International Triumph' in Cambodia? in: Security Dialogue 25: 2, 145-156.

Jones, Briony 2014: Ensuring a Political Space for Conflict by Applying Chantal Mouffe to Post-War Reconstruction and Development, in: Progress in Development Studies 14: 3, 249-259.

Kammermeier, Lisa 2013: Handlungsspielräume und Grenzen von Kriegsverbrechertribunalen (Regensburger Studien zur Internationalen Politik, Band 14), Magisterarbeit, Hamburg.

Kao, Kim Hourn 1998: Cambodia and the International Community: The Road Ahead, in: Brown, Frederick Z./Timberman, David G. (Hrsg.): Cambodia and the International Community: The Quest for Peace, Development, and Democracy, New York, 187-202.

Kapoor, Ilan 2002: Deliberative Democracy or Agonistic Pluralism? The Relevance of the Habermas-Mouffe Debate for Third World Politics, in: Alternatives: Global, Local, Political, 27: 4, 459-487.

Karbaum, Markus 2015: The Dynamics of Social Change in Cambodia: Moving Away from Traditionalism? in: Internationales Asienforum 46: 3-4, 229-259.

Karbaum, Markus 2016: Kambodscha zum Fremdschämen. Cambodia-news.net 26.04.2016.

<https://cambodia-news.net/2016/04/26/kambodscha-zum-fremdschaemen/>
(Stand: 10.07.2022)

Kelman, Herbert C. 2001: The Role of National Identity in Conflict Resolution: Experiences from Israeli-Palestinian Problem-Solving Workshops, in: Ashmore, Richard D./Jussim, Lee/Wilder, David (Hrsg.): Social Identity, Intergroup Conflict, and Conflict Reduction (Rutgers Series on Self and Social Identity, Band 3), Oxford, 187-212.

Khourn, Chantevy 2016: Women's Participation in Politics in Cambodia, in: Sharom, Azmi/Petcharamasree, Sriprapha/Sumarlan, Yanuar/Bootinand, Vachararutai/Baysa-Barredo, Joel Mark (Hrsg.): Pushing the Boundaries (Southeast Asian Human Rights Studies Network, Human Rights and Peace in Southeast Asia Series 5.), 19-34.
https://shapesea.com/wp-content/uploads/2017/03/SEAHRN_5.pdf
(Stand: 21.07.2022)

Knops, Andrews 2007: Debate: Agonism as Deliberation – On Mouffe's Theory of Democracy, in: The Journal of Political Philosophy 15: 1, 115-126.

Korostelina, Karina V. 2007: Social Identity and Conflict: Structures, Dynamics and Implications, New York.

Koschut, Simon 2015: Macht der Gefühle. Zur Bedeutung von Emotionen für die sozialkonstruktivistische Diskursforschung in den IB, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 22: 2, 7-33.

Koschut, Simon 2020: Emotionen in den Internationalen Beziehungen, in: Koschut, Simon/von Scheve, Christian (Hrsg.): Emotionen in den Internationalen Beziehungen (Emotionen in Politik und Gesellschaft, Band 1), Baden-Baden, 7-36.

Laclau, Ernesto 1999: Dekonstruktion, Pragmatismus, Hegemonie, in: Mouffe, Chantal (Hrsg.): Dekonstruktion und Pragmatismus. Demokratie, Wahrheit und Vernunft, Wien, 111-153.

Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal 2012: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, 4. durchgesehene Auflage, Wien.

Landmine & Cluster Munition Monitor 2017: Cambodia, Mine Contamination, 11.07.2017.
www.the-monitor.org/en-gb/reports/2017/cambodia/view-all.aspx#ftn1
(Stand: 10.09.2022)

LANGO: Law on Associations and Non-Governmental Organizations, Unofficial Translation by OHCHR (Office of the Human Rights Commissioner) of the Law as Adopted by National Assembly on 13 July 2015.
https://cambodia.ohchr.org/sites/default/files/Unofficial_Translation_of_5th_LANGO_ENG.pdf (Stand: 31.05.2023)

Lao, Mong Hay 1998: Building Democracy in Cambodia: Problems and Prospects, in: Brown, Frederick Z./Timberman, David G. (Hrsg.): Cambodia and the International Community: The Quest for Peace, Development, and Democracy, New York, 169-186.

Lefort, Claude 1990: Die Frage der Demokratie, in: Ulrich Rodel (Hrsg.): Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie, Frankfurt a. M., 281-297.

Lehti, Marko 2016: From Antagonism to Agonistic Peace: Rethinking Identities and Dialogic Transformation, Conference Paper, International Studies Association (ISA), 57. Annual Convention, Atlanta.

https://www.researchgate.net/publication/303332246_From_Antagonism_to_Agonistic_Peace_Rethinking_Identities_and_Dialogic_Transformation/link/573d5d8408ae9ace840ff4ab/download?_tp=eyJjb250ZXh0Ijp7ImZpcnN0UGFnZSI6InB1YmxpY2F0aW9uIiwicGFnZSI6InB1YmxpY2F0aW9uIn19 (Stand: 27.06.2022)

Lehti, Marko/Romashov, Vadim 2022: Suspending the Antagonism: Situated Agonistic Peace in a Border Bazaar, in: Third World Quarterly 43: 6, 1288-1306.

Ley, Thomas/Meyhöfer, Frank 2016: Soziologie des Konflikts. Eine Einführung (Studien zur Konflikt- und Friedensforschung, Band 14), Hamburg.

Licadho/Cambodian League for the Promotion and Defense of Human Rights 12.11.2021: Mother Nature Activists Released on Bail.

https://www.licadho-cambodia.org/tag/mother_nature (Stand: 26.07.2022)

Licadho/Cambodian League for the Promotion and Defense of Human Rights 23.05.2022: Convictions against ADHOC, NEC Staff Upheld by Appeal Court.

<https://www.licadho-cambodia.org/flashnews.php?perm=310> (Stand: 19.07.2022)

Licadho/Cambodian League for the Promotion and Defense of Human Rights 14.06.2022: Court Convicts At Least 51 in CNRP Mass Trial.

<https://www.licadho-cambodia.org/articles/20220614/176/index.html>
(Stand: 19.07.2022)

Licadho/Cambodian League for the Promotion and Defense of Human Rights 2022: Court Watch.

https://www.licadho-cambodia.org/court_watch/ (Stand: 10.07.2022)

Licadho/Cambodian League for the Promotion and Defense of Human Rights 2022: Prisoners of Interest.

https://www.licadho-cambodia.org/prisoners_of_interest/ (Stand: 10.07.2022)

Lilja, Mona 2007: 'Speakings' of Resistance: Women Politicians Negotiating Discursive Power in Cambodia, Dissertation, Göteborg.

Loughlin, Neil 2020: Reassessing Cambodia's Patronage System(s) and the End of Competitive Authoritarianism: Electoral Clientelism in the Shadow of Coercion, in: Pacific Affairs 93: 3, 497-518.

Loughlin, Neil 2021: Beyond Personalism: Elite Politics and Political Families in Cambodia, in: Contemporary Southeast Asia, Special Issue: The Cambodian People's Party's Turn to Hegemonic Authoritarianism: Strategies and Envisaged Futures, 43: 2, 241-264.

Loughlin, Neil/Milne, Sarah 2020: After the Grab? Land Control and Regime Survival in Cambodia since 2012, in: Journal of Contemporary Asia, online first, DOI: 10.1080/00472336.2020.1740295.

Mac Ginty, Roger 2008: Indigenous Peace-Making versus the Liberal Peace, in: Cooperation and Conflict: 43: 2, 139-163.

Mac Ginty, Roger 2016: What Do We Mean When We Use the Term 'Local'? Imagining and Framing the Local and the International in Relation to Peace and Order, in: Debiel, Tobias/Held, Thomas/Schneckener, Ulrich (Hrsg.): Peacebuilding in Crisis: Rethinking Paradigms and Practices of Transnational Cooperation (Routledge Global Cooperation Series), Abingdon, Oxon, 193-209.

Maddison, Sarah 2015: Relational Transformation and Agonistic Dialogue in Divided Societies, in: Political Studies 63: 5, 1014-1030.

Maddison, Sarah 2022: Agonistic Reconciliation: Inclusion, Decolonisation and the Need for Radical Innovation, in: Third World Quarterly 43: 6, 1307-1323.

Maddison, Sarah/Diprose, Rachael 2018: Conflict Dynamics and Agonistic Dialogue on Historical Violence: A Case from Indonesia, in: Third World Quarterly 39: 8, 1622-1639.

Mahler, Anne Garland 2017: Global South, in: Literary and Critical Theory, Oxford Bibliographies. Letztes Update 25.10.2017.
<https://www.oxfordbibliographies.com/view/document/obo-9780190221911/obo-9780190221911-0055.xml> (Stand: 08.07.2022)

Mayr-Singer, Jelka 2013: Khmer-Rouge-Tribunal Revisited: Meilenstein oder Mogelpackung? in: Vereinte Nationen: German Review on the United Nations, Die UN und Asien 61: 2, 75-78.

McCargo, Duncan 2011: Politics by Other Means? The Virtual Trials of the Khmer Rouge Tribunal, in: International Affairs 87: 3, 613-627.

McCargo, Duncan 2014: Cambodia in 2013: (No) Country for Old Men? A Survey of Asia in 2013, in: Asian Survey 54: 1, 71-77.

Mehler, Andreas 2016: Adapted instead of Imported: Peacebuilding by Power-Sharing, in: Debiel, Tobias/Held, Thomas/Schneckener, Ulrich (Hrsg.): Peacebuilding in Crisis: Rethinking Paradigms and Practices of Transnational Cooperation (Routledge Global Cooperation Series), Abingdon, Oxon, 91-109.

Merkel, Wolfgang 1999: Systemtransformation: Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Opladen.

Messmer, Heinz 2003: Der soziale Konflikt. Kommunikative Emergenz und systemische Reproduktion (Qualitative Soziologie, Band 5), Stuttgart.

Meyer, John W./Boli, John/Thomas, M. George/Ramirez, Francisco O. 1997: World Society and the Nation-State, in: The American Journal of Sociology 103: 1, 144-181.

Meyer, Sonja 2009: Preah Vihear Reloaded – Der Grenzkonflikt zwischen Thailand und Kambodscha, in: Journal of Current Southeast Asian Affairs 28: 1, 47-68.

Mine Action Review 2017: Clearing Cluster Munition Remnants 2017: Report for Cambodia.

https://www.mineactionreview.org/assets/downloads/Clearing_Cluster_Munition_Remnants_2017_Cambodia.pdf (Stand: 09.07.2022)

Mines Advisory Group 2022: MAG in Cambodia.

<https://www.maginternational.org/where-mag-works/where-we-work/mag-in-cambodia/> (Stand: 09.07.2022)

Ministry of Foreign Affairs & International Cooperation, Kingdom of Cambodia 31.12.2021: List of Foreign NGOs Which Signed MoU with the Ministry of Foreign Affairs and International Cooperation, 31.12.2021.

<https://www.mfaic.gov.kh/Page/2021-02-10-List-of-Foreign-NGOs-Which-Signed-MoU-with-the-Ministry-of-Foreign-Affairs-and-International-Cooperation> (Stand: 12.07.2022)

Minority Rights Group International 2017: Cambodia. Ethnic Vietnamese.

<https://minorityrights.org/minorities/ethnic-vietnamese/> (Stand: 11.07.2022)

Minority Rights Group International 2018: Cambodia. Chinese.

<https://minorityrights.org/minorities/chinese-2/> (Stand: 20.07.2022)

Morgenbesser, Lee 2019: Cambodia's Transition to Hegemonic Authoritarianism, in: Journal of Democracy 30: 1, 158-171.

Mouffe, Chantal 2007: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt a. M.

Mouffe, Chantal 2007a: Pluralismus, Dissens und demokratische Staatsbürgerschaft, in: Nonhoff, Martin (Hrsg.): Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, Bielefeld, 41-53.

Mouffe, Chantal 2008: Which World Order: Cosmopolitan or Multipolar, in: Ethical Perspectives 15: 4, 453-467.

Mouffe, Chantal 2014: *Agonistik: Die Welt politisch denken*, Berlin.

Moussa Nabo, Mitra/Stetter, Stephan 2012: *Global Conflict Governance in the Middle East: World Society, Conflict Management in Lebanon, and the International Crisis Group*, in: Stetter, Stephan (Hrsg.): *The Middle East and Globalization: Encounters and Horizons*, New York, 191-208.

Murg, Bradley J. 2022: *Walking a Fine Line: How Cambodia Navigates Its Way between China and Vietnam*, in: Singh, Daljit/Thi Ha, Hoang (Hrsg.): *Southeast Asian Affairs 2022*, Singapur, 126-137.

Murphy, Emma/Walsh, Dawn 2022: *Agonistic Transitional Justice: A Global Survey*, in: *Third World Quarterly* 43: 6, 1380-1398.

Nagle, John 2014: *From the Politics of Antagonistic Recognition to Agonistic Peace Building: An Exploration of Symbols and Rituals in Divided Societies*, in: *Peace & Change, Special Issue: Peace and Society in Northern Ireland*, 39: 4, 468-494.

Nagle, John 2022: *Disarticulation and Chains of Equivalence: Agonism and Non-Sectarian Movements in Post-War Beirut*, in: *Third World Quarterly* 43: 6, 1343-1360.

Nem, Sowath 2012: *Civil War Termination and the Source of Total Peace in Cambodia: Win-Win Policy of Samdech Hun Sen in International Context*, Phnom Penh.

Newman, Edward/Paris, Roland/Richmond, Oliver P. (Hrsg.) 2009: *New Perspectives on Liberal Peacebuilding*, Tokio.

Newman, Edward/Paris, Roland/Richmond, Oliver P. 2009a: *Introduction*, in: Newman, Edward/Paris, Roland/Richmond, Oliver P. (Hrsg.): *New Perspectives on Liberal Peacebuilding*, Tokio, 3-25.

Nonhoff, Martin (Hrsg.) 2007: *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*, Bielefeld.

Nonhoff, Martin 2007a: *Diskurs, radikale Demokratie, Hegemonie – Einleitung*, in: Nonhoff, Martin (Hrsg.): *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*, Bielefeld, 7-23.

Norén-Nilsson, Astrid 2015: *Cambodia at the Crossroads: The Narratives of Cambodia National Rescue Party Supporters after the 2013 Elections*, in: *Internationales Asienforum* 46: 3-4, 261-278.

Norén-Nilsson, Astrid 2016: *Cambodia's Second Kingdom: Nation, Imagination, and Democracy (Studies on Southeast Asia Series, Band 68)*, Ithaca.

Norén-Nilsson, Astrid 2019: Kem Ley and Cambodian Citizenship Today: Grass-Roots Mobilisation, Electoral Politics and Individuals, in: *Journal of Current Southeast Asian Affairs* 38: 1, 77-97.

Norén-Nilsson, Astrid 2021: Fresh News, Innovative News: Popularizing Cambodia's Authoritarian Turn, in: *Critical Asian Studies* 53: 1, 89-108.

Oberschall, Anthony 2007: *Conflict and Peace Building in Divided Societies: Responses to Ethnic Violence*, Abingdon, Oxon.

Oehm, Franziska M. 2015: Land Grabbing in Cambodia as a Crime against Humanity – Approaches in International Criminal Law in: *Verfassung und Recht in Übersee/Law and Politics in Africa, Asia and Latin America* 48: 4, 469-490.

Öjendal, Joakim/Lilja, Mona 2009: Beyond Democracy in Cambodia: Political Reconstruction in a Post-Conflict Society? In: Öjendal, Joakim/Lilja, Mona (Hrsg.): *Beyond Democracy in Cambodia: Political Reconstruction in a Post-Conflict Society (Democracy in Asia, Band 12)*, Kopenhagen, 1-30.

Öjendal, Joakim/Ou, Sivhouch 2015: The 'Local Turn' Saving Liberal Peacebuilding? Unpacking Virtual Peace in Cambodia, in: *Third World Quarterly* 36: 5, 929-949.

Olsen, Tricia D./Payne, Leigh A./Reiter, Andrew G. 2010: *Transitional Justice in Balance: Comparing Processes, Weighing Efficacy*, Washington.

Open Development Cambodia 29.04.2022: Poverty Policy and Regulation.
<https://opendevelopmentcambodia.net/topics/poverty-policy-and-regulation/#ref-155800-10> (Stand: 19.07.2022)

Paffenholz, Thania 2016: Peacebuilding Goes Local and the Local Goes Peacebuilding: Conceptual Discourses and Empirical Realities of the Local Turn in Peacebuilding, in: Debiel, Tobias/Held, Thomas/Schneckener, Ulrich (Hrsg.): *Peacebuilding in Crisis: Rethinking Paradigms and Practices of Transnational Cooperation (Routledge Global Cooperation Series)*, 210-226.

Panke, Diana/Petersohn, Ulrich 2011: Why International Norms Disappear Sometimes, in: *European Journal of International Relations* 18: 4, 719-742.

Paris, Roland 1997: Peacebuilding and the Limits of Liberal Internationalism, in: *International Security*, 22: 2, 54-89.

Paris, Roland 2002: International Peacebuilding and the 'Mission Civilisatrice', in: *Review of International Studies* 28: 4, 637-656.

Paris, Roland 2010: Saving Liberal Peacebuilding, in: *Review of International Studies* 36: 2, 337-365.

Peou, Sorpong 1996: Cambodia's Post-Cold War Dilemma: Democratization, Armed Conflict, and Authoritarianism, in: Singh, Daljit/ Kiat, Liak Teng (Hrsg.): Southeast Asian Affairs 1996, Singapur, 130-143.

Peou, Sorpong 1998: Hun Sen's Pre-Emptive Coup: Causes and Consequences, in: Da Cunha, Derek/Funston, John (Hrsg.): Southeast Asian Affairs 1998, Singapur, 86-102.

Peou, Sorpong 2000: Intervention & Change in Cambodia: Towards Democracy? Singapur.

Peou, Sorpong 2002: Implementing Cambodia's Peace Agreement, in: Stedman, Stephen J./Rothchild, Donald/Cousens, Elisabeth M. (Hrsg.): Ending Civil Wars: The Implementation of Peace Agreements, Boulder, 499-530.

Peou, Sorpong 2018: The Politics of Survival in Cambodia: National Security for Undemocratic Control, in: Howe, Brendan M. (Hrsg): National Security, Statecentricity, and Governance in East Asia (Security, Development and Human Rights Series in East Asia), Cham, 81-105.

Peou, Sorpong 2019: Cambodia's Hegemonic-Party System: How and Why the CPP Became Dominant, in: Asian Journal of Comparative Politics 4: 1, 42-60.

Po, Sovinda/West, Lucy 2021: Cambodian Foreign Policy in 2020: Chinese Friends and American Foes? in: Singh, Daljit/Cook, Malcolm (Hrsg.): Southeast Asian Affairs 2021, Singapur, 92-104.

Politikoffee 03.08.2022: Facebook Page, Info.
https://www.facebook.com/politikoffee/about/?ref=page_internal
(Stand: 03.08.2022)

Pou, Sothirak 2013: Cambodia's Border Conflict with Thailand, in: Singh, Daljit (Hrsg.): Southeast Asian Affairs 2013, Singapur, 87-100.

Przyborski, Aglaja/Wohlrab-Sahr, Monika 2008: Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch, München.

Pugh, Michael 2016: Corporate Peace: Crisis in Economic Peacebuilding, in: Debiel, Tobias/Held, Thomas/Schneckener, Ulrich (Hrsg.): Peacebuilding in Crisis: Rethinking Paradigms and Practices of Transnational Cooperation (Routledge Global Cooperation Series), Abingdon, Oxon, 175-190.

Rakner, Lise/Menocal Rocha, Alina R./Fritz, Verena 2007: Democratisation's Third Wave and the Challenges of Democratic Deepening: Assessing International Democracy Assistance and Lessons Learned, Working Paper 1. Research Project (RP-05-GG) of the Advisory Board for Irish Aid.

<https://www.cmi.no/publications/file/2761-democratisations-third-wave-and-the-challenges-of.pdf> (Stand: 08.07.2022)

Ramsbotham, Oliver/Woodhouse, Tom/Miall, Hugh 2016: Contemporary Conflict Resolution: The Prevention, Management and Transformation of Deadly Conflicts, 4. überarbeitete und aktualisierte Auflage, Cambridge.

Rattanasengchanh, Michael P. 2017: The Role of Preah Vihear in Hun Sen's Nationalism Politics, 2008-2013, in: Journal of Current Southeast Asian Affairs 36: 3, 63-89.

Renner, Judith/Spencer, Alexander 2013: De-antagonising the Other: Changing Constructions of the Taliban and the Possibility of Reconciliation, in: Global Society 27: 4, 475-496.

Richmond, Oliver P. 2004: The Globalization of Responses to Conflict and the Peacebuilding Consensus, in: Cooperation and Conflict 39: 2, 129-150.

Richmond, Oliver P. 2005: The Transformation of Peace (Rethinking Peace and Conflict Studies), New York.

Richmond, Oliver P. 2009: Beyond Liberal Peace? Responses to "Backsliding", in: Newman, Edward/Paris, Roland/Richmond, Oliver P. (Hrsg.): New Perspectives on Liberal Peacebuilding, Tokio, 54-77.

Richmond, Oliver P. 2011: A Post-Liberal Peace, London.

Richmond, Oliver P./Mitchell, Audra (Hrsg.) 2012: Hybrid Forms of Peace: From Every-Day Agency to Post-Liberalism (Rethinking Peace and Conflict Studies), New York.

Richmond, Oliver P./ Mitchell, Audra 2012a: Introduction – Towards a Post-Liberal Peace: Exploring Hybridity via Everyday Forms of Resistance, Agency and Autonomy, in: Richmond, Oliver P./Mitchell, Audra (Hrsg.): Hybrid Forms of Peace: From Every-Day Agency to Post-Liberalism (Rethinking Peace and Conflict Studies), New York, 1-39.

Roberts, David 2002: Democratization, Elite Transition and Violence in Cambodia 1991-1999, in: Critical Asian Studies 34: 4, 520-538.

Roskamm, Nikolai 2015: On the Other Side of "Agonism": The "Enemy," the "Outside", and the Role of Antagonism, in: Planning Theory 14: 4, 384-403.

Rothman, Jay/Olsen, Marie L. 2001: From Interests to Identities: Towards a New Emphasis in Interactive Conflict Resolution, in: Journal of Peace Research 38: 3, 289-305.

Rumelili, Bahar/Strömbom, Lisa 2022: Agonistic Recognition as a Remedy for Identity Backlash: Insights from Israel and Turkey, in: Third World Quarterly 43: 6, 1361-1379.

Rummens, Stefan 2009: Democracy as a Non-Hegemonic Struggle? Disambiguating Chantal Mouffe's Agonistic Model of Politics, in: Constellations: An International Journal of Critical & Democratic Theory 16: 3, 377- 391.

Sam, Rainsy 03.07.2022: Facebook Post: Historisches Dokument zeigt, dass Hun Sen ein Verräter ist. <https://www.facebook.com/rainsy.sam.5> (Stand: 16.07.2022)

Schaap, Andrew 2006: Agonism in Divided Societies, in: *Philosophy & Social Criticism* 32: 2, 255-277.

Scheffer, David 2004: Lessons from the Rwandan Genocide, in: *Georgetown Journal of International Affairs* 5: 2, 125-132.

Schlichte, Klaus 2005: *Der Staat in der Weltgesellschaft. Politische Herrschaft in Asien, Afrika und Lateinamerika*, Frankfurt a. M.

Scott, James C. 1972: Patron-Client Politics and Political Change in Southeast Asia, in: *The American Political Science Review* 66: 1, 91-113.

Selby, Jan 2013: The Myth of Liberal Peace-Building, in: *Conflict, Security & Development* 13: 1, 57-86.

Sen, Amartya 2012: *Die Identitätsfalle. Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt*, 2. Auflage, München.

Shinko, Rosemary E. 2008: Agonistic Peace: A Postmodern Reading, in: *Millennium: Journal of International Studies* 36: 3, 473-491.

Shinko, Rosemary E. 2022: A Critical (Re)Reading of the Analytical Significance of Agonistic Peace, in: *Third World Quarterly* 43: 6, 1399-1407.

Simangan, Dahlia 2018: When Hybridity Breeds Contempt: Negative Hybrid Peace in Cambodia, in: *Third World Quarterly* 39: 8, 1525-1542.

Simmel, Georg 1908: *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*, Berlin. Digital zugänglich unter: Universität Zürich, <http://socio.ch/sim/soziologie/index.htm> (Stand: 08.07.2022)

Slocumb, Margaret 2001: The K5 Gamble: National Defence and Nation Building under the People's Republic of Kampuchea, in: *Journal of Southeast Asian Studies* 32: 2, 195-210.

Slocum-Bradley, Nikki (Hrsg.) 2008: *Promoting Conflict or Peace through Identity*, Aldershot.

Slocum-Bradley, Nikki 2008a: Introduction: Borders of Mind, in: Slocum-Bradley, Nikki (Hrsg.): *Promoting Conflict or Peace through Identity*, Aldershot, 1-19.

So, Sokbunthoeun 2009: The Cambodia-Thailand Conflict: A Test for ASEAN, in: Asia Pacific Bulletin 44, 10.12.2009.
<https://www.eastwestcenter.org/publications/cambodia-thailand-conflict-test-asean>
(Stand: 14.07.2022)

Solarz, Stephen J. 1990: Cambodia and the International Community, in: Foreign Affairs 69: 2, 99-115.

Stetter, Stephan 2005: The Politics of De-Paradoxification in Euro-Mediterranean Relations: Semantics and Structures of 'Cultural Dialogue', in: Mediterranean Politics 10: 3, 331-348.

Stetter, Stephan 2008: World Society and the Middle East: Reconstructions in Regional Politics (Rethinking Peace and Conflict Studies), New York.

Stetter, Stephan 2009: Die globale Konstruktion des Nahen Ostens: Eine weltgesellschaftstheoretische Verortung Palästinas und Jerusalems, in: Beck, Martin/Harders, Cilja/Jünemann, Annette/Stetter, Stephan (Hrsg.): Der Nahe Osten im Umbruch. Zwischen Transformation und Autoritarismus (Politik und Gesellschaft des Nahen Ostens), Wiesbaden, 227-252.

Stetter, Stephan 2014: World Politics and Conflict Systems: The Communication of a "No" and Its Effects, in: Horyzonty Polityki 5: 12, 43-67.

St John, Roland Bruce 2005: Democracy in Cambodia – One Decade, US\$5 Billion Later: What Went Wrong, in: Contemporary Southeast Asia 27: 3, 406-428.

Strangio, Sebastian 2014: Hun Sen's Cambodia, New Haven.

Strömbom, Lisa 2020: Exploring Analytical Avenues for Agonistic Peace, in: Journal of International Relations and Development 23: 4, 947-969.

Strömbom, Lisa/Bramsen, Isabel 2022: Agonistic Peace: Advancing Knowledge on Institutional Dynamics and Relational Transformation, in: Third World Quarterly 43: 6, 1237-1250.

Sutton, Jonathan 2018: Hun Sen's Consolidation of Personal Rule and the Closure of Political Space in Cambodia, in: Contemporary Southeast Asia, Special Issue: ISEAS @ 50, Young Scholars in Southeast Asian Studies, 40: 2, 173-195.

Tabeau, Ewa/Kheam, They 2009: Khmer Rouge Victims in Cambodia, April 1975-January 1979. A Critical Assessment of Major Estimates. E3/2413. 30.09.2009.
https://gsp.yale.edu/sites/default/files/files/Demographic%20Expert%20Report%2C%202009%2C%20E3_2413_EN.PDF (Stand: 14.07.2022)

Tajfel, Henri/Turner, John C. 1979: An Integrative Theory of Intergroup Conflict, in: Austin, William G./Worchel, Stephen (Hrsg.): The Social Psychology of Intergroup Relations, Monterey, 33-47.

The Electoral Reform Alliance 2013: Joint Report on the Conduct of the 2013 Cambodian Elections.

https://comfrel.org/english/wp-content/uploads/2018/04/26_eERA_Joint_Report_on_Cambodian_Elections_2013_Final.pdf (Stand: 08.07.2022)

The National Election Committee (NEC) 2022: History of NEC.

<https://www.nec.gov.kh/english/content/history-nec> (Stand: 09.07.2022)

Transparency International Deutschland e.V. 2022: CPI 2021: Tabellarische Rangliste.

<https://www.transparency.de/cpi/cpi-2021/cpi-2021-tabellarische-rangliste/> (Stand: 06.09.2022)

Tully, John 2005: A Short History of Cambodia: From Empire to Survival (Short History of Asia Series), Crows Nest.

Um, Khatharya 2006: Diasporic Nationalism, Citizenship, and Post-War Reconstruction, in: *Refuge: Canada's Journal on Refugees*, Special Issue: Refugee Diasporas and Transnationalism, 23: 2, 8-19.

Um, Khatharya 2014: Cambodia in 2013: The Winds of Change, in: Singh, Daljit (Hrsg.): *Southeast Asian Affairs 2014*, Singapur, 99-116.

Um, Khatharya 2018: Cambodia 2017: Plus Ça Change...., in: Cook, Malcolm/Singh, Daljit (Hrsg.): *Southeast Asian Affairs 2018*, Singapur, 97-111.

Un, Kheang 2009: The Judicial System and Democratization in Post-Conflict Cambodia, in: Öjendal, Joakim/Lilja, Mona (Hrsg.): *Beyond Democracy in Cambodia: Political Reconstruction in a Post-Conflict Society (Democracy in Asia, Band 12)*, Kopenhagen, 70-100.

Un, Kheang 2013: The Khmer Rouge Tribunal: A Politically Compromised Search for Justice, in: *The Journal of Asian Studies* 72: 4, 783-792.

Un, Kheang 2020: A Mixed Legacy: The United Nations Intervention in Cambodia, in: *International Peacekeeping* 27: 1, 22-28.

Un, Kheang/Luo, Jing Jing 2020: Cambodia in 2019: Entrenching One-Party Rule and Asserting National Sovereignty in the Era of Shifting Global Geopolitics, in: Cook, Malcolm/Singh, Daljit (Hrsg.): *Southeast Asian Affairs 2020*, Singapur, 119-134.

Un, Kheang/So, Sokbunthoeun 2009: Politics of Natural Resource Use in Cambodia, in: *Asian Affairs: An American Review* 36: 3, 123-138.

Un, Leang/Sok, Say 2020: Higher Education Systems and Institutions, Cambodia, in: Teixeira, Pedro N./Shin, Jung C. (Hrsg.): The International Encyclopedia of Higher Education Systems and Institutions, Online Ausgabe, 897-906.
DOI: 10.1007/978-94-017-8905-9_500

UNCAC Civil Society Coaliton 24.11.2021: New Civil Society Report on Cambodia: Stronger Enforcement Efforts, More Transparency and De-Politicisation of Key Institutions Needed to Advance Anti-Corruption Efforts.
<https://uncaccoalition.org/new-civil-society-report-on-cambodia-stronger-enforcement-efforts-more-transparency-and-de-politicisation-of-key-institutions-needed-to-advance-anti-corruption-efforts/> (Stand: 14.07.2022)

United Nations Development Programme 2022: Human Development Reports, Country Insights.
<https://hdr.undp.org/data-center/country-insights#/ranks> (Stand: 11.07.2022)

United Nations, General Assembly, 55th Session 7th Plenary Meeting, Official Records 08.09.2000: A/55/PV.7.

United Nations, Security Council Resolution 16.10.1991: S/RES/717.

United Nations, Security Council Resolution 28.02.1992: S/RES/745.

Var, Veasna 2017: Security Issues and Challenges for Cambodia: Domestic and Regional, in: The Korean Journal of Defense Analysis 29: 2, 287-311.

Vickery, Michael 1994: The Cambodian People's Party: Where Has It Come from, Where Is It Going? In: Singh, Daljit (Hrsg.): Southeast Asian Affairs 1994, Singapur, 102-117.

Vong, Mun/Hok, Kimhean 2018: Facebooking: Youth's Everyday Politics in Cambodia, in: South East Asia Research 26: 3, 219-234.

Wagener, Martin 2011: Lessons from Preah Vihear: Thailand, Cambodia, and the Nature of Low-Intensity Border Conflicts, in: Journal of Current Southeast Asian Affairs 30: 3, 27-59.

Weller, Christoph 2003: Gewalt – politischer Begriff und friedenswissenschaftliche Konzepte. Eine Kritik der Gewaltfreiheit des Friedens, in: Calließ, Jörg/Weller, Christoph (Hrsg.): Friedenstheorie. Fragen – Ansätze – Möglichkeiten (Loccum Protokolle, 31/03), Rehburg-Loccum, 481-508.

Werron, Tobias 2010: Direkte Konflikte, indirekte Konkurrenzen. Unterscheidung und Vergleich zweier Formen des Kampfes, in: Zeitschrift für Soziologie 39: 4, 302-318.

Westphal, Manon 2013: Pluralismus und A(nta)gonismus: Chantal Mouffes agonale Demokratietheorie, in: Preprints and Working Papers of the Centre for Advanced Study in Bioethics 56. https://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/kfg-normenbegruendung/intern/publikationen/56_westphal_-_pluralismus_und_a_nta_gonismus.pdf (Stand: 19.07.2022)

Whalan, Jeni 2012: Evaluating Peace Operations: The Case of Cambodia, in: Journal of International Peacekeeping 16: 3-4, 226-251.

Wille, Christina 2006: How Many Weapons Are There in Cambodia, Working Paper 4, Small Arms Survey, Graduate Institute of International Studies, Genf, Schweiz. <https://www.smallarmssurvey.org/sites/default/files/resources/SAS-WP4-Cambodia.pdf> (Stand: 22.05.2023)

Wöhl, Stefanie 2007: Die Subjekte der radikalen Demokratie: Institutionalisierte Differenzen und Barrieren gegenhegemonialer Artikulationen, in: Nonhoff, Martin (Hrsg.): Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, Bielefeld, 139-158.

Wolvers, Andrea/Tappe, Oliver/Salverda, Tijo/Schwarz, Tobias 2015: Introduction, in: Concepts of the Global South. Voices from around the World, Global South Center, University of Cologne, Deutschland, 1-2. https://kups.ub.uni-koeln.de/6399/1/voices012015_concepts_of_the_global_south.pdf (Stand: 22.07.2022)

Women's Media Centre of Cambodia. From Women's Hearts for Society and Development 2013: Electoral Analysis Report. https://www.rosalux.de/fileadmin/images/Ausland/Suedostasien/Vietnam/Electoral_Analysis_Report-WMC_final_revision.pdf (Stand: 27.07.2022)

World Bank 2022: The World Bank in Cambodia: Overview. Letztes Update 29.03.2022. <https://www.worldbank.org/en/country/cambodia/overview> (Stand: 04.08.2022)

World Health Organization (WHO) 01.04.2021: The 'Last Mile' of Malaria Elimination in Cambodia: Health Centre Malaria Workers Play a Pivotal Role in Eliminating the Disease in Malaria Hotspots. <https://www.who.int/news-room/feature-stories/detail/the-last-mile-of-malaria-elimination-in-cambodia> (Stand: 03.08.2022)

World Population Review 2022: Cambodia Population 2022 (Live). <https://worldpopulationreview.com/countries/cambodia-population> (Stand: 03.08.2022)

Yale University 2022: Cambodian Genocide Program. The CGP 1994-2019. <https://gsp.yale.edu/case-studies/cambodian-genocide-program> (Stand: 08.07.2022)

Zeitungen

Asia Times 15.01.2019: Ek, Sawathey: Cambodia's 'Quiet King' Must Find His Political Voice.

<https://asiatimes.com/2019/01/cambodias-quiet-king-must-find-his-political-voice/>
(Stand: 10.07.2022)

Associated Press (AP) News 18.08.2021: Cambodian Labor Union Leader Convicted over Border Comments.

<https://apnews.com/article/business-cambodia-labor-unions-47f26bd1b8ac6074ed8d0c5bc58961d3> (Stand: 10.07.2022)

Associated Press (AP) News 11.11.2021: Rising, David/Cheang, Sopheang: Cambodia Dismisses US Sanctions as 'Politically Motivated'.

<https://apnews.com/article/united-states-cambodia-phnom-penh-east-asia-china-aa5184556ff6313c9860a9b7b9f05cea> (Stand: 11.07.2022)

Associated Press (AP) News 26.06.2022: Cheang, Sopheang: Cambodia Confirms Ruling Party Landslide Victory in Polls.

<https://apnews.com/article/elections-general-national-cambodia-hun-sen-840a34ed9b934b5e4f80b6a4e1aafc9c> (Stand: 20.07.2022)

BBC News 04.09.1998: Vietnamese Killed in Cambodian Revenge Attacks.

<http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/164969.stm> (Stand: 16.07.2022)

BBC News 03.01.2014: Cambodia Garment Workers Killed in Clashes with Police.

<https://www.bbc.com/news/world-asia-25585054> (Stand: 06.09.2022)

BBC News 14.09.2014: Doyle, Kevin: Vietnam's Forgotten Cambodian War.

<https://www.bbc.com/news/world-asia-29106034> (Stand: 10.07.2022)

BBC News 18.03.2016: Cambodian PM Hun Sen Denies Buying Facebook Likes.

<http://www.bbc.com/news/world-asia-35839701> (Stand: 05.08.2022)

BBC News 10.07.2021: Wright, George: Kem Ley: A Shooting That Shook Cambodia.

<https://www.bbc.com/news/world-asia-57580697> (Stand: 09.07.2022).

Fibre2Fashion, World of Garment-Textile-Fashion 25.07.2022: China Represents 43% of \$2.99-bn Foreign Investment in Cambodia in H1.

<https://www.fibre2fashion.com/news/textile-news/china-represents-43-of-2-99-bn-foreign-investment-in-cambodia-in-h1-282108-newsdetails.htm> (Stand: 28.07.2022)

Foreign Policy online 15.06.2022: NACHEMSON, Andrew: Hun Sen Stands in the Way of His Own Succession Plan.

<https://foreignpolicy.com/2022/06/15/cambodia-hun-sen-succession-hun-manet/>
(Stand: 11.07.2022)

Khmer Times 02.02.2016: Ros, Chanveasna: Funcinpec Party Not Breaking Down: Official.
<http://www.khmertimeskh.com/news/20868/funcinpec-party-not-breaking-down--official/> (Stand: 01.09.2022)

Khmer Times 15.03.2016: Taing, Vida: Student Sentenced to 18 Months in Prison for Facebook Post.
<https://www.khmertimeskh.com/7129/student-sentenced-to-18-months-in-prison-for-facebook-post/> (Stand: 19.07.2022)

Khmer Times 01.07.2016: A Voice from the Other Side of Politics. Interview with Son Chhay.
<https://www.khmertimeskh.com/25376/a-voice-from-the-other-side-of-politics/> (Stand: 10.09.2022)

Khmer Times 25.08.2018: Ven, Rathavong: Um Sam An (CNRP) Royally Pardoned.
<https://www.khmertimeskh.com/526712/um-sam-an-cnrp-royally-pardoned/> (Stand: 11.07.2022)

Khmer Times 02.04.2019: Ben, Sokhean: Hun Sen Blasts US Government for 1970 Coup.
<https://www.khmertimeskh.com/50592425/hun-sen-blasts-us-government-for-1970-coup-2/> (Stand: 03.08.2022)

Khmer Times 03.03.2021: Ben, Sokhean: Rainsy's Conviction a 'Legal Matter, Not a Political One'.
<https://www.khmertimeskh.com/50819892/rainsys-conviction-a-legal-matter-not-a-political-one/> (Stand: 10.07.2022)

Khmer Times 25.05.2021: Cambodia: NGOs Economy and Its Downside Effects.
<https://www.khmertimeskh.com/50861756/cambodia-ngos-economy-and-its-downside-effects/?phrase=22.01.2015&phrase=#> (Stand: 31.08.2022)

Khmer Times 24.06.2021: Buth, Reaksmeay Kongkea: Sam Rainsy in Hot Water Again for Lese Majeste.
<https://www.khmertimeskh.com/50880076/sam-rainsy-in-hot-water-again-for-lese-majeste> (Stand: 12.07.2022)

Khmer Times 19.08.2021: Ben, Sokhean: More Ex-CNRP Officials Expected to Seek Ban Lifted.
<https://www.khmertimeskh.com/50918765/more-ex-cnrp-officials-expected-to-seek-ban-lifted/> (Stand: 16.07.2022)

Khmer Times 20.10.2021: Ben, Sokhean: Funcinpec Internal Conflict Goes to Court.
<https://www.khmertimeskh.com/50954948/funcinpec-internal-conflict-goes-to-court/> (Stand: 02.08.2022)

Khmer Times 27.10.2021: Cambodia's Social Transformation, 30 Years after the Paris Peace Agreements.

<https://www.khmertimeskh.com/50959641/cambodias-social-transformation-30-years-after-the-paris-peace-agreements/> (Stand: 08.07.2022)

Khmer Times 01.11.2021: Ben, Sokhean: Split No. Seven: Ex-CNRP Lawmaker Seeks to Form Another New Party.

<https://www.khmertimeskh.com/50962216/split-no-seven-ex-cnrp-lawmaker-seeks-to-form-another-new-party/> (Stand: 10.07.2022)

Khmer Times 30.11.2021: Kem Sokha's Daughters Condemn 'Deceitful' and 'Racist' Sam Rainsy.

<https://www.khmertimeskh.com/50979973/kem-sokhas-daughters-condemn-deceitful-and-racist-sam-rainsy/> (Stand: 03.08.2022)

Khmer Times 06.12.2021: Tin, Sokhavuth: Government: Foreign Visits to Sokha Strengthen Diplomatic Ties.

<https://www.khmertimeskh.com/50983017/government-foreign-visits-to-sokha-strengthen-diplomatic-ties/> (Stand: 16.07.2022)

Khmer Times 28.01.2022: Buth, Reaksmeay Kongkea: Trial Shows Video of Rainsy Calling PM a 'Traitor'.

<https://www.khmertimeskh.com/501014722/trial-shows-video-of-rainsy-calling-pm-a-traitor/> (Stand: 16.07.2022)

Khmer Times 21.07.2022: Minimum Wages for Garment and Textile Sector Workers to Rise to At Least \$200.

<https://www.khmertimeskh.com/501116547/minimum-wages-for-garment-and-textile-sector-workers-to-rise-to-at-least-200/> (Stand: 06.09.2022)

Kiripost 23.06.2022: Ngay, Nai: Cambodia's Cybercrime Law Remains Under Review.

<https://kiripost.com/stories/cambodias-cybercrime-law-remains-under-review> (Stand: 21.07.2022)

Legal Tribune Online 21.07.2011: Brunner, Manuel: Kein Ende der Kämpfe um Preah Vihear. Trotz Anordnung des IGH.

<https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/trotz-anordnung-des-igh-kein-ende-der-kaempfe-um-preah-vihear/> (Stand: 11.07.2022)

Mondaq, Connecting Knowledge and People 21.12.2021: Barker, John P./Rhee, Soo-Mi/Townsend, Nicholas/Schmitt, Trevor G.: Worldwide: New Trade Restrictions Take Aim at Cambodia and Its Deepening Relationship with China.

<https://www.mondaq.com/export-controls-trade-investment-sanctions/1143402/new-trade-restrictions-take-aim-at-cambodia-and-its-deepening-relationship-with-china> (Stand: 11.07.2022)

Radio Free Asia 10.07.2014: Cambodian Court Orders New Probe into Dissident's Call to Shoot 'Dictator'.

<http://www.rfa.org/english/news/cambodia/court-07102014203809.html>

(Stand: 01.09.2022)

Radio Free Asia 22.07.2014: Cambodia's Ruling, Opposition Parties Agree to End Year-Long Deadlock.

<http://www.rfa.org/english/news/cambodia/agreement-07222014154033.html>

(Stand: 22.07.2022)

Radio Free Asia 20.08.2015: Un Delivers Maps of Cambodia amid Vietnam Border Dispute.

<https://www.rfa.org/english/news/cambodia/maps-08202015153119.html/>

(Stand: 11.07.2022)

Radio Free Asia 03.09.2015: Cambodian Government Declares French Maps Match Its Own.

<https://www.rfa.org/english/news/cambodia/government-declares-french-maps-match-its-own-09032015142404.html> (Stand: 11.07.2022)

Radio Free Asia 12.04.2016: Cambodian Court Charges Opposition Lawmaker with 'Incitement' for Border Comments.

<https://www.rfa.org/english/news/cambodia/cambodian-court-charges-opposition-lawmaker-with-incitement-for-border-comments-04122016163533.html>

(Stand: 01.09.2022)

Radio Free Asia 24.07.2016: Millions of Cambodians Join Kem Ley Funeral Procession.

<https://www.rfa.org/english/news/cambodia/cambodia-funeral-07242016145816.html> (Stand: 16.07.2022)

Radio Free Asia 03.11.2016: Cambodia's Hun Sen Calls On the Military to Suppress 'Color Revolutions'.

<https://www.rfa.org/english/news/cambodia/cambodias-hun-sen-calls-11032016135231.html> (Stand: 03.09.2022)

Radio Free Asia 02.02.2017: Cambodia's Hun Sen Rejects K5 Project Accusations.

<https://www.rfa.org/english/news/cambodia/cambodias-hun-sen-rejects-02022017152914.html> (Stand: 11.07.2022)

Radio Free Asia 09.05.2017: Cambodia's Hun Sen Warns of Civil War ahead of Local Elections.

<https://www.rfa.org/english/news/cambodia/war-05092017165114.html>

(Stand: 15.07.2022)

Radio Free Asia 23.08.2019: Cambodia Playing Up Border Tensions with Laos to Distract from Sam Rainsy Return: Analysts.

<https://www.rfa.org/english/news/cambodia/tensions-08232019162756.html>

(Stand: 11.07.2022)

Radio Free Asia 05.05.2020: Cambodia's Hun Sen and CNRP Chief Kem Sokha Meet after Funeral.

<https://www.rfa.org/english/news/cambodia/meet-05052020182139.html>

(Stand: 05.09.2022)

The Cambodia Daily 20.07.2015: Willemyns, Alex: Despite Obstacles, CNRP Activists Reach Border.

<https://english.cambodiadaily.com/news/despite-obstacles-cnrp-activists-reach-border-88874/>

(Stand: 10.07.2022)

The Cambodia Daily 07.09.2015: Mech, Dara: CNRP Organizer Arrested over Vietnam Leaflets.

<https://english.cambodiadaily.com/news/cnrp-organizer-arrested-over-vietnam-leaflets-93546/>

(Stand: 01.09.2022)

The Cambodia Daily 26.10.2015: Mech, Dara: Hun Sen Greeted by Protests and Controversy during France Visit.

<https://english.cambodiadaily.com/news/hun-sen-greeted-by-protests-and-controversy-during-france-visit-98229/>

(Stand: 10.07.2022)

The Cambodia Daily 27.10.2015: Kuch, Naren: Hun Sen Warns Rainsy of Fresh Legal Trouble.

<https://english.cambodiadaily.com/news/98370-98370/>

(Stand: 01.09.2022)

The Cambodia Daily 11.01.2016: Aun, Pheap: At Party Congress, CPP Gives Itself Top Marks.

<https://english.cambodiadaily.com/news/104926-104926/>

(Stand: 06.08.2022)

The Cambodia Daily 13.05.2016: Kuch, Naren: Prime Minister Denies Allegations Hun Manet Is Vietnamese.

<https://english.cambodiadaily.com/news/prime-minister-denies-allegations-hun-manet-is-vietnamese-112542/>

(Stand: 10.07.2022)

The Cambodia Daily 02.06.2016: Willemyns, Alex: Where Rainsy Would Not, Sokha Stands Up.

<https://english.cambodiadaily.com/news/where-rainsy-would-not-sokha-stands-up-113369/>

(Stand: 10.07.2022)

The Cambodia Daily 03.06.2016: Willemyns, Alex: Police May Choose Not to Apprehend Sokha.

<https://english.cambodiadaily.com/news/police-may-choose-not-to-apprehend-sokha-113418/>

(Stand: 10.07.2022)

The Cambodia Daily 30.06.2016: Kuch, Naren: Hun Sen Says Sokha Will Be in Prison 'Forever'.

<https://english.cambodiadaily.com/news/hun-sen-says-sokha-will-be-in-prison-forever-2-114831/> (Stand: 10.07.2022)

The Cambodia Daily 07.07.2016: Sek, Odom: Briefly out of Hiding, Sokha Marks July 1997.

<https://english.cambodiadaily.com/news/briefly-out-of-hiding-sokha-marks-july-1997-115117/> (Stand: 10.07.2022)

The Cambodia Daily 06.10.2016: Khy, Sovuthy: Sokha Leaves HQ for First Time in Months.

<https://english.cambodiadaily.com/news/sokha-leaves-hq-first-time-months-118898/> (Stand: 28.05.2022)

The Cambodia Daily 03.09.2017: Latest Updates: CNRP Leader Kem Sokha Arrested for 'Treason'.

<https://english.cambodiadaily.com/news/nrp-leader-kem-sokha-arrested-treason-134249/> (Stand: 03.08.2022)

The Diplomat 30.07.2013: Hunt, Luke: Hun Sen Wins Close, Flawed Cambodian Election, Hun Sen Won at Cambodia's Polls – Barely. Sam Rainsy Has Questioned the Results.

<https://thediplomat.com/2013/07/hun-sen-wins-close-flawed-cambodian-election/> (Stand: 28.05.2023)

The Diplomat 03.12.2013: Domashneva, Helena 2013: NGOs in Cambodia: It's Complicated.

<https://thediplomat.com/2013/12/ngos-in-cambodia-its-complicated/> (Stand: 22.07.2022)

The Diplomat 15.06.2016: Hutt, David: The Triangulation of Cambodian Politics.

<http://thediplomat.com/2016/06/the-triangulation-of-cambodian-politics/> (Stand: 02.08.2022)

The Diplomat 23.06.2016: Hutt, David: Sam Rainsy: The Coward?

<http://thediplomat.com/2016/06/sam-rainsy-the-coward/> (Stand: 10.07.2022)

The Diplomat 07.10.2021: Strangio, Sebastian: Cambodia Considers Dual Citizenship Ban for High Office Holders.

<https://thediplomat.com/2021/10/cambodia-considers-dual-citizenship-ban-for-high-office-holders/> (Stand: 22.08.2022)

The Diplomat 03.12.2021: Strangio, Sebastian: Cambodian PM Backs His Son Hun Manet to Succeed Him. Prime Minister Hun Sen's Announcement Offered the Strongest Signal of Support for His 44-Year-Old Son.

<https://thediplomat.com/2021/12/cambodian-pm-backs-his-son-hun-manet-to-succeed-him/> (Stand: 03.08.2022)

The Diplomat 07.07.2022: Murphy, Meghan: Foreign Casinos Have Been a Disaster for Cambodia.

<https://thediplomat.com/2022/07/foreign-casinos-have-been-a-disaster-for-cambodia/> (Stand: 20.07.2022)

The Economist 03.08.2013: Elections in Cambodia: The Humbling of Hun Sen. Cambodia's Strongman Gets a Shock at the Polls.

<http://www.economist.com/news/asia/21582544-cambodias-strongman-gets-shock-polls-humbling-hun-sen> (Stand: 08.07.2022)

The Interpreter (Lowy Institute) 29.09.2014: Osborne, Milton: Buddhist Monks and Political Activism in Cambodia.

<https://www.lowyinstitute.org/the-interpreter/buddhist-monks-and-political-activism-cambodia> (Stand: 20.08.2022)

The New York Times 21.09.1999: U.N. Oratory: Pleas for Help, Pride in Democracy.

<https://www.nytimes.com/1999/09/21/world/un-oratory-pleas-for-help-pride-in-democracy.html> (Stand: 22.07.2022)

The New York Times 23.03.2017: Wallace, Julia/Neou, Vannarin: A Life Sentence in Cambodia, but Kem Ley's Murder Is Far from Solved.

<https://www.nytimes.com/2017/03/23/world/asia/cambodia-kem-ley-killing-life-sentence.html> (Stand: 08.07.2022)

The New York Times 28.08.2021: Beech, Hannah: Myanmar's Monks, Leaders of Past Protests, Are Divided over the Coup.

<https://www.nytimes.com/2021/08/28/world/asia/myanmar-monks-coup.html> (Stand: 20.08.2022)

The Phnom Penh Post 24.07.2013: Boyle, David: Giving More than 100%.

<http://www.phnompenhpost.com/national/giving-more-100> (Stand: 06.08.2022)

The Phnom Penh Post 30.08.2014: Ponniah, Kevin/Chhay, Channyda: Three Quarters of Students Receive Failing Mark.

<https://www.phnompenhpost.com/post-weekend/three-quarters-students-receive-failing-mark> (Stand: 14.07.2022)

The Phnom Penh Post 18.12.2014: Pech, Sotheary: Top Monks Push for New Rules on Voting.

<https://www.phnompenhpost.com/national/top-monks-push-new-rules-voting> (Stand: 06.09.2022)

The Phnom Penh Post 13.07.2015: Taing, Vida: My Dinner with Rainsy.

<http://www.phnompenhpost.com/national/my-dinner-rainsy> (Stand: 10.07.2022)

The Phnom Penh Post 10.08.2015: Vong, Sokheng: CNRP to Send Border Maps.
<https://www.phnompenhpost.com/national/cnrp-send-border-maps>
(Stand: 31.08.2022)

The Phnom Penh Post 25.08.2015: Vong, Sokheng: KR 'First Lady' Ieng Thirith Cremated.
<https://www.phnompenhpost.com/national/kr-first-lady-ieng-thirith-cremated>
(Stand: 27.07.2022)

The Phnom Penh Post 22.09.2015: Chhay, Channyda/Cuddy, Alice: 'Terrorists' Pardoned.
<https://www.phnompenhpost.com/national/terrorists-pardoned>
(Stand: 01.09.2022)

The Phnom Penh Post 21.10.2015: Turton, Shaun/Marazzi Sassoon, Alessandro: Sok Hour 'Did Not Forge VN Treaty'.
<http://www.phnompenhpost.com/national/sok-hour-did-not-forge-vn-treaty>
(Stand: 10.07.2022)

The Phnom Penh Post 27.10.2015: Meas, Sokchea: Rainsy Could Face Arrest.
<http://www.phnompenhpost.com/national/rainsy-could-face-arrest-pm>
(Stand: 01.09.2022)

The Phnom Penh Post 11.11.2015: Cuddy, Alice/Meas, Sokchea: Myanmar Opposition Victory Resonates in Cambodia.
<http://www.phnompenhpost.com/national/myanmar-opposition-victory-resonates-cambodia> (Stand: 10.07.2022)

The Phnom Penh Post 14.11.2015: Phak, Seangly/Turton, Shaun: Sam Rainsy Faces Arrest Warrant.
<http://www.phnompenhpost.com/post-weekend/sam-rainsy-faces-arrest-warrant>
(Stand: 10.07.2022)

The Phnom Penh Post 07.01.2016: Meas, Sokchea: Vietnam Bans Leasing Land inside Cambodia.
<https://www.phnompenhpost.com/national/vietnam-bans-leasing-land-inside-cambodia> (Stand: 10.07.2022)

The Phnom Penh Post 17.05.2016: Mech, Dara/Turton, Shaun: Gov't 'Inactivity' Could Lead to Revolution, Sar Kheng Warns Party.
<http://www.phnompenhpost.com/national/govt-inactivity-could-lead-revolution-sar-kheng-warns-party> (Stand: 10.07.2022)

The Phnom Penh Post 27.05.2016: Turton, Shaun/Niem, Chheng: Verdict Due for Bodyguard Unit Members Charged in Beating of MPs.
<https://www.phnompenhpost.com/national/verdict-due-bodyguard-unit-members-charged-beating-mps> (Stand: 09.09.2022)

The Phnom Penh Post 17.06.2016/1: Pech, Sotheary: Beaten MPs to Seek Stiffer Sentencing for Bodyguard Unit Attackers.
<http://www.phnompenhpost.com/national/beaten-mps-seek-stiffer-sentencing-bodyguard-unit-attackers> (Stand: 08.07.2022)

The Phnom Penh Post 17.06.2016/2: Turton, Shaun/Nass, Daniel: Analysis: Foreign Donors Taken for Granted?
<http://www.phnompenhpost.com/national/analysis-foreign-donors-taken-granted> (Stand: 11.07.2022)

The Phnom Penh Post 08.07.2016: Turton, Shaun/Phak, Seangly: Hun Siblings Slam Global Witness Report as 'Conspiracy'.
<https://www.phnompenhpost.com/national/hun-siblings-slam-global-witness-report-conspiracy> (Stand: 08.08.2022)

The Phnom Penh Post 25.07.2016: Turton, Shaun/Lay, Samean: Thousands Fill Streets of Phnom Penh to Bid Farewell to Kem Ley.
<https://www.phnompenhpost.com/national/thousands-fill-streets-phnom-penh-bid-farewell-kem-ley> (Stand: 16.07.2022)

The Phnom Penh Post 26.12.2016: Touch, Sokha: PM to Trump: Forgive Debt.
<https://www.phnompenhpost.com/national/pm-trump-forgive-debt> (Stand: 03.08.2022)

The Phnom Penh Post 04.09.2017: Sokha Arrested for 'Treason', Is Accused of Colluding with US to Topple the Government.
<https://www.phnompenhpost.com/national/sokha-arrested-treason-accused-colluding-us-topple-government> (Stand: 29.07.2022)

The Phnom Penh Post 11.09.2017: Baliga, Ananth: 'Seiha' Releases Sokha Video.
<https://www.phnompenhpost.com/national/seiha-releases-sokha-video> (Stand: 06.08.2022)

The Phnom Penh Post 10.10.2017: Moeun, Nhean: New-Build University Aims to Put Cambodia's Tertiary Sector on the Map.
<https://www.phnompenhpost.com/post-plus/new-build-university-aims-put-cambodias-tertiary-sector-map> (Stand: 09.09.2022)

The Phnom Penh Post 26.10.2017: Kong, Meta/Nachemson, Andrew/Soth, Koemsoeun: Former SRP Senator Sok Hour Receives Pardon after Serving More than Two Years in Jail.
<https://www.phnompenhpost.com/national/former-srp-senator-sok-hour-receives-pardon-after-serving-more-two-years-jail> (Stand: 11.07.2022)

The Phnom Penh Post 02.11.2017: Kong, Meta/Kijewski, Leonie: Few NGOs Compliant with Law.
<https://www.phnompenhpost.com/national/few-ngos-compliant-law> (Stand: 08.07.2022)

The Phnom Penh Post 14.02.2018: Kijewski, Leonie/Soth, Koemsoeun: National Assembly Passes Lèse Majesté Law, Limits to Freedom of Association.
<https://www.phnompenhpost.com/national-politics/national-assembly-passes-lese-majeste-law-limits-freedom-association> (Stand: 04.08.2022)

The Phnom Penh Post 05.03.2018: Niem, Chheng/Nachemson, Andrew: Lèse Majesté Law Now in Effect.
<https://www.phnompenhpost.com/national-politics/lese-majeste-law-now-effect> (Stand: 04.08.2022)

The Phnom Penh Post 30.04.2018: Phak, Seangly: Former KNUP Leader Nhek Bun Chhay Released under Court Supervision.
<https://www.phnompenhpost.com/national/former-knup-leader-nhek-bun-chhay-released-under-court-supervision> (Stand: 02.08.2022)

The Phnom Penh Post 24.05.2018: Phak, Seangly/Niem, Chheng: Hun Sen Detractors 'Will Die'.
<https://www.phnompenhpost.com/national/hun-sen-detractors-will-die> (Stand: 09.07.2022)

The Phnom Penh Post 13.08.2018: Soth, Koemsoeun: Ranariddh Appoints His Son Leader of Funcinpec amid Medical Treatment.
<https://www.phnompenhpost.com/national/ranariddh-appoints-his-son-leader-funcinpec-amid-medical-treatment> (Stand: 02.08.2022)

The Phnom Penh Post 28.08.2018: Soth, Koemsoeun: Jailed CNRP 14 Receive Royal Pardon.
<https://www.phnompenhpost.com/national/jailed-cnrp-14-receive-royal-pardon> (Stand: 10.07.2022)

The Phnom Penh Post 01.10.2019: Soth, Koemsoeun: Ministry to Carry Out NGO Census.
<https://www.phnompenhpost.com/national/ministry-carry-out-ngo-census> (Stand: 20.07.2022)

The Phnom Penh Post 28.11.2019: Thou, Vireak: \$3 Billion in Reserve ahead of Possible EBA Withdrawal.
<https://www.phnompenhpost.com/national-politics/3-billion-reserve-ahead-possible-eba-withdrawal> (Stand: 11.07.2022)

The Phnom Penh Post 28.11.2021: Nov, Sivutha: Embattled Sokha Distances Himself from Rainsy.
<https://www.phnompenhpost.com/national-politics/embattled-sokha-distances-himself-rainsy> (Stand: 03.08.2022)

The Phnom Penh Post 25.12.2021: High School Exams Sent Out to All Provinces.
<https://www.phnompenhpost.com/national/high-school-exams-sent-out-all-provinces> (Stand: 14.07.2022)

The Phnom Penh Post 28.12.2021: Nov, Sivutha: Manet in Rainsy Degree Wager.
<https://www.phnompenhpost.com/national-politics/manet-rainsy-degree-wager>
(Stand: 27.07.2022)

The Phnom Penh Post 07.03.2022: Ry, Sochan: No Peace, No Democracy: Hun Sen.
<https://www.phnompenhpost.com/national-politics/no-peace-no-democracy-hun-sen>
(Stand: 12.07.2022)

VN Express International 04.03.2022: Cuu, Long: Vietnam Hails 84 Percent Completion of Cambodia Border Demarcation.
<https://e.vnexpress.net/news/news/vietnam-hails-84-percent-completion-of-cambodia-border-demarcation-4434918.html> (Stand: 11.07.2022)

Voice of America (VOA) 18.08.2016: Hunt, Luke: Cambodian Crackdown Hardens Resolve among Khmer Diaspora.
<https://www.voanews.com/a/cambodian-crackdown-hardens-resolve-among-khmer-diaspora/3470079.html> (Stand: 22.08.2022)

Voice of America (VOA) 07.11.2016: Cambodian Senator Gets 7-Year Sentence for Facebook Post.
<https://www.voanews.com/a/cambodian-senators-gets-7-year-sentence-for-facebook-post/3584325.html> (Stand: 11.07.2022)

Voice of America (VOA) 07.12.2017: Hul, Reaksmey: Election Body Defends 'Neutral' Stance after Opposition Seats Redistributed.
<https://www.voacambodia.com/a/election-body-defends-neutral-stance-after-opposition-seats-redistributed/4153460.html> (Stand: 07.09.2022)

Voice of America (VOA) 10.11.2019: Hul, Reaksmey: Cambodia Releases Opposition Leader from House Arrest.
https://www.voanews.com/a/east-asia-pacific_cambodia-releases-opposition-leader-house-arrest/6179103.html (Stand: 03.08.2022)

Voice of America (VOA) 16.04.2020: Aun, Chhengpor: Small Parties Council Attempts to Obscure Hun Sen's One-Party Political Dominance.
<https://www.voacambodia.com/a/small-parties-council-attempts-to-obscure-hun-sen-one-party-political-dominance/5375015.html> (Stand: 27.02.2022)

Voice of Democracy (VOD) 05.02.2020: Ouch, Sony: Kem Sokha Questioned about Meaning of Cambodians 'Standing Up'.
<https://vodenglish.news/kem-sokha-questioned-about-meaning-of-cambodians-standing-up/> (Stand: 12.07.2022)

Voice of Democracy (VOD) 02.12.2021: Ouch, Sony: Hun Sen Endorses Son as Next PM, Dismisses Sar Kheng's Chances.
<https://vodenglish.news/hun-sen-endorses-son-as-next-pm-dismisses-sar-kheng-chances/> (Stand: 03.08.2022)

Anhang

Im Text verwendete Interviews:

Auf Grund der Anonymität der Interviews verzichtet die Arbeit auf die genaue Nennung des Datums und Ortes, da einzelne Interviews auch durch dritte Personen vermittelt wurden.

Internationale Ebene

I-1 (anonym)	Juli 2015	Kambodscha
I-2 (anonym)	Juli 2015	Kambodscha
I-3 (anonym)	Juli 2015	Kambodscha
I-4 (anonym)	Juli 2015	Kambodscha
I-5 (anonym)	Juli 2015	Kambodscha
I-6/1 (anonym)	Oktober 2015	Deutschland
I-6/2 (anonym)	April 2022	Deutschland
I-8 (anonym)	August 2015	Kambodscha

Politische Parteien

P-3 (anonym)	August 2015	Kambodscha
P-4 (anonym)	August 2015	Kambodscha
P-5 (anonym)	September 2015	Kambodscha
P-6 (anonym)	August 2015	Kambodscha
P-8 (anonym)	August 2015	Kambodscha
P-10 (anonym)	September 2015	Kambodscha
P-11 (anonym)	September 2015	Kambodscha
P-12 (anonym)	August 2015	Kambodscha

Zivilgesellschaft

Z-1 (anonym)	Juli 2015	Kambodscha
Z-2 (anonym)	Juli 2015	Kambodscha
Z-3 (anonym)	Juli 2015	Kambodscha
Z-4 (anonym)	Juli 2015	Kambodscha
Z-5 (anonym)	Juli 2015	Kambodscha
Z-6 (anonym)	Juli 2015	Kambodscha
Z-7 (anonym)	Juli 2015	Kambodscha
Z-8 (anonym)	Juli 2015	Kambodscha
Z-9 (anonym)	September 2015	Kambodscha
Z-15 (anonym)	August 2015	Kambodscha
Z-23 (anonym)	September 2015	Kambodscha
Z-24 (anonym)	September 2015	Kambodscha
Z-25 (anonym)	September 2015	Kambodscha